REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 428 · 8.7.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Je Blairer, desto Schröder
2. US-Militär räumt Air-Base in Frankfurt/Main. FAG wittert Chance auf Flughafenausbau - Thomas Klein
3. Postkartenaktion: Freiheit für Victor Polay Campos und alle anderen politischen Gefangenen in Peru
4. Preise und andere Neuigkeiten
5. ak-Redakteurin gesucht!
6. Renten-Revolution durch die Hintertür. Riester setzt Sparvorgaben "innovativ" um - Horst Kahrs, PDS-Bundestagsfraktion
7. Schluß mit lustig! Arbeitsmarktpolitik soll Erwerbslose zur Vernunft bringen - dk
8. EU-Beschäftigungspakt: "Wachstum gleich Arbeit" - Gerhard Klas
9. "Die Grünen sind nicht mehr unsere Freunde." Hungerstreikende Flüchtlinge aus grünem Büro geräumt - Pascal Beucker
10. Die neue NATO als Kern der Weltmilitärordnung - Volker Böge
11. Wie weit reicht der Kosovo? Die globalen Auswirkungen des jugoslawischen Krieges - Kai Ehlers
12. Krise, Krieg und Klassenkampf. Nationalismus und sozialer Konflikt in Jugoslawien. Teil 2 - Martin Rheinlaender
13. Kriegsdiplomatie im Kosovo: Die Betroffenen sind nicht gefragt - Stefan Gose
14. Falsche Versprechen, echte Bomben. Catherine Samary über den Kosovo-Konflikt
15. Todesurteil gegeg Öcalan. Die Türkei ist bereit, den Krieg weiterzuführen - Jan Keetman
16. Zaghafte Menschenrechtsversuche in Osttimor - Rainer Werning
17. Bewegungen in der Starrheit. Indonesien nach den Parlamentswahlen - Rainer Werning
18. Südafrika wählt ANC - HMö
19. Proteste gegen neoliberalen Kurs. In Chile wächst der Widerstand - Iván Saldías, Santiago de Chile
20. Acteal, Chiapas: Weihnachten in der Hölle. Erinnerungen an das Massaker von 1997
21. Die Grenze im Landesinneren. Interview mit Sasha Khokha, Oakland, zur US- Einwanderungspolitik - Werner Lamottke
22. Regierung der Versöhnung auf Bougainville - Vo
23. Ferien - Ferien - Ferien. Die ak-Redaktion empfiehlt Unterhaltsames für Zugfahrt, Strandkorb und Kinosaal
24. Unheilige Allianz. Black Metal zwischen Heidentum und Neonazismus - Christian Dornbusch
25. "Dann kam die deutsche Macht." Ein Buch über Konzentrationslager für Kinder - ch.
26. Deutsche Einzeltäter - ausländische Banden - ch.
27. Der absehbare Tod des Sudanesen Aamir Ageeb - Gabi Ohler
28. Schnell, effizient, gnadenlos. Rot-grüne Abschiebepolitik auf hanseatisch - Claudia Leitsch
29. Bilanz eines kurzen Prozesses. Neues Staatsbürgerschaftsrecht für das 21. Jahrhundert - G.Ohler/H.Schröder/Ch.Schmitt
30. Burgfrieden in Europa. EU-Wahl schafft zufriedene Kriegsherren - Js.
31. Rot-Grün im Stimmungstief - mb., Berlin
32. Eine Wahl mit vielen Siegern. In Frankreich haben selbst Linksradikale Grund zum Jubeln - Bernhard Schmid
33. Silvio liebt Emma. Rechtes Traumpaar und linke Alpträume - Italien nach der EU-Wahl - Js.
34. Vorwärts im Geiste des Blairismus! Sozialdemokratische Modernisierer gehen ans Eingemachte - mb.
35. Forcierte FDPisierung von Bündnis 90/Die Grünen - mb.
36. Verstopfungsstrategie. Interview mit Gesine Fischer und Wiebke Herding von "Xtausend mal quer" - DSe
37. EU fordert AKWs in der Ukraine. Schröder will Atomkredit für Siemens - Henrik Paulitz
38. Null Effekt. Rot-grüne Atompolitik in Hamburg - DSe
39. Statt Gipfelsturm ein laues Lüftchen - gw.

40. Völkische Staaten und Sprachsäuberung. Sprachpolitik im ehemaligen Jugoslawien - Angela Martin
41. Zwischen den Stelen. Das Berliner Holocaust- Mahnmal: Gedenken auf deutsche Art - Js.
42. Leserbriefe
43. Quelldatei 29.htm
44. Quelldatei 46.htm
45. Quelldatei 47.htm
46. Europa wählt rechts
47. NS-Black Metal
48. Die NATO als Weltpolizei

1. Je Blairer, desto Schröder

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/auf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:auf

Gerhard Schröders "Wir haben verstanden", nach der verlorenen Europawahl mit feistem Grinsen in die Kameras gesprochen, konnte nur als Drohung aufgefaßt werden. So gut wie in der Außenpolitik - so der erste Kriegskanzler der Bundesrepublik - müsse die rot-grüne Bundesregierung auch in der Innenpolitik werden. Man war gewarnt. Das Schröder-Blair-Papier zeigt die Richtung an, in die maßgebliche Kräfte der SPD gehen. Nicht erst mit dem neoliberalen Aufruhr der 40 "jungen Grünen" wurde deutlich, daß die ehemalige "Alternativpartei" weniger Bremser als vielmehr Vorantreiber dieser Entwicklung ist.

Doppelzüngigkeit darf man Schröder, Fischer & Co nicht vorwerfen: Sie erklären offen, was sie wollen. Zwar ist das Schröder-Blair-Papier in großen Teilen nicht viel mehr als eine Aneinanderreihung von Modebegriffen, die das "Neue", "Moderne" und "Pragmatische" der Sozialdemokratie signalisieren sollen - deren "Wirtschaftsfreundlichkeit" und "Realitätsverbundenheit". Was das Papier von anderen abhebt, ist die Eindeutigkeit, mit der es der neoliberalen und konservativen Kritik an der Sozialdemokratie recht gibt: Die Förderung sozialer Gerechtigkeit sei bisher mit der Forderung nach Gleichheit "verwechselt" worden.

Mit dem Sparpaket von Finanzminister Eichel ist das Schröder-Blair-Papier zur programmatischen Grundlage der rot-grünen Bundesregierung geworden. 30 Milliarden Mark sollen eingespart werden, scheinbar gerecht verteilt auf alle Ressorts. Die "Rasenmähermethode" erweckt den Eindruck, als wären alle gleich von den Kürzungen betroffen. So wird das Sparen ideologisch als "nationale Kraftanstrengung" inszeniert.

Rentner und Arbeitslose sollen für die Industrie spenden - das ist der wahre Kern der Regierungspläne. Von den 30 Milliarden werden alleine 12,8 Milliarden durch Kürzungen der Renten und der Arbeitslosenhilfe sowie durch Streichung der Kinderzuschläge von Erwerbslosen eingespart.

Das Sparpaket ist Sozialabbau im Stile von "New Labour". Im Unterschied zu den Sparprogrammen der Kohl-Regierung, treffen die Kürzungen beinahe ausschließlich diejenigen, die aus dem Arbeitsprozeß herausgefallen sind. "Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln", heißt es im Schröder-Blair-Papier. Das wird jetzt praktisch umgesetzt. "Wel-fare to work" ist das Schlagwort: Arbeitsfähige BezieherInnen von So-zialleistungen sollen in die Erwerbsarbeit gezwungen werden - unter welchen Bedingungen auch immer.

An diesem Punkt wird ein tatsächlicher "Politikwechsel" der rot-grünen Bundesregierung deutlich. Das Schröder-Blair-Papier läßt die weitere Richtung erkennen: Flexiblisierung der Arbeitsverhältnisse, Senkung der Unternehmenssteuern, Niedriglohnsektor, Zurücknahme der Sozialtransfers ...

Rot-grün hat einen großen Teil der kritischen Öffentlichkeit in diesen Modernisierungsdiskurs einbinden können. Die wohlstandschauvinistische Formierung der Gesellschaft nach innen und außen ist seit der Bundestagswahl ein großes Stück vorangekommen.

Seiten 3-5 und 29

2. US-Militär räumt Air-Base in Frankfurt/Main. FAG wittert Chance auf Flughafenausbau

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:20

Die Flughafen Frankfurt AG (FAG) dürfte sich freuen, für die Bürgerinitiativen gegen Fluglärm und den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens und auch für den neuen Finanzminister Hans Eichel war es eher eine schlechte Mitteilung: Das US-Militär räumt die einstmals wichtigste Air-Base in Europa, zieht von Frankfurt ab, und baut die US-Stützpunkte in Spangdalehm und Ramstein (Rheinland-Pfalz) aus.

Die Nachricht, daß die US-Amerikaner ihre Air-Base in Frankfurt räumen, und der von der US-Air Force genutzte Teil des Rhein-Main-Flughafens nun für zivile Zwecke zur Verfügung steht, ist für die FAG eine Erfolgsmeldung. Seit langem beklagen die Flughafenbetreiber, das europäische Luftkreuz Frankfurt müsse ausgebaut werden, die bestehenden Kapazitäten seien nicht ausreichend.

Da der Flughafen an Abstellflächen für Flugzeuge keinerlei Reserven mehr hatte, wird die ehemalige US-Air-Base in dieser Weise genutzt werden. Allerdings zeigt sich die FAG weiterhin davon überzeugt, daß nun trotzdem der Bau einer weiteren Start- und Landebahn notwendig sei. Bei den Bürgerinitiativen, die sich gegen die in den letzten Monaten neu aufgekommenen Ausbaupläne wenden, dürfte der Abzug der US-Amerikaner ihre Besorgnis weiter vergrößert haben. Schließlich werden die Flughafenbetreiber jetzt darauf verweisen, daß mit der Nutzung der ehemaligen Air-Base genügend Fläche vorhanden ist, um noch mehr Passagiere und Fracht abzuwickeln; was dagegen noch fehle, sei eine zusätzliche Piste, mit der die gewünschte, zunehmende Zahl von Flugbewegungen bewältigt werden könnte.

Von der neuen CDU/FDP-Landesregierung unter Roland Koch sind die Signale ohnehin eindeutig: Die Konkurrenzfähigkeit mit Amsterdam und London mache es notwendig, so die Aussagen vor der Wahl, daß der Flughafen Frankfurt ausgebaut werden müsse; strittig ist hier nur, wie diese Ausbaupläne umgesetzt werden sollen.

Von der FAG wird als eine Lösung immer wieder der ebenfalls vom US-Militär genutzte Flughafen in Wiesbaden-Erbenheim ins Spiel gebracht: Sollten sich die US-Amerikaner dazu entschließen auch diese Air-Base aufzugeben, könnte, so die FAG, vor den Toren Wiesbadens der Regional- und Charterverkehr abgewickelt werden. Ob die US-Militärs diesen Flughafen aufgeben, wird jedoch nicht in Wiesbaden, Bonn oder Berlin, sondern im Pentagon, dem US-Verteidigungsministerium, entschieden.

Bei der Räumung der Rhein-Main Air-Base hat unterdessen der stellvertretende Kommandant der Air Force in Europa, General Berger, eine für den Bund in finanzieller Hinsicht schwierige Einigung erzielt: Für neue Tanklager und zur Verlängerung der Landebahnen in Ramstein und Spangdahlem, beides große US-Stützpunkte in Rheinland-Pfalz, die in den zurückliegenden Wochen als logistisches Zentrum bzw. als Ausgangspunkt für die Bombenflüge gegen Jugoslawien eine zentrale Funktion hatten, werden die FAG, der Bund, die NATO sowie die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz mehrere hundert Millionen Mark zahlen: In der Diskussion sind 700 Millionen Mark. Damit kommen auf den neuen Finanzminister Eichel weitere, nicht geplante Ausgaben zu.

Im Moment scheint allerorten das Militär die Parole "Wir bitten zur Kasse" ausgegeben zu haben - die Zeiten für solche Vorhaben sind günstig ... . So hat Minister Scharping inzwischen z.B. auch eine erhebliche Aufstockung der Krisenreaktionskräfte angekündigt. Dafür müßten finanzielle Mittel da sein - alles eine Frage der Prioritäten; und die wird heute gerade von Rot-grün eindeutig beantwortet.

Thomas Klein

3. Postkartenaktion: Freiheit für Victor Polay Campos und alle anderen politischen Gefangenen in Peru

Rubrik: Internationale Solidarität; Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:37

Als am 17. Dezember 1996 ein Kommando des Movimiento Revolucionario Tupac Amaru MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru) die Residenz des japanischen Botschafters in Lima besetzte und die Freilassung von 478 GenossInnen auf die Tagesordnung setzte, blickte die ganze Welt nach Peru. Das Schweigen wurde gebrochen, die unmenschliche Situation der schätzungsweise 7000 politischen Gefangenen (nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Casa Latina) geriet in den Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit. Am 22. April 1997 traten die peruanischen Staatsterroristen in Aktion und beendeten mit einem Massaker an dem 14köpfigen MRTA-Kommando die Botschaftsbesetzung.

Peru ist aus den Schlagzeilen verschwunden, doch die unmenschlichen Haftbedingungen der Gefangenen dauern an. Seit dem 9. Januar 1998 existiert ein Dokument des UN-Menschenrechtskomitees bzgl. des MRTA-Mitbegründers und politischen Gefangenen Victor Polay Campos. Aus diesem Dokument geht hervor, daß Victor Polay in einem unfairen Prozeß am 3. April 1993 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt wurde und seine Haftbedingungen den Tatbestand der unmenschlichen, grausamen und erniedrigenden Behandlung erfüllen. Das UN-Menschenrechtskomitee fordert einen fairen Prozeß nach international anerkannten Standards bzw. seine Freilassung. Die peruanische Regierung ist jedoch bis heute nicht auf diese Forderung eingegangen.

Das Peru Solidaritätskomitee München möchte ein Zeichen setzen - gegen das Vergessen - und generell die Situation aller politischen Gefangenen in Erinnerung rufen. Durch das Gutachten des UN-Menschenrechtskomitees ergibt sich die Möglichkeit, konkrete Forderungen aufzustellen und politischen Druck zu entwickeln.

* Schreibt Briefe oder verwenden Sie unsere Postkartenvordrucke und fordert die Beendigung der unmenschlichen Haftbedingungen und drängt auf die Umsetzung des UN-Gutachtens.

* Schreibt an:

- Presidente Alberto Fujimori, Presidente de la República, Palacio de Gobierno, Plaza de Armas, Lima 1, Republik Peru

- Kanzlei der Botschaft der Republik Peru, S. E. Herrn Dr. Luis Silva Santisteban García Seminario, Godesberger Allee 125, 53175 Bonn

- United Nations High Commissioner for Human Rights, Palais des Nations, CH-1211 Genève 10, Schweiz

- Auswärtiges Amt, Joschka Fischer, Adenauer Allee 99, 53113 Bonn

Postkartenvordrucke gibt es beim Peru Solidaritätskomitee, Schwanthalerstr. 139 Rgb., 80339 München
Spenden unter dem Stichwort "Peru" sind erwünscht auf das Konto Mittelamerika-Sekretariat e.V., Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 70010111, Konto-Nr. 1342377900

4. Preise und andere Neuigkeiten

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:14

Gleich zwei Neuerungen für den Kauf von ak führen wir mit dieser Ausgabe ein: Zum einen senken wir den Preis für das Sozialabo, zum anderen gibt es ab sofort ein verbilligtes EinsteigerInnenangebot: drei aks für nur 10 DM. Beide Maßnahmen verfolgen nur ein Ziel: Wir wollen die Hemmschwellen für den Erwerb von ak soweit wie möglich senken und außerdem jüngeren Menschen und denen mit geringem Einkommen den Weg zu einem ak-Abo leichter machen. Vor allem Linken, die der Einzelpreis abgeschreckt hat, wollen wir mit dem EinsteigerInnenangebot Gelegenheit bieten, unsere Zeitung erstmal zum Billigtarif kennenzulernen und sich selbst ein Bild zu machen. Gegenüber dem normalen Einzelpreis von 22,50 DM für drei Ausgaben ist das neue Angebot hoffentlich für viele in den Bereich des Erschwinglichen gerückt. Lediglich eine kleine Hürde haben wir in dieses Angebot eingebaut. Nachdem ihr die zweite Ausgabe von ak erhalten habt, müßt ihr uns eine Kündigung zuschicken. Ansonsten wird das EinsteigerInnenangebot automatisch zu einem Jahresabo verlängert.

Nach reiflicher Überlegung haben wir uns außerdem zu einem weiteren Schritt entschlossen: Ab dieser ak werden die Preise für das Sozialabo gesenkt. Statt 72 DM, die bislang für ein Sozial-Jahresabo gezahlt werden mußten, sind ab sofort nur noch 60 DM zu zahlen. Bei halbjährlicher Zahlweise sinkt der Preis von 38 DM auf 34 DM.

Beide Maßnahmen haben nichts damit zu tun, daß etwa die Produktionskosten für die Zeitung sich schlagartig verbessert oder aber zahllose Neuabos die Einkommensseite drastisch verbessert haben. Zwar haben sich die Verkaufszahlen der Zeitung auf niedrigem Niveau stabilisiert, aber das bedeutet eben nur, daß es im Moment keine drastischen Verkaufsrückgänge gibt. Das ist aber nicht genug: Die Abo- und Verkaufszahlen müssen sich mittelfristig nach oben bewegen, wenn es auch in Zukunft noch diese Zeitung geben soll.

Dieser Schritt fällt aus ökonomischen Gründen nicht leicht. Die Produktion einer ak kostet alles in allem über 11 DM je Exemplar. Diese hohen Kosten können schon heute nur mit Eurer Unterstützung in Form der Weihnachtsspendenaktion und vielen anderen UnterstützerInnen gedeckt werden. Vor diesem Hintergrund ist es fast absurd, nun auch noch den Sozialabo-Preis zu senken. Das kann nur gutgehen, wenn damit mittelfristig auch die Auflage wieder (etwas) ansteigt.

Weil wir so wenig finanziellen Spielraum haben, werden wir daher die bestehenden Sozialabos auch nicht automatisch auf den neuen Preis umstellen. Wer heute schon ein Sozialabo hat und ak künftig zum neuen Sozialpreis bekommen möchte, muß uns dies aktiv mitteilen. Dies ist nicht als Schikane gedacht, sondern schlicht dem Umstand geschuldet, daß wir jede Mark brauchen.

Deswegen könnte diese Preissenkung auch so angepriesen werden: wir senken die Sozialpreise, - nutzt dies und abonniert, prüft aber bitte sorgfältig, ob ihr wirklich nicht in der Lage seid, den Normalpreis zu bezahlen, macht euch diese Entscheidung schwer, aber nehmt lieber das Abo für 60 DM als gar kein Abo und überlegt nicht zulange.

Es bleibt dabei. Ohne eure Unterstützung kann ak nicht überleben. Deshalb noch mal einige Vorschläge, wie diese Unterstützung funktionieren könnte:

- Werdet ak-WiederverkäuferInnen: ihr könnt bei uns aks anfordern und diese mit einem Rabatt von 30 Prozent weiterverkaufen. Egal ob ihr hin und wieder auf Veranstaltungen geht oder einen Büchertisch betreibt, - beides hilft, diese Zeitung bekannter zu machen. Der Rabatt gilt bereits ab der ersten verkauften ak! Ihr bezahlt nur die Exemplare, die ihr auch tatsächlich verkauft habt. Von den nicht verkauften Exemplaren schneidet ihr lediglich die Zeitungs-Köpfe raus und schickt die an uns. Danach erhaltet ihr dann eine Rechnung von uns, - inklusive der Rabatte.

- Immer noch könnt ihr kostenlose Probeexemplare bei uns anfordern, um diese auf Veranstaltungen, Tagungen etc. an Interessierte zu verteilen,

- Außerdem gibt es das Geschenkabo: warum nicht mal den (politischen) FreundInnen ein ak-Abo zum Geburtstag, Jubiläum oder nur so schenken?

- Wichtig wäre es für ak auch, wenn wir mehr in Bücherläden und Kiosken präsent wären. Vielleicht habt ihr einen solchen Laden um die Ecke, wo es ak nicht gibt und wo ihr ihn gern kaufen würdet. Fragt doch einfach mal nach, ob dort Interesse besteht. Wenn ja, teilt uns das mit. Wir setzen uns dann sofort mit dem Laden in Verbindung und regeln den Rest.

- Und natürlich ist es hilfreich, wenn ihr auf unsere Homepage www.akweb.de aufmerksam macht. Dort findet ihr nicht nur einige Artikel der aktuellen Ausgabe. Inzwischen wächst auch das Archiv, in dem sich die zuvor veröffentlichten Artikel ansammeln und die sicher für viele auch jetzt noch interessant sein dürften. Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, das ak-register über die Suchfunktion des jeweiligen Browser zu nutzen. Die Ausgaben, die ihr dort findet und über die ihr nicht mehr verfügt, können bei uns für fünf DM plus Porto angefordert werden.

5. ak-Redakteurin gesucht!

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:51

Zu lachen haben wir immer was. Gummibärchen und Schokolade gibt es auch jeden Tag - jedenfalls in der Produktionswoche. Wir brauchen nur noch eine Neue, die mit uns jeden Monat die Zeitung interessant gestaltet. Die Teilzeitstelle in unserem Redaktionskollektiv soll möglichst bald besetzt werden. Zum Aufgabenbereich der künftigen Redakteurin gehören das Schreiben und Bearbeiten von Artikeln, die Teilnahme an unseren Redaktionssitzungen, die Betreuung von AutorInnen und die Übernahme von Bürodiensten. Daß dazu eine Anlern- und Einarbeitungsphase gehört, ist uns völlig klar.

In der ak-Redaktion arbeiten bezahlte und unbezahlte RedakteurInnen gleichberechtigt. Eine Chefredaktion gibt es nicht. Dafür können wir unsere eigenen Vorstellungen einbringen und umsetzen. Wir finden, daß es sich mit einer Portion Humor und Idealismus bei uns ganz gut aushalten läßt. Um der "alternativen" Selbstausbeutung Grenzen zu setzen, bieten wir eine bezahlte Teilzeitstelle an.

Wir freuen uns auf interessierte Rückmeldungen. Sicherlich habt Ihr noch Fragen. Ruft doch einfach an, dann können wir telefonisch weitere Auskünfte geben.

ak-Redaktion

6. Renten-Revolution durch die Hintertür. Riester setzt Sparvorgaben "innovativ" um

Autor: Horst Kahrs, PDS-Bundestagsfraktion · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:41

Das "Eichel-Paket" der Schröder-Fischer-Regierung verlangt vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung mit 12,5 Mrd. DM im Jahr 2000 den größten absoluten Ausgabenabbau. 40% der anstehenden Haushaltskürzungen sollen damit im Ressort "Arbeit und Soziales" erfolgen - die weiteren Einsparungen im sozialen Bereich, die bei anderen Ressorts anfallen, nicht eingerechnet.

Der Verzicht auf politische Prioritäten verleiht dem Sparprogramm ein Stück politische Durchsetzungsfähigkeit: Alle sparen mit, Sparen wird medial als nationale Kraftanstrengung inszeniert. Und innerhalb der Regierungsfraktionen gibt es kaum noch jemanden, der darauf hinweist, daß man dem Staatsdefizit ja auch durch Verbesserungen auf der Einnahmeseite zu Leibe rücken könne.

Die prozentualen Kürzungen durch alle Ressorts überlassen es den jeweils verantwortlichen Politikern, darüber zu entscheiden, bei welchen Ausgaben sie kürzen wollen. Erst unter diesem Gesichtspunkt sind die Sparmaßnahmen von Arbeits- und Sozialminister Walter Riester einer näheren Betrachtung wert. Sein Haushalt umfaßt für 1999 knapp 175 Mrd. DM. Davon entfallen 120 Mrd. DM auf die Rentenversicherung, knapp 10 Mrd. auf die Kriegsopferversorgung und gut 43 Mrd. DM auf die Arbeitsmarktpolitik und die Arbeitslosenhilfe. Der Rest verteilt sich auf verschiedene andere Bereiche.

Sozialabbau à la "New Labour"

Die Kürzungsvorschläge, mit denen Riester die Vorgaben des "30-Milliarden-Programms" aus dem Finanzministerium erfüllen will, sehen u.a. vor:

- Streichung der originären Arbeitslosenhilfe; geplantes Einsparvolumen: 1 Mrd. DM im Jahr 2000, danach jährlich 1,3 Mrd. DM. Mindestens zwei Drittel der Kürzung werden bei den Kommunen als Mehrausgaben für Sozialhilfe anfallen;

- Kürzung der Lohnkostenzuschüsse für Neueinstellungen in ostdeutschen Wirtschaftsunternehmen um 0,8 Mrd. DM in 1999, danach 1,1 Mrd. DM;

- Die Beiträge für Arbeitslosenhilfe-BezieherInnen zur Renten- und Pflegeversicherung werden nur noch nach der tatsächlichen Höhe der ausgezahlten Arbeitslosenhilfe berechnet. In der Konsequenz entstehen bei den Versicherungen geringere Einnahmen und niedrigere Rentenansprüche bei den Arbeitslosen; Einsparung 1999: 4,5 Mrd. DM, dann 4,4 Mrd. DM;

- Die Renten sollen in den nächsten zwei Jahren nicht gemäß der Nettolohnentwicklung, sondern nur noch nach der Inflationsrate angepaßt werden; Einsparung 1999: 2,8 Mrd. DM, dann 6,9 Mrd. DM;

- Kürzung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung um jährlich 1 Mrd. DM;

- Globale Minderausgabe von jährlich 2,4 Mrd. DM, wobei noch nicht feststeht, wo diese "erwirtschaftet" werden soll. Möglicherweise kommt sie allein dadurch zustande, daß die Bundesanstalt für Arbeit einen niedrigeren Bundeszuschuß benötigt.

Der Überblick verweist auf erste, durchaus gravierende Unterschiede zu den Sparpaketen der Ära Kohl und Blüm: Bis auf die Kürzung bei den Lohnkostenzuschüssen betreffen alle Streichungen Leistungen für nichtarbeitende Anspruchsberechtigte. Die Arbeitsmarktpolitik, die Verzahnung von Sozialleistung und Arbeit, kommt fast ungeschoren davon. Und: Bis auf die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe, die etwa 80.000 Personen betrifft, sind direkte Einkommenskürzungen bei Arbeitslosen nicht vorgesehen. Der übergroße Teil der Einsparungen betrifft die gesetzliche Rentenversicherung. Riester hat die Vorgabe, daß "wir alle sparen müssen", durchaus einseitig zu Lasten der RentnerInnen umgesetzt. Dieser Umstand verdient insofern politische Beachtung, als er bewußt den Vorwurf des "Rentenbetrugs" und die Abkehr gerade gewonnener älterer WählerInnen in Kauf nahm.

Diese Entscheidung ist Bestandteil eines tatsächlichen Politikwechsels der rot-grünen Regierung. "Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln", heißt dieser Wechsel im "Blair-Schröder-Papier". Bodo Hombach nannte ihn den Umbau der "Gouvernante Sozialstaat" in den "aktivierenden Sozialstaat". Von RentnerInnen läßt sich nun schlecht "Eigenverantwortung" verlangen, da sie das Erwerbsleben hinter sich haben - deshalb stehen sie auf der aktuellen Kürzungsliste obenan. Zukünftige Streichlisten werden auch andere Personengruppen treffen, die für eine Erwerbsarbeit nicht (mehr) in Frage kommen.

Für alle diejenigen SozialleistungsbezieherInnen, die nach Alter und körperlicher Konstitution arbeitsfähig sind, sieht die rot-grüne Politik eine umfassende Strategie der (Zwangs-)Mobilisierung in Erwerbsarbeit vor; das gegenwärtige Jugendprogramm ist dafür ein Vorläufer. Das anvisierte Projekt ist die staatliche Subvention von Niedriglohnsektoren, die aus den Mitteln der Arbeitsförderung und der Lohnersatzleistungen finanziert werden sollen. Die Schröder-Regierung hält hier (fast) Wort: Kürzungen bei Arbeitslosen erfolgen nur, wenn sie die ihnen einmal gebotene "Chance" ablehnen und sich nicht in Billigjobs mobilisieren lassen. Aus dieser Perspektive ist es folgerichtig, den Angriff auf die Sozialleistungen von Erwerbslosen hinauszuschieben, bis ein Subventionsprogramm für den Niedriglohnsektor steht.

Zwar wird im Eichel-Paket angekündigt, daß auch die Lohnersatzleistungen für Arbeitslose nur entsprechend der Inflationsrate erhöht werden sollen, aber in der quantitativen Zusammenstellung der Kürzungen ist diese Maßnahme nicht enthalten. Auch die zweijährige Abkoppelung vieler lohnbezogener Sozialleisungen wird zwar angekündigt, aber nur bei den Renten wirklich angegangen.

Umbau der Rentenversichrung

Riesters Rentenpläne enthalten verschiedene Elemente. Mit der für die Jahre 2000 und 2001 vorgesehenen Anpassung an die Inflationsrate steigen die Renten nicht um 3,7% und 3,5%, sondern nur um 0,7% und 1,6%. Die Bundesregierung verkauft dies als "Realeinkommenssicherung". Bei einem Durchschnittsrentner führt dies dazu, daß ihm monatlich 63 DM (West) bzw. 54 DM (Ost) an eigentlich zu erwartender Erhöhung vorenthalten werden. Im Jahr 2001 summiert sich dies auf monatlich 111 DM bzw. 97 DM und macht auf das Jahr gesehen eine Monatsrente aus.

Die Suspendierung der Rentenanpassung an die Nettolohnentwicklung begründet Riester damit, daß es im nächsten Jahr zwar durch die diesjährige Beitragssenkung, durch das höhere Kindergeld sowie durch die Umsetzung des "Familienurteils" des Bundesverfassungsgerichtes einen deutlichen Anstieg der Nettolöhne aufgrund politisch gesetzter Umverteilungen gebe, jedoch nicht aufgrund eines realen Lohnabstieges. Es sei nicht einzusehen, daß von der Besserstellung von Familien mit Kindern auch die Rentner etwas haben sollten. Diese Argumentation ist manipulativ und soll nur den Rentnerprotest stillstellen. Denn würde Riester es damit ernst meinen, müßte er bereits die nächste Aussetzung der Rentenformel für das Jahr 2004 ankündigen, da im Jahr 2003 die zweite Stufe der steuerlichen Entlastung für Familien in Kraft treten soll.

Die Aussetzung der Rentenanpassungsformel ist somit kein einmaliger Akt, sondern nur als Einstieg in den Abschied von der nettolohnbezogenen Anpassung zu begreifen. Die Diskussion darum, wonach sich das Rentenniveau richten soll, nach welcher Größe Renten am steigenden gesellschaftlichen Reichtum beteiligt werden, ist faktisch eröffnet. Mit seinen weiteren Vorschlägen hat Riester dafür Eckpunkte gesetzt:

- Weitere Senkung des Beitragssatzes im Zuge des Ausbaus der Ökosteuer um 0,7 Prozentpunkte auf 18,8% im Jahr 2000. Die Senkung der Beiträge führt zu höheren Nettoeinkommen und realisiert somit ein Wahlversprechen. Sie folgt dem sozialdemokratischen Grundsatz "Arbeit entlasten, Umweltverbrauch belasten", ist faktisch aber eine Umschichtung von direkten Abgaben zu indirekten Verbrauchssteuern. Jeder Autofahrer und Energiekonsument trägt somit - so das öffentlich erzeugte Bild - zur Rentenfinanzierung bei, nicht mehr nur die Lohnabhängigen. Der Kreis der gesellschaftlichen Kräfte und Interessen an niedrigen Rentenerhöhungen wird größer, der Legitimationsspielraum für politische Eingriffe in die Rentendynamik wächst.

- Einführung einer privaten Rentenversicherung, auf freiwilliger Basis oder als gesetzliche "Zwangsrente" mit Beiträgen von 0,5% im Jahr 2003 und 2,5% ab 2007. Laut Spiegel haben bereits 80% der abhängig Beschäftigten eine private Altersvorsorge. Diese soll zur dritten Säule der Alterssicherung werden. Das hat einen finanziellen Effekt: Die privaten Beiträge schmälern, wenn gesetzlich vorgeschrieben, den Nettolohn und

die Rentenerhöhung. Insofern besteht ein enger Zusammenhang zwischen Riesters Aussage, an der Nettolohnorientierung festzuhalten und die private Vorsorge gesetzlich zu erzwingen.

Der Vorschlag hat zweitens einen ordnungspolitischen Aspekt, nämlich den Einstieg in den Ausstieg aus der paritätischen Aufbringung der Beiträge für die Alterssicherung durch Unternehmer und Beschäftigte. Und er hat drittens einen politischen Aspekt: Wer in der Rentenpolitik systematisch auf Privatvorsorge setzt, sagt damit zugleich, daß die gesetzliche Rente keine zureichende Alterssicherung garantieren kann und will. Riester demontiert damit bewußt die gesetzliche Rente.

- Einführung einer "Grundsicherung" in der Rentenversicherung, um niedrige Renten auf ein Mindestniveau aufzustocken. Hierbei handelt es sich um ein Vorhaben aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag. Wie es realisiert werden soll, ist noch offen. Mal heißt es: Aufstockung auf Sozialhilfeniveau ohne Gang zum Sozialamt, mal werden Beträge genannt von 1.200 DM für Ledige und 1.800 DM für Verheiratete.

Die Einführung einer "Grundsicherung" stellt das sozialpolitische Bonbon für Linke dar. Damit soll es schwergemacht werden, Riesters Pläne als Ganze anzugreifen. Auf die Kritik, mit der Kürzung der Rentenerhöhung schaffe er mehr Altersarmut, kann Riester nun darauf verweisen, daß er bestimmte Formen von Altersarmut sogar beseitige. Die Einführung der "Grundsicherung" taugt zugleich dazu, die Kürzung der Rentenbeiträge für Arbeitslosenhilfe-BezieherInnen zu beschönigen, weil ja auf keinen Fall jemand unter das Mindestniveau rutschen werde. Schließlich läßt sich so auch ein Argument gegen Niedriglohnsektoren und Billigjobs entkräften.

Alternativen

zum Neoliberalismus?

Faßt man die einzelnen Punkte zusammen, so ergibt sich: Senkung des Rentenniveaus, Abbau der beitragsfinanzierten Anteile der Rentenversicherung, Ausbau der privaten Zusatzversicherung und Einführung einer "Grundsicherung", also weit mehr als ein reines Kürzungspaket. Erkennbar wird die Bereitschaft, aus den sozialstaatlichen Regelungen der Rentenversicherung seit 1957 (Einführung der heutigen Rentendynamisierung/-formel) auszusteigen. Statt dessen entsteht ein Einstiegsszenario in neue Regulative, welches sehr den Biedenkopfschen und anderen Modellen einer staatlich garantierten, über Beiträge finanzierten Grundrente mit "freiwilligen" privaten Zusatzversicherungen gleicht.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Blüm scheint Riester zu einem durchgreifenden Umbau der Alterssicherung bereit zu sein. Während Blüm auf eine allmähliche Senkung des Rentenniveaus durch den Einbau eines "demographischen Faktors" (Abschmelzen der Rentenerhöhungen um jährlich 0,4 Prozentpunkte mit ansteigender Lebenserwartung) setzte, will Riester eine vergleichbare Senkung in einem ersten Schritt erzielen, der zugleich Auftakt für weitere Reformen ist.

Um dies durchzusetzen, muß er die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe verschärfen. Bereits jetzt hantiert er offen mit angeblichen Interessengegensätzen zwischen Alten und Kindern, wenn er sagt, die Verbesserungen für Familien dürften nicht zu höheren Ausgaben für Renten führen. Offen verbindet er die Rentenkürzung mit niedrigeren Beitragssätzen. Und insbesondere für die heute unter 30jährigen verspricht er deutliche finanzielle Entlastungen. Nach Berechnungen des Instituts für Finanzwissenschaft in Freiburg führt das Riester-Modell gegenüber dem Blüm-Modell für heute über 45jährige zu stärkeren finanziellen Belastungen, für 30-45jährige zu niedrigeren Belastungen und bei unter 30jährigen zu deutlich höheren Entlastungen (Wirtschaftswoche Nr. 26, 24.6.1999). Riester spielt also auch offen Erwerbstätige gegen Nicht(mehr)erwerbstätige, Junge gegen Alte aus.

Die Linke steht vor der Frage, wie sie auf diese neue, rot-grüne Etappe der Verteilungskämpfe um die Kosten des Sozialstaatsabbaus reagieren will, ob und wie sie die traditionellen Formen und Ansprüche verteidigt oder ob sie eigene Alternativen und erstrebenswerte Gesellschaftsmodelle entwickelt. Voraussetzung hierfür wäre es, das Hauptargument aller bisherigen "Rentenreformer", die zunehmende "demographische Belastung" durch die "Vergreisung", auf die tatsächlichen gesellschaftlichen Transformationsprozesse herunterzubrechen.

Dafür reicht die Forderung nach einer verstärkten Zuwanderung oder nach dem Abbau der Arbeitslosigkeit nicht aus. Die heute steigenden Zahlungen für die gesetzliche Rente resultieren überwiegend noch aus dem "Normalarbeitsverhältnis" der fordistischen Nachkriegsgesellschaft. Die damit verbunden

Finanzierungsprobleme sind demgegenüber bereits ein Resultat der veränderten Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Sie sind die Konsequenz der erfolgten Umverteilung von Lohneinkommen zu Gewinn- und Vermögenseinkommen einerseits und der damit verbundenen Erosion des Normalarbeitsverhältnisses andererseits. Die Massenarbeitslosigkeit ist da nur ein Teilaspekt des Problems.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Scheinselbständigkeit und "flexible" Erwerbsbiographien führen jedoch nicht nur zu abnehmenden Beitragszahlungen, sondern auch zu geringeren späteren Rentenansprüchen. Bleibt es bei der ausschließlichen Lohnorientierung der Rente, wird angesichts der fortschreitenden Spaltung und Ausdifferenzierung der Lohnarbeit für viele die Rente nicht mehr zum Lebensunterhalt ausreichen. Gleichzeitig eröffnet die Diskussion über die Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge für Niedriglohnjobs ohnehin die Perspektive, daß für Millionen Erwerbstätige die Rentenbeiträge aus Steuermitteln aufgebracht werden würden.

Unter diesen Konstellationen ergeben sich auch für Linke Chancen, mit eigenen Vorstellungen zur Entkoppelung von Arbeit und Einkommen wieder in die gesellschaftliche Diskussion zu kommen. Hierzu würde auf jeden Fall die Einführung einer Grundsicherung auch in der Rentenversicherung gehören; zweitens aber auch eigene Ideen zur Finanzierung der Renten. Dabei kann durchaus an Vorschlägen zur Einführung einer Wertschöpfungsabgabe anstelle der lohnsummenorientierten Arbeitgeberbeiträge angeknüpft werden.

Und schließlich wäre zu überdenken, ob für die Beteiligung der Rentner am zukünftigen gesellschaftlichen Reichtum die Löhne - brutto oder netto - noch ein akzeptabler Maßstab sein können. Um die Rentenerhöhungen den tagespolitischen Verteilungskämpfen der öffentliche Haushalte zu entziehen, wäre es geeigneter, die Rentenerhöhungen nach der Steigerung des Bruttosozialprodukts zu bemessen.

Horst Kahrs

Der Autor ist Mitarbeiter der PDS-Bundestagsfraktion

7. Schluß mit lustig! Arbeitsmarktpolitik soll Erwerbslose zur Vernunft bringen

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:36

"Grundlage der Beurteilung der Qualität öffentlich geförderter Beschäftigung ist der ... mögliche positive Stellenwert der Arbeit bei der Nachsozialisierung arbeitsloser junger Menschen." Dieser programmatische Leitsatz stammt aus einem Papier, mit dem Detlef Scheele, Chef der staatlichen Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft (HAB) Niedriglöhne im öffentlichen Beschäftigungssektor fordert. (1) Der Paradigmenwechsel in der öffentlichen Diskussion zum Thema "Arbeit" wird hier in seltener Klarheit formuliert: Arbeit als Instrument zur Erziehung und Disziplinierung.

Nach einem 1997 geschlossenen Tarifvertrag für den öffentlichen Beschäftigungssektor in Hamburg verdienen Erwerbslose in Hamburger Beschäftigungsprojekten zwischen 2.600 und 2.900 DM brutto im Monat, das sind ca. 1.600 bzw. 1.900 DM netto. Wahrlich keine Traumgagen, doch nach Ansicht der sozialdemokratischen ArbeitsmarktpolitikerInnen in der Hansestadt immer noch zuviel. Bereits in den Koalitionsverhandlungen mit den Grünen im Herbst 1997 hatte die SPD einen Niedrigtarif für Jungerwachsene festschreiben lassen, der aber bisher noch nicht konkretisiert worden ist. Maßgeblicher Ideengeber für diesen Plan: Detlef Scheele, lange Zeit Chef des "linken" SPD-Bezirks Hamburg-Nord, früher Geschäftsführer des staatlichen Fortbildungs- und Qualifizierungsträgers ZEBRA und nun Chef der HAB, des mit 1.600 Beschäftigten mit Abstand größten Beschäftigungsträgers für erwerbslose SozialhilfeempfängerInnen.

Staatlich organisiertes Lohndumping

Im Dezember letzten Jahres sprach der zuständige Amtsleiter in der Sozialbehörde, Uwe Riez, ebenfalls SPD, ebenfalls aus dem Bezirk Hamburg-Nord und Vorgänger Scheeles im Amt des HAB-Geschäftsführers, von einem beabsichtigten Jugendtarif in Höhe von 1.500 DM brutto. Er kritisierte damit gleichzeitig die Pläne des Bundesarbeitsministeriums, das für Jugendliche in öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen Löhne in Höhe von 2.800 DM brutto finanzieren wollte: "Das ist eine kontraproduktive Lösung, und sie weicht von unserer Absicht ab, einen Jugendlichentarif zu schaffen", so Riez gegenüber der taz. Seit diesem Frühjahr haben Behörde und HAB die Karten aufgedeckt. In seiner "Argumentationshilfe" für eine "Versachlichung der Diskussion" (Titel: "Gerecht gefördert") schlägt Scheele ein Tarifentgelt von 1.500 DM brutto plus einer Fahrkarte für den Öffentlichen Personennahverkehr in Hamburg vor. Dafür sollen die bei der HAB beschäftigten Jugendlichen und Jungerwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren 30 Stunden pro Woche arbeiten und im Umfang von 8,5 Stunden pro Woche an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen. 700 Arbeitsplätze will die HAB auf dieser Basis zusätzlich schaffen.

Die Absicht, von 38,5 Stunden Arbeitszeit nur 30 Stunden zu bezahlen und das auch noch zu einem Tariflohn, der unter dem Sozialhilfesatz liegt, ist sicherlich ein Skandal allererster Güte. Was das Scheele-Papier aber von anderen Machwerken "moderner" Deregulierer abhebt, ist der Tenor, mit dem Niedriglöhne für öffentlich geförderte Beschäftigung begründet werden. Die HAB begreift ihren Jugendlichentarif nämlich als "motivationsförderndes Angebot" zur Integration in den sogenannten Ersten Arbeitsmarkt: "Die Entgeltfrage ist ein wesentliches Kriterium für Erfolg oder Mißerfolg unter diesem Gesichtspunkt. Gewährt man einem jungerwachsenen Mitarbeiter in geförderter Beschäftigung einen Lohn, der in keinem erkennbaren Verhältnis zur tatsächlich erzielten produktiven Leistung für das Unternehmen steht, fördert man gutmeinend Fehlsozialisationen (!) und damit Anspruchsdenken an die Allgemeinheit und letztlich ein Leben außerhalb üblicher Berufsbiographien." Für Scheele ist der niedrige Lohn in erster Linie ein erzieherisches Instrument gegen "Fehlsozialisation" und "Anspruchsdenken". Nur ein paar Sätze weiter heißt es bei ihm: "Ein Entgeltsystem, das Maßstäbe nachhaltig verschiebt und einen unrealistischen Eindruck der Verwertbarkeit der eigenen Arbeitsleistung vermittelt, schadet langfristig dem Einzelnen und dem Gemeinwesen."

Hier kommt eine Problemsicht in aller Deutlichkeit zum Ausdruck, die in der Debatte um den öffentlichen Beschäftigungssektor viel zu wenig berücksichtigt wird. Die eigentliche Schwierigkeit für die "moderne" Arbeitsmarktpolitik ist offensichtlich nicht das Fehlen von Arbeit und Arbeitsplätzen an sich. Das Problem besteht darin, daß die Bedürfnisse und Ansprüche von (jugendlichen) Erwerbslosen nicht zu dem passen, was ihnen als Jobperspektive angeboten wird. Bodo Hombach, Chefideologe von "New Labour Germany",

kritisierte 1998 gegenüber dem Spiegel, "daß überhaupt keine Arbeit zu haben offenbar immer noch höher geschätzt wird als ein ‚McJob.'" Etwas soziologischer ist in einem Gutachten für die hessischen Grünen von "spezifischen soziokulturellen Einstellungen gegenüber diesen Arbeitsmöglichkeiten" die Rede, um zu erklären, warum ein Niedriglohnsektor so schwer durchzusetzen ist.

(Jugendliche) Erwerbslose sind offenbar (noch) nicht bereit, jeden Job anzunehmen. Sie orientieren sich möglichweise noch an "anachronistischen" Berufsbildern, an ihrer Qualifikation, an Arbeitsinhalten oder an ihren Konsumgewohnheiten und -ansprüchen, an Vorstellungen von ihrem "Traumjob". All diese Ansprüche brechen sich an der tristen und perspektivlosen Realität schlecht bezahlter, gesundheitsgefährdender und entrechteter Billig-Jobs, die zur "normalen" Arbeitsperspektive gerade für Jugendliche und Jungerwachsene werden sollen. Denn wenn Scheele befürchtet, daß erwerbslose Jugendliche ihr Leben außerhalb der "üblichen Berufsbiographien" organisieren, so will er sie ja im Umkehrschluß nicht in die "üblichen Berufsbiographien" des fordistischen Normalarbeitsverhältnisses integrieren. Ansprüche, die sich daran orientieren sind vielmehr "realitätsfern" und müssen gebrochen werden. Dabei wird das Erziehungsmittel "Niedriglohn" in den Händen der Arbeitsmarktpolitiker zum Rohrstock: "Beschäftigten in geförderten Arbeitsverhältnissen müssen unter Beweis stellen, daß sie bereit sind, zugunsten niedrig entlohnter Tätigkeiten das System zu verlassen." (2)

Demontage einer Hängematte

Eine Arbeitsmarktpolitik, die sich in erster Linie an der "Beseitigung von Fehlsozialisationen" orientiert, will "unzeitgemäße" und "unrealistische" Erwartungen und Verhaltensweisen bekämpfen: "Ihnen (den Jugendlichen) wird man ... vermitteln müssen, daß zunächst die eigene Arbeit den Lebensunterhalt sichern muß und öffentliche Transfersysteme möglichst nur ergänzend und nachrangig in Anspruch genommen werden sollen. Insoweit geht es bei der Durchführung der Beschäftigungsprogramme auch um die Vermittlung von Haltungsfragen". (3) Der Niedriglohn in der öffentlich geförderten Beschäftigung ist dabei weniger ein Vehikel zur allgemeinen Durchsetzung eines Niedriglohnsektors; er ist vor allem ein Mittel der Strafe.

Natürlich kann ArbeitsmarktpolitikerInnen vom Schlage eines Detlef Scheele vorgeworfen werden, daß sie sämtliche fachlichen Kriterien an eine sinnstiftende Arbeit und verwertbare Qualifizierung gerade bei Maßnahmen für erwerbslose Jugendliche mißachten. Doch diese Kritik trifft nicht wirklich, weil sie von den Scheeles überhaupt nicht mehr als Maßstab akzeptiert wird. Im Gegenteil: In ihrer Logik einer "motivationsfördernden Arbeitsmarktpolitik" ist alles, was an der Arbeit Spaß machen könnte, alles was aus fachlicher Sicht notwendige Ansprüche an sinnvolle Tätigkeiten, Qualifizierungsmaßnahmen und existenzsichernde Entlohnung wären, kontraproduktiv. Die Arbeit in öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen muß geradezu zu einer möglichst unerträglichen Last gemacht werden, so daß die prekären Beschäftigungsverhältnisse des "Ersten Arbeitsmarktes" wie eine Erlösung scheinen. Und wenn daher in diesen Arbeitsverhältnissen keine existenzsichernden Löhne gezahlt werden, so darf das auch in der öffentlich geförderten Beschäftigung nicht der Fall sein: "Wird im Bereich der Entlohnung von Jungerwachsenen im Sektor der geförderten Beschäftigung mit dem Argument der Existenzsicherung geworben, müßte dies im Einzelhandel oder im Hotel- und Gaststättengewerbe erst Recht Einzug in die Tarifwirklichkeit halten." (4)

Vieles von dem, was Scheele in seinem aktuellen Papier anspricht, hat er als einer der arbeitsmarktpolitischen Strategen der Hamburger Sozialdemokratie bereits früher angedeutet. Im März 1994 diskutierte die SPD-Bürgerschaftsfraktion ein Papier mit dem Titel "Perspektiven einer aktiven Arbeitsmarktpolitik für Hamburg 1994-1997". Mitautor: Detlef Scheele. Angesichts der restriktiven Rahmenbedingungen, die die Kohl-Regierung damals gesetzt hatte, waren die in den 80er Jahren ausgebauten Instrumente der Hamburger Arbeitsmarktpolitik, insbesondere die Beschäftigungsgesellschaften und der ABM-Sektor zu teuer geworden. Die Arbeitsbedingungen und Löhne im "Zweiten Arbeitsmarkt" erschienen plötzlich als luxuriös. In Zukunft galt es somit, diese "Nischen" zu stopfen und dafür zu sorgen, daß "eine freiwillige Lebensplanung in und mit den Instrumenten des Zweiten Arbeitsmarktes unattraktiv ist". (5)

Als Mittel zum Zweck wurde bereits in diesem Papier neben repressiveren Arbeitsbedingungen ein Tariflohn benannt, der verhindern sollte, "daß die Entlohnung einen unnötig langen Verbleib im Zweiten Arbeitsmarkt fördert." Allerdings wurde damals noch von einem Stellenmangel für "diese Personengruppe" gesprochen, der Niedriglohnsektor war noch nicht en vogue. Leitgedanke der sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik wurde

"eine soziale ‚Grundsicherung' durch befristete Beschäftigung" in systematischer Verbindung "mit einer konsequenten Integrationszielsetzung (in den 1. Arbeitsmarkt)".

Pädagogik der Arbeit

Den Unterschied und die Brisanz, die Papiere wie das von Scheele heute im Vergleich zu 1994 ausmachen, liegt in der veränderten gesellschaftlichen Situation. Erwerbslosigkeit als "Sozialisationsdefizit" und öffentlich geförderte Beschäftigung als Instanz "nachholender Sozialisation" hat sich als vorherrschendes Begründungsmuster in der Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt. "Arbeit" ist als Inbegriff von individueller Würde, Selbstbestimmung, Sinnstiftung und intakter Gesellschaftlichkeit ideologisch enorm aufgewertet und aufgeladen worden. Die Integration "in Arbeit" bzw. die Unterwerfung unter "die Arbeit" als nacktem Prinzip ist vor diesem Hintergrund unangreifbarer als je zu vor.

Nach dem Besuch einer Berufsfindungsmaßnahme zeigte sich die Hamburger Sozialsenatorin und frühere DGB-Vorsitzende, Karin Roth, hellauf empört, weil ihr ein Jugendlicher gesagt hatte, er wolle "viel Kohle". "Doch das werden wir dem auch noch austreiben" , beruhigte sie anschließend sich und ihr Publikum. Diese Anekdote illustriert drastisch, worum es im öffentlichen Beschäftigungssektor zukünftig geht. "Sozialisierung" durch Arbeit ist mehr den je die Bekämpfung von tatsächlichem oder vermeintlich renitentem Verhalten, das von unverhohlenen Konsumansprüchen über "unrealistische" Berufswünsche bis zu Kriminalität reichen kann (wobei "Herumlungern" und "Gammeln" bereits latent kriminelles Verhalten signalisiert). Ziel der modernen Arbeitsmarktpolitik ist es, den (jugendlichen) Erwerbslosen klar zu machen - und es von ihnen akzeptieren zu lassen - daß an Arbeit, Arbeitsbedingungen und Löhne keine Ansprüche zu stellen sind, daß Arbeit an sich Lohn genug und Arbeitslosigkeit eine unmoralische und tendentiell delinquente Existenzweise ist.

In seiner berühmten Studie über die Entstehung der modernen Haftstrafe und des Gefängnisses zu Beginn des 19. Jahrhunderts beschreibt Michel Foucault die Katalysatorfunktion des Arbeitshauses, "das den Arbeitsscheuen die universelle Pädagogik der Arbeit sichert." "Diese so nützliche Pädagogik wird beim faulen Subjekt den Geschmack an der Arbeit wiederherstellen; sie wird es in ein System von Interessen hineinzwingen, in welchem die Arbeit mehr Vorteile bringt als die Faulheit; sie wird um es herum eine kleine, beschränkte Gesellschaft von einfachem und zwingendem Charakter schaffen, in der die Maxime herrscht; wer leben will, muß arbeiten." (6) Natürlich ist die momentane Diskussion um die "Reform" des "Zweiten Arbeitsmarktes" nicht identisch mit den Überlegungen zu den Arbeitshäusern des ausgehenden 18. Jahrhunderts; insbesondere geht es heute im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor nicht um die Verknüpfung mit dem Strafvollzug und der Strafhaft. Dennoch eröffnet ein Rückbezug auf die Anfänge des modernen Gefängniswesens den Blick auf das zentrale Element der augenblicklichen Diskussion um die "Integration in Arbeit" - nämlich die Idee der disziplinierenden, "sozialisierenden" Funktion von "Arbeit" bzw. das Prinzip einer "Pädagogik der Arbeit".

Doch während es beim Arbeitshaus in Gent 1773 darum ging, den "homo oeconomicus" als Leitbild der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft in der Psyche und im Verhalten der Gefangen zu verankern, geht es bei den Maßnahmen des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors 1999 darum, die Kehrseite des "flexiblen Menschen" durchzusetzen. Die Moral und Ideologie der Flexibilität soll auch von denjenigen verinnerlicht werden, die aus dem hochflexibilisierten Ausbeutungsprozeß in den Büros und Fabriken herausfallen und für die nur die Verausgabung ihrer Arbeitskraft in den Niedriglohnsegmenten prekärer Beschäftigung vorgesehen ist. Und so wie die "Pädagogik der Arbeit" 1773 nicht nur auf die Verhaltensweisen der Gefangenen zielte, zielt die heutige "Erziehung durch Arbeit" nicht nur auf das Verhalten von Erwerbslosen in Beschäftigungsmaßnahmen. Wer leben will, muß arbeiten ist eine gesamtgesellschaftliche Botschaft.

Fern von jeder emanzipatorischen Idylle wird im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als Sozialisationsinstanz die Normierung der neuen Ausbeutungsverhältnisse durchgesetzt, die Norm und die "Normalität" dessen, was heute Lohnarbeit ist. Unter den Bedingungen der real existierenden Arbeitsmarktpolitik ist der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor mehr denn je mit Vorsicht zu genießen. Jede politisch positive Bezugnahme auf diesen Bereich, die nicht gleichzeitig die "Normalität" der Arbeitsinhalte, Arbeitsbedingungen und der Entlohnung mit diskutiert, muß sich daher verbieten.

dk

Anmerkungen:

1) Detlef Scheele: "Gerecht gefördert. Anmerkungen zur Entlohnung von Jungerwachsenen ohne Berufsausbildung in der Beschäftigungsförderung", Hamburg, Februar 1999

2) ebd.

3) ebd.

4) ebd.

5) "Perspektiven einer aktiven Arbeitsmarktpolitik für Hamburg 1994-1997", Vorlage für die Haushaltsklausur der SPD-Bürgerschaftsfraktion am 25./26. März 1994 in Bad Bramstedt

6) Michel Foucault: "Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses", Frankfurt 1976, S.157

8. EU-Beschäftigungspakt: "Wachstum gleich Arbeit"

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Sozialpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:07

Viel Hoffnung hegten einige Gewerkschaften im Hinblick auf den EU-Beschäftigungspakt, der als einer der bedeutendsten Verhandlungspunkte des jüngsten EU-Regierungsgipfels galt. Viel Neues kam unterdessen nicht dabei heraus. Lediglich ein "makro-ökonomischer Dialog", an dem sich die Sozialpartner, die EU-Kommission, die Finanz- und Wirtschaftsminister der Mitgliedsländer sowie die Europäische Zentralbank (EZB) halbjährlich beteiligen werden, wurde bei den Verhandlungen beschlossen. Ansonsten bleibt alles beim alten: Die Beschäftigungspoltik ist weiterhin der Wirtschaftspolitik untergeordnet, und die Umsetzungen der beschäftigungspolitischen Leitlinien obliegt nach wie vor den einzelnen Mitgliedsstaaten.

"Der Abbau von Wachstumshemmnissen ist zugleich der Abbau von Beschäftigungshemmnissen", lautet die einfache Formel. Das Ziel "eines hohen Beschäftigungsniveaus in ganz Europa" knüpft der Europäische Rat vor allem an zwei Voraussetzungen: die Stabilität des Preisniveaus und zahlreiche Vergünstigungen für Unternehmer. Stabilität und Wachstum bedeuten, daß die Haushalte der EU-Mitgliedsstaaten ausgeglichen sein und nach Möglichkeit "zu einem Überschuß gebracht werden müssen." Die Entschließung des Europäischen Rates läßt keinen Zweifel daran, daß dabei ein wesentlicher Punkt die Verbilligung des Faktors Arbeit ist. "Die Lohnentwicklung muß sich auf einem verläßlichen Pfad bewegen, mit Lohnzuwächsen, die mit der Preisstabilität und der Schaffung von Arbeitsplätzen vereinbar sind", heißt es in dem Papier.

Es geht also um eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Instrumente dieser Umverteilung sollen die von der EU-Kommission erarbeiteten Leitlinien für die "Nationalen Aktionspläne" sein. Wie schon Ende März im "Empfehlungspapier" der Kommission zu lesen war, sollen die Mitgliedsländer vor allem "präventiven Strategien" und nicht "passiven Maßnahmen" bei der Beschäftigungspolitik nachgehen. D.h. Sozialleistungen und Arbeitslosenhilfe sollen möglichst abgebaut und an Bedingungen geknüpft werden. Das können Umschulungen und Weiterbildungen in prosperierende Unternehmensbereiche sein - z.B. in Call-Centern, oder aber die britischen "workfare"-Programme, die die Zahlung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe an Zwangsarbeit koppeln.

Die größte Bedeutung beim "makro-ökonomischen Dialog" werden nach wie vor die Empfehlungen der EU-Kommission haben, die hauptsächlich dafür zuständig ist, die jeweiligen Berichte über die Umsetzung der Nationalen Aktionspläne der EU-Mitgliedsstaaten zu analysieren und auszuwerten. Der "markroökonomische Dialog" wird in Einzelfällen auch quantifizierbare Ziele für einzelne Mitgliedsstaaten festlegen können. Die Kommission soll bereits in diesem September einen Vorschlag für die beschäftigungspolitischen Leitlinien im Jahr 2000 vorlegen. Auf die Kritik des Präsidenten des Europaparlaments, Jose-Maria Gil-Robles, daß das Europaparlament nicht an den Vorbereitungen für den Pakt beteiligt wurde, haben bisher weder die Kommissare, noch die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten reagiert.

Ein Vorschlag der Regierung Österreichs, den Beschäftigungspakt verbindlicher zu gestalten, fand keine Mehrheit. Analog zum Stabilitätspakt, der bei mangelnder Haushaltsdisziplin Geldstrafen vorsieht, wollte die Wiener Regierung auch Verfehlungen der Beschäftigungspolitik sanktionieren. Trotzdem geht z. B. der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages davon aus, daß durch das "permanente Koordinierungsverfahren" ein Konvergenzdruck entsteht, der "die Mitgliedsstaaten zwingt, ihre beschäftigungspolitischen Vorhaben in die europäisch koordinierte Beschäftigungsstrategie einzupassen".

Erst Mitte der 90er Jahre, angesichts einer hohen Erwerbslosenquote von elf bis zwölf Prozent in nahezu allen Mitgliedsländern der EU, rückte eine europäische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in den Mittelpunkt des Interesses. Die längst eingeführte "Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU" reichte als Mittel zur Bekämpfung nicht aus. Obwohl seit den 60er Jahren formale Mobilitätsbarrieren in der EU abgebaut worden sind, ist der "Interpenetrationsgrad", d. h. der Fluß der Arbeitskräfte zwischen den Mitgliedsstaaten, insgesamt sehr gering. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte liegt in den meisten Mitgliedsländern unter fünf Prozent.

Das 1993 von der Kommission verabschiedete "Aktionsprogramm zur Beschäftigungsförde-rung" und die auf späteren Gipfeltreffen in Essen und Madrid ausgesprochenen Empfehlungen gehörten formal nicht in die Zuständigkeiten der EU und hatten keine Auswirkungen. Das änderte sich erst mit dem Amsterdamer Vertrag.

Die Regierungswechsel in Frankreich und Großbritannien hatten zuvor die Aussichten für eine Koordination der nationalen Beschäftigungspolitiken verbessert. Schon vor Inkrafttreten der Amsterdamer Verträge am 1. Mai 1999 hatte die Arbeitsmarktpolitik im mehrheitlich sozialdemokratisch regierten Europa 1998 die Erwerbslosenquote in diesem Jahrzehnt erstmals unter zehn Prozent gedrückt. Die Art und Weise, wie dies bewerkstelligt wurde, zeigt einmal mehr, daß die Forderung nach "Arbeit für alle" viel zu kurz greift.

Ende März hat die Kommission in ihren Empfehlungen dargelegt, wie sie den Widerspruch zwischen Preisstabilität und Arbeitsplätzen nach altbekanntem Muster auflösen will. Das 45-Seiten-Papier steckt voll versteckter Warnungen an Beschäftigte und Gewerkschaften: Die Kommission fordert ein "verantwortungsvolles Verhalten der Sozialpartner, das für eine Lohnentwicklung sorgt, die mit Preisstabilität und Schaffung von Arbeitsplätzen vereinbar ist". Immer wieder redet die Kommission von "angemessenen Lohnabschlüssen" und betont, daß die Währungsunion den "Zusammenhang zwischen Löhnen und Beschäftigung noch deutlicher" machen wird. Lohnabschlüsse sollen künftig den "Produktivitätsunterschieden nach Qualifikationen, Regionen und Sektoren Rechnung tragen", erklärt die Kommission und erteilt damit flächentariflichen Vertragsmodellen eine klare Absage.

Zur optimalen Ausbeutung des "Humankapitals" empfiehlt die Kommission "flexible Arbeitszeitregelungen auf Jahresbasis". Gleichzeitig scheint sie die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung gehört zu haben. Sie spricht sich bei "etwaigen Verkürzungen der gesamten Arbeitszeit" jedoch dafür aus, daß die "Lohnentwicklung wettbewerbsfähig bleibt und der künftige Bedarf an Arbeitskräften gedeckt wird".

Großbritannien 10 Punkte, Belgien 1 Punkt

Grundsätzlich legt die Kommission den Mitgliedsstaaten nahe, "ihre Haushaltslage eher durch Ausgabenzurückhaltung als durch Steuer- und Abgabenerhöhungen zu verbessern". Darüberhinaus sollen sie vor allem für "geringer entlohnte Arbeitskräfte" die Steuern und Abgaben senken. Eine Milchmädchenrechnung für die Beschäftigten im Billiglohnsektor, denn fehlende Einnahmen sollen die Mitgliedsstaaten über Energie-, Öko- und Verbrauchssteuern refinanzieren, die insbesondere kleinere Einkommen treffen.

Fest steht: Der "Faktor Arbeit" soll billiger werden. Dazu gehört auch eine Absenkung der Lohnnebenkosten. Um trotzdem die "dauerhafte Tragfähigkeit und Effektivität" der öffentlichen Haushalte der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten, sollen sie ihre Alterssicherungs- und Gesundheitsfürsorgesysteme "überprüfen".

Die Kommission macht keinen Hehl daraus, daß sie sowohl den Konkurrenzkampf unter den Lohnabhängigen wie auch unter den Unternehmen weiter anheizen will. "Besonders wichtig ist die Reform von Strukturen, die ‚Insider` (d. h. diejenigen, die einen Arbeitsplatz oder ein Unternehmen besitzen) auf Kosten der ‚Outsider` (d. h. der Personen ohne Arbeitsplatz und potentieller Unternehmer) begünstigen", beschreibt die Kommission ihr Vorhaben verharmlosend.

In diesem Kontext ist auch die von der Kommission viel gepriesene "Chancengleichheit" zu sehen. Mitgliedsstaaten sollen "die Abschiebung von Arbeitslosen in kostspielige, passive Leistungssysteme" vermeiden und statt dessen in "Humankapital" investieren. Vor allem Frauen, ungelernte Arbeiter und Jugendliche sollen in Qualifikationsmaßnahmen ihre Arbeitskraft veredeln, damit sie anschließend für Unternehmen interessant werden und mit Millionen anderen dort um schlecht bezahlte Jobs konkurrieren. Diese Maßnahmen verkaufen Kommission und Mitgliedsstaaten u.a. als "Überwindung der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt". Die Empfehlungen der Kommission basieren auf den Erfolgs- bzw. Mißerfolgsquoten, die auf Grundlage der 98er Leitlinien ermittelt werden. Die EU-Kommission betätigt sich in diesem Punkt als eine Art Rating-Agency, die einzelne EU-Mitgliedsstaaten im Hinblick auf ihre Haushaltspolitik, ihre Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkte bewertet. Allesamt Daten, die vor allem für potentielle Investoren von höchstem Interesse sind.

Unter dem Kriterium der Arbeitsmarktpolitik schneidet neben Spanien der Benelux-Staat Belgien am schlechtesten ab. Die Kommission attestiert eine "anhaltend hohe Langzeitarbeitslosigkeit und relativ niedrige Erwerbstätigenquoten". Deshalb soll die belgische Regierung "Anreize zur Teilnahme an aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen und zur Annahme von Stellenangeboten" schaffen, die "Dauer der Gewährung von Sozialleistungen und die Anforderung an die Verfügbarkeit der Arbeitskräfte" sollen "überprüft" werden. Um die Konkurrenz zusätzlich anzukurbeln, fordert die Kommission, dem "relativ strengen" Kündigungsschutzrecht in Belgien "größere Aufmerksamkeit" zu schenken. Denn, so die Kommission, "flexiblere

Kündigungsschutzregelungen dürften zu besseren Ergebnissen am belgischen Arbeitsmarkt führen". Dem Zehn-Millionen-Einwohner-Staat mit offiziell mehr als 9,2 Prozent Erwerbslosen legt die Kommission zudem mehr "Lohndifferenzierung" nahe, z. B. in Form eines Gesetzes, "mit dem der Lohnanstieg nach oben begrenzt wird".

Mit fast 20 Prozent Erwerbslosigkeit ist Spanien das Sorgenkind der EU-Kommission. Ein allmähliches Absinken der Arbeitslosenquote und die wirtschaftlichen Wachstumssausichten stimmen die Kommissare jedoch milder als im Falle Belgiens. Direkte Vorschläge für die spanische Gesetzgebung gehören deshalb nicht zum Repertoire. Doch auch für Spanien gibt die Kommission einige Maßnahmen vor, die von der Regierung durchzuführen wären: Die Erschwerung von Frühverrentungen, um "Anreize für die Angebotsseite des Arbeitsmarktes" zu bieten; "Maßnahmen zur Erhöhung des Humankapitals und der Anpassungsfähigkeit"; die Lohnentwicklung soll an die "Produktivitätsunterschiede auf regionaler Ebene" angepaßt werden.

Im Fall Deutschlands richtet die Kommission ihr Augenmerk auf die ihrer Meinung nach zu großzügigen "Sozialversicherungs- und Sozialtransfersysteme". Sie müßten "überprüft werden, um sicherzustellen, daß für alle Gruppen hinreichende Anreize zur Teilnahme an berufsbildenden Maßnahmen und Annahme von Stellenangeboten bestehen". Außerdem soll die Bundesregierung darauf einwirken, daß "Arbeitskosten am untersten Ende der Lohnskala" weiter gesenkt werden.

Mit den Arbeitsmarktdaten Österreichs ist die Kommission durchaus zufrieden. Die niedrige Erwerbslosenquote führt sie auf das beispielhafte "Verhalten der Sozialpartner" zurück, die Lohnabschlüsse auch "ex post" anpassen würden, "wenn sie sich als wachstumsschädlich erweisen". Die vorbildliche Gewerkschaftspolitik werde nur durch die "vergleichsweise großzügigen Bedingungen für den Vorruhestand" getrübt. Um den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt anzuheizen, soll deshalb auch die "Erwerbstätigenquote der älteren Arbeiter" angehoben werden.

Voll des Lobes ist die Kommission für den Kleinstaat Luxemburg und für Großbritannien. Die offizielle Erwerbslosenquote in Luxemburg hat noch nie über drei Prozent gelegen. Das sieht auf der Insel anders aus: Dort ist es gelungen, sie von zehn Prozent 1992 auf sechs Prozent im vergangenen Jahr zu reduzieren. Die guten Ergebnisse resultieren laut EU-Kommission vor allem aus den "Welfare to Work"-Programmen. Diese beinhalten z. B. wöchentliche Subventionen für Unternehmer in Höhe von 60 Pfund, wenn sie erwerbslose Jugendliche im Zeitraum von 18 bis 24 Monaten einstellen. Lehnen die Jugendlichen eine solche Stelle ab, wird ihnen die Sozialhilfe drastisch gekürzt.

Der Neoliberalismus, dessen willfährige Schüler die EU-Kommission und auch die sozialdemokratischen Regierungen in Europa sind, tritt nun in eine neue Phase. Nachdem die EU mit Deregulierungsmaßnahmen und Währungsunion eine gnadenlose Rationalisierung vorangetrieben hat, nutzt sie nun die dadurch entstandene hohe Erwerbslosenrate, um den europäischen Billiglohnsektor auszubauen. Die vielgepriesenen Qualifikationsprogramme für erwerbslose Frauen, Jugendliche und ungelernte Arbeiter dienen vor allem einem Zweck: den Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt zu verschärfen und damit auch für höher qualifizierte Arbeit das Lohnniveau zu senken.

"Outsider" melden sich zu Wort

Keine Beachtung schenkten die EU-Regierungschefs auf ihrem Treffen in Köln den 30.000 Erwerbslosen, Gewerkschaftern, Frauenorganisationen und Migranten aus ganz Europa, die bereits am 29. Mai als "Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Krieg" gegen den geplanten Beschäftigungspakt und den Balkankrieg demonstrierten. Unter dem Dach des im Anschluß an die Großdemonstration tagenden EU-Alternativgipfels traf sich erstmals ein "Europäisches Erwerbslosenparlament", an dem sich mehr als achtzig Erwerbslose und prekär Beschäftigte aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Spanien, Großbritannien und Deutschland beteiligten.

Mit Sozialromantik hatte das Erwerbslosenparlament wenig am Hut. Es wurde heftig diskutiert und manchmal auch geschrien. Das lag auch an den unterschiedlichen Vorstellungen, welchen Zweck dieses Parlament erfüllen sollte. Während es für die einen um einen Austausch ging, wollten andere eine ständige Vertretung der Erwerbslosen in Europa schaffen.

Was sie einte, war vor allem der Wille, Erwerbslosigkeit und prekäre Beschäftigung im Kontext der europäischen Einigung zu diskutieren. "In vielen Mitgliedsstaaten ist derzeit ein Trend hin zu mehr Billiglohnjobs zu registrieren - vor allem im Dienstleistungsbereich", berichtet Willi Lüpkes von der Arbeitslosenselbsthilfe in Oldenburg. Er kritisiert die EU, die die Ausweitung des Niedriglohnsektors als "Wohltat für die Erwerbslosen" verkaufe. Ihr Augenmerk wollen die Erwerbslosen deshalb auf den in Köln verabschiedeten EU-Beschäftigungspakt richten. Denn das "sogenannte Bündnis für Arbeit" sei nur die "entsprechende Initiative auf nationaler Ebene", so Lüpkes weiter.

Für den aktiven Erwerbslosen ist das Erwerbslosenparlament die "Grundlage für eine europäische Vernetzung". Die Teilnehmer hätten sich intensiv mit den EU-Papieren zur Beschäftigungspolitik auseinandergesetzt. Ihre Bilanz: "Arbeit um jeden Preis" ist das Rezept der EU gegen Erwerbslosigkeit.

Das Gegenrezept der Erwerbslosen stellt ein garantiertes Mindesteinkommen für alle ins Zentrum der Forderungen, "damit nicht jeder Job angenommen werden muß". Sie wird ergänzt durch die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust und Flexibilisierung, die über die Besteuerung von Unternehmensgewinnen finanziert werden soll. Auch Arbeitsminister Walter Riester wurde mit diesen Forderungen konfrontiert. Bei einem Treffen mit seinen europäischen Kollegen Ende Mai in Brüssel empfing er eine siebenköpfige Delegation der EuroMärsche. Das anderthalbstündige Treffen endete jedoch ohne eine Stellungnahme Riesters, der die Erwerbslosen auf den Regierungsgipfel vertröstete. Als sie sich die Antwort am 3. Juni abholen wollten, ließ Riester ihnen ausrichten, es täte ihm leid, aber er säße beim Gipfel nicht mit am Tisch. "Arbeitsminister haben in der EU nichts zu melden, auch dann nicht, wenn es um einen sogenannten Beschäftigungspakt geht", kommentierte Angela Klein, eine Sprecherin der bundesdeutschen EuroMarsch-Koordination.

Die Erwerbslosen beschränkten sich jedoch nicht nur auf vorsichtige Versuche der Lobbypolitik und begnügten sich auch nicht mit heißen Saaldebatten. Sie verteilten Flugblätter vor dem zentralen Arbeitsamt in Köln und besetzten kurzzeitig die Kölner Filiale der niederländischen Zeitarbeitsfirma "Randstad-Zeit-Arbeit". Dort protestierten sie gegen das niederländische Poldermodell, ein Abkommen von Unternehmern, Gewerkschaften und Regierung, das seit sechs Jahren in den Niederlanden die arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen trifft.

"Dieses Modell gilt als vorbildlich in ganz Europa, doch wir wollen dessen Export im Rahmen des EU-Beschäftigungspakts verhindern", erklärte eine der niederländischen Erwerbslosen. Auf der als Workshop gestalteten Besetzung im Flur des Bürohauses in der Kölner Innenstadt zog ein Referent oder eine Referentin Bilanz: Seit Einführung des Poldermodells seien die Löhne durchschnittlich um ein Prozent, die Profite hingegen um ein vielfaches dessen gestiegen, das Realeinkommen der Erwerbslosen um 20 Prozent gesunken und die Zahl der Familien unterhalb der Armutsgrenze habe sich verdoppelt. Die Zahl der zeitlich befristeten Arbeitsstellen habe sich ebenfalls verdoppelt, genauso die Anzahl der Teilzeitstellen.

Nirgends auf der Welt ist die "Produktivität der Beschäftigten" höher als in den Niederlanden, so eine Studie der OECD. Die Folge: Sechzig Prozent der Beschäftigten beschweren sich über einen zu hohen Arbeitsdruck. Während Schröder zwei Tage später auf dem EU-Regierungsgipfel im Zusammenhang mit dem EU-Beschäftigungspakt lobende Worte für das Poldermodell fand, quittierte die Kölner Polizei Kritik daran mit der Festnahme von 26 Menschen.

Für das Erwerbslosenparlament zog Lüpkes ein positives Resümee. Im Dezember planen Erwerbslose und prekär Beschäftigte einen europaweiten Aktionstag gegen Zwangsarbeitsmodelle für Sozialhilfeempfänger. Die nächste größere Mobilisierung haben die EuroMärsche für die zweite Hälfte im Jahr 2000 angekündigt. Dann hat Frankreich den Vorsitz im Europäischen Rat.

Gerhard Klas

9. "Die Grünen sind nicht mehr unsere Freunde." Hungerstreikende Flüchtlinge aus grünem Büro geräumt

Autor: Pascal Beucker · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:15

Ralf Schmidt kann endlich wieder in Ruhe arbeiten. Elf Tage lang hatte der Kreisgeschäftsführer der Kölner Grünen mit einem guten Dutzend Flüchtlingen die Büroräume am Ebertplatz teilen müssen. Es war eine schlimme Zeit. "Während der Besetzung wurden Materialien aus dem Büro gestohlen, Wände besprüht und Möbel zerstört", klagten die Domstadt-Grünen. Und tatsächlich: Als Pressevertreter durch die geschändeten Räume geführt wurden, mußten sie eine schlimme Entdeckung machen. In der Küche des Büros fanden sie im Kühlschrank mit Edding geschrieben: "Nie wieder Fischer!"

Aber der böse Spuk ist vorbei. Am 15. Juni, um 9 Uhr morgens, räumte die Polizei die Geschäftsstelle des bundesweit größten grünen Kreisverbandes. Die Grünen hatten Anzeige wegen "Hausfriedensbruch" gestellt - aus "Sicherheitsgründen". Es war höchste Zeit: "Wir haben einen Hinweis von Außen bekommen, daß mit Drogen gehandelt wird", berichtete Kreissprecherin Heidi Näpflein in einer eilig einberufenen Pressekonferenz nach der Säuberung. In einem späteren Gespräch am selben Tag konkretisierte sie ihren Vorwurf: "Uns ist eine Postkarte zugekommen, wo jemand seinen Verteiler suchte und sagte, der sitzt ja jetzt bei euch, sagt ihm mal Bescheid: Wir brauchen Stoff." Und dann noch der anstehende Weltwirtschaftsgipfel in Köln! "Wir wußten nicht, was auf uns zukommt", verkündete Näpflein. "Wir hatten einfach Angst, daß während des Weltwirtschaftsgipfels Gewalttaten von unserem Büro ausgehen." Da die ungebetenen Gäste aus aller Herren Länder der mehrfachen Aufforderung, die Geschäftsstelle zu verlassen, nicht nachkamen, war entschlossenes Handeln angesagt: "Somit war die Räumung leider eine notwendige Konsequenz", so Näpfleins Sprecherkollege Stefan Peil.

Elf Tage lang hungerten die Flüchtlinge in der grünen Kreisgeschäftsstelle. Einen ihrer Mitstreiter hatten sie schon verloren: Der Peruaner Alex Alayo Chavez war am 8. Juni auf der Autobahn zwischen Köln und Hamburg von deutschen Zivilpolizisten festgenommen und unter dem Vorwurf des illegalen Aufenthalts inhaftiert worden. Seitdem sitzt er im Abschiebeknast in Büren und wartet auf seine Abschiebung. Doch die anderen Besetzer von der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen wollten weiter durchhalten. Bis zum Weltwirtschaftsgipfel. "Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört", hatten sie verkündet und wollten mit ihrem Hungerstreik gewaltfrei "gegen rassistischen Terror und für die Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden" demonstrieren. Das Büro der Grünen hatten sich die Menschen aus Kamerun, Nigeria, Togo, Peru, Sri Lanka und Türkisch-Kurdistan ausgesucht, weil gerade diese Partei sich wie keine andere plakativ den Einsatz für Menschenrechte auf ihre Fahnen geschrieben hat. Und bezeichneten die Grünen nicht zudem noch in ihrem Bundestagswahlprogramm für sich den "Schutz von Flüchtlingen als oberstes Prinzip der Asylpolitik"? Die Flüchtlinge hätten es wissen müssen: Auch grünes Papier ist geduldig.

Der Polizeieinsatz am Morgen des 15. Juni überraschte einige der Besetzer noch im Schlaf. Zwölf Männer und zwei Frauen wurden vorläufig festgenommen und zum Polizeipräsidium verbracht. Am späten Nachmittag wurden sie wieder auf freien Fuß gelassen. Außer Raveenthiran Tharmalingam. Denn der Tamile, dessen Aufenthaltsberechtigung abgelaufen ist, wurde mit drei Haftbefehlen gesucht. Wegen angeblicher Verstöße gegen das Ausländerrecht - also "Straftaten", die ein deutscher Staatsbürger nicht begehen kann. Tharmalingam wurde am folgenden Tag dem Haftrichter vorgeführt, dann mit Auflagen wieder freigelassen. Er bleibt weiterhin akut von Abschiebung bedroht. Doch Grünen-Geschäftsführer Schmidt hat damit keine Probleme: "Jeder mußte sich darüber im klaren sein, was passieren kann, wenn er die Geschäftsstelle nicht verläßt." Wer nicht hören will, muß fühlen.

Pünktlich mit der Schließung der Wahllokale am 13. Juni hatte der grüne Sprecherrat seine Entscheidung für die Räumung getroffen. Einen Tag später stellte die Partei den Strafantrag und bat, so ein Polizeisprecher, "ausdrücklich um Räumung". Mitten im Europawahlkampf hätte sich so etwas schlecht gemacht. Schließlich hofften die Kölner Grünen auf den Wiedereinzug ihrer Europaparlamentarierin Edith Müller. Vergeblich. Platz 9

der grünen Kandidatenliste hätte bei den letzten Europawahlen noch für ein Mandat gereicht - diesmal nicht. Gegenüber den 6,4 Prozent bundesweit schnitten die Kölner allerdings mit 14,2 Prozent gut ab.

Edith Müller war wie der Bundestagsabgeordnete Volker Beck von Anfang an in die Räumungsüberlegungen einbezogen worden. Denn ihre Wahlkreisbüros befinden sich ebenfalls in den Räumen der Geschäftsstelle am Ebertplatz. Beide hätten die Entscheidung mitgetragen, erklärte Heide Näpflein. Doch nicht nur das: Sowohl Müller als auch Beck hätten am liebsten bereits am ersten Tag der Besetzung räumen lassen. Erst nach einer Intervention der grünen NRW-Landessprecherin Barbara Steffens ließen sie sich dazu bewegen, erst einmal abzuwarten. Bis zur Europawahl. Einen Zusammenhang zwischen Europawahl und Räumung wies Kreissprecherin Näpflein allerdings entschieden zurück. "Dann hätten wir schon Sonntagnacht entsorgt", so Näpflein.

Immerhin zogen die Grünen noch am Tag der Räumung ihre Strafanzeige gegen die Flüchtlinge zurück. Wenn auch nicht ganz freiwillig. Denn dazu war eine erneute Besetzung erforderlich - diesmal der Fraktionsgeschäftsstelle am Rathaus. Kurz vor Beginn der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause "besuchten" rund 30 Menschen die Stadtratsgrünen und forderten die Rücknahme der Anzeige. Außerdem verlangten sie, daß sich die Grünen für die Freilassung sowohl von Raviendran Tharumalingam als auch von Alex Alayo Chavez einsetzen sollten. Mehrstündige Verhandlungen unter anderem mit der Fraktionssprecherin und grünen Oberbürgermeisterkandidatin Anne Lütkes folgten. Nachdem der Kreisverband auf Druck der Fraktion schriftlich dem Polizeipräsidium mitgeteilt hatte, "den Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gegen die ‚Karawane` sowie ggf. weitere Strafanträge in diesem Zusammenhang" zurückzuziehen, zogen die Kurzzeitbesetzer wieder aus den Fraktionsräumen ab.

Auch die Führung der Ratsfraktion der Kölner Grünen war von der Räumung vorab informiert gewesen - und unterstützte sie. Die Partei habe versucht, Absprachen mit den Flüchtlingen zu treffen, die von ihnen jedoch nicht eingehalten worden seien, rechtfertigte Fraktionsgeschäftsführer Volker Bulla den Polizeieinsatz. "Es gab Regelverletzungen", so Bulla. Auch Ratsherr Jörg Frank warf den Flüchtlingen vor, sie hätten sich nicht an Absprachen gehalten. Außerdem seien "Trittbrettfahrer" unter den Besetzern gewesen. "Die Situation ist einfach unerträglich geworden", meinte Frank.

Humanität grüner Art

Doch nicht alle Grünen waren mit der Flüchtlingsentsorgungsaktion ihres Kreisverbandes einverstanden. Ihre Wahlkreisbüros in der grünen Geschäftsstelle haben auch die drei Landtagsabgeordneten Daniel Kreutz, Alexandra Landsberg und Marianne Hürten. Sie wußten nichts von der bevorstehenden Räumung - bis es zu spät war. "Wir haben nicht daran gedacht, die anzurufen", erklärte Bulla. Die drei seien "nicht so präsent hier bei uns" und deshalb aus seiner Sicht "nicht so groß betroffen" gewesen.

Es hätte auch nur unnötige Diskussionen gegeben. Denn der Kreisverband wußte, wie die Antwort gelautet hätte, wenn die Parteilinken Kreutz, Landsberg und Hürten um ihre Zustimmung zu der Polizeiaktion gebeten worden wären. Entsprechend entsetzt zeigte sich denn auch Kreutz, als er von der Räumung erfuhr. Sein erster Kommentar: "Spontan würde ich das als verbrecherisch bezeichnen." Schnell fügte er jedoch hinzu: "Aber ich weiß natürlich, daß man das so nicht sagen darf." Seinem Kreisverband teilt er zwei Tage später, am 17. Juni, schriftlich mit: "Eure Entscheidung, Polizeigewalt gegen Flüchtlinge einzusetzen, halte ich für politisch unerträglich und distanziere mich davon entschieden."

In einem "Offenen Brief", den der Sprecherrat und der Fraktionsvorstand der Kölner Grünen zwei Tage nach der Räumung veröffentlichten, wird die polizeiliche Beendigung der "gewaltsamen Besetzung" als humanitärer Akt gerechtfertigt: Ein "verantwortlicher Umgang mit der Gesundheit der Hungerstreikenden" sei "nicht gewährleistet" gewesen, schreiben die Spitzen der Kölner Grünen. Dies sei für den grünen Sprecherrat "ein entscheidender Grund" gewesen, "einer Räumung zuzustimmen". Außerdem sei den Flüchtlingen einen Tag vor der Räumung vom Kreissprecher Stefan Peil "unmißverständlich" mitgeteilt worden, "daß die Grünen die Besetzung in Anbetracht der unhaltbaren gesundheitlichen Situation der Hungerstreikenden, der undurchschaubaren politischen Absicht und des ersichtlichen Gruppenzwangs nicht länger dulden werden". Der vermeintliche "Hinweise" auf Drogenhandel, zunächst als einer der zentralen Räumungsgründe benannt, findet in dem "Offenen Brief" keine Erwähnung mehr. Dafür wird sich darüber beklagt, daß bei Pressekonferenzen "die von der Karawane organisierten Journalisten oft für eine antigrüne, aggressive

Stimmung" gesorgt hätten. So seien anwesende Grüne "immer wieder als Kriegstreiber, Rassisten und Menschenverachter bezeichnet" worden.

Nachdem sie sich bereits von ihren pazifistischen Wahlversprechen verabschiedet hätten, gäben die Grünen in Köln nun "offenkundig auch ihr Wahlversprechen auf, sich für die Rechte von Migranten und Flüchtlingen einzusetzen", kritisierte Sengül Senol die Räumungsaktion. Die Ratsfrau, die aus Protest gegen die grüne Kriegszustimmung Ende Mai die Grünen verließ und nun als Parteilose für die PDS zur kommenden Oberbürgermeisterwahl antritt, warf ihrer alten Partei vor, sie hätte "mit einer fadenscheinigen Begründung einen Anlaß für die Kriminalisierung von Flüchtlingen geschaffen, die sich für ihre Menschenrechte einsetzen". Als "menschenverachtend" bezeichnete der Verein Kölner Appell gegen Rassismus kurz und knapp die Räumung und das Kölner Netzwerk Kein Mensch ist illegal sah in ihr "die vorerst letzte Zuspitzung der grünen Politik". Die Flüchtlinge seien von Beginn der Besetzung an "einer rassistischen Diffamierungskampagne der Grünen ausgesetzt" gewesen. Das Versprechen einer menschlichen Flüchtlingspolitik sei auf der Strecke geblieben. Statt dessen trügen die Grünen "politische Verantwortung für ein rassistisch strukturiertes Ausländergesetz, für die Existenz von Abschiebegefängnissen und den Tod von Flüchtlingen bei der gewaltsamen Abschiebung in Folterstaaten", erklärte das Netzwerk. Mit der Räumungsaufforderung an die Polizei hätten die Grünen bewußt die Abschiebung von Flüchtlingen als mögliche Konsequenz billigend in Kauf genommen.

Die geräumten Flüchtlinge warfen den Grünen vor, sie hätten durch die polizeiliche Räumung "mögliche Abschiebungen bewußt vorangetrieben". Als "schmutzige Lügenkampagne gegenüber uns Hungerstreikenden" bezeichneten sie die von grüner Seite erhobenen Vorwürfe des Diebstahls und des Drogenhandels. "Diese unerhörten und absurden Vorwürfe bedienen sich nicht nur rassistischer Stigmata, wie man sie sonst nur aus rechten und faschistischen Kreisen kennt, sondern stimmen zudem in die, vor allem von der CDU/CSU-Fraktion geschürte, rassistische Debatte um ‚straffällig gewordene Ausländer` ein." Durch ihre diffamierenden Aussagen trügen die Grünen "maßgeblich dazu bei, das rassistische Klima und die Pogromstimmung in diesem Land gegenüber uns Flüchtlingen, Migranten und Migrantinnen weiter anzuheizen", empörten sich die Aktivisten der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen.

Sie haben aus ihrem praktischen Erlebnis grüner Realpolitik gelernt. "Die Grünen sind nicht mehr unsere Freunde - das ist nun sicher", konstatierte Viraj Mendis aus Sri Lanka, nachdem ihn die Polizei am Abend des 15. Juni wieder freigelassen hatte.

Pascal Beucker

10. Die neue NATO als Kern der Weltmilitärordnung

Autor: Volker Böge · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:08

Am 11. Juni 1999 veranstaltete das Komitee für Grundrechte und Demokratie in Köln im Rahmen der vielfältigen Gegenaktivitäten zu EU- und G8-Gipfel eine Tagung zum Thema: Die neue NATO als Kern der unipolaren Weltmilitärordnung. Wir dokumentieren den Vortrag, den Volker Böge dort hielt.

Lassen Sie mich zunächst etwas über die Anwendungsfälle, für die Militär vorgehalten wird - also Kriege - sagen. Daran will ich deutlich machen, daß von einer Weltmilitär"Ordnung" kaum die Rede sein kann, sondern daß große Teile der Welt in kriegerischem Chaos versunken sind - um allerdings in einem nachfolgenden Schritt dann aufzudecken, daß dieses Chaos gleichwohl untrennbar zur Welt- und Weltmilitärordnung dazugehört.

Ich werde dabei zunächst nicht über den uns am nahesten liegenden Krieg - den der NATO gegen Jugoslawien und im Kosovo - sprechen. Bei jenem Krieg nämlich handelt es sich lediglich - auch wenn Medien und herrschende Politik hierzulande einen anderen Eindruck vermitteln - um einen Krieg unter anderen; und bei weitem nicht den brutalsten, intensivsten und opferreichsten.

Das weltweite Kriegsgeschehen

Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung hat für das Jahr 1998 32 Kriege weltweit gezählt, hinzu kamen 17 bewaffnete Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle. Von diesen 32 Kriegen fanden 14 in Afrika, neun in Asien, sechs im Vorderen und Mittleren Orient, zwei in Lateinamerika und einer in Europa statt. Krieg ist mithin weitgehend eine Drittwelt-Erscheinung, allein 44% der Kriege tobten in Afrika. Es gab nur zwei rein zwischenstaatliche Kriege, alle anderen waren innerstaatlich. In letzteren geht es um angestrebte Regierungswechsel (Anti-Regime-Kriege) oder um Autonomie bzw. Sezession. Diese innerstaatlichen Kriege sind i.d.R. gekennzeichnet durch lange Dauer, hohe Intensität und entsprechend große Opferzahlen. Dabei sind die Opfer vor allem zivil; die Anzahl ziviler Opfer übersteigt die Zahl der militärischen bei weitem. Massenvertreibungen, Massenvergewaltigungen, Folter und Verstümmelungen gehören zu den gleichsam alltäglichen "Begleiterscheinungen" dieser Kriege - "humanitäre Katastrophen" allüberall. Der eritreisch-äthiopische Grenzkrieg etwa hat mehrere hunderttausend Menschen zu Flüchtlingen oder Vertriebenen gemacht, der Krieg in Afghanistan fünf Millionen. Der Afghanistan-Krieg hat überdies mittlerweile über eine Million Menschenleben gefordert. Allein nach Einnahme der Stadt Mazar-i-Sharif im letzten Jahr haben die Taliban mehrere tausend Menschen massakriert. Unter den eine Million Kriegstoten waren rund 400.000 Kinder. Insgesamt fielen nach Schätzungen von amnesty international in den letzten zehn Jahren 1,5 Millionen Kinder bewaffneten Auseinandersetzungen zum Opfer. Aber Kinder werden auch auf ganz andere Weise Kriegsopfer: indem sie zu Tätern gemacht werden. In einer Vielzahl von Kriegen werden Kinder als Kombattanten eingesetzt. Zwangsrekrutierung und Versklavung von Kindern, ihre Abhängigmachung von Drogen, um sie als willfährige Tötungsmaschinen einsetzen zu können, sind an der Tagesordnung. Mindestens 300.000 Minderjährige kämpfen zur Zeit in den laufenden Kriegen. In diesem Januar (1999) wollte sich die zuständige Arbeitsgruppe der UN-Menschenrechtskommission über ein Zusatzprotokoll zur UN-Kinderkonvention verständigen, um das zulässige Rekrutierungsalter auf 18 Jahre heraufzusetzen. Das scheiterte, und zwar vor allem an dem Widerstand der USA und Großbritanniens. In Großbritannien nämlich ist das Mindestalter für Rekrutierungen 16, für Kampfeinsätze 17 Jahre (in den USA 17 Jahre).

Kindersoldaten und jugendliche Kombattanten bilden in vielen Teilen der Welt ein erhebliches Gefährdungspotential für die Friedenskonsolidierung in Nachkriegszeiten. Denn sie haben nichts gelernt, keinen Job, keine Berufsaussichten und keine Lebensperspektive jenseits des Krieges. Sie haben vom "Frieden" nichts zu erwarten, sie bilden eine Reservearmee im doppelten Wortsinne, werden leicht zu willfährigen Instrumenten jener "war lords", jener Herren von Kriegsökonomien, für die der Krieg ein gutes Geschäft ist, weil sie in seinem Schatten Rohstoffe in den von ihnen kontrollierten Gebieten ausbeuten können oder im internationalen Drogenhandel reich werden können. Diesen "war lords" und ihren jugendlichen Kombattanten geht es nicht mehr um politische Ziele. Und so verselbständigt sich vielerorts die Kriegführung, Krieg wird um des Krieges willen geführt, das Kriegsgeschehen zerfranst, die Übergänge zur Gewaltkriminalität werden fließend. Unterhalb der Kriegsschwelle finden sich vielfältige Formen sozialer

Gewaltanwendung zwischen Gruppen, die sich entlang ethnischer, religiöser, regionaler oder anderer Abgrenzungs- und Ausschlußkriterien konstituieren. Dabei sind diese Gewaltformen oft opferreicher als "richtige" Kriege. Die alltägliche Gewalt in vielen Weltregionen wiederum führt zu einer enormen Konjunktur privater Sicherheitsdienste, zum Aufschwung von modernen Söldnerfirmen wie Executive Outcomes oder Sandline International, die ihre Dienste Regierungen oder sub-staatlichen Akteuren zu hohen Preisen anbieten und die weiter zur Eskalation der Gewalt beitragen.

Kriegsursache Globalisierung

Ich habe das Bild einer chaotischen Welt voller Gewalt und Krieg hier kurz skizziert, um der in den Titel meines Vortrags eventuell hineinlesbaren Verharmlosung, die vor allem das Wörtchen "Ordnung" nahelegt, kräftig entgegenzuwirken. Kann angesichts der skizzierten Gewaltverhältnisse überhaupt von einer "von den reichen und mächtigen Staaten des Nordens dominierten Weltmilitärordnung" die Rede sein? Oberflächlich gesehen bietet sich doch das Bild chaotischer Kriegszustände in vielen Teilen der Dritten Welt, die sich scheinbar unabhängig vom Rest der Welt, also auch unabhängig von den "reichen und mächtigen Staaten des Nordens", entwickeln und ihr Eigenleben führen. Gleichwohl hängt dieses Kriegsgeschehen wesentlich von den "reichen und mächtigen Staaten des Nordens" ab und ist Teil der von ihnen dominierten Weltmilitärordnung. Diese Staaten nämlich bilden das Zentrum der Weltordnung, genauer: des kapitalistischen Weltsystems. Und was sich im Kriegsgeschehen in der Dritten Welt wesentlich äußert - so die These - ist der Prozeß der Durchsetzung kapitalistischer Vergesellschaftung in der Auseinandersetzung mit und der konfliktiven Auflösung von vor- bzw. nicht-kapitalistischen, traditionalen Vergesellschaftungsformen. Die Umwälzung traditionaler, nicht-kapitalistischer Gesellschaften führt zu tiefgreifenden Verwerfungen der gesellschaftlichen Ordnung, zu allseitiger Ausbeutung, Verelendung, Unterdrückung und Marginalisierung großer Menschenmassen und ist daher ein von gewaltsamen Konflikten und Kriegen notwendig begleiteter Prozeß. Der sog. Hamburger Ansatz in der Kriegsursachenforschung, dem ich hier folge, identifiziert den kapitalistischen Transformationsprozeß vorbürgerlicher bzw. nicht-kapitalistischer Lebensverhältnisse als die zentrale Konfliktlinie, die dem weltweiten Kriegsgeschehen bis heute unterliegt. Geht doch die Auflösung traditionaler Lebensverhältnisse nicht nur mit umfassender Verelendung und Unterdrückung, sondern auch mit der Zersetzung bislang wirksamer Konfliktregelungsmechanismen einher. Traditionale Mechanismen zur Regelung sozialer Konflikte büßen ihre Funktionsfähigkeit ein, weil neue moderne Akteure mit neuen Interessen auf den Plan treten. Neue moderne Konfliktregelungsmechanismen hingegen sind noch nicht oder nur unzureichend zuhanden. Es entsteht ein "Vakuum gesellschaftlicher Regulierung" (Jens Siegelberg), in dem Konflikte gewaltförmig eskalieren. Insbesondere fehlen (rechts-)staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen bzw. sie sind erst schwach ausgeprägt. Ein moderner Staat, von Max Weber gekennzeichnet durch die als legitim erachtete Monopolisierung physischer Gewaltsamkeit, existiert in vielen Regionen der Dritten Welt (noch) nicht oder nicht mehr; "Staat" existiert vielmehr nur als territoriale und völkerrechtliche Hülle, als eine von außen vorgegebene Form. Versuche zur "nachholenden Konsolidierung vorausgesetzter Staatlichkeit" (Jens Siegelberg) sind mit Gewaltkonflikten verbunden und scheitern aus vielfältigen Gründen; vielerorts zerfallen die Staats-Hüllen in langdauernden inneren Kriegen - wie man an Afghanistan, Somalia oder dem Kongo studieren kann.

Die "von den reichen und mächtigen Staaten des Nordens" ausgehende und betriebene weltweite Durchsetzung des Kapitalismus, die also die zentrale Ursache für das real vorfindbare Kriegsgeschehen bildet, hat zudem eine militärische Dimension im eigentlichen Sinn; sie wird durch eine entsprechende Weltmilitärordnung abgesichert. Mit dieser ist das Kriegsgeschehen in der Dritten Welt sehr wohl verbunden, wenn auch zuzeiten und vielerorts in der Form des Ausschlusses, der Ausgrenzung aus der Ordnung. Weite Teile der Dritten Welt werden offensichtlich der Gewalt und dem Krieg überlassen, ohne daß sich "die reichen und mächtigen Staaten des Nordens" groß darum kümmern. Das jedoch ist ein bewußter Akt der Ausgrenzung, des Ausschlusses. Die Kommandozentralen im Norden treffen die Entscheidung, bestimmte Gebiete sich selbst und ihren Chaos-Kriegen zu überlassen. Sie könnten sich auch anders entscheiden und eine andere Entscheidung auch praktisch durchsetzen. Und das scheint mir das Kriterium, welches dazu berechtigt, von der "Dominanz" des Nordens und einer von ihm dominierten Weltmilitärordnung zu sprechen: Ob die "reichen und mächtigen Staaten des Nordens" (= rumSdN) sich in die Kriege der Dritten Welt einmischen oder nicht, hängt allein von ihren Interessen ab bzw. von den Ergebnissen der internen politischen Aushandlungsprozesse, in denen sie ihre Interessen definieren. Ganz abgesehen davon, sind die "reichen und mächtigen Staaten des Nordens" in mehr oder minder indirekter Form in vielen Dritte-Welt-Kriegen dabei, auch

wenn sie nicht direkt militärisch intervenieren, sei es durch Rüstungslieferungen, Militärberater, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe, Geheimdienstoperationen usw. usf. Und mit diesen Instrumenten kann man je nach Bedarf Gewaltkonflikte am köcheln halten, intensivieren oder herunterfahren; jedenfalls hat man seine Finger drin, ohne sich offen und massiv zu engagieren und zu exponieren. Je nach Interesse - oder auch Desinteresse - der "rumSdN" können sich so Gewaltkonflikte in der Dritten Welt über Jahre dahinschleppen. Daß Teile der Welt dem kriegerischen Chaos überlassen sind, ist also nur scheinbar ein Widerspruch zur Rede von der Weltmilitärordnung. Tatsächlich ist das Chaos notwendiger Bestandteil der (Weltmilitär-)Ordnung, ist diese doch die Ordnung des sich globalisierenden kapitalistischen Systems.

Hegemonialmacht USA

Kommen wir nun zum "Innenleben" der "rumSdN", die die Weltmilitärordnung dominieren. Die muß man sicher differenzierter betrachten. Absolute Nummer Eins der Weltmilitärordnung sind ohne Zweifel die USA. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zusammenbruch von UdSSR und WVO haben wir es mit "einer unipolaren Welt mit den USA als globaler militärischer Hegemonialmacht" zu tun (Andreas Buro). Die USA sind die einzige verbliebene militärische Supermacht, ihr heute vorgehaltenes Militärpotential ist unvergleichlich stark, und vor allem rüstungstechnologisch haben sie einen auf absehbare Zeit uneinholbaren Vorsprung (Stichworte: RMA (Revolution in Military Affairs), Steigerung Militärausgaben). Die USA sind die einzige Macht mit der Fähigkeit zu wirklich globaler militärischer Intervention - und der Bereitschaft dazu, und zwar auch im Alleingang, unilateral. Gemeinhin gilt als Kennzeichen gegenwärtiger US-Politik eine verstärkte Neigung zum Unilateralismus. Die Notwendigkeit einer dauerhaften absoluten militärischen Dominanz der USA wird von niemandem in der politischen Klasse des Landes infrage gestellt; das ist vielmehr so selbstverständlich wie die Tatsache, daß sich der Mond um die Erde dreht.

Die hegemoniale Position auf dem militärischen und rüstungstechnologischen Sektor nutzen die USA auch und nicht zuletzt dazu, ihre Vorrangstellung gegenüber ihren ökonomischen Hauptkonkurrenten innerhalb der Triade der im kapitalistischen Welt(wirtschafts)system führenden Mächte USA, Westeuropa/EU und Japan abzusichern. Es ist ihnen bisher gelungen, ihre ökonomischen Konkurrenten Westeuropa und Japan in militärischen Bündnissen unter ihrer Führung zu ihren Gefolgsleuten zu machen. Im Verhältnis USA-Westeuropa ist das Mittel hierfür das transatlantische Bündnis, die NATO. Zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation fiel es den USA leicht, die westeuropäischen "Partner" unter ihrer Führung in der NATO zusammenzuschließen: Gegen die vermeintliche "Bedrohung aus dem Osten" rettete die Westeuropäer letztlich nur der nukleare Schutzschirm der USA, sie waren abhängig von den USA. Diese einigende Klammer ist weggefallen. Als funktionales Äquivalent trat an ihre Stelle die Interventionsorientierung im gemeinsamen Interesse an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Weltordnung. Auch in Sachen Interventionskapazitäten sind die USA wiederum den Westeuropäern eindeutig voraus, die Westeuropäer sind wiederum abhängig von den USA. Nur die USA verfügen über die Mittel zur (weltraumgestützten) Aufklärung und Nachrichtengewinnung, zur Führung und Kommunikation, zum Transport über große Distanzen usw. usf., die für eine wirksame Interventionspolitik unerläßlich sind. Und so erscheint in dieser Hinsicht die neue interventionsorientierte NATO ebenso wie die alte NATO als zentrales Instrument, um den US-Einfluß auf und in Westeuropa zu sichern. Und zugleich ist die neue NATO unter US-Führung Kern der unipolaren Weltmilitärordnung, wie es im Titel dieser Veranstaltung heißt.

Die neue NATO

Aus dem bisher gesagten dürfte bereits deutlich geworden sein, daß man die NATO mithin unter zwei Aspekten betrachten muß: als einheitlichen Akteur und als Bündnis von Staaten, die z.T. auch divergierende Interessen haben.

Einheitlicher Akteur ist die NATO zum ersten sicher als militär-bürokratische Großorganisation mit erheblichem Selbsterhaltungsinteresse, zum zweiten insbesondere aber auch insofern, als sie Instrument zur Durchsetzung gemeinsamer Ordnungsvorstellungen und Interessen ihrer Mitglieder, nämlich der "rumSdN", auch mit militärischen Mitteln ist. Das zeigt sich in aller Deutlichkeit am neuen strategischen Konzept der NATO, welches auf dem Gipfeltreffen anläßlich des 50. Jahrestages der NATO-Gründung im April in Washington verabschiedet wurde. Darin wird als eine neue Kernfunktion "Krisenbewältigung" einschließlich von "Krisenreaktionseinsätzen" festgeschrieben - also der Einsatz militärischer Mittel zur Intervention. Wo und wann man militärisch interveniert - diese Entscheidung behält man sich selbst vor, sei es für den Fall, daß man

sich der UNO oder der OSZE als Dienstleister anbietet, sei es, daß man sich aus eigener Machtvollkommenheit selbst ein Mandat zur Intervention erteilt. Ein UN- oder OSZE-Mandat gilt als wünschenswert, aber nicht nötig, "Selbstmandatierung" ist möglich. Die USA halten das ja ohnehin bereits so, z.B. bei den Angriffen auf den Irak seit Dezember 1998 (zusammen mit Großbritannien). Und die NATO hat sich zum Krieg gegen Jugoslawien "selbstmandatiert". Arroganz der Macht ungeschminkt: Man setzt sich über das Völkerrecht hinweg - selbstverständlich immer für eine "gute" und "gerechte" Sache. Anderen Mitgliedern der "internationalen Staatengemeinschaft" würde man das nie und nimmer zugestehen.

Und auch wenn von einer globalen, also weltweiten Interventionsbereitschaft der NATO nicht gesprochen werden kann (daran haben die USA gar kein Interesse), so ist doch der geographische Zuständigkeitsbereich im neuen strategischen Konzept sehr weit und vor allem vage bestimmt. Da finden sich Formulierungen wie "in und um den euro-atlantischen Raum", "Peripherie des Bündnisses", "globaler Kontext". So kann man von Fall zu Fall entscheiden, ob eine "Krise" - sagen wir mal in Nordafrika, im Kaukasus oder in Zentralasien - in den eigenen Zuständigkeitsbereich fällt oder nicht. Jedenfalls hat das jahrelange Gezerre um Out-of-area-Einsätze ein Ende. Die NATO erklärt sich für zuständig auch außerhalb ihres Vertragsgebiets, das geographisch klar begrenzt ist auf Europa, Nordamerika und den Nordatlantik nördlich des Wendekreises des Krebses. Hinfort will die NATO auch außerhalb dieses Gebiets "durch nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktionseinsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung bei(...)tragen" (Artikel 5 des Nordatlantikvertrags regelt den Beistand im Falle des Angriffs auf ein NATO-Mitglied). Diese sog. "non-article-5-missions" rücken faktisch ins Zentrum des Aufgabenspektrums der neuen NATO. Dieses Aufgabenspektrum wiederum leitet sich ab aus einer Bedrohungsanalyse, die ausgeht von einem "breiten Spektrum militärischer und nichtmilitärischer Risiken, ... die aus vielen Richtungen kommen und oft schwer vorherzusagen sind". Dazu gehören: "Ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten ... Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie ... Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen".

Zusammenfassend kann man das neue strategische Konzept wie folgt bewerten: Der Anspruch der NATO als auf militärische Intervention ausgerichtete Ordnungsmacht Nummer eins wird festgeschrieben, bei gleichzeitiger Marginalisierung von UNO, OSZE und damit Rußland. Der Prozeß der Umwandlung der NATO von einem Abschreckungsbündnis im Ost-West-Kontext zum Interventionsbündnis in der unipolaren Weltmilitärordnung ist somit mit dem neuen strategischen Konzept in gewissem Sinne abgeschlossen.

Zugleich ist das neue strategische Konzept aber auch lediglich eine Momentaufnahme, ein Dokument des Kompromisses und des Übergangs, die Dinge sind weiter im Fluß. Und das hat zu tun mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien und dem zweiten Aspekt, unter dem die NATO zu betrachten ist, nämlich als in sich widersprüchliches Staatenbündnis.

Transatlantische Widersprüche

Der Krieg gegen Jugoslawien war von den NATO-Oberen gedacht als Präzedenzfall. Der Welt sollte vorgeführt werden, wozu die neue NATO willens und in der Lage ist: zu "selbstmandatierter" militärischer Intervention im "euro-atlantischen Raum" (der bis in den Kaukasus oder nach Zentralasien reicht), selbstredend legitimiert mit dem "Mythos der humanitären Intervention" für die "Menschenrechte". Kalkül war wohl, bis zum NATO-Jubelgipfel im April in Washington mit dem Krieg "durch" zu sein. Dann hätte man die NATO als strahlenden Sieger abfeiern können, das neue strategische Konzept hätte bereits vor seiner offiziellen Verabschiedung seine erste praktische "Feuertaufe" bestanden gehabt. Wir wissen: Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Ob der Krieg gegen Jugoslawien trotzdem Präzedenzfall wird, das wird maßgeblich davon abhängen, wer in der Auseinandersetzung über die Deutung des Kriegsausgangs die Interpretationshoheit gewinnt. Der Kriegsausgang muß von der NATO und den USA glaubwürdig als klarer Erfolg interpretierbar sein, damit künftig die NATO, ihre neue Strategie und ihre Interventionsdrohung glaubwürdig bleibt. Das ist insbesondere für die USA immens wichtig; sie haben den NATO-Krieg angeführt und die Haupt"last" dabei getragen (finanziell und einsatzmäßig). Die Kontinentaleuropäer haben mitgemacht, offensichtlich zugleich aber stärker auf die politisch-diplomatische Schiene gesetzt. Es ist zu vermuten, daß nach dem Kriegsende die Auseinandersetzungen innerhalb der NATO heftiger werden.

Und das wiederum hängt mit den strukturellen transatlantischen Widersprüchen zusammen. Die NATO ist kein monolithischer Block. Die Kontroverse um das Verhältnis USA-Westeuropa in der NATO hat eine lange Geschichte. Divergenzen wurden bisher stets mit Formelkompromissen wie "gerechtere Arbeits- und Lastenteilung im Bündnis" oder "Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz" zugedeckt, austariert und eingehegt. Doch Interessengegensätze sind unübersehbar. Vereinfacht und schematisiert: Die USA wollen ihren Führungsanspruch in der NATO und vermittels der NATO zementieren und zugleich die europäischen "Partner" stärker in die Pflicht nehmen, sie streben eine "gerechtere Arbeits- und Lastenteilung" an, sprich: Die Europäer sollen mehr Lasten übernehmen und mehr arbeiten, wobei die US-Führung allerdings unangetastet bleiben soll. "Die Europäer" wollen sich bis zu einem gewissen Grade militärisch von den USA emanzipieren, eigenständige(re) militärische Potentiale und Interventionskapazitäten vorhalten, um gegebenenfalls - je nach eigener Interessenlage - auch ohne die USA militärisch aktiv werden zu können oder sich Zumutungen der USA auf Mitmachen entziehen zu können.

Diese Divergenzen wurden in der Vergangenheit deutlich z.B. an den unterschiedlichen Vorstellungen über die Rolle der WEU: die WEU als europäischer Pfeiler der NATO oder als militärischer Arm der EU. Verständigt hat man sich bisher formelkompromißhaft stets auf ein sowohl als auch. Doch geht der Trend zur Zeit eindeutig in die zweite Richtung, also in Richtung verstärkter Europäisierung. Im neuen strategischen Konzept schlug sich das in der Betonung nieder, die die Herausbildung einer "europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität" (ESVI) erfuhr. Im EU-Kontext schlägt sich das in der Fortentwicklung der GASP in Richtung "gemeinsame Verteidigungspolitik" nieder. Die Beschlüsse des Kölner EU-Gipfels über eine "europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" und die Ausrufung ausgerechnet Solanas zum "Mister GASP" sprechen eine deutliche Sprache. In naher Zukunft wird die Auseinandersetzung darum geführt werden, wie weit die "Europäisierung" US-kontrolliert und -kompatibel bleibt, oder andersherum: wie weit die militärpolitische Eigenständigkeit der Westeuropäer ausgedehnt wird. Der aktuelle Stand gibt Hinweise auf die künftige Entwicklung: Gegenwärtig ist es so, daß von allen Seiten befürwortet wird, daß die westeuropäischen "Partner" zu WEU/EU-geführten eigenständigen Interventionen ohne Beteiligung der USA befähigt werden, aber nur unter Rückgriff auf NATO-Strukturen und -potentiale, und das heißt nur bei Zustimmung und unter Kontrolle der USA. Meine Prognose: Die USA bleiben auch in Zukunft militärisch hegemonial, zugleich kommt es zu einer verstärkten Militarisierung der EU. Es besteht also nicht die Gefahr, die manche FriedensfreundInnen sehen, daß der Teufel NATO mit dem Beelzebub Militärgroßmacht EU ausgetrieben wird, sondern schlimmer noch: daß wir beides bekommen - Teufel und Beelzebub.

Dafür sorgt nicht zuletzt die rotgrüne deutsche Regierung. Diese setzt schön kontinuierlich die Politik ihrer Vorgängerin fort, nämlich alle Beschränkungen für deutsches Militärpotential und seinen Einsatz abzuschütteln. Das ist in machtpolitischem Kalkül nur logisch: Wenn man eine Führungsrolle in der EU und unter den "rumSdN" will, dann müssen solche Beschränkungen abgestreift werden. Wer Führungsmacht in der heutigen Welt sein will, muß militärisch stark und interventionsfähig sein. Bitter ist, daß uns das mit antiamerikanischem Zungenschlag als "Friedenspolitik" von Rot-Grün verkauft wird. Die Friedensbewegung steht demgegenüber vor der Aufgabe, die sich verschärfenden Widersprüche in der NATO auszunutzen und zugleich nicht in die Europäisierungs-Falle zu laufen, sondern verstärkte Aufmerksamkeit auf die Militarisierung der europäischen Integration zu lenken und auch hier Friktionen, die es zweifelsohne geben wird, auszunutzen.

Volker Böge

11. Wie weit reicht der Kosovo? Die globalen Auswirkungen des jugoslawischen Krieges

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:01

Der Krieg um das Kosovo war nur ein Beispiel, eine Demonstration, ein Präzedenzfall; darin sind sich von den Amerikanern über die Russen bis hin zu den Chinesen alle Strategen einig. Die Frage ist nur, was wurde demonstriert - und wem galt die Demonstration?

Der Krieg im Kosovo - das ist im Wesen der Kampf um Identität in Zeiten der Globalisierung. Kosovo ist überall. Globalisierung - das ist ja zunächst nichts anderes als die Verwandlung des Globus in einen einzigen Markt. Diese Verwandlung geht seit dem Ende der Systemteilung im Siegeszug um die Welt. Sie ist der wesentliche Inhalt der nachsowjetischen Transformation. Die Globalisierung führt einerseits zu einer allgemeinen Anhebung des wissenschaftlich-technischen Lebens- und vor allem des Konsumniveaus, andererseits zu wirtschaftlicher, kultureller sowie politischer Nivellierung, Deklassierung und Entwurzelung bis hin zur Zerstörung der letzten ökologischen und kulturellen Ressourcen.

Diese Entwicklung bringt das Bedürfnis von Individuen, Gruppen, Völkern und ganzen Staaten hervor, den eigenen Ort in dieser Welt zu definieren, sich individuell, als Gruppe, als Gemeinschaft der eigenen unverwechselbaren Existenz zu versichern, um nicht in der Eintönigkeit eines von Coca Cola, Supermarkt und Internet egalisierten Marktes unterzugehen.

Ethnische Entmischung, Nationalismus, weltanschaulicher und politischer Isolationismus sind Irrwege im Kampf gegen die zerstörerische Seite der Globalisierung; sie müssen als Kurzschlüsse auf dem langen Weg an sich berechtigter Identitätsfindung erkannt, korrigiert, gegebenenfalls repariert werden. Versuche der gewaltsamen, gar der militärischen Unterdrückung solcher Irrwege wie in Tschetschenien, wie jetzt auf dem Balkan können nur zu weiteren Kosovos führen. Die Lösung liegt nicht in der Zwangsintegration in ein Großeuropa oder in eine für universal erklärte "westlich" dominierte Weltordnung, die faktisch eine US-amerikanische Hegemonie wäre. Sie liegt in der Herausbildung einer multizentralen säkularen Weltordnung, und zwar auf der Grundlage einer Ethik, welche die kulturelle Verschiedenartigkeit von Menschen, Völkern und Staaten nicht nur duldet, sondern im gegenseitigen Interesse fördert.

Von den drei Zielen, die in der französischen Revolution proklamiert wurden - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - bildeten bisher Freiheit und Gleichheit die Säulen der modernen Gesellschaften, aufgeteilt nach Freiheit im "Westen" und Gleichheit im sowjetisch beeinflußten Teil der Welt. Heute tritt unter dem existentiellen Druck, das Weiterbestehen unseres Planeten sichern zu müssen, die Notwendigkeit hinzu, das Prinzip der Brüderlichkeit zu entwickeln. Aus der männlich fixierten Sprache herausgehoben, heißt das, Freiheit und Gleichheit, die sich in einander entgegengesetzten Gesellschaftssystemen extrem polarisiert hatten, durch das Prinzip der gegenseitigen Hilfe miteinander zu vermitteln.

Die USA wollen Stabilität durch Hegemonie

Die Hauptkontrahenten in dieser Auseinandersetzung sind zur Zeit die USA und Rußland, hinter Rußland wird China erkennbar. Die USA wollen eine unipolare Welt unter ihrer Vorherrschaft; Rußland, und mit ihm China, steht für die multizentrale Völkergemeinschaft, die sich unter dem Dach der UNO, der OSZE und verschiedener anderer Organisationen herausbildet.

Progressive und konservative Tendenzen sind auf die Akteure dieses Prozesses gleichermaßen verteilt: Als treibendes Element der Globalisierung spielen die USA eine progressive Rolle, indem sie radikal Schluß machen mit kulturell bedingter Rückständigkeit auch im hintersten Winkel der Welt - insofern der Dollar kulturelle Unterschiede und traditionelle Bedenklichkeiten einfach hinwegfegt. Andererseits haben die USA nach der Auflösung der Sowjetunion die welthistorische Rolle übernommen, die aufgelösten Überreste der ehemaligen bipolaren Welt unter ihrer Herrschaft zu stabilisieren. Dies läßt sie in eine konservative Kraft übergehen, die sich gegen die Veränderungen sträubt, die von dem Transformationsprozeß Rußlands und tendenziell auch Chinas ausgehen.

Diese Veränderungen zielen auf Dynamisierung der eingefrorenen Verhältnisse im Lande selbst und im globalen Maßstab. "Mnogo-obrasnost" (Vielfalt) ist das Paradigma, entlang dessen sich diese Entwicklung

vollzieht. Diese Vielfalt hat ihre Wurzeln in der Vielvölkergeschichte Rußlands, die heute aus der über Jahrhunderte gewachsenen extremen Zentralisierung unwiderruflich in eine emanzipatorische Phase eintritt, die auf eine neue Gliederung Rußlands, insgesamt Euroasiens und von dort ausstrahlend auch des gesamten Planeten hinwirkt.

In dieser Dynamik ist Rußland progressiv, auch wenn sich dieser Prozeß unter Schmerzen vollzieht, sich äußert in wirtschaftlicher Agonie und in ständigen Reibereien zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen russischem Stammland und nicht-russischen Gebieten in Rußland selbst, ebenso wie in den ehemaligen sowjetischen Gebieten.

Die Jugoslawisierung Rußlands droht

Die Explosion des sowjetischen Monolithen hat aber auch kriminelle Energien freigesetzt, die heute die Weltgesellschaft überschwemmen. Die Zerfallsprodukte der Sowjetunion haben nicht nur Euroasien, sondern auch anderen Teilen der Welt politische Minenfelder hinterlassen, die jederzeit hochgehen können. Dazu kommen noch die Minen mit ökologischer Langzeitzündung.

Die Gefahr einer Jugoslawisierung Rußlands, ja, der ehemaligen Union ist allgegenwärtig und real. Der tschetschenische Krieg war bisher der schärfste Ausdruck davon; andererseits hat das Modell Tatarstan - die Entwicklung bedingter Autonomie im Zuge der Föderalisierung des neuen Rußland - ein Beispiel gegeben, wie Probleme der ethnischen und kulturellen Pluralität gelöst werden können.

So haben sich die Positionen der beiden ehemaligen Supermächte verkehrt: Von Rußland gehen heute, ungeachtet seiner Schwäche, ja, gerade durch seine Schwäche vermittelt, die Impulse zu langfristigen globalen Veränderungen aus. Das wird von vielen, nicht zuletzt aus der Sicht der USA, als drohende Destabilisierung wahrgenommen. Die US-Strategen rücken dagegen zunehmend an den Platz von Konservatoren, die den nach dem Ende der Sowjetunion entstandenen unipolaren Status quo als neue Weltordnung stabilisieren wollen. Europa, insonderheit Deutschland, gerät dabei unvermeidlich zwischen die Fronten. Die nach 1945 durch Teilung Deutschlands besiegelte atlantische Bindung Westeuropas hat der Vision eines Großeuropa Platz gemacht, das sich als gleichberechtigter Partner neben den USA mit Rußland verbinden kann. Damit wird Europa, obwohl nach wie vor an die USA als Motor der Globalisierung gebunden, selbst eines der Zentren in der sich herausbildenden neuen Völkerordnung. Andere Zentren sind Rußland, China, Israel, Japan, Indien, Südafrika. Die Reihe wird sich verlängern.

Der Krieg um das Kosovo war nur der Anfang. Die Bomben der NATO lösten keines der Probleme, für deren Lösung sie angeblich eingesetzt wurden. Sie vertieften vielmehr die Spannungen auf dem Balkan. Darüberhinaus verschärften sie die Fronten im Kampf um die Herausbildung einer neuen Weltordnung. Rußland und auch China wurden durch die Selbstmandatierung der NATO nicht nur umgangen, sie müssen sich auch als direkter Adressat der im Kosovo vorexerzierten neuen NATO-Doktrin erkennen, die sich anmaßt, global Stabilität nach ihren Kriterien durchsetzen zu wollen. Zudem sieht Rußland sich im Zuge des Balkankrieges nicht nur von der NATO weiter eingekreist, sondern soll an dessen Ende auch noch einen NATO-Aufmarsch direkt vor seiner südlichen Haustür hinnehmen. Entgegen allen Beteuerungen, man habe Rußland und China "ins Boot geholt", ist das nur als Kampfansage zu verstehen.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

12. Krise, Krieg und Klassenkampf. Nationalismus und sozialer Konflikt in Jugoslawien. Teil 2

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:03

Gegenstand des ersten Teils des Beitrages von Martin Rheinlaender - abgedruckt in ak 427 - war die Analyse der innerjugoslawischen Widersprüche und sozialen Auseinandersetzungen, die unter dem Druck des IWF ab 1980 zum Zerfall des titoistischen Föderalismus geführt haben. Der folgende, abschließende Teil beschäftigt sich detailliert mit dem serbisch-albanischen Konflikt.

Der Kosovo und seine soziale und politische Geschichte nach 1945 entspricht keineswegs der "Schicksalsstätte" des serbischen Amselfeld-Mythos oder einer ethnisierenden Schutzgemeinschaft bedrohter Völkerschaften. Eine nüchterne Bilanz der Nachkriegsgeschichte im Kosovo kann den serbisch-albanischen Gegensatz nicht als Wiederholung der Geschichte beschwören. Innerhalb dieser Entwicklung wurde zwischen unterschiedlichen Optionen und Alternativen jeweils eine Wahl getroffen; vor allem aber handelte es sich um soziale Interessen, um soziale Kämpfe und Bewegungen, die keineswegs aus sich heraus dazu verdammt waren, im nationalistischen Gegensatz und schließlich in der militärischen Unterwerfung und ethnischen Vertreibung zu enden.

Der serbisch-albanische Gegensatz

Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerten im Kosovo die Kämpfe für die Durchsetzung eines einheitlichen Staatsgebietes länger an als anderswo in Jugoslawien. Die albanische Bevölkerung hatte unter der serbischen Vorherrschaft nach den Grenzziehungen von 1912 und dem Ersten Weltkrieg extrem zu leiden gehabt. Ein Großteil der Kosovo-Albaner hatte deshalb die faschistische Intervention 1941 und den Anschluß an das faschistische Besatzungsprodukt "Großalbanien" durchaus begrüßt, übrigens ganz im Gegensatz zur Bevölkerung im albanischen Kernland. Anders als in anderen Gebieten des späteren Jugoslawiens und auch Albaniens blieben die Kommunisten im Kosovo zunächst eine schwache Minorität.

Nach der Befreiung von der faschistischen Besatzung entfachten antikommunistische Partisanen einen heftigen Guerrillakampf gegen die Jugoslawische Volkbefreiungsarmee. Diesem reaktionären Widerstand gelang es anfangs sogar, Unterstützung durch kosovo-albanische Überläufer aus den kommunistisch organisierten Partisanenverbänden zu finden.

Auch wenn diese Widerstandsbewegung niedergekämpft werden konnte, so war doch von Anfang an klar, daß die Rekonstruktion eines einheitlichen jugoslawischen Staates im Kosovo auf Skepsis, wenn nicht sogar auf krasse Ablehnung stoßen würde.

Umgekehrt hatte es der jugoslawische Staat ab Ende der 40er Jahre auch nicht mehr nur mit dem historischen serbisch-albanischen Gegensatz und dem traditionellen albanischen Nationalismus zu tun. Mit der Loslösung vom Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) und damit vom Moskauer Hegemonialanspruch verstärkten sich auch die Spannungen zwischen dem jugoslawischen und dem albanischen kommunistischen Regime, das seinerseits stalintreu blieb und in der Folgezeit die Spannungen im Kosovo für sich zu instrumentalisieren versuchte.

Aus kosovo-albanischer Sicht kamen die zwei Jahrzehnte, die dem Sieg der Volksarmee 1944 folgten, einer Kette von serbisch-jugoslawischen Unterdrückungswellen gleich. Die repressive Politik der Belgrader Zentrale traf aber nicht nur den Kosovo. Die Tito-Führung ging nach dem Zweiten Weltkrieg auch gegen Bestrebungen vor, die albanische Bevölkerung im Kosovo wegen deren Haltung im Krieg systematisch abzustrafen. Es gab kaum eine Region in Jugoslawien, die in den 50er Jahren nicht von Repressalien getroffen wurde. Die Säuberungen richteten sich dabei teils gegen moskauorientierte Kommunisten, die im Jargon der jugoslawischen Staatssicherheit "reaktionäre Kommunisten" genannt wurden; im Kosovo zielte die Repression aber auch gegen die dauernde Gefahr einer Verschmelzung von stalinistischer und albanisch-nationalistischer Opposition.

Der Kosovo war innerhalb Jugoslawiens eine Provinz der serbischen Republik. Dem nachhaltigen politischen Druck, der nicht allein durch die serbische, sondern auch durch die Bundesregierung in Belgrad in den 50er

Jahren ausgeübt wurde, entsprach eine mehr als nur zurückhaltende ökonomische Entwicklungspolitik. Im Vergleich mit den anderen Regionen und Republiken wurde der Kosovo trotz des großen "Nachholbedarfs" benachteiligt. Dies änderte sich mit der Tauwetterperiode seit Mitte der 60er Jahre.

Antagonistische Modernisierung

Sowohl in sozialer wie ethnisch-kultureller Hinsicht blieb die Bevölkerungsstruktur der Region die Grundlage der sozialen und politischen Auseinandersetzungen. In den 30er Jahren waren noch etwa ein Drittel der Bewohner im Kosovo Serben gewesen, binnen weniger Jahrzehnte stieg der Anteil der albanischen Bevölkerung von zwei Dritteln in der Nachkriegszeit auf heute über 80% an. Ähnlich der israelischen Siedler-Ideologie, die in jeder/m palästinensischen Neugeborenen eine feindliche Kriegserklärung sieht, interpretierte die serbische Minderheit das relative Wachstum der albanischen Bevölkerung, dem ein rapides absolutes Bevölkerungswachstum im Kosovo entsprach, als "anti-serbische Waffe" der Kosovo-Albaner.

Tatsächlich hatte dieses Wachstum in der Hauptsache sozial-kulturelle Gründe, nämlich die vorherrschenden groß-familiären Subsistenzweisen. Dieser soziale Zusammenhang wanderte mit der zunehmenden Landflucht auch in die Stadt. Die Proletarisierung der Kosovo-Albaner brachte den klassischen Typ der Arbeiter-Bauern hervor, eine höchst explosive Vermittlung von sozialer Kollektivität, Tradition und Revolte. Hinzukam die Emigration, sowohl aus dem albanischen wie aus dem serbischen Bevölkerungsteil. Auch wenn diese Emigration hauptsächlich ökonomische Gründe hatte, wurde sie dennoch ethnisch-rassistisch interpretiert. So galt der Exodus von Kosovo-Albanern in die Türkei der serbischen Seite als Rückkehr in eine moslemisch geprägte "Heimstätte". Und obwohl die meisten Serben die Region aus ökonomischen Gründen verließen, lasteten sie diese Emigration dem "Geburtenkrieg" der Kosovo-Albaner an.

Daß diese Sozialstruktur, deren innere Widersprüche durch die nachholende Modernisierung eher verschärft wurde, nicht schon viel früher zu einer neuen serbisch-albanischen Eskalation führte, lag an der entwicklungspoltischen Neuorientierung der Bundesregierung seit Mitte der 60er Jahre. Ein anspruchsvolles Entwicklungsprogramm wurde aufgelegt, und tatsächlich fand eine beschleunigte Industrialisierung und Modernisierung im Kosovo statt, begleitet von dem Ausbau eines Bildungssystems, dessen Symbol und Zentrum die Universität in Pristina wurde.

Während im Bildungswesen, weit über den planerischen Bedarf hinaus mehr oder weniger "überschüssige" Qualifikation produziert wurde, entstanden in den geförderten Industriezweigen Bergbau und Energie viel zu wenig Arbeitsplätze, um die Kehrseite der Modernisierung abzufangen, nämlich die massive Landflucht. Innerhalb von etwa 30 Jahren nahm der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft von etwa 81% nach 1945 auf nur noch 55% Ende der siebziger Jahre ab. Die informelle Selbstregulierung in Subsistenzweisen verbarg das wirkliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit, deren Zunahme sich aber selbst in den offiziellen Ziffern Ende der 70er Jahre nicht mehr wegrechnen ließ. Nur bedingt schien also die kosovo-albanische Bevölkerung erstmals von einer gesamtjugoslawischen Politik, in diesem Fall der ausgedehnten Dezentralisierung des ökonomischen Planungssystems, zu profitieren.

Die neue ökonomische Tauwetterperiode schlug sich erstmals auch in der kosovo-albanische Präsenz in den staatlichen Institutionen der Region nieder. Seit dem Zweiten Weltkrieg hatte es zwar immer wieder Ansätze innerhalb des BdKJ gegeben, die Kosovo-Albaner einer der anerkannten Nationalitäten gleichzustellen. Rechtlich wurde ihnen jedoch nur den Minderheiten-Status einer "Völkerschaft" eingeräumt. Entsprechend fanden sie bis zu den 60er Jahren nicht einmal eine angemessene Vertretung innerhalb der Partei, geschweige denn in der serbischen Republik.

Die Debatten über ein Kosovo-Statut gingen mit der politischen Öffnung in den 60er Jahren aber schnell weiter als nur bis zu der Frage der Gleichstellung innerhalb der serbischen Republik. Schon 1969 wurde in der Folge von Protestaktionen dem Kosovo innerhalb Serbiens eine relative Autonomie eingeräumt. In erster Linie kam dies der Herausbildung einer eigenen Führungsschicht zugute. Schließlich kam es 1974 zum vollen Autonomie-Statut, das verfassungsrechtlich und auch realpolitisch eine weitergehende Bedeutung als die früheren Regelungen hatte. Denn mit der Verfassungsänderung von 1974 wurde der Region Kosovo nun auch eine Vertretung in Bundesorganen eingeräumt, und zwar mit Veto-Recht. Faktisch hatten die politischen Instanzen des Kosovo nunmehr einen Republik-Status.

Freilich standen ihnen in einer Frage keine Republik-Rechte zu: Als autonome Region in Jugoslawien hatte der Kosovo kein Lostrennungsrecht. Immerhin besaßen alle Republiken der jugoslawischen Bundesrepublik ein solches formelles Recht, konnten also "frei" über den Austritt aus der Bundesrepublik entscheiden (wovon dann ab 1991 auch Gebrauch gemacht wurde).

Natürlich dämmte diese Politik den serbisch-albanischen Gegensatz nur ein. Aber in dieser Phase ging die Deeskalation eindeutig von der Bundesführung aus, auch wenn es innerhalb des BdKJ dagegen Widerstand gab. Umgekehrt wurde damit aber auch die Haltung innerhalb der serbischen Minderheit im Kosovo gestärkt, man werde von der eigenen Regierung systematisch benachteiligt.

In den Aufstandsbewegungen 1981 artikulierte sich ein neuer militanter albanischer Nationalismus. Entscheidend für diese erneute Eskalation waren aber die sozialen Gegensätze, die nicht nur ungelöst geblieben waren, sondern sich sogar weiter zugespitzt hatten. Das scheinbar goldene Zeitalter der nachholenden Modernisierung schleuderte den Kosovo im Eiltempo in den neuen Krisenzyklus der jugoslawischen Ökonomie. Und nun zeigte sich auch, daß die gesamtjugoslawische Ausgleichspolitik, die innerhalb des Kosovo zu einer ungleichzeitigen Entwicklung geführt hatte, den Gegensatz zwischen den Nationalitäten nur vorübergehend eindämmen konnte.

Die Investitionspolitik mitsamt dem Ausbau regionaler Entscheidungs- und Machtstrukturen im Kosovo, führte zur Herausbildung einer regionalen Partei- und Staatselite, die zwar mehrheitlich von Kosovo-Albanern gebildet wurde, sich aber in der Machtausübung und wirtschaftlichen Verteilungslogik nicht von anderen Republikführungen unterschied. Der Verdacht, große Geldmengen aus dem Entwicklungsfonds verschwänden in der kosovo-albanischen Nomenklatura, mochte nicht der Wirklichkeit entsprechen. Aber angesichts der sozial und ökonomisch ungleichzeitigen Entwicklung, die zwar Modernisierung, aber keinesfalls eine nachholende, geschweige denn einholende Entwicklung bedeutete, verbreitete sich dieser Verdacht als Vorwurf sowohl in anderen regionalen Partei- und Staatseliten wie in der albanischen Bevölkerung des Kosovo selbst.

Ein sozialer Krieg

Im März 1981 entlud sich ein bis dahin kaum geahntes Ausmaß an sozialem Haß auf die kosovo-albanische Parteiführung und die Regierung in Belgrad. Auslöser waren Protestaktionen der Studierenden der Universität in Pristina. In dieser Intelligenzia hatten albanisch-nationalistische Tendenzen erneut Fuß gefaßt, aber erst die drakonische Repression mobilisierte andere soziale Kräfte. Eine Allianz von Intellektuellen und Arbeitern entstand in diesem neuen Zusammenhang von politischem Protest und Streikbewegungen; eine Allianz, die bis Anfang der neunziger Jahre für die Aufstandsbewegungen bestimmend werden sollten.

Die Eskalation im Kosovo traf zusammen mit der offenen sozialen Krise in Gesamtjugoslawien. Aber nirgendwo sonst nahmen die sozialen Bewegungen eine derartige politischen Kontinuität an wie im Kosovo bis hin zu einer weitgehenden gesellschaftlichen Selbstorganisierung. Zunächst jedoch dominierte die politische Repression, wobei die soziale Krise selbst zu einer Waffe gegen die Bevölkerung gemacht wurde: Säuberungen in Fabriken, Entlassungen, neue Emigrationswellen überwiegend von Albanern, weniger von Serben trafen zusammen mit einer Drosselung der ökonomischen Entwicklungsinvestitionen, die unter dem Druck der gesamtjugoslawischen Krise fast auf Null heruntergefahren wurden.

Das Modell einer "Dritten Welt" innerhalb eines "Entwicklungslandes" drehte sich um in die Logik einer sozialen Bewegung, die sich in dieser Kampfsituation wie eine nationale Befreiungsbewegung konstituierte. Alle klassischen Elemente dieser nationalen Wendung sozialer Widerstandsbewegungen waren im Kosovo vorhanden. Insbesondere die städtische Intelligenz, die in den alten familiären Sozialstrukturen integriert blieb, wurde zum Träger und Medium einer nationalen Idee, die nur noch wenig mit dem Konzept der Autonomie zu tun hatte.

Anfang der 80er Jahre war die großalbanische Ideologie sicherlich noch nicht hegemoniefähig (ein Anschluß an Albanien besaß nun wahrlich keine große materielle Attraktivität). Sie ist es noch nicht einmal in der extremen Zuspitzung nach 1989 geworden. Aber zweifellos hat die kosovo-albanische Sozialbewegung nach 1981 den innerjugoslawischen Konsens aufgekündigt und wäre möglicherweise durch die Einräumung eines nationalen, also formellen Republik-Status zu befrieden gewesen. Jedenfalls ist durch die fortgesetzte politische und soziale Repression das Bedürfnis nach Selbstbestimmung nur noch stärker geworden.

Nationalistische Wendungen, sei es in Serbien oder in Kosovo-Albanien, zu kritisieren, ist das eine. Das darin politisch-ideologisch umgedrehte Bedürfnis nach sozialer Selbstbestimmung zu ignorieren, ist dagegen fahrlässig.

In den Jahren nach 1981 spielte sich im Kosovo eine Mischung aus gezielter Unterwerfung, Repression und einer immer stärker werdenden ideologischen Kampagne zur Verteidigung des Kosovo als historisches Stammland Serbiens ab. Während sich die serbische Regierung gegenüber den anderen Republiken noch nicht dezidiert auf einen serbisch-nationalen Standpunkt zurückzog (wie dies dann nach 1987 unter Milosevic geschah), war dieser Standpunkt im Kosovo jedoch schon zur unmittelbaren Praxis geworden. Dies kam besonders kraß darin zum Ausdruck, daß die Repression vor allem die "Brutstätte" des albanischen Nationalismus treffen sollte, jene Institutionen, in denen die Sozialbewegungen ihre nationalistische Artikulation gefunden hatten. Die sozialen Bewegungen sollten gleichsam intellektuell geköpft werden. Hunderte von Professoren und Lehrern wurden aus dem Dienst entlassen, Zug um Zug setzte eine Serbisierung des Personals ein.

Der zweite Zyklus von Aufstandsbewegungen und Repression begann dann als Reaktion auf die nationalistische Mobilisierung durch Milosevic seit dem Frühjahr 1987. Ein Jahr nach dieser Kampagne, die erstmals den Opfer-Mythos der Kosovo-Serben durch die serbische Regierungspolitik staatsoffiziell legitimierte, wurde die bestehende Führung des BdKJ im Kosovo abgesetzt.

Ausgerechnet der Sturz dieser zuvor verhaßten Parteiführung provozierte den offenen Ausbruch einer neuen Welle von Protestaktionen und Streikbewegungen. Die Allianz von nationalistisch orientierter Intelligenz und ArbeiterInnen - allen voran die Bergarbeiter - trat wieder auf den Plan. Eine breite Generalstreikbewegung im Frühjahr 1989 veranlaßte die Bundesregierung, das Autonomie-Statut, das in der Realität schon Makulatur geworden war, auch formell aufzuheben.

Seit Ende der 80er Jahre befand sich der Kosovo in einem permanenten Ausnahmezustand. Ein Jahr nach der Aufhebung des Autonomie-Statuts herrschte eine Polizeidiktatur und setzte ihre rein militärische Macht gegen Streikbewegungen ein. Seit Sommer 1990 existierten im Kosovo keine politischen Institutionen mehr, die auch nur formal eine Integration der Kosovo-AlbanerInnen vorspiegelten. Die Republik Serbien befand sich damit zeitgleich mit der Loslösung Sloweniens und Kroatiens in einem regional eingegrenzten, aber von staatswegen intensiv betriebenen sozialen Bürgerkriegszustand.

Republik im Untergrund

So sehr sie auch einer zwangsläufigen Eskalationsspirale ähnelt: Die Entwicklung im Kosovo war alles andere als alternativlos. In erster Linie liegt die Verantwortung für die Eskalation auf serbischer Seite. Immerhin stand bis zum Auseinanderbrechen der jugoslawischen Bundesrepublik Anfang der 90er Jahre der Verbleib des Kosovo in der Bundesrepublik nicht in Frage. Das Autonomie-Statut oder selbst eine Republik Kosovo hätte im Rahmen der jugoslawischen Föderation gewährt werden können. Es waren das Milosevic-Regime und seine Bündnispartner des radikalen serbischen Nationalismus, die eine solche "jugoslawische Alternative" kategorisch ablehnten.

Die Folgen betrafen die gesamte jugoslawische Republik. Denn insbesondere die slowenische Regierung nahm die repressive Politik des serbischen Regimes im Kosovo zum Anlaß, den Verbleib in der Föderation aufzukündigen. Mit einer Republik, die jeden Anspruch auf föderale Autonomieansprüche mit Füßen trat, wolle und könne man nicht mehr in der jugoslawischen Föderation zusammenbleiben.

Fraglos mußte gerade Serbien ein starkes Interesse an einer möglichst weitgehenden Bestandswahrung Gesamtjugoslawiens haben, und zwar aus rein ökonomischen Gründen. Ein "starkes Serbien", das sich vor allem durch autoritär-staatliche Hoheit im Kosovo konstituierte, war aber nicht der einzige politische Weg, dieses Eigeninteresse zu sichern. Es gab auch die Alternative eines "starken Jugoslawien", dessen politische Stärke in erster Linie in einem föderalen Bündnis mit den verbliebenen Teilrepubliken, einschließlich des Kosovo, bestanden hätte. Doch zwischen einer jugoslawischen und einer serbisch-nationalen Antwort wählte das Milosevic-Regime das "starke Serbien".

Während das serbische Regime im Kosovo Zug um Zug erst zu einer Serbisierung der Institutionen, dann zur reinen Herrschaft der Belgrader Exekutive überging, organisierte sich im Untergrund eine breite

Selbstverwaltung: ein "Staat im Werden" mit eigenem Schulwesen, illegalem Universitätsbetrieb und vor allem mit einem eigenen Steuerwesen, das diese Institutionalisierung des Untergrundes finanzieren half. Man kennt die gesellschaftliche Macht, die derartige Selbstorganisierungsprozesse ausüben können. Die so entstehende Republik im Untergrund, 1991 auch formell von kosovo-albanischen Abgeordneten proklamiert, hat ihre Vorläufer, wenn nicht sogar Vorbilder, in der Herausbildung des israelischen Staates vor 1948 wie auch in den Intifada-Strukturen der palästinensischen Aufstandsbewegung nach 1987.

Im Mai 1992 fand innerhalb dieser Untergrundstrukturen sogar die erste Präsidentschaftswahl statt. Ibrahim Rugova wurde zum ersten Präsidenten der "Republik Kosovo" gewählt. Diese soziale Macht im politischen Untergrund konnte mit der normalen, polizeilichen Repression weder eingedämmt noch kontrolliert werden außer in den Formen und mit der Gewalt eines sozialen Krieges.

Und dieser soziale Krieg ging von Belgrad aus. Er wurde sanktioniert durch die imperialistische Befriedungspolitik. Die BRD wie die USA haben seit Ende der achtziger Jahre ihren ganzen Einfluß im Kosovo dahingehend geltend gemacht, daß von dort allein ein symbolischer Widerstand ausgehen sollte. Die "Republik Kosovo" blieb außenpolitisch ein Märchenland, mit Ausnahme von Albanien so gut wie nirgendwo anerkannt. Slowenien, das vor 1991 noch ein innerjugoslawischer Bündnispartner der Kosovo-Albaner gewesen war, machte sich aus dem Staub, nachdem die eigene Souveränität gesichert war. Ob in Paris, Bonn, London oder Washington - überall bekam Rugova, als im Westen gerühmter "Gandhi des Kosovo", nur zu hören, er solle ruhig so weiter machen, dabei aber die serbische Souveränität bitteschön nicht in Frage stellen. Was Rugova und andere DissidentInnen in Wahrheit zu spüren bekamen, war die der kosovo-albanischen Opposition zugeschriebene Rolle eines nützlichen Idioten, für dessen Überleben man freilich keinen einzigen Dollar opfern wollte.

UCK als Befreiungsarmee

Es gibt viele Spekulationen über das Auftreten bewaffneter Gruppen im Kosovo. Und der Aufstieg der UCK von einer kaum wahrgenommenen Fax-Armee, die im wesentlichen durch Proklamationen von sich reden machte, zu einem ernstzunehmenden militärischen und politischen Faktor, zieht Scharen von Agententheoretikern an wie das Licht die Motten. Daß die ersten Kämpfer der UCK in Albanien ausgebildet wurden, daß sie ihre Stoßkraft, die sie seit 1996 bewiesen hat, zu großen Teilen der Unterstützung durch die USA und anderer internationaler Finanzierungsquellen verdankt, all dies sagt über den Erfolg der UCK wenig bis nichts aus.

Weder die USA noch die BRD haben zu irgendeinem Zeitpunkt verlauten lassen, daß sie die Ziele der UCK billigten. Im Gegenteil: Mit viel diplomatischem Aufwand versuchte man, die UCK vor den Verhandlungen in Rambouillet auf den Verzicht auf nationale Souveränität einzuschwören.

Der nach 1997 steigende Einfluß der UCK diente mindestens zwei Zwecken: Zum einen destabilisierte er das Kräfteverhältnis innerhalb der kosovo-albanischen Opposition nachhaltig. Zum anderen operierte die UCK wie ein idealer "agent provocateur" als Eskalationsfaktor in der Militarisierung der sozialen Konfrontation.

Was aber besagt dies über die innere Entwicklung im Kosovo, über die Unterstützung, die der lange verhinderte bewaffnete Kampf in immer größeren Kreisen der albanischen Bevölkerung bekam? Ein Politikverständnis, das allein Staaten und Eliten als Akteure kennt, mag sich damit zufriedengeben, den Erfolg der UCK durch Hinweise auf die internationale Unterstützung vor allem von seiten Albaniens und der USA zu erklären. Aber hat jemals ein nüchterner Analytiker versucht, die Verankerung der PKK in Kurdistan auf deren historische Syrien-Connection und die recht kruden Finanzierungsmethoden zu erklären? Was den Erfolg der UCK in Wahrheit ausmacht, ist die Logik des bewaffneten Kampfes selbst, wie man sie aus den Ursprüngen vieler bewaffneter Befreiungsbewegungen her kennt: daß der bewaffnete Kampf den militärischen Gegner verwundbar zeigt, und sei es auch nur durch die Erschießung von Polizisten oder durch Überfälle auf Polizeistationen. Die Logik des bewaffneten Kampfes bedeutet aber auch, die Militarisierung der Auseinandersetzung durch die Militarisierung selbst durchzusetzen.

Noch als Antwort auf die Repressionswelle im Frühjahr 1998 nahmen Albaner im Kosovo massenhaft an den Wahlen im Untergrund teil und unterstützten die Partei Rugovas, während die UCK politisch erfolglos zum Wahlboykott aufgerufen hatte. Danach setzte eine militärische Offensive der UCK ein, und mit den Gegenangriffen seitens der serbischen Streitkräfte wurde der Kosovo zu einem rein militärischen Operationsfeld. Der scheinbare Widerspruch zwischen einer massenhaften Wahlunterstützung für Rugova und

einer sich verbreitenden Popularität der UCK löst sich relativ schnell auf, wenn man bedenkt, daß es in beiden Fällen um dieselben politischen Ziele ging. Die UCK ist deshalb populär geworden, weil sie die einzige Kraft zu sein schien, die dem serbischen Regime in der Sprache antwortete, in der die Kosovo-Albaner seit Jahren niedergehalten wurden. Daß sie mit dem Angriff der NATO auf Jugoslawien faktisch zu einer Bodentruppe der NATO geworden ist, widerspricht dem nicht, sondern entspricht genau dieser Logik einer totalen militärischen Konfrontation.

Mit dem Eingreifen der NATO und der dadurch noch verschärften Vertreibungsmaßnahmen ist das soziale Terrain im Kosovo buchstäblich zu Staub geworden. In dieser sozialen Wüste können sich nur noch diejenigen bewegen, die diese Verwüstung angerichtet haben, nämlich die serbischen Streitkräfte, die NATO und die UCK. Im sozialen Sinne ist dies ein totaler Vernichtungskrieg, und nichts sieht danach aus, daß er aus sich heraus etwas anderes als weitere Kriegszustände hervorbringen kann. Im Gegenteil: Die Massenvertreibung und -flucht von AlbanerInnen in die Nachbarstaaten ist zu einem gefährlich machtvollen Drohpotential des serbischen Regimes geworden, den sozialen Krieg über den Kosovo hinaus zu treiben. Mit der sozialen Vernichtung des Kosovo ist sowohl die Logik des serbischen Regimes als auch die der imperialistischen Politik aufgegangen. Kosovo-Albanien hat im März 1999 aufgehört zu existieren.

Kein Balkan-Staat zu machen?

Seit Ende der 80er Jahre gehört es zu den Allgemeinplätzen der politischen Publizistik, Tito-Jugoslawien rückwirkend als eine "künstliche" Staatskonstruktion zu denunzieren, so als ob es eine "natürliche" Staatenbildung geben könnte. Die Rückkehr zu unentwirrbar ethnisch-nationalen Staatsvölkern in Jugoslawien ist in gewisser Hinsicht tatsächlich eine Rückkehr zu früheren historischen Zuständen. Dieses historische Zurück hat jedoch weder in Jugoslawien noch in anderen Regionen des Balkan etwas mit einer Rückkehr zu ursprünglich einmal ethnisch bestimmbaren Staatsformen und -völkern zu tun. Die Paradoxie der jugoslawischen Erfahrung besteht ja gerade darin, daß diese Konstruktion ethnisch begründeter Nationalstaaten auf dem Balkan historisch nie gelingen konnte und jeder Versuch in diese Richtung die politischen Kräftekonstellationen ernsthaft gefährdete.

Auch die Erfahrung, daß in derartigen Prozessen die wirklichen Lebenszusammenhänge der Menschen aufgespalten und regelrecht zerrissen werden, ist nicht neu. Es gibt keinen "authentischen" Sozialcharakter der Volksgruppen oder Ethnien und erst recht keine eindeutige politische Artikulation eines solchen "Volkes". Nirgendwo wird das deutlicher als in der Geschichte Jugoslawiens und dem Bemühen, ausgerechnet auf diesem Terrain National-Staaten zu schaffen. Selbst in der taz waren Leo Trotzkis Sätze von 1909 zu lesen: "Nicht die nationale Vielfalt, sondern die Zersplitterung in Einzelstaaten hängt über dem Balkan wie ein Fluch. Die Grenzen zerschneiden ihn künstlich in Teile. Die Ränke der Mächte verflechten sich mit den blutigen Intrigen der Balkandynastien ..."

Heute werden wir Zeugen einer Entwicklung, deretwegen einst die Idee einer jugoslawischen Föderation als Restkern der noch älteren sozialistischen Konzeption einer Balkanföderation zum politischen Primat erhoben wurde. Geschichte wiederholt sich nicht einfach, aber "in Wahrheit dreht sich das Rad der Geschichte auch sehr gut rückwärts oder um sich selbst wie ein Kreisel" (Luigi Pintor). Die Idee einer Balkan-Föderation stand am Anfang der kommunistischen Politik in Jugoslawien. Sie spielte selbst nach 1945 noch eine Rolle und war eine der Streitfragen, die zum Bruch zwischen Moskau und Belgrad Ende der vierziger Jahre führte. Jugoslawien, wie es unter der Tito-Führung konzipiert wurde, sollte nicht bloß eine Rekonstruktion des jugoslawischen Nationalstaates nach 1918 sein, sondern in sich selbst Modell einer solchen übergreifenden Föderation, ähnlich wie die Sowjetunion 1917 einmal als Beginn einer weltweiten Föderation von Sowjetrepubliken gedacht gewesen war.

Daß in ganz Osteuropa erst unter der staatssozialistischen Macht relativ stabile Nationalstaatskonstruktionen entstanden, legitimiert weder diese Systeme noch deren Nation-Form. Sie wirft aber die Frage nach einer fortschrittlichen Aneignung des historisch erreichten Standes von Vergesellschaftung auf. Die Nonchalance, mit der heute eine abstrakte Kritik der National-Staatlichkeit Hand in Hand gehen kann mit der imperialen Zerstörung sozialer und politischer Räume, läßt diese Frage um so dringender erscheinen. Nicht die Idee einer jugoslawischen "Nation", wohl aber das Konzept einer Staatsform, die sich eben nicht mehr ethnisch-national begründete, ist ein historischer Fortschritt gewesen und bleibt es; in der Rückschau und angesichts der Zerstörung des Sozialen im ehemaligen Jugoslawien um so mehr.

Eine fortschrittliche, freiheitlich-sozialistische Alternative in Ex-Jugoslawien steht und fällt mit den Chancen einer föderalen Staatlichkeit, und zwar über das Gebiet des früheren Jugoslawiens hinaus. Catherine Samary hat dies in einem Kommentar zum NATO-Angriff auf Jugoslawien treffend benannt: "Unter der Führung reaktionärer Regime, die auf der Grundlage der Auflösung des ehemaligen Jugoslawien tiefgreifende soziale Rückschritte eingeleitet haben, bekämpfen sich die Völker auf dem Balkan gegenseitig. Eine fortschrittliche Alternative, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennt und die Grenzen durchlässig macht, kann nur auf Ebene des ganzen Balkan entstehen."

Das bedeutet nicht, eine Vergangenheit zu vergolden, in der sich soziale Bewegungen zurecht gegen die herrschenden Verhältnisse konstituiert haben. Aber es bedeutet, gerade unter Bezug auf diese Bewegungen nach der Aneignungsperspektive solcher Kämpfe zu fragen. Die ArbeiterInnenbewegungen der 80er Jahre haben in Jugoslawien die existierenden Institutionen lediglich für sich instrumentalisiert. Sie haben die Ausbeutungsstrategien auf ökonomischem Terrain blockiert und damit eine Macht bewiesen, die eine Zeitlang stark genug war, um sich nicht selbst zur gesellschaftlichen Alternative konstituieren zu müssen. Eben das beschreibt das Dilemma, das hier zu einer regelrechten Tragödie wurde: daß der Prozeß der Zerstörung und Implosion sehr wohl in Begriffen wie Klassen und Klassenkampf zu erklären ist, daß aber umgekehrt eine sozialistische Perspektive daraus nicht hinreichend entwickelt werden kann.

In dieser Hinsicht ist die jugoslawische Erfahrung exemplarisch und paradigmatisch geworden für eine soziale Widerstandsperspektive, in der sich früher die "Kämpfe" selbst zu genügen schienen. Diese Fragen werden nun, unter den Bedingungen einer Kriegs-Dynamik, die weit über das Terrain des ehemaligen Jugoslawiens hinaustreibt, um so drängender, weil sie im Schematismus der simplen antiimperialistischen Rhetorik nicht einmal gestellt, geschweige denn beantwortet werden können.

Martin Rheinlaender

Der vollständige Text ist unter dem Titel "Krise, Klassenkampf und sozialer Krieg in Jugoslawien-Kosovo" in Heft II/99 der Zeitschrift Die Aktion/Edition Nautilus erschienen.

13. Kriegsdiplomatie im Kosovo: Die Betroffenen sind nicht gefragt

Autor: Stefan Gose · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:40

Am 9. Juni unterzeichnete der britische Generalleutnant Mike Jackson mit Generaloberst Syetozar Marjanovic (Jugoslawischer Generalstab) und Generalleutnant Obrad Stevanovic (Serbisches Innenministerium) ein Waffenstillstandsabkommen für Jugoslawien. Das Papier war die Vorlage für die Resolution 1244, die der UN-Sicherheitsrat am 10. Juni verabschiedete. Das NATO-Bombardement Jugoslawiens, das am 24. März um 19:58 Uhr begann, wurde mit Verkündung der UN-Resolution am 10. Juni ausgesetzt. Am 20. Juni erklärte NATO-Generalsekretär Javier Solana offiziell das Ende der "Operation Allied Force" gegen Jugoslawien.

Wie kam es zu diesem Waffenstillstand, der der NATO weniger Kompetenzen einräumt als jener Teil des Rambouillet-Papiers, zu dessen Unterschrift die serbische Seite Mitte März bereit gewesen wäre?

Ausgangsbasis aller diplomatischen Bemühungen um den Kosovo waren zunächst die NATO-Forderungen von Rambouillet: Rückzug aller jugoslawischen Sicherheitskräfte, NATO-Protektorat für ganz Jugoslawien und ein späteres Referendum über den künftigen Status des Kosovo. Nachdem Jugoslawiens Präsident Milosevic mehrere NATO-Ultimaten zur Unterschrift dieses Drohfriedens verstreichen ließ, ging es der Militärallianz, die Ende April ihren 50. Geburtstag feiern wollte, um ihre Glaubwürdigkeit. Bomben sollten nun die serbische Unterschrift erzwingen. Doch trotz ihres imposanten Truppenaufmarsches an der Adria war die NATO auf einen längeren Krieg nicht vorbereitet, da sie wie im Falle Bosniens mit einem schnellen Einlenken Milosevics rechnete.

Erwartungsgemäß protestierte Rußlands Präsident Boris Jelzin gegen das NATO-Bombardement, UN-Generalsekretär Khofi Annan nannte die "Selbstmandatierung" der NATO eine "schwarze Stunde" für das Völkerrecht. Doch was die NATO wirklich irritierte, war das serbische Beharrungsvermögen. Zwei Wochen sahen die NATO-Regierungen ratlos gewaltigen Flüchtlingsbewegungen zu, bevor sie zur Linderung dieser Eskalationsfolgen das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) zur Hilfe riefen.

Gab es während der Rambouillet-Verhandlungen noch parallele Verhandlungsinitiativen von USA und EU, so endete diese Diplomatie mit Kriegsbeginn in der sonoren Forderung von US-Außenministerin Madelaine Albright, Milosevic müsse Rambouillet unterzeichnen. Nach obligatorischem Kettenrasseln erkannte Rußland an, daß es den Preis für eine direkte Konfrontation mit der NATO nicht zahlen konnte. Stattdessen übernahmen zunächst Primakov, später Viktor Tschernomyrdin die prestigeversprechende Rolle des Vermittlers.

Drohende Imageverluste erzwingen Gespräche

Der stagnierende Kriegsverlauf schwächte die politische Position der NATO. In Griechenland sprachen sich bereits Ende April über 90% der Bevölkerung gegen die NATO-Angriffe aus. Es kam sogar zu Anschlägen gegen Einrichtungen von NATO-Ländern. In Mazedonien, das zunächst bereitwillig nicht nur deutsche NATO-Truppen aufmarschieren ließ, kippte die Stimmung in der Bevölkerung angesichts der etwa 250.000 Kosovo-Flüchtlinge. Beim NATO-Newcomer Ungarn mehrten sich die Zweifel am neuen großen Bruder, der nun die Vojvodina mit einem hohen magyarischen Bevölkerungsanteil bombardierte. Im zunächst NATO-freundlichen Montenegro gab es kein Verständnis für die Bombardierung von Einrichtungen der jugoslawischen Sicherheitskräfte. Bulgarien, Rumänien, Bosnien und Kroatien klagten über ökonomische Milliardenausfälle in Folge der NATO-Angriffe. In Deutschland drohte den regierenden Grünen, die Basis davonzulaufen.

Anfang Mai hatte die NATO alle "strategisch wichtigen Ziele" in Jugoslawien bombardiert - ohne Einlenken der serbischen Führung. Nun wurden die Ziele erneut ins Visier genommen, ergänzt um "legitime strategische Ziele" wie Rundfunkgebäude, Parteizentralen, Kraftwerke, Stomnetze oder zivile Fabriken. Die Folge waren unpopuläre Pressemeldungen über "Kollateralschäden", zerstörte Wohnviertel, Züge, Busse und Irrläufer auf Bulgarien. Großbritannien forderte Bodentruppen, die USA entsandten A-10 und AH-64 Erdkampfflugzeuge, zögerten aber, sie der jugoslawischen Flugabwehr auszusetzen.

Diplomatisch wurde von russischer Seite bis Mai nichts erreicht. Jede harmonische Übereinkunft auf Milosevic' Sofa entpuppte sich nach Tschernomyrdins Abflug als gegenstandslos. Fünf Gründe drängten die NATO-Staaten Mitte Mai zum politischen Handeln:

- Im inoffiziellen Teil der Washingtoner NATO-Feierlichkeiten vom 24. April traten die amerikanischen und unterschiedlichen europäischen Einschätzungen über den Kosovo-Krieg zu Tage. Ein geschlossenes Handeln war nur noch für kurze Frist zu erwarten. Ein Disput oder Abbröckeln der NATO-Front auf dem Balkan hätte aber die NATO in eine Existenzkrise gestürzt.

- Nationale Alleingänge deuteten sich bereits an: Während in Griechenland der wichtige Transithafen Thessaloniki blockiert wurde, kündigte der französische Präsident Chaques Chirac humanitäre Hilfsflüge ins Kriegsgebiet an, um der Aufnahme von Flüchtlingen vorzubeugen. Deutschlands Außenminister Joseph Fischer präsentierte einen eigenen Friedensplan, wenig später griff der italienische Präsident Massimo d'Alema Teile davon für sein Friedenskonzept auf. Zeitgleich verlegten die USA Apache-Hubschrauber für den Bodenkampf nach Albanien.

- Sollte die militärische Rechnung der NATO wirklich aufgehen und Jugoslawien einlenken, könnte dies zum Triumph von Rußland oder der UNO werden. Denn US-Emissär Strobe Talbot reiste stets mit leichtem Gepäck: Außer der jugoslawischen Kapitulation hatte er nichts anzubieten. Demgegenüber würde Milosevic eher auf Tschernomyrdin eingehen. Im Mai beantragte Jugoslawien die Aufnahme in einen russisch-weißrussischen Staatenverbund. Zuletzt hatte sich auch UN-Generalsekretär Annan gesammelt und schickte den Bosnien-erprobten Unterhändler Carl Bildt ins diplomatische Rennen.

- Innenpolitisch war das erklärte Kriegsziel der NATO, die Unterzeichnung des Rambouillet-Papiers, nach zwei Kriegsmonaten nicht mehr zu vermitteln. Da die NATO nicht wußte, ob und in welcher Form Jugoslawien vor drohenden NATO-Zerfallsprozessen einlenken würde, hütete sie sich, sich erneut mit einer unrealistischen Forderung ins Abseits zu manövrieren. Schließlich hatte die NATO-Propaganda Slobodan Milosevic zu einem Unmenschen erklärt (Talbot: "2. Hitler"), mit dem nun keine Regierung mehr einen Vertrag unterzeichnen wollte. Das zweite NATO-Kriegsziel hieß Unterbindung der serbischen Vertreibungspolitik im Kosovo. Als der NATO mit ihren Bombardements das Gegenteil gelang, forderte sie zuletzt die Rückführung der vertriebenen Kosovaren. Schließlich erhöhten Presseberichte aus den Flüchtlingslagern den Druck auf die europäischen NATO-Regierungen. Die Kritik spitzte sich auf die Frage zu, ob das NATO-Bombardement die Eskalation nur verschäfte oder tatsächlich noch humanitär zu legitimieren sei.

- Zuletzt war das Zeitargument von Bedeutung. Mitte Mai war sich keine NATO-Regierung mehr sicher, ob und wann die Belgrader Führung einlenken würde. Deshalb wurde die Option von Bodentruppen diskutiert. Auch wenn nur wenige Regierungen zur Entsendung eines Bodenkontingentes bereit waren, galt doch aus militärischer Sicht als unstrittig, daß mindestens 100.000 Soldaten bei einem Kampfauftrag benötigt würden, die frühestens ab August einsatzbereit gewesen wären. Da aber sämtliche Flüchtlingslager vor dem Winter 1999/2000 aufgelöst werden sollten, da die NATO-Regierungen nicht für Hunger, Seuchen und Erfrierungen verantwortlich gemacht werden wollten, andererseits aber auch keine größeren Flüchtlingskontingente in ihren Staaten aufnehmen wollten, bedeutete dies, daß bis zum Herbst Siedlungsraum im Kosovo für die Flüchtlinge zur Verfügung stehen mußte.

Verhandlungen

in Hinterzimmern

Die Option Bodentruppen war eine erneute Sackgasse, weil die NATO diese Truppen nicht zusammenbekommen hätte. Deshalb sollte unter allen Umständen eine diplomatische Lösung gefunden werden, die

- Rußland integriert

- die VR China im UN-Sicherheitsrat zustimmen läßt

- das Primat der NATO vor der UNO sichert, zugleich aber die UNO einbindet, um Vorbehalte europäischer Staaten und Rußlands gegen künftiger NATO-Willkür vorzubeugen

- Slobodan Milisevic als gleichberechtigten Verhandlungspartner ausschließt.

Spätestens auf dem Kölner G-8-Treffen vom 18.-20. Juni sollte einer Übereinkunft zugestimmt werden, die als Vorlage einer UN-Sicherheitsratsresolution dienen sollte. Ins diplomatische Wettrennen gingen die Unterhändler wieder getrennt: Chancenlos weil ohne westliche Unterstützung war von vornherein UN-Vermittler Carl Bildt. Gewichtig, aber politisch für die serbische Seite nicht akzeptabel, war das US-Gespann Albright/Talbot. Mit dem finnischen Präsidenten Ahtisaari schickte die EU einen unverdächtigen Makler ins Rennen, der engen Kontakt zum russischen Unterhändler Tschernomyrdin hielt. Hinzu kamen zahlreiche Emisäre wie Petritsch, Fischer oder Holbroke, die häufig nur im nationalen Auftrag reisten.

Der Preis für das Einlenken Rußlands und Chinas ist schnell benannt: Der Internationale Währungsfonds signalisierte dem neuen russischen Premierminister Sergej Stepaschin seine Bereitschaft, über neue Kreditlinien zu verhandeln. Im übrigen hätte sich Rußland durch weiteren Widerstand gegen die NATO nur weiter von der Entwicklung auf dem Balkan isoliert. Für Chinas Zustimmung im UN-Sicherheitsrat ist dessen künftige Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) entscheidend. Hartnäckig halten sich allerdings Gerüchte, wonach die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad kein Versehen war, sondern einen zu engen Schulterschluß der Volksrepublik mit den EU-Unterhändlern verhindern sollte.

Mit der Kapitulation beginnen die Probleme

Was letztlich den Ausschlag für das serbische Einlenken gab, ist bis heute nicht bekannt. Denn aus serbischer Sicht war eine unbegrenzte Fortsetzung der NATO-Luftangriffe ebenso unwahrscheinlich wie der massive Einsatz von NATO-Bodentruppen. Zudem konnte es keine attraktive Perspektive sein, nach Unterzeichnung eines Waffenstillstandes vor das Haager Kriegsverbrechertribunal gestellt zu werden.

Wahrscheinlich sind daher innenpolitische Druckpotentiale wie Führungsstreitigkeiten, der Unwille des jugoslawischen Militärs, in einem ungewinnbaren Krieg nach und nach aufgerieben zu werden, die desolate ökonomische und soziale Situation in Serbien, aber auch mögliche Druckmöglichkeiten des ehemaligen Gasprom-Chefs Tschernomyrdin und Wiederaufbauanreize des EU-Vermittlers Ahtisaari entscheidend. Die NATO wird den ersten gewonnenen Luftkrieg der Welt erst feiern dürfen, wenn sie den Preis verrät, den sie Belgrad für das Einlenken zahlte.

Am 3. Juni billigte das serbische Parlament und die jugoslawische Regierung das Waffenstillstandsabkommen, das Präsident Ahtisaari ihnen vorgelegt hatte. Nicht zufällig wurde der Waffenstillstand nicht auf höchster Ebene mit Slobodan Milosevic unterzeichnet, sondern am 9. Juni von Generälen, wobei die USA dieses zweifelhafte Vergnügen einem Briten überließen. Pikant am Zustandekommen des Textes ist, daß statt China quasi Deutschland die Rolle eines UN-Sicherheitsratsmitgliedes übernahm und die NATO ihr "UN-Mandat" selbst formulierte. Rußland ebnete zwar das politische Terrain für den Waffenstillstand, wurde aber - wie bei den entscheidenden Verhandlungsmomenten von Rambouillet - nicht bei der Entwicklung des KFOR-Einsatzplanes beteiligt. Direkte Verhandlungen zwischen den Verantwortlichen von Jugoslawien und NATO-Regierungen hat es nie gegeben. Vielmehr wurde die Einigung über den Waffenstillstand weitgehend zwischen NATO und Rußland erzielt.

Auch ohne viele Details in dem Abkommen geklärt zu haben, war der NATO zunächst nur wichtig, daß die serbische Seite ihrem eigenen Truppenabzug und dem Einzug von NATO-Soldaten im Kosovo vor dem Winter zugestimmt hatte. Als Großbritannien (13.000 Soldaten), Deutschland (8.500), die USA (7.000), Frankreich (7.000) und Italien (7.000) ab dem 10. Juni ihre Sektoren im Kosovo beziehen wollten, war der Flughafen von Pristina bereits von 270 russischen Fallschirmjägern besetzt. Hektische Verhandlungen vor Ort und in Helsinki führten zu der vordergründigen Abmachung, daß 3.600 russische Soldaten auf die bestehenden fünf KFOR-Zonen verteilt werden und Rußland einen stellvertretenden KFOR-Kommandanten stellen wird. Allerdings hat die russische Seite bisher so wenig bestätigt, daß sie NATO-Befehlen folgen würde, wie NATO-Soldaten auf Kommando eines russischen Generals marschieren würden. Im belgischen NATO-Hauptquartier von Mons hofft man derweil, daß Rußland das nötige Gerät und die monatlich 800 US-Dollar pro Soldat nicht finanzieren kann, zumal dies dem zehnfachen Sold eines russischen Soldaten entspricht.

In der Sache steht die "Militärtechnische Übereinkunft zwischen der internationalen Sicherheitstruppe (KFOR, ak) und der Verwaltung der Federalen Republik von Jugoslawien und der Republik Serbien" weit hinter den Formulierungen des Rambouillet-Papiers zurück: Der Einsatzbereich von KFOR beschränkt sich auf Kosovo,

hier allerdings hat der KFOR-Oberbefehlshaber unbeschränkte Vollmachten - selbst die Auslegung des Vertragstextes liegt in seiner Hand. Serbische Sicherheitskräfte haben abzuziehen, entmilitarisierte Boden- und Luftzonen an der Grenze zum Kosovo sind festgelegt. Die Entwaffnung der UCK ist ebenso wenig geregelt, wie der künftige Status des Kosovo, der allerdings als Teil Jugoslawiens benannt wird. Wiederaufbau und humanitäre Hilfe sind nicht Teil des Abkommens oder der entsprechenden UN-Resolution 1244.

Als ungeschriebene Abmachung gilt hierfür, daß die EU den Wiederaufbau Jugoslawiens weitgehend finanziert, zumal die USA etwa 75% der Kriegskosten trugen. Auf dem Kölner G-8-Gipfel gab Präsident Clinton seinem Kollegen Gerhard Schröder den Schubs, einen Spendengipfel für einen "Balkan-Stabilitätspakt" zu organisieren. Kanzler Schröder nominierte sogleich seinen ausgedienten Kanzleramtsminister Bodo Hombach zum Leiter eines Wiederaufbauprogramms, für das am 30. Juli in Sarajevo auf einem G-8-Gipfel Milliarden eingetrieben werden sollen. Zeitgleich rechneten EU-Experten die zunächst auf 35-60 Mrd. DM geschätzten Wiederaufbaukosten für Jugoslawien herunter: Solange in Belgrad Slobodan Milosevic regiert, kann Serbien bestenfalls mit humanitärer Hilfe rechnen. Gemessen an den staatlichen Wiederaufbaukosten von ca. 5 Mrd. DM für Bosnien umfaßt Kosovo nur etwa 20% des Territoriums und war weniger industrialisiert, so daß von der EU mittlerweile etwa 3 Mrd. DM als ausreichend für den Wiederaufbau des Kosovo erachtet werden.

Der Waffenstillstand hat bisher lediglich zu einem Austausch der Truppen geführt. Eine dreimonatige Entwaffnungsphase der UCK wurde zwar mittlerweile vereinbart, doch diese Zeit ist zu lang, um den neuen Kriegsgewinnern Einhalt zu gebieten. Ungeklärt ist die Unterstützung für die desolate Republik Serbien, der künftige Status des Kosovo, die Zusammenarbeit ziviler und militärischer Hilfskräfte im Kosovo, das Verhältnis von Rußland und NATO im Kosovo und der Umfang des Wiederaufbaus, der notwendige Voraussetzung zur Auflösung der Flüchtlingslage ist. Sicher ist lediglich, daß die NATO mit jährlichen Kosten von über einer Milliarde DM auf unbestimmte Jahre und unklarem Auftrag ihr fünftes Balkan-Protektorat übernommen hat.

Stefan Gose

14. Falsche Versprechen, echte Bomben. Catherine Samary über den Kosovo-Konflikt

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:16

Am 14. Juni sprach die Jugoslawien-Expertin Catherine Samary in Nürnberg auf einer Veranstaltung zum Thema "Der Kosovo-Krieg und die Hintergründe des NATO-Bombardements". Samary ist Wirtschaftswissenschaftlerin in Paris; zu den EU-Wahlen kandidierte sie auf der gemeinsamen Liste der französischen Trotzkisten von Lutte Ouvrière und der Ligue Communiste Révolutionnaire. Ihr Vortrag wurde von Paul B. Kleiser (Neuer ISP-Verlag) mündlich übersetzt; der mitgeschnittene Wortlaut der Übersetzung wurde redaktionell überarbeitet.

Ich verstehe die Schwierigkeiten, über diesen Konflikt zu sprechen, weil er ja Emotionen weckt. Ich teile auch die Einschätzung, daß es eigentlich zwei Kriege gegeben hat. In Frankreich habe ich einen Aufruf unterschrieben, einen Appell von Intellektuellen, der sich sowohl gegen die ethnischen Säuberungen des Milosevic-Regimes als auch gegen den Krieg der NATO wendet. ("Wir sind nicht bereit, Scheinalternativen zu akzeptieren." vgl. ak 425, S. 13)

Ich möchte zwei Aspekte besonders hervorheben. Der eine ist die Stellung der Kosovo-Krise im Rahmen der gesamtjugoslawischen Krise, der andere ist die Reaktion der Westmächte und die Reaktion der NATO. Zuerst möchte ich betonen, daß die Vorstellung falsch ist, die Völker dieser Region hätten sich immer gehaßt und der Haß dieser Völker wäre die Ursache der Krise.

Natürlich gibt es große Probleme zusammenzuleben, wenn man nicht die gleiche Sprache spricht, wenn man nicht den gleichen wirtschaftlichen Hintergrund hat und wenn man nicht die gleiche Geschichte hat. Das gilt sogar unter Umständen, wenn man die gleiche Sprache spricht. Aber ich denke, die Konflikte haben eine sozioökonomische und politische Grundlage. Und die nationalen Fragen vermischen sich mit sozioökonomischen und politischen Gesichtspunkten.

Der innerjugoslawische Nord-Süd-Gegensatz

Man muß wissen, daß der Kosovo die am wenigsten entwickelte Region in Serbien und Jugoslawien war. Zu Beginn des titoistischen Jugoslawiens, nach dem Zweiten Weltkrieg, gab es entwickelte, industrialisierte Regionen wie Slowenien und Kroatien, und es gab den Süden, der weit unterentwickelt war.

Aber im titoistischen Jugoslawien bestand die Möglichkeit, durch die Verbindung der verschiedenen Landesteile und entsprechende Ressourcentransfers auch den unterentwickelten Süden in die Entwicklung mit einzubeziehen. Dem titoistischen Jugoslawien gelang es, den Anteil der Bauern an der Bevölkerung von 80% auf 30% zu reduzieren, was eine entsprechende Industrialisierung bedeutete. Es ist diesem titoistischen Jugoslawien jedoch nicht gelungen, die Entwicklungsunterschiede zwischen Nord und Süd wirklich einzuebnen. Der Entwicklungsunterschied zwischen dem entwickeltsten Land Slowenien und dem unterentwickeltsten Gebiet Kosovo lag in der Größenordnung von 7 zu 1. Ende der 70er Jahre gab es in Slowenien ungefähr 2% Arbeitslose, aber 30% im Kosovo.

Das zweite grundlegende Problem, neben den wirtschaftlichen Gegebenheiten, war natürlich die Frage der demokratischen Verhältnisse. Wenn ich von Demokratie spreche, dann meine ich, daß nationale Fragen mitbeinhaltet sind, denn es geht um Entscheidungsmöglichkeiten und Befugnisse nicht nur von Individuen, sondern auch von kollektiven Einheiten. Im Jugoslawien Titos wurde zwischen Bürgerrechten und Nationalität unterschieden, in dem Sinn, daß eben verschiedene Nationalitäten in Jugoslawien vorzufinden waren. So gab es zwei Kammern im jugoslawischen Parlament, die eine war eine Kammer, die nach allgemeinen und gleichen Wahlen gewählt wurde, die andere war die Nationalitätenkammer, in der sämtliche Nationalitäten Jugoslawiens vertreten waren.

Natürlich gab es Beschränkungen der Demokratie, es gab keinen wirklichen Pluralismus in Jugoslawien. Ich denke, daß das ein Faktor war, der wirkliche wirtschaftliche und sozioökonomische Fortschritte in Jugoslawien behinderte. Die reichen und industrialisierten Nationen im Norden, also vor allem Slowenien und Kroatien, hatten immer wieder den Eindruck, daß ihre Reichtümer, soweit sie über die Transferleistungen nach Süden flossen, verschwendet wurden und dort nicht wirklich ankamen.

In der erwähnten Nationalitätenkammer waren alle Republiken in gleicher Weise vertreten. Nach der neuen und letzten Verfassung von 1974 waren auch die Bestandteile Serbiens, die Vojvodina und, aufgrund des Drucks der Kosovaren, der Kosovo, mit gleichen Rechten vertreten. Beide besaßen auch das Vetorecht. Trotz dieser scheinbaren Gleichheit gab es eine Art Ungleichheit im Status zwischen den südslawischen Völkern und den Albanern.

Die sechs Republikvölker - nämlich Slowenien, Serbien, Kroatien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro - hatten das Recht, selbst zu entscheiden, und de facto auch das Recht auf Sezession. Dieses Recht auf Sezession und damit auch auf eine eigene Republik wurde der Vojvodina (in der Vojvodina gibt es eine erhebliche ungarische Minderheit) und im Kosovo den Albanern verweigert, was in gewisser Weise zu diesen Konflikten im Kosovo führte.

Dennoch muß betont werden, daß seit Mitte der 60er Jahre aufgrund des Autonomiestatutes eine massive Albanisierung des Kosovo stattfand. Es wurde z.B. die Universität von Pristina errichtet, die Kosovo-Albaner bekamen erhebliche Autonomie- und Selbstverwaltungsrechte.

Nach dem Tod Titos erlebte dieses System zehn Jahre Krise, und zwar eine sozioökonomische Krise und eine politische Krise in den 80er Jahren. Die sozioökonomische Krise wurde vor allem durch die Schuldenkrise verursacht. Jugoslawien war seit Anfang der 80er Jahre mit gut 20 Milliarden Dollar verschuldet.

Die Hintergründe dieser Schuldenkrise sind doppelter Natur. Einerseits war die Bürokratie nicht in der Lage, ein entsprechendes Entwicklungskonzept durchzusetzen. Andererseits waren die Entwicklung der internationalen Wirtschaft und die internationalen Organisationen verantwortlich dafür. Der politische Ausdruck dieser Krise war, daß sich die Einheitspartei, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens, praktisch nach Republiken aufspaltete, daß also ein Prozeß der Nationalisierung der Kommunistischen Partei stattfand.

Es gibt zwei Interpretationen über den Ursprung dieser Krise, die ich beide für falsch halte. Die eine Interpretation sagt, daß der Aufschwung des serbischen Nationalismus Jugoslawien in die Krise geführt hat; die andere Interpretation versucht, die Verantwortung der verschiedenen Nationalismen auf gleicher Ebene anzusiedeln.

Meine Interpretation ist, daß sich in der jugoslawischen Krise drei dominierende Nationen herausbildeten und daß die anderen Nationen in einer beherrschten Situation waren. Die drei dominierenden Nationen waren diejenigen, die sich im historischen Prozeß am längsten entwickeln konnten, nämlich Slowenien, Kroatien und Serbien. Es waren sehr unterschiedliche und widersprüchliche Logiken in diesem Krisenprozeß am Werke. Slowenien und Kroatien hatten ein sehr viel höheres Entwicklungsniveau als der Rest und versuchten sehr bald, sich vom sinkenden Schiff Jugoslawien davonzumachen.

Serbo-Jugoslawien - ein Irrweg

Der serbische Nationalismus, gekennzeichnet durch den Aufstieg von Slobodan Milosevic Ende der 80er Jahre, folgte einem anderen Weg. Slobodan Milosevic versuchte, mehrere Varianten seiner Politik ins Spiel zu bringen. Die erste Variante war, eine Rezentralisierung von Jugoslawien durchzusetzen, bei der Serbien und Belgrad das entscheidende Zentrum sein sollten.

Der erste Schritt in diese Richtung war die Zerstörung der Autonomie des Kosovo im Jahre 1989 und die Aufhebung des Vetorechtes des Kosovo in den Bundesinstanzen. Die zweite Variante war der Versuch, einen großserbischen Staat zu gründen, der sich auf alle Serben stützen sollte, also auch auf die Serben, die in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina lebten.

Ich habe von drei dominierenden Nationen gesprochen. Was waren nun die Schwächen der anderen Nationen, die in diesem titoistischen Jugoslawien vereint waren? Dies waren die Nationen, die sich in einem viel kürzeren historischen Prozeß als Nation konstituiert hatten. Dies waren die Nationen, die beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens keine wirkliche Wahl hatten, sondern vor die Wahl der drei dominierenden Nationen gestellt wurden.

Es handelt sich um Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und die Kosovo-Albaner. Alle diese südlichen Republiken bemühten sich bis 1991 darum, einen gesamtjugoslawischen Rahmen zu erhalten, insbesondere

Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Die Lostrennung von Slowenien und Kroatien im Juni 1991 stellte diese südlichen Republiken vor eine sehr tragische Situation.

Entweder mußten sie in einem Serbo-Jugoslawien bleiben und sich dem unterordnen, in einem Serbo-Jugoslawien, in dem das Kräfteverhältnis ganz anders war als vorher. Oder sie mußten den Weg der Unabhängigkeit gehen, was bedeutete, daß sie unmittelbar von ihren Nachbarn bedroht waren. Sie wählten die Unabhängigkeit. Dies hatte z.B. zur Folge, daß Mazedonien lange Zeit weder von Griechenland noch von Serbien noch von Bulgarien anerkannt wurde.

Für Bosnien-Herzegowina bedeutete es, daß sehr schnell nicht nur in Belgrad, sondern auch in Zagreb ein Teilungsplan, ein Ethnisierungsplan ausgearbeitet wurde, mit fürchterlichen Folgen.

Inwiefern ist der Kosovo-Konflikt typisch für diese Serie von Konflikten in Jugoslawien in den 90er Jahren? Der Krieg in Jugoslawien hatte eine doppelte Tendenz zum Hintergrund: Die Gründung von ethnisch mehr oder weniger reinen Nationalstaaten und die Privatisierung der Ökonomie auf der Grundlage dieser ethnisch definierten Nationalstaaten. Im Kosovo gibt es einen sehr weit in die Geschichte zurückreichenden Konflikt zwischen den Ansprüchen und Forderungen der Serben und denen der Kosovaren.

Der serbische Nationalismus sieht im Kosovo sein Jerusalem. Serbien ist das Gebiet, auf dem im Mittelalter ein serbischer Staat gegründet wurde, dem auch die umliegenden Gebiete angehörten. Deswegen gilt diese Provinz als die Wiege Serbiens. Aber der Kosovo ist natürlich auch ein historisches Bevölkerungsgebiet der Albaner. Historisch gesehen lebte ungefähr die Hälfte der albanischen Bevölkerung in Albanien, die andere Hälfte sowohl im Kosovo als auch in Teilen Mazedoniens.

Warum solidarisierten sich die anderen Republiken, als Milosevic 1989 die Autonomie des Kosovo aufhob, nicht mit den Kosovaren? Slowenien reklamierte zwar politisch eine gewisse Solidarität, schlich sich aber bei den Zahlungen für den Kosovo sehr schnell davon, weil seine Perspektive war, Jugoslawien zu verlassen und sich in die EU zu integrieren.

Diese Pläne sind in gewisser Weise aufgegangen, denn Slowenien ist eines der fünf Kandidatenländer, die in einem kommenden Schritt, sofern das überhaupt passiert, in die EU aufgenommen werden sollen. Tudjman dagegen, der 1990 zum Präsidenten Kroatiens gewählt worden war, sagte: Wir lassen den Kosovo eine innerserbische Angelegenheit sein, damit garantiert ist, daß die Serben in Kroatien eine innerkroatische Angelegenheit sind.

Genauso wie Milosevic das Statut der Kosovaren, also ihre Autonomie, in Frage stellte und dann abschaffte, hob Tudjman das besondere Statut der Krajina-Serben in Kroatien auf und schaffte es ab. Man muß hier anmerken, daß in der kroatischen Verfassung zu Zeiten von Tito stand, daß Kroatien nicht nur das Land der Kroaten sei, sondern das Land der Kroaten, der Serben und der anderen Nationalitäten, die auf diesem Gebiet leben.

Diese Politik war extrem wichtig, weil im Zweiten Weltkrieg von der Ustascha eine großkroatische Politik verfolgt worden war. Das bedeutete, daß Tausende von Serben, von Roma und von Nichtkatholiken umgebracht wurden, weil sie sich diesem Großkroatien nicht einfügen wollten.

Die albanische Parallelgesellschaft

Somit blieben die Kosovaren im jugoslawischen Rahmen allein. 1989 feuerte das serbische Regime die Albaner aus allen führenden Posten, gleichgültig ob das bei der Polizei, der Verwaltung usw. war und ersetzte sie durch Serben. Seit etwa 1990 gab es eine Art albanische Parallelgesellschaft im Kosovo, die auf diese serbische Repression reagierte, indem sie eine Volksabstimmung über ihre Unabhängigkeit durchführte, eigene Strukturen errichtete und sogar einen eigenen Präsidenten wählte, den Schriftsteller Ibrahim Rugova.

Fast zehn Jahre lang war die Situation so, daß es keinen direkten Krieg gab, aber auch keinen Frieden, es wurde eine Art Apartheid durchgesetzt, bis hin zu den Verhandlungen von Rambouillet.

In den zwei Jahren, die Rambouillet vorangingen, 1997 und 1998, gab es zwei Ereignisse, die die Situation erheblich veränderten. Belgrad versuchte in dieser Zeit, einen Teil der ungefähr 600.000 serbischen Flüchtlinge aus der Krajina und aus Bosnien in den Kosovo zu verpflanzen und sie dort anzusiedeln, um dadurch die ethnische Zusammensetzung zu verändern. Dieser Versuch schlug fehl.

Warum? Weil die serbischen Flüchtlinge keine große Lust hatten, in dieser armen und konfliktreichen Provinz Kosovo zu leben. Sie machten sich lieber in Richtung der reicheren Vojvodina mit ihrer serbischen Bevölkerungsmehrheit auf. Dieses Scheitern der Ansiedlung führte dazu, daß ein Dialogprozeß zwischen Belgrad und den Kosovaren in Gang kam, daß Verhandlungen mit Rugova über eine Neudefinition des Statuts des Kosovo stattfanden.

Die Uneinigkeit der internationalen Staatengemeinschaft über die Frage des Statuts des Kosovo und der Radikalisierungsprozeß der Serben gegenüber den Albanern im Kosovo und umgekehrt sorgte dann dafür, daß diese Verhandlungen de facto scheiterten. Das Abkommen von Dayton über Bosnien-Herzegowina 1995 wurde zusammen mit den Präsidenten Milosevic, Tudjman und Izetbegovic ausgehandelt. Während der Verhandlungen verlangten die Kosovaren immer wieder, daß auch ihre Angelegenheiten behandelt würden. Das stieß natürlich auf Ablehnung von Milosevic, und so kam es, daß die Frage des Kosovo aus den Verhandlungen von Dayton ausgeklammert blieb.

Die USA und die westeuropäischen Länder akzeptierten einerseits, daß die Kroaten die Serben aus der Krajina verjagten. Sie akzeptierten andererseits die serbische Repression im Kosovo. Sie hatten nämlich Angst, daß eine Autonomie oder Unabhängigkeit des Kosovo einerseits zu Gefährdungen der Grenzziehung in Mazedonien führen würde und andererseits zu einer Veränderung des Gleichgewichtes und weiteren Konflikten in Bosnien-Herzegowina. Sie akzeptierten also praktisch die Grenzziehungen, die es in Jugoslawien bereits gab.

Der Dayton-Prozeß war der Hintergrund für das Entstehen der UCK, der Befreiungsarmee des Kosovo. Die Menschen, die zu den Waffen griffen, wollten sich nicht mehr auf Verhandlungen einlassen, sondern bewaffnet für die Unabhängigkeit des Kosovo kämpfen. Die Grundfrage, um die es hier geht, ist letzten Endes die Frage des Statuts des Kosovo: Soll er autonom werden, soll er unabhängig werden usw.

Rambouillet - eine doppelte Heuchelei

Ich will kurz auf Rambouillet zu sprechen kommen. Ich denke, daß die Verhandlungen in Rambouillet eine große Heuchelei waren. Im Plan von Rambouillet gab es zwei Teile, einen politischen und einen militärischen Teil. Auf politischer Ebene war die Frage des Statuts des Kosovo gestellt.

Die westlichen Regierungen hatten eine politische Entscheidung getroffen, die eigentlich den Interessen von Belgrad sehr viel näher kam als den Interessen der Kosovaren. Die Vereinbarungen sahen eine Autonomie vor, die sich an der Autonomie, wie sie vor 1989 bestand, orientierte. Die Serben gingen darauf ein, wohingegen die albanische Delegation diese Vorschläge ablehnte.

Nach einer gewissen Zeit kam es zu einer Unterbrechung der Verhandlungen in Rambouillet. Der eigentliche Konfliktpunkt war, daß die Albaner bemängelten, daß in den vorgetragenen Vorschlägen für eine Vereinbarung die Frage, ob sie nicht nach einem gewissen Zeitpunkt, etwa nach drei Jahren, über die Frage der Unabhängigkeit würden abstimmen können, überhaupt nicht auf der Tagesordnung stand.

Der militärische Teil wurde von den Serben abgelehnt. Er wurde damals nicht veröffentlicht, man kann ihn aber jetzt im Internet abrufen. In diesem militärischen Teil war praktisch die Besetzung von ganz Jugoslawien durch Truppen der NATO und deren freie Beweglichkeit vorgesehen. Ich will das hier betonen, weil es nicht stimmt, daß die Serben jede internationale Truppe oder Friedenstruppe in diesem Gebiet abgelehnt hätten. Entscheidend war nur die Frage, ob diese Truppe Bewegungsfreiheit in ganz Jugoslawien bekommen würde. Zum Zeitpunkt von Rambouillet gab es schon einige Tausend internationale Beobachter der OSZE, die sich mit Erlaubnis von Belgrad im Kosovo aufhielten.

Was geschah nun in der Zwischenzeit? Madeleine Albright, die US-Außenministerin, versprach den Kosovaren mündlich zwei Dinge. Der erste Punkt war, sie würden nach drei Jahren über die Frage der Unabhängigkeit abstimmen können. Punkt zwei, es würde Waffenlieferungen der NATO an die UCK geben. Das bedeutete eine Umkehrung der Situation. Die Kosovaren stimmten danach dem Rambouillet-Abkommen in zweiter Fassung zu, während Belgrad es natürlich ablehnte.

Es wird sehr häufig behauptet, daß der Einsatz der NATO-Bomber eine moralische Entscheidung war oder eine Entscheidung für die Unterstützung der Albaner im Kosovo. Ich denke nicht, daß das richtig ist. Die Ausgangshypothese für die Bombardements war, daß man nur ein paar Tage bombardieren müsse, dann

würde Milosevic das Rambouillet-Abkommen und auch den Einmarsch von NATO-Truppen im Kosovo akzeptieren, um den "Friedensprozeß" voranzubringen.

Die Politik der falschen Versprechen

Man sagt sehr häufig, es gibt kein Erdöl im Kosovo, also ist es ein moralischer Krieg, der da geführt wird. Ich denke, das ist eine ziemlich wenig überzeugende These. Es gibt eine Reihe von strategischen Gesichtspunkten, die die NATO hier haben eingreifen lassen. Der erste Gesichtspunkt ist geostrategischer Natur. Die NATO muß sich nach Auflösung des Warschauer Paktes neu definieren und neu rechtfertigen.

Zweitens sind es innerhalb der NATO die USA, die - insbesondere auf der Grundlage ihrer Militärindustrien - seit den 90er Jahren die dominante Macht sind, und die vorgeben, was getan wird. Der dritte Gesichtspunkt ist, daß die USA die NATO benutzt haben, um die ungeliebte UNO übergehen zu können.

Zwischen den zwei Abschnitten der Verhandlungen in Rambouillet gab es das Konzept, daß man statt der NATO-Truppen UNO-Truppen als Friedenstruppen stationieren wollte. Damals wurde diese Vorstellung von den Vereinigten Staaten kategorisch abgelehnt. Außerdem wollten die USA sicher stellen, daß die Europäer in dieser Region keine autonome Politik verfolgen könnten und daß sie sich ihren Vorstellungen und Konzepten fügen müßten.

Und ich denke, es gibt auch dieses Spiel mit dem Balkan. Man hat insbesondere den Kosovaren einiges versprochen. Aber das, was heute abläuft, zeigt, daß das ziemlich heuchlerische Versprechungen waren. Das neue Abkommen über den Rückzug der Serben spricht überhaupt nicht mehr von der Autonomie der Albaner, insbesondere nicht mehr von dem Zeitraum von drei Jahren, nach dem dann über die Frage der Unabhängigkeit oder was auch immer hätte abgestimmt werden können; das ist völlig offen gelassen.

Sicherlich werden die Flüchtlinge unter bestimmten Umständen aus den Grenzregionen in den Kosovo zurückkehren können. Aber der Krieg bewirkte, daß die Vertreibungsorgie in diesen Ausmaßen überhaupt erst durchgeführt werden konnte. Ich will damit nicht sagen, daß die Politik von Milosevic nicht schon vorher begonnen hätte. Sie begann 1989 mit der Zerstörung des Statuts der Kosovaren und der zunehmenden Repression. Aber die Bombardements der NATO führten dann zu einer massiven Radikalisierung des Vertreibungsprozesses, die ohne den Krieg in dieser Form wahrscheinlich nicht möglich gewesen wäre.

Ich denke nicht, daß dieser Krieg, wie man so oft sagt, zum Schutze von Menschenleben geführt wurde. Dieser Krieg machte erhebliche Teile der kosovarischen wie die serbischen Bevölkerung zu Opfern und bedrohte sie. Es stimmt auch nicht, daß dieser Krieg zu einer Stabilisierung der Region geführt hätte. Ganz im Gegenteil: Dieser Krieg führte zu einer massiven Destabilisierung umliegender Länder, von Mazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro, und er warf auch die Entwicklung Serbiens um mindestens 50 Jahre zurück.

Und schließlich hat dieser Krieg auch dazu geführt, daß ein künftiges Zusammenleben zwischen Serben und Kosovaren im Kosovo auf eine gewisse Zeit hinaus viel schwieriger, wenn nicht unmöglich werden wird - eine Situation, die vor diesem Krieg so noch nicht bestand.

Man hat uns häufig gesagt, daß die Bombardements notwendig wurden, weil es keine andere politische Lösung mehr gab. Ich denke, daß das nicht stimmt. Man hat den Kosovo zehn Jahre lang links liegen lassen. Insbesondere brachte man bei all den nationalen Fragen, die es auf dem Balkan gab, überhaupt keine egalitären Gesichtspunkte zur Durchsetzung. Im Grunde versuchte man, in einer Art Hoppla-Hopp-Politik mit den nationalen Rechten der Menschen dort umzugehen.

Es ist eine Sackgasse, wenn auswärtige Mächte an der Stelle der dortigen Völker denselben irgendwelche Lösungen aufzwingen wollen. Die eine Sache ist, bei Friedensverhandlungen oder Konflikten zu helfen, aber die andere Sache ist, ihnen Vorschriften zu machen, wie sie sich nun zu verhalten haben, welche Gesichtspunkte durchzusetzen und welche zu unterlassen sind. Ich denke, so eine Politik muß eigentlich immer zum Scheitern führen, sofern nicht die Völker wirklich selbst entscheiden und bestimmen können, wie es weitergehen soll.

Catherine Samary

15. Todesurteil gegeg Öcalan. Die Türkei ist bereit, den Krieg weiterzuführen

Autor: Jan Keetman · Rubrik: PKK; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:44

Es war schon ein seltsamer Prozeß, der da auf einer kleinen, von zwei Fregatten umkreisten Insel im Marmarameer mit einem Todesurteil zu Ende ging. Ein Prozeß ganz ohne Zeugen und Beweismittel. Ein Prozeß, in dem der Staatsanwalt den Angeklagten nicht für glaubwürdig hielt, wohl aber der Ministerpräsident Bülent Ecevit, denn der zog aus den Aussagen Öcalans den Schluß, es gebe ein internationales Komplott gegen die Türkei.

Die Frage ist nicht nur, ob es ein fairer oder ein unfairer Prozeß war, sondern es drängt sich die Frage auf, ob überhaupt ein Prozeß gegen Abdullah Öcalan stattgefunden hat. Keine Aussage wurde überprüft. Nachfragen, Beweisführung oder Zeugenvernehmungen fanden nicht statt. Der einzige Zeuge und zugleich das einzige Beweismittel war der Angeklagte, und der wurde nur sehr oberflächlich vernommen. So gibt Abdullah Öcalan zu, daß es parteiinterne Todesurteile gab. Aber wer waren die Richter, wer die Henker? Aussagen Öcalans zufolge unterhält die PKK im Iran ein Krankenhaus. Die türkische Presse verbreitet, daß dieses Krankenhaus dem iranischen Staat gehöre. Niemand konfrontiert den Angeklagten mit Beweisen über Verbindungen zwischen der PKK und Teheran. Öcalan sagt, es gab PKK-Ausbildungslager in Griechenland und Jugoslawien. Niemand fragt wo, wie viele oder wer dafür verantwortlich ist. Die Türkei behauptet immer wieder, die PKK stecke tief im Drogenhandel. Doch niemand befragt Öcalan dazu oder konfrontiert ihn mit Beweisen, noch wird versucht, ihn zu zwingen, Namen und Routen zu nennen. Ein letztes Beispiel: Öcalan sagt, er habe gehört, eine Abspaltung der PKK, die sogenannte PKK-Vejin, habe den Mord an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme begangen. Müßte da nicht ein Richter oder Staatsanwalt sofort nachfragen, wo, wann und von wem habe er das erfahren? Wie war es überhaupt möglich, so etwas über ihre Gegner in Erfahrung zu bringen? Nichts von alledem geschieht. Kein Wunder, daß der Angeklagte, und nicht nur er, während der paar Verhandlungstage mehrfach eingenickt ist.

Gelegen war dem Gericht nicht an der Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern an der Festschreibung der offiziellen Sicht. Der hat sich Öcalan so gut es eben ging angepaßt. Wäre er noch nachgiebiger gewesen, so wäre ihm nichts mehr geblieben, um seine Vergangenheit noch irgendwie zu rechtfertigen. Das ist ihm vielleicht erst im Laufe des Prozesses klar geworden. Seine letzte Verteidigungslinie war, das Verbot der kurdischen Sprache von 1982 - es wurde 1991 aufgehoben - als wesentlichen Grund für den Aufstand zu benennen und sich als Verhandlungspartner anzubieten. Das war ein Friedensangebot an die Türkei ohne große Zumutungen, ohne große Forderungen. Der billigste Frieden, der mit der PKK je zu haben war. Immerhin kann Öcalan zu Recht darauf verweisen, daß sein Friedensangebot auf der Linie liegt, was er seit März 1993 immer wieder versucht hat, als Lösung anzubieten - wenn auch in einer sehr abgespeckten Form.

Dieses Angebot ist mit dem Todesurteil erstmal ausgeschlagen worden. Dabei geht es nicht darum, ob die Türkei wirklich mit Öcalan verhandeln will. Aber sollte das Todesurteil gegen Öcalan vollstreckt werden, dann wird sich sobald niemand finden, der zu Friedensverhandlungen bereit ist. Die Türkei scheint bereit, den Krieg noch jahrzehntelang weiterzuführen.

Andererseits stellt sich die Frage, woher Abdullah Öcalan vor Gericht das Mandat nimmt, für die KurdInnen zu verhandeln - auch wenn er es vergeblich tut. Abdullah Öcalan muß zwar um sein Leben fürchten, aber es hat den Anschein, daß er politisch gestärkt aus diesem Verfahren hervorgeht. Nach diesem Prozeß und diesem Urteil wird ihn unter Kurden kaum jemand nach der Ermordung von Abweichlern in den eigenen Reihen oder nach der einen oder anderen Terroraktion fragen. Es gilt für diesen Prozeß mithin das gleiche, was schon im Guerilla-Krieg galt, daß die Vergeltungsmaßnahmen des türkischen Staates der PKK oft mehr genützt als geschadet haben.

Man kann nur hoffen, daß anläßlich der voraussichtlich im Herbst anstehenden Parlamentsentscheidung über die Hinrichtung Öcalans doch noch eine Debatte in Gang kommt, in der auch Argumente außerhalb des ganz schmalen offiziellen Diskurses vorgetragen werden. Im Moment sieht es allerdings mehr danach aus, als würde die Türkei Abdullah Öcalan endgültig zum Märtyrer machen, indem sie ihn hinrichtet.

Drei Parteiführer, Devlet Bahceli von der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP), Mesut Yilmaz, von der Mutterlandspartei (ANAP) und natürlich Tansu Ciller von der Partei des rechten Weges (DYP), haben sich bereits auf einen Vollzug der Todesstrafe festgelegt. Yilmaz und Ciller haben von dem großen nationalistischen Strom bei den letzten Wahlen nichts abbekommen, obwohl sich Ciller einige Mühe gegeben hatte. Beide wollen nun aufholen, und insbesondere Ciller hat die Hinrichtung bereits als ihr Thema entdeckt. Das ist es ohnehin für Bahceli. Die drei Parteien haben alleine schon die nötige Parlamentsmehrheit, die Hinrichtung vollstrecken zu lassen. Das Verhalten Ecevits und das der Islamisten ist noch unklar, es kann aber damit gerechnet werden, daß zumindest einige Abgeordnete aus ihrem Lager ebenfalls für die Hinrichtung eintreten werden.

Stellungnahmen gegen eine mögliche Hinrichtung sind derzeit nur außerhalb des Parlamentes zu hören. Z.B. von der konservativen Demokratische Türkei Partei (DTP), einer Abspaltung von Cillers DYP, von der aus Ausläufern der Dev-Yol-Bewegung entstandenen Partei für Freiheit und Solidarität (ÖDP), die im türkischen Spektrum ein wenig den Platz der undogmatischen Linken vertritt, von der Partei der Arbeit EMEP und natürlich von der prokurdischen Partei der Demokratie des Volkes (HADEP).

Sicher gibt es unter den Islamisten, die viele kurdische WählerInnen haben, Vorbehalte gegen die Hinrichtung, doch sind die Islamisten zur Zeit völlig eingeschüchtert. Gegen ihre Tugendpartei (FP) läuft ein Verbotsantrag, diesmal mit dem Zusatz, daß auch alle ihre Abgeordneten das Parlament verlassen müssen, und das schmerzt mehr als ein reines Parteienverbot, nach dem man sich mit einem blauen Auge wieder neu formieren kann. Außerdem haben viele prominente Islamisten derzeit selbst mit Prozessen zu kämpfen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß selbst gegen den derzeit mit Politikverbot belegten Islamistenführer Necmettin Erbakan demnächst in einem Verfahren die Todesstrafe verhängt wird.

Das einzige Forum für eine offene Diskussion über Für und Wider der Hinrichtung Öcalans bleibt im Moment die Presse, die diese Funktion aus strukturellen Gründen nur sehr bedingt übernehmen kann.

Abgesehen von den islamisch orientierten Medien ist die türkische Presse verquickt mit dem Bankensektor. Mehmet Emin Karamehmet gehören zwei der drei größten türkischen Privatbanken und zugleich 50% des Fernsehsender ATV und eine Gruppe von Zeitungen. Ayhan Sahenk gehören vier Banken und der Nachrichtensender NTV. Den Zeitungsmarkt beherrschen Aydin Dogan (ca. 45% der Tageszeitungsauflage, u.a. Milliyet, Hürriyet, Radikal) und Dinc Bilgin (ca. 33% der Auflage, u.a. Sabah). Außerdem gehört Dogan der populärste Fernsehkanal Kanal D und die Disbank. Bilgin gehört die Etibank.

Was die Medien schreiben, wird nicht vollständig, aber doch bis zu einem gewissen Grad im Umfeld der Politiker und Medienbarone ausgeheckt. Aus diesen Kreisen dürfte dann auch der entscheidende Anstoß kommen, der letztlich über die Hinrichtung Öcalans und damit über eine wichtige Weichenstellung der türkischen Politik entscheiden wird.

Jan Keetman, Istanbul

16. Zaghafte Menschenrechtsversuche in Osttimor

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:43

Die "Nelkenrevolution" in Portugal vor 25 Jahren war für Lissabons Kolonien das Fanal zum letzten Gefecht in einem verlustreichen Unabhängigkeitskrieg. Während die afrikanischen Länder Angola, Mozambik und Guinea-Bissao zumindest die staatliche Souveränität erlangen konnten, genoß Lissabons südostasiatische Kolonie Osttimor, auch nachdem dort die letzten portugiesischen Kontingente abgezogen worden waren, gerade mal eine neuntägige Unabhängigkeit: Am 7. Dezember 1975 besetzten dann indonesische Truppen die Region, die sich Jakarta ein Jahr später als 27. Provinz Indonesiens einverleibte.

Bis heute betrachten die Vereinten Nationen diese Annexion als völkerrechtswidrig. Doch Menschenrechte sind teilbar, wenn und solange sich mächtigere Interessen der "westlichen Wertegemeinschaft" auf Wichtigeres konzentrieren. Was lag da näher, als sich mit der Regierung des bevölkerungsreichsten Landes in Südostasien und bedeutsamsten Verbündeten in der Region ins Benehmen zu setzen. Schließlich war in Jakarta mit Präsident Suharto ein Mann am Ruder, der seinen Aufstieg zur Macht (1965/66) buchstäblich auf Leichenbergen ermordeter "Kommunisten", "Aufrührer" und "Separatisten" erklommen hatte. Mit Jakarta ließen sich vorzüglich Geschäfte machen. Groß war der indonesische Markt, und größer noch waren die Begehrlichkeiten westlichen Kapitals, dort kräftig zu hecken und Suhartos angepeiltes Aufrücken in den Club der sogenannten Tigerstaaten zu unterstützen. Für alle Beteiligten ein lukratives Geschäft, bis sich die Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer politischen und Legitimitätskrise verband und den Despoten im Mai vergangenen Jahres zum Rückzug zwang.

Bis dahin war Osttimor kein Thema. Fernab medialen Interesses konnte es tief in den Morast systematischer Militarisierung und Pauperisierung sinken, ohne daß sich wirksamer Protest politischer Menschenrechtsapologeten erhob. Amnesty international und andere Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen gehen davon aus, daß über 200.000 der annähernd 850.000 EinwohnerInnen zählenden Bevölkerung Osttimors infolge der indonesischen Besatzung ums Leben gekommen sind. "Prozentual ausgedrückt", so der Anthropologe Shepard Forman, "handelt es sich hier um die wohl schrecklichste Verletzung von Menschenrechten in diesem Jahrhundert. Neben der Zerstörung menschlichen Lebens ist ein ganzer ‚Way of Life` vernichtet worden". Heute weist Osttimor die weltweit höchste Kindersterblichkeitsrate auf, mindestens 70 Prozent der Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt. Bereits im Juli 1994, als das Wort Wirtschaftskrise in Indonesien und der gesamten Region Südostasien noch ein Fremdwort war, konstatierte ein UN-Bericht: "Etwa 82 Prozent der Bevölkerung (Osttimors - R.W.) leben in Armut, und über 70 Prozent der Bevölkerung unter 30 Jahren sind arbeitslos."

Ein Stein im Schuh Indonesiens

Nun war es ausgerechnet der langjährige Suharto-Intimus und -Nachfolger, Präsident Bacharuddin Jusuf Habibie, der Anfang des Jahres in die Offensive ging. Die Regierung, so Habibie in seiner verblüffenden Botschaft, sei sich bewußt, daß ihr internationales Ansehen unter dem Osttimor-Konflikt leide. Überdies belaste dieser Konflikt den Staatshaushalt, schließlich gäbe es in den anderen 26 Provinzen ohnehin genügend soziale und wirtschaftliche Probleme. Dann fragte sich Habibie, was Osttimor eigentlich Indonesien anzubieten habe, und lieferte die Antwort gleich mit: "Reichtum an natürlichen Rohstoffen? Nein. Menschliche Ressourcen? Nein. Technologie? Nein. Steine? Ja." Um nicht länger ein Stein im indonesischen Schuh zu sein, solle Osttimor noch vor der Jahrtausendwende selbst darüber entscheiden, ob es Autonomie, Unabhängigkeit oder den Verbleib im indonesischen Staatsverband wünsche. Da hatte ein Mann, der Suhartos Politik bis zum bitteren Ende mitgestaltet hatte, die Chuzpe, eine Kehrtwende um 180 Grad zu verkünden und auf einmal kampflos preiszugeben, was seinem Vorgänger und der Militärkaste so lange ein Herzensanliegen gewesen war. Das macht stutzig.

Durch diese unerwartete Bewegung in der Osttimor-Politik waren über Nacht zwei Akteure herausgefordert: Die osttimoresische Widerstandsbewegung Fretilin und die UN. Jahrelang und besonders in Zeiten bröckelnder internationaler Solidarität hatte die Fretilin politisch, diplomatisch und militärisch alles darangesetzt, sich Gehör und Hilfe zu verschaffen. Erst die Verleihung des Friedensnobelpreises an José Ramos Horta und an den osttimoresischen Bischof Carlos Belo im Jahre 1996 rückte den gottverlassenen Zipfel und die zermürbte Fretilin und ihre Falintil-Guerilla ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Mit der

Habibie-Erklärung geriet sie aber auch in Zugzwang: Die Fretilin muß beweisen, daß sie als Garant eines friedlichen Wandels in Osttimor fungieren kann. Das ist schwer, solange die andere Seite ihrerseits alles daran setzt, den Friedenspfad mit Stolperdrähten zu versehen. Dennoch bietet sich jetzt für die Fretilin und den Nationalen Widerstandsrat für Osttimor (CNRT) unter seinem Präsidenten (und noch in Jakarta unter Hausarrest stehenden) Xanana Gusmao die historische Chance, ihr Ziel, die Unabhängigkeit Osttimors, zu verwirklichen.

Der Mann im Hintergrund

Bereits im April entstand in Jakarta eine Kommission für Frieden und Stabilität, in der Gegner und Befürworter der Unabhängigkeit Osttimors im Beisein von Vertretern der Nationalen Menschenrechtskommission und indonesischer Sicherheitskräfte über die Modalitäten des von den UN zunächst auf den 8. August angesetzten und nunmehr um zwei Wochen verschobenen Referendums beraten. Flankiert werden diese Verhandlungen von Treffen im Rahmen des Dialog- und Versöhnungsprogramms, das auf eine Initiative der katholischen Kirche Osttimors zurückgeht. Einen politisch-diplomatischen Punktsieg hat die Fretilin Ende Juni erreicht, als José Ramos Horta erstmals seit der Annexion Osttimors nach Jakarta reisen und dort seinen Genossen Gusmao wiedersehen konnte. Indonesiens Außenminister Ali Alatas hatte wenige Tage vorher noch erklärt, Horta die Einreise zu verweigern. Noch einen Erfolg konnten die Befürworter der Unabhängigkeitsbewegung verbuchen: Seit letztem Monat haben Beobachter der UN Assistence Mission To East Timor (UNAMET) in der Hauptstadt Dili Quartier bezogen. Bereits die ersten Wochen des UN-Personals in Osttimor haben den dortigen UN-Chef Ian Martin gelehrt, wie dornenreich der Weg zum Frieden ist. Sein Team wurde mehrfach Zeuge, wie im Auftrag indonesischer Sicherheitskräfte marodierende Milizen systematisch gegen alle vorgehen, die für Unabhängigkeit optieren.

Zwei Dinge erschweren eine tatsächliche friedliche Krisenlösung in Osttimor. Die bis zum Referendum verbleibende Zeit ist zu kurz, um so heikle Fragen zu klären wie die des Waffenstillstandes und der Entwaffnung der Protagonisten, das Wahlprozedere und die Perspektiven der unterliegenden Seite. Je näher der Tag der Abstimmung rückt, umso mehr Waffen kommen in Umlauf, mit denen Jakartas "Loyalisten" Front gegen ihre Widersacher machen.

Außerdem laufen die Friedensbemühungen Gefahr, politisch instrumentalisiert zu werden. Sollte die Gewinnerin der Parlamentswahlen vom 7. Juni, Megawati Sukarnoputris Indonesische Demokratische Partei-Kampf (PDI-P), im Herbst die Präsidentin stellen, wird man sich seitens der Fretilin und des CNRT auf einiges gefaßt machen müssen. Megawati hat mehrfach erklärt, daß sie gegen die Eigenständigkeit Osttimors ist. Der mächtige Mann im Hintergrund, der Verteidigungsminister und Oberkommandierende der Streitkräfte, General Wiranto, den Megawati im Wahlkampf ungeniert lobte, dürfte ihr den Tip gegeben haben: Nach Osttimor könnten auch die "Unruheprovinzen" Aceh in Nordsumatra und Irian Jaya (Westpapua) auf den Geschmack kommen und verstärkt Unabhängigkeitsgelüste hegen.

Rainer Werning

17. Bewegungen in der Starrheit. Indonesien nach den Parlamentswahlen

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:45

Etwa 120 Millionen registrierte wahlberechtigte IndonesierInnen waren am 7. Juni aufgerufen, über die Zusammensetzung des neuen Parlaments in der Hauptstadt Jakarta zu befinden - der erste freie Urnengang in dem bevölkerungsreichsten Land Südostasiens nach 44 Jahren. Die von Pessimisten befürchteten gewaltsamen Ausschreitungen blieben aus. Auch die Optimisten erhielten einen Dämpfer; die schleppende Stimmenauszählung in den landesweit 300.000 Wahlbüros begünstigt Wahlmanipulationen und spiegelt gleichzeitig das mühselige Unterfangen wider, demokratische Verhältnisse auf dem Archipel zu verankern, dem über drei Jahrzehnte lang die sogenannte "Neue Ordnung" des alten Generals Suharto oktroyiert worden war.

Zwar wird das amtliche Endergebnis erst Mitte Juli feststehen und damit entschieden sein, welche der letztlich zugelassenen 48 Parteien die Sieger stellen. Lediglich fünf Parteien haben reale Chancen, die Post-Suharto-Ära maßgeblich zu bestimmen. Als Sieger (mit möglicherweise über 30 Prozent der Stimmen) wird aber die Indonesische Demokratische Partei - Kampf (PDI-P) mit der Spitzenkandidatin Megawati Sukarnoputri hervorgehen, der Tochter des Staatsgründers und ersten Präsidenten der Republik, Ahmed Su-karno. Ausschlaggebend dafür ist weniger die vage politische Programmatik als vielmehr die Verwandtschaft mit jener Person, die wesentlich mitverantwortlich war für das Ende der niederländischen Kolonialherrschaft, die die Unabhängigkeit erstritt und für einen würdevollen Nationalismus innerhalb der Bewegung der blockfreien Staaten eintrat. Auffällig ist die sich um Sukarno rankende Mythenbildung: Außer acht gelassen wird, daß er 1957 das Kriegsrecht ausrief und von 1959 bis 1965 mittels Präsidialdekreten und "Gelenkter Demokratie" herrschte, die dann Suharto seinerseits in die "Neue Ordnung" überführte.

Bis 1996 war Megawati Teil der von Suharto kontrollierten Politikmaschinerie und ging erst auf Distanz zum Palast, als Suharto sie unzeremoniell ihres Postens als PDI-Vorsitzende entheben ließ. Das "P" für perjuangan (Kampf) steht für ihr Abrücken von dem Ex-General. Die Sukarno-Tochter gilt als Hoffnungsträgerin der Armen, Marginalisierten und jener städtischen Mittelschichten, die säkulare Ziele verfolgen. Zugute kommt ihr, daß ihre Partei in sämtlichen Provinzen verankert ist und von einer Reihe pensionierter Generäle unterstützt wird. Sie selbst hat wiederholt bei ihren öffentlichen Kundgebungen die Rolle der Streitkräfte (Abri) gewürdigt und deren Oberkommandierenden und Verteidigungsminister Wiranto dafür gelobt, die Abri aus der Politik herausgehalten zu haben.

Um ernsthaft die Präsidentschaft anzustreben, ist Megawati auf die Unterstützung muslimischer Parteien (allein 18 stellten sich zur Wahl) angewiesen. Doch aus diesem Spektrum mehren sich Stimmen, die keine Frau an der Spitze ausgerechnet eines Staates mit der größten muslimischen Bevölkerung sehen wollen, weil sie das für unvereinbar mit dem Koran halten.

Suhartos einstige politische Hausmacht, die funktionale Partei Golkar, die sich in der Vergangenheit stets zwischen 65 und 75 Prozent der Stimmen "gönnte", dürfte sich diesmal mit zirka 20 Prozent der Stimmen zufrieden geben müssen. Seit Suhartos Rücktritt bemüht sich Golkar um ein neues Image; mehrere ihrer Führungspersönlichkeiten haben sich für vergangene Freveltaten öffentlich entschuldigt. Wenngleich die Partei einen Aderlaß hinnehmen mußte und einige Generäle wie der Ex-Verteidigungsminister Edi Sudradjat ihr aus verletzter Eitelkeit die Gefolgschaft aufkündigten (er war auf dem Parteikongreß im Juli 1998 als Kandidat für den Parteivorsitz unterlegen und gründete daraufhin mit anderen einstigen Golkar-Funktionären die Gerechtigkeits- und Einheitspartei, PKP), bleibt Golkar auch künftig eine politische Kraft, gegen die schwerlich zu regieren ist.

Die Nationale Mandatspartei (PAN) von Amien Rais ist die einzige Partei, die wirtschaftspolitische Überlegungen in den Wahlkampf getragen hat. Als langjähriger Vorsitzender der 28 Millionen Mitglieder starken islamischen Sozialorganisation Muhammadiyah genießt Rais noch immer großes Ansehen in der muslimischen Wählerschaft. Seitdem er den Vorsitz dieser Organisation im vergangenen Sommer zugunsten einer politischen Karriere aufgegeben hat, konnte er sich in öffentlichen Auftritten als Verfechter säkularer

Interessen geben und mit einem kompetenten, jungen Mitarbeiterstab aus Muslimen, Christen und Chinesen umgeben.

Die Nationale Erweckungspartei (PKB) von Abdurrahman Wahid ist vor allem in Ostjava verankert und dürfte sich mit etwa 13 Prozent der Stimmen als gewichtigste muslimische Partei positionieren. Der knapp 60-jährige PKB-Chef erfreut sich großer Popularität, tritt entschieden für interreligiöse Toleranz ein und hat sich, wenngleich gesundheitlich angeschlagen, öffentlich als vierter Präsident der Republik ins Gespräch gebracht. Die Vereinigte Entwicklungspartei (PPP) unter Vorsitz von Hamzah Haz, Minister für Investitionen im Kabinett Habibies, war unter Suharto neben der PDI als zweite Oppositionspartei zugelassen und hat gute Chancen, als Scharnier zwischen PAN und PKB zu wirken.

Die "Doppelfunktion" der Militärs, die neben ihrer eigentlichen Rolle auch eine innenpolitische Funktion wahrnehmen, ist noch immer tabuisiert. Statt früher 75 erhalten sie nunmehr automatisch 38 Sitze im 500-köpfigen Parlament. Das gesamte Parlament stellt - zusammen mit weiteren 200 ernannten und auf lokaler Ebene indirekt gewählten Persönlichkeiten aus verschiedenen gesellschaftlichen Verbänden und Gruppierungen - die Beratende Volksversammlung, die im Spätherbst den Präsidenten und Vizepräsidenten wählt. Mithin sind 34 Prozent dieser Versammlung nicht durch direkte demokratische Wahlen legitimiert. Dort können die Mehrheitsverhältnisse gänzlich anders aussehen als bei den Parlamentswahlen.

In Jakarta wird man sich auf langwierige Koalitionsverhandlungen, politische Manöver und ein zähes Ringen um den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs einstellen müssen.

Rainer Werning

18. Südafrika wählt ANC

Autor: HMö · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:39

Bei den zweiten demokratischen Wahlen in Südafrika hat der regierende ANC die Zweidrittel-Mehrheit knapp verfehlt, in acht der neun Provinzen wurde er die stärkste Partei. Die Neue Nationale Partei NNP, Nachfolgerin der NP, wurde zur Regionalpartei des Westkaps degradiert. Stärkste Opposition wurde mit knapp 10% die Demokratische Partei DP. Die Inkatha Freiheitspartei IFP bleibt trotz Stimmenverlusten national weiter in der Koalition.

Am 2. Juni 1999 haben die Bürgerinnen und Bürger Südafrikas ein zweites Mal nach 1994 die Abgeordneten für das National- und die Regionalparlamente gewählt. Die Abstimmung in den über 14.000 Wahllokalen verlief - anders als 1994 - friedlich. 87% aller Registrierten haben an den Wahlen zum nationalen wie zu den regionalen Parlamenten teilgenommen, deutlich mehr als erwartet. Viele Wählerinnen und Wähler haben weite Anfahrtswege und stundenlanges Anstehen vor den Wahlurnen in Kauf genommen.

Wahlen zum Nationalparlament

Bei den Wahlen zum Nationalparlament hat der Afrikanische Nationalkongreß ANC die Zweidrittel-Mehrheit nur knapp verfehlt. Er gewann 266 der 400 Sitze in der Volksvertretung in Kapstadt, ein Sitz zu wenig für diese qualifizierte Mehrheit. Mit 66% der Stimmen konnte er sein gutes Ergebnis von 1994 ausbauen. Damals gewann er 62,6% und 252 Sitze.

Die Nachfolgerin der einstigen Regierungs- und Apartheidspartei, die New National Party NNP, erlitt massive Verluste. 1994 mit 20,4% und 82 Sitzen zweitstärkste Partei, wurde sie diesmal mit landesweit 7,3% (28 Sitze) zu einer Regionalpartei degradiert. Nur im Nord- und Westkap konnte sie noch zweistellige Ergebnisse erzielen.

Die rechtsliberale Democratic Party DP konnte ihr Ergebnis von 1,7% auf heute 9,7% ausbauen; sie wurde damit zur stärksten Oppositionspartei und gewann 38 Sitze (1994: 7).

Leichte Verluste mußte Buthelezis Inkatha Freedom Party IFP hinnehmen. Sie kam auf 8,35% und erhält 34 Sitze (1994: 10,5%; 43 Sitze). Sie bleibt aber in der Koalitionsregierung mit dem ANC. Sie besetzt neben dem Innenminister Mangosuthu Buthelezi zwei weitere Kabinettsposten.

Wahlen zu den Regionalparlamenten

Gleichzeitig fanden auch die Wahlen zu den regionalen Parlamenten statt. Auch sie brachten der Partei Nelson Mandelas und Thabo Mbekis einen überwältigenden Erfolg. Der ANC wurde in acht der neun Regionen stärkste Fraktion, in sieben Provinzen erlangte er die absolute Mehrheit.

In der wirtschaftlich wichtigsten und bevölkerungsreichsten Provinz Gauteng konnte der ANC mit knapp 68% eine Zweidrittel-Mehrheit verbuchen. Noch besser schnitt er in ländlichen Gegenden wie Mpumalanga (rd. 85%), Ostkap (rd. 74%), Nord-West (knapp 79%), Nord-Provinz (88%) und Freistaat (knapp 81%) ab. Im Nordkap blieb er mit gut 64% unter der Zweidrittel-Marke.

In der ehemaligen NP-Hochburg Westkap legte der ANC um 12% zu und wurde mit 42% stärkste Fraktion. Hier hat die auf den zweiten Platz verbannte NNP (38,4%) mit anderen Parteien eine Koalition gebildet und den ANC wieder auf die Oppositionsbank verwiesen. In KwaZulu-Natal liegen IFP (knapp 42%) und ANC (39%) nahe beieinander. Beide Parteien haben eine Koalitionsregierung unter Führung der IFP gebildet.

Deutliche ANC-Dominanz

Der Wahlausgang weist auf eine anhaltende ANC-Dominanz hin. Eine "Regierung im Wartestand" ist nicht in Sicht. Keine der Oppositionsparteien erreichte 10%. Weder die DP noch die profillose NNP konnten mit einem zukunftsträchtigen Programm aufwarten. Sie führten überwiegend einen Wahlkampf gegen den ANC ohne eigenes Programm, schreckten auch vor radikalen Slogans, rassistischen Anspielungen und rechtspopulistischen Aussagen nicht zurück.

Auch die nach dem ANC stärkste "schwarze" Partei, die IFP, verliert an traditioneller Anhängerschaft und bleibt auf die Provinz KwaZulu-Natal konzentriert.

Die vor einiger Zeit noch mit viel Erwartungen gegründete Oppositionspartei United Democratic Movement UDM unter Leitung des ehemaligen Homelandführers der Transkei und zeitweisen ANC- und Regierungsmitglieds, Bantu Holomisa, wie des früheren Verfassungsministers der NP, Roelf Meyer, bleibt eine Regionalerscheinung. Die UDM kam landesweit auf 3,4%, lediglich im Ostkap gewann sie über 13% der Stimmen.

HMö

Der Artikel ist ein leicht gekürzter Nachdruck aus: afrika - süd, Nr. 3/99 (Mai/Juni). Wir bedanken uns bei der Redaktion: informationsstelle suedliches afrika (ISSA), Koenigswinterer Str. 116, D-53227 Bonn, Tel. +49 228 464369, Fax: +49 228 468177, e-mail ISSA@BONN.comlink.apc.org

Die Wahlergebnisse

Von 18,5 Millionen Wählerinnen und Wählern geben 15,9 Millionen ihre Stimme ab. Von den 16 angetretenen Parteien sind 13 im neuen Parlament verteten.

An den Wahlen haben teilgenommen

(in alphabetischer Reihenfolge der Abkürzungen):, +

ACDP, African Christian Democratic Party

AEB, Afrikaner Eenheidsbeweging

AITUP, Abolition of Income Tax and Usury Party

ANC, African National Congress

AZAPO, Azanian Peoples' Organisation

DP, Democratic Party

FA, Federal Alliance

GPGP, Government by the People Green Party

IFP, Inkatha Freedom Party

MF, Minority Front

NNP, New National Party

PAC, Pan Africanist Congress of Azania

SOPA, Socialist Party of Azania

UCDP, United Christian Democratic Party

UDM, United Democratic Movement

VF/FF, Freedom Front

Nationalversammlung: 400 Sitze, +, +, +, +

, 1999, (Sitze), 1994, (Sitze)

ANC, 66,03, 266, 62,2, 252

DP, 9,72, 38, 1,7, 7

IFP, 8,35, 34, 10,5, 43

NNP, 7,27, 28, 20,4, 82

UDM, 3,38, 14, -, -

ACDP, 1,45, 6, 0,5, 2

VF/FF, 0,82, 3, 2,2, 9

UCDP, 0,75, 3, -, -

PAC, 0,70, 3, 1,2, 5

FA, 0,55, 2, -, -

MF, 0,33, 1, 0,07, 0

AEB, 0,29, 1, -, -

AZAPO, 0,17, 1, -, -

AITUP, 0,07, , -, -

GPGP, 0,06, , -, -

SOPA, 0,06, , -, -

Quelle: IEC 7/7/99, +, +, +, +

19. Proteste gegen neoliberalen Kurs. In Chile wächst der Widerstand

Autor: Iván Saldías, Santiago de Chile · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:26

Als Reflex auf das neoliberale Desaster nehmen die politischen Protestaktionen in Chile quer durch alle Bevölkerungssektoren zu. Dank dieser Aktionen konnten gravierende Probleme öffentlich gemacht werden, die die chilenische Regierung nicht zu lösen in der Lage ist und die sie nur zu gerne schweigend unter den Tisch fallen lassen würde.

Eines davon ist der sogenannte Mapuche-Konflikt, der nicht nur den Rassismus der staatlichen Politik ans Tageslicht holt, sondern auch das ökonomische und soziale Elend, indem ein großer Teil der indigenen Bevölkerung lebt. Die Mapuches mobilisieren seit geraumer Zeit kontinuierlich zu Protestaktionen gegen das Staudammprojekt am Bio-Bio-Fluß und gegen das Abholzen der Wälder durch die chilenische Holzindustrie. Bis jetzt sind 17 Ländereien im Süden des Landes von Mapuches besetzt worden - eine Herausforderung für den Unternehmerverband CORMA (Chilenische Holz-Korporation). Sogar der Präsident des Nationalen Landwirtschaftsverbandes SNA, Ricardo Ariztía, fühlte sich genötigt, auf die Protestaktionen zu reagieren und stellte fest, daß die Mapuche-AktivistInnen die Armut in diesem Teil der Bevölkerung für ihre Zwecke instrumentalisieren würden und forderte ein härteres Eingreifen von seiten der Regierung. Jedenfalls ist es den Mapuche-Organisationen gelungen, die Mediensperre zu durchbrechen, die über diesen Konflikt verhängt worden war. Die Koordination der Comunidades en Conflicto (Kämpfende Gemeinden) stellte dazu fest, daß die Rückeroberung des Landes ein Schritt zum Aufbau einer Mapuche-Nation sei. Die Konflikte dauern an, und inzwischen organisierten die Mapuches einen Protestmarsch, auf dem sie bereits 200 km zurückgelegt haben, vom Süden des Landes bis nach Santiago, wo sie von verschiedenen politischen Organisationen erwartet werden.

Die StudentInnen der staatlichen Universitäten protestieren gegen die miserable Finanzlage - einige Universitäten, wie beispielsweise die Universität von Temuco, stehen kurz vor der Pleite und damit vor der Schließung - und für die Einrichtung eines Solidaritätsfonds für StudentInnen, die die Studiengebühren nicht bezahlen können. Die Verschuldung unter den StudentInnen gegenüber Banken und auch gegenüber den eigenen Universitäten steigt massiv an. War in den 60er Jahren noch 1,2% des Bruttosozialproduktes in Chile für Bildung ausgegeben worden, ist diese Quote inzwischen auf 0,67% gesunken. Am 28. April kam es zu massiven Demonstrationen und Besetzungen von Universitäten in verschiedenen Städten. An der Universität von Concepción riefen 24 Fachbereiche einen unbefristeten Streik aus. Ende April trafen sich auch VertreterInnen von StudentInnen- und SchülerInnenorganisationen in Valparaíso und formulierten einen Aufruf an die Regierung mit der Forderung, Maßnahmen gegen die katastrophale Finanzlage im Bildungsbereich einzuleiten. Während einer studentischen Protestveranstaltung in Arica im Norden des Landes, schoß die Polizei in die Menge. Dabei wurde der Student Daniel Merco durch einen Kopfschuß getötet, was in der Folge einerseits eine verstärkte Mobilisierung der StudentInnen nach sich zog, andererseits aber auch die Spaltung der StudentInnenschaft in regierungstreue und oppositionelle Kräfte verschärfte.

Im Zusammenhang mit der durch die Energiepolitik der Regierung verursachten Energiekrise kam es seit Ende April zu einer weiteren Reihe von Protestaktionen durch VerbraucherInnen. Ursprung dieser Krise ist die enorme Trockenheit in diesem Jahr. Aber erst die Privatisierung der staatlichen Energieunternehmen hat die Situation auf die Spitze getrieben, da diese, obwohl der chilenische Strom der teuerste in ganz Lateinamerika ist, ihren Lieferverpflichtungen nicht nachkommen und bis heute täglich drei Stunden das Licht abdrehen. Man geht davon aus, daß sich die Stromausfälle in Kürze auf sechs Stunden täglich ausdehnen werden. Das zieht natürlich eine Reihe schwerwiegender Probleme nach sich, wie zum Beispiel den Ausfall von Ampeln; Läden, die schließen müssen, weil sie kein Licht haben, Lagerhallen ohne Strom für Kühlschränke, Abendschulen, Krankenhäuser, die nicht weiterarbeiten können, verdunkelte Straßen, Brandgefahr durch Kerzen, Ausfall von Klimaanlagen, Fahrstühlen und so weiter. Die VerbraucherInnen fordern die Einhaltung der Lieferverträge durch die privatisierten Unternehmen und Entschädigung für die Folgen des Stromausfalls.

Das alles vollzieht sich ironischerweise vor dem Hintergrund einer permanenten Regierungskampagne, die uns von den Erfolgen des neoliberalen Modells überzeugen will.

Auf der anderen Seite entnimmt man der Presse, daß die rechte Terror-Organisation Patria y Libertad (Vaterland und Freiheit) gemeinsam mit Ex-Agenten des Geheimdienstes der Militärdiktatur eine neue Organisation gegründet hat, die sich FAR-PL (Antirevolutionäre Kräfte Vaterland und Freiheit) nennt und bereits einige Pläne gefaßt hat: eine Kampagne mit dem vielsagenden Namen "Sauberkeit und Umkehr", deren Ziel wohl in erster Linie die politische Destabilisierung des Landes ist, nicht zuletzt als Reaktion auf die Festnahme Pinochets und als Warnung an potentielle ausländische und insbesondere europäische Investoren, die für diese Festnahme bezahlen sollen. Angeblich plant die neugegründete Kampagne ein Attentat auf den Abgeordneten der Partei für die Demokratie (PPD) Nelson Avila, der in den letzten Jahren wiederholt Korruption und "Unregelmäßigkeiten" in der Armee an die Öffentlichkeit gebracht hatte. Auch sollen eine ganze Reihe VertreterInnen der Linken auf einer "schwarzen Liste" stehen. Diese Terrororganisation hat durch die Verhaftung Pinochets neuen Auftrieb bekommen, nicht zuletzt durch die zunehmende politische Unterstützung durch die Rechte.

Und auch in Militärkreisen wird man aktiv: Als Reaktion auf die Verhaftung Pinochets richtete das Militär ein Aufklärungsprogramm für junge Offiziere ein, um sie über die Rolle der Armee während der Militärdiktatur zu informieren, und aufgrund der persönlichen Kränkung, die die Verhaftung des Alten für die Militärs bedeutete, rief das Militär die Regierung dazu auf, von den Verträgen mit der Telefongesellschaft CTC zurückzutreten, bei der der größte Teil der Aktien in spanischer Hand liegt.

Iván Saldías, Santiago de Chile

20. Acteal, Chiapas: Weihnachten in der Hölle. Erinnerungen an das Massaker von 1997

In Erinnerung an das Massaker von 1997

Rubrik: Mexiko; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:42

Acteal ist ein kleines Dorf in der Gemeinde Chenalhó in Chiapas/Mexiko. Weihnachten 1997 erlangte es unvermittelt durch ein grauenvolles Massaker die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit. Paramilitärs ermordeten auf bestialische Weise mindestens 45 BewohnerInnen des Ortes und statuierten damit ein Exempel gegen die Teile der Bevölkerung, die sich in "Autonomen Gemeinden" organisiert und von der Regierung abgewandt hatten. Im Juni erschien eine von der Chiapas-Gruppe Bremen herausgegebene Dokumentation von Fotos, Augenzeugenberichten und Analysen, aus der wir an dieser Stelle einige Auszüge vorab veröffentlichen.

Das Massaker von Acteal markiert den Wendepunkt, an dem die mexikanische Regierung den Krieg niedriger Intensität gegen die EZLN (Ejercito Zapatista de Liberación Nacional) und die indigene Bevölkerung eskalierte. Die EZLN sollte durch diese und folgende Provokationen in eine neue militärische Konfrontation gezwungen werden, die eine endgültige militärische Niederschlagung des Aufstandes in Chiapas hätte rechtfertigen können. Marta Durán und Massimo Boldrini haben in den ersten Stunden, bzw. den ersten Tagen nach diesem Massaker die Bilder dieses Ereignisses und die Aussagen der Betroffenen festgehalten. Sie ermöglichen so einen authentischen Blick auf dieses Massaker und die Entwicklungen davor und danach. "Acteal - Weihnachten in der Hölle" verleiht jenen eine Stimme, die sonst keine Stimme haben.

Was bedeutet Acteal?

Wer glaubt, daß das Blutbad ein Einzelfall war oder eine Folge des Fanatismus indigener Banden, die wegen innergemeinschaftlicher Probleme verfeindet sind - wie die Regierung aus Propagandagründen behauptet -, der täuscht sich. In Chiapas herrscht ein geräuschloser Krieg. Acteal war eine kalt geplante kriegerische Aktion, die einer tieferen Logik entspricht: der Logik der Konflikteskalation.

Für einige Chronisten schienen die hohen politischen Kosten, die die Zedillo-Regierung in den ersten beiden Monaten nach dieser Völkermordaktion zu zahlen hatte, der Vorstellung zu widersprechen, daß Acteal Teil des Kriegs wäre. Das sei unlogisch, wurde argumentiert. Wem nutzte jedoch das Massaker? Zwei Tage nach dem Verbrechen wurde bekannt, daß die Armee ihren Truppenbestand in Los Altos in Chiapas um 5.000 Soldaten erhöht hatte und mit zusätzlichen polizeilichen Aufgaben beauftragt worden war. Unter dem Vorwand, dem "Gesetz über die Benutzung von Feuerwaffen und Sprengstoffen" Geltung zu verschaffen, das laut den Worten Zedillos eigentlich zur Entwaffnung der Paramilitärs dienen sollte, mobilisierte die Armee außerdem große Kontingente aus den benachbarten Bundesstaaten Campeche und Yucatán in eine der Hochburgen der Zapatistas, in das Gebiet Las Cañadas. Daneben wurden Straßensperren und neue Militärcamps im gesamten Bundesstaat errichtet. Augenscheinlich hatte die Armee die strategische Kontrolle über Chiapas übernommem.

Die massive Bewegung der Bundestruppen wurde werbewirksam aufbereitet. Die Aufgabe der Armee bestehe nicht darin, die Rebellen zu verfolgen, sondern darin, zu verhindern, daß sich die barbarischen Indios weiterhin gegenseitig abschlachteten, so lautete die Botschaft. Seit dem Tag des Völkermords in Acteal begann die amtliche Propaganda, die Medien mit einer neuen verfälschenden Botschaft zu überschwemmen: Die Streitkräfte waren vorgeblich nicht mehr Teil des Konflikts, sondern Teil der Lösung. Zusammengefaßt: Die Armee war der einzige Akteur, der aus dem Blutbad gestärkt hervorging und mußte als Institution - bisher - dafür nicht den politischen Preis zahlen; anders als in den zwölf Kriegstagen im Januar 1994 und während der Militäroffensive Zedillos 1995. Andererseits war für alle, die es sehen wollten, von Anfang an klar, daß die Truppenbewegungen der Armee in den Altos, den Cañadas und dem Urwald nicht das Ende der Gewalt der Paramilitärs zum Ziel hatten. Das strategische Ziel war die Errichtung eines neuen militärischen Sperrgürtels um den Zapatismus, um dessen Ausbreitung und die Funktionsfähigkeit der autonomen rebellischen Gemeinden zu verhindern. (...)

Die Opfer von Acteal gehörten nicht zur zapatistischen Unterstützungsbasis; sie waren Mitglieder der neutralen Organisation Las Abejas, die im Kampf um Demokratie und gegen die lokalen Machtstrukturen engagiert ist.

Sie lehnen den bewaffneten Weg ab und treten für eine Konfliktlösung auf dem Verhandlungsweg ein. In der Counterinsurgency-Logik war das Massaker eine exemplarische Strafaktion, die darauf abzielte, den zivilen Widerstand zu brechen. Durch Terrormaßnahmen sollten die Zapatistas und ihre Unterstützungsbasen ohne irgendeine Art von Vermittlung direkt den lokalen Machtgruppen und ihren geheimen, bewaffneten Banden gegenübergestellt werden. Es sollte ein Zusammenstoß zwischen zwei Militärapparaten inszeniert werden, bei dem die Armee ihre neue Rolle des "Versöhners" einnehmen sollte. (...)

Marta Durán und Massimo Boldrini haben ihre Rolle als Chronisten wahrgenommen, indem sie uns diese dramatischen Texte und diese Aufnahmen von der Wirklichkeit eines ungerechten Kriegs am fin de siècle in Mexiko ausgehändigt haben. Nun liegt es an den Leserinnen und Lesern, an den Bürgern und Bürgerinnen der globalisierten Welt, ihre Rolle als aktiver Teil zu erfüllen. Solidarität ist nötig, um eine kollektive Zukunft aufzubauen, die die seit langem bestehenden und niemals gelösten Probleme überwindet, damit ein neues Mexiko entstehen kann, in dem alle Platz finden. Noch ist es Zeit, einen neuen historischen Zyklus zu verhindern, der mit einer Katastrophe beginnt.

(aus dem Vorwort von Carlos Fazio)

Unter einem Berg

von Toten

"Zu Beginn des Massakers war das Mädchen noch mit seiner ganzen Familie zusammen. Als die Schießerei anfing, rannte es mit seinem kleinen Bruder davon. Auch die Frauen flohen. Die Kinder fingen an zu weinen und zu schreien, da sie nicht wußten, was passierte. So wurden die Mörder auf die Verstecke der Familien aufmerksam. Als sie kamen und die vielen Leute sahen, waren sie zufrieden und amüsierten sich dabei, die Menschen zu massakrieren - einen nach dem anderen. Jedes Mal wenn sie schossen, sagten sie: So ist's richtig, so ist's richtig, da fallen schon die Leute. Und sie hatten Vergnügen an allem, was sie taten.

Wie durch ein Wunder überlebten die beiden Kinder. All die Kugeln gingen über sie hinweg in die Erde. Die Mörder trugen Waffen mit großem Kaliber, Maschinenpistolen. Die Kinder konnten sich retten, weil sie sich unter einem Baumstamm versteckten. Die Toten fielen auf sie. Das ganze Blut ergoß sich über die Kinder. Sie stellten sich tot.

Die Angreifer sind PRI-Anhänger, daran läßt sich nichts drehen, auch wenn die Regierung das bestreitet.

Ich verlange, daß der Gemeindebürgermeister und die Verantwortlichen der Regierung des Bundesstaates verhaftet und bestraft werden, anders geht es nicht. Sie haben die weißen Garden bezahlt, das kann jeder bestätigen. Alle Gelder, die sie hier in die nördliche Zone des Bundesstaates stecken, investieren sie angeblich in produktive Sachen, tatsächlich erhält aber nur die Gruppe Paz y Justicia Millionen und Abermillionen."

(Ein Überlebender aus Acteal)

Eine Nacht wie

aus Dantes Inferno

"Wir standen um zwei Uhr heute nacht auf. Das erste, was ich sah, waren sehr viele Menschen, die nach Polhó gekommen waren: Frauen und Kinder, Männer und Alte, eng aneinander auf der Erde liegend, um sich gegenseitig zu schützen. Ich fragte nach, was passiert sei. Dann gingen wir zur Schule hinunter. Dort waren noch mehr Flüchtlinge. Die Kinder und die Frauen weinten. Es glich einem Konzentrationslager. In der kleinen Schule waren dreihundert Personen. Kinder ohne Eltern und Eltern ohne Kinder. (...)

Wir fragten, wie viele Tote es gegeben hatte, aber sie wußten es nicht. Sie sahen einfach nur einen Berg von Toten. Der offizielle Bericht gibt bis jetzt (23. Dezember) 45 Tote an: 21 Frauen, 14 Kinder, 9 Männer und ein Neugeborenes. Aber die Überlebenden sagen, daß es mehr sein müssen.

Heute morgen kamen viele Militärbusse vorbei, die nach Acteal hochfuhren, aber nicht zurückkamen. Ich weiß nicht, wie viele Soldaten und mit der Polizei kooperierende Elemente sich jetzt dort befinden. Mein Freund und ich waren auf einem nahegelegenen Hügel gewesen und wir versuchten zu erkennen, was passierte. Wir sahen nur, daß Acteal leer war, alle waren unten in der Kapelle. Wir sahen auch einen Bus, der von der Polizei gewesen sein könnte. Das war gegen Mittag, während der Schießerei. Diejenigen, die den Berg hinunter

liefen, versteckten sich in einer Vertiefung. Vom Berg aus hörten wir die Schüsse, die Bomben, die Maschinenpistolen, von elf Uhr morgens bis vier Uhr nachmittags.

Die Überlebenden erzählen, daß sie beschossen wurden, bis es dunkel war. Es waren mehr als hundert PRI-Anhänger und Weißgardisten. Die Flüchtenden wurden umzingelt. Nur die ersten, die losgerannt waren, konnten dem Gemetzel noch entkommen.

Die Mitglieder des autonomen Gemeinderates fragten meinen Freund und mich heute, ob wir nach Acteal gehen könnten, und wir taten es. (...) Wir sind nach Acteal hineingegangen. In den ersten Häusern, die wir sahen, brannte Licht; das war seit dem Massaker so geblieben. Alle Sachen waren so, wie die Besitzer sie zum Zeitpunkt der Flucht zurückgelassen hatten: Das Essen stand noch auf dem Feuer und war bereits verbrannt. Weiter im Dorf standen die Türen der Häuser offen. Aus einer schaute ein Esel heraus. Überall lagen blutbefleckte Tücher. Auch die Äste und Zweige der Bäume waren voller Blut. Wir gingen weiter. Auf dem Pfad, der zur Kapelle hinunter führt, war der Weg voll mit frischem Blut. Hab und Gut der Opfer waren auf dem ganzen Weg verstreut: Teller, Spielzeug, zerfetzte Kleidung, Schuhe, Taschen ... alles war voller Blut.

Wir gingen zu der Stelle hinunter, die von ihnen Höhle genannt wird, obwohl es in Wirklichkeit keine ist. Es handelt sich um eine Vertiefung am Abhang des Berges. Hier hatten einige von ihnen versucht, sich zu verstecken, aber sie wurden entdeckt und ermordet. Auch dort war alles voller Blut und kleiner Gegenstände. (...)

Als wir zurückgingen, wurden wir von der Polizei angehalten, und sie befragten uns, um uns dann eine gute Reise zu wünschen."

(Massimo Boldrini)

Nach Acteal

Ein Jahr nach dem Gemetzel von Acteal legte die Regierung einen Bericht über die Untersuchungen der im vergangenen Jahr begangenen Verbrechen vor. Er nannte sich "Das Weißbuch". In diesem werden die Massaker als "familiäre Racheakte und interne Konflikte innerhalb der Gemeinde um eine Sandbank" bezeichnet. Die Rolle der Paramilitärs wird nicht einmal erwähnt, obwohl der Bericht darauf hinweist, daß es "Fahrlässigkeiten und Unterlassungen" von Seiten des Generals Julio César Santiago Díaz gab, dem Direktor der Hilfspolizei und Koordinator der Öffentlichen Sicherheit, der nur wenige Meter von dem Verbrechen entfernt über Funk berichtet hatte: "Keine Neuigkeiten, alles in Ordnung". (...)

Nach dem Massaker wurden einige Dutzend Personen verhaftet; einige davon hatten in Acteal geschossen, andere wurde ungerechtfertigterweise verhaftet, um die öffentliche Meinung zu beruhigen. Aber jene, die das Gemetzel von ihren Regierungsbüros aus anordneten, die Bosse der Paramilitärs, und die Generäle und Kommandanten, die diese ausbildeten, leben glücklich und zufrieden. (...)

Zusammengefaßt können wir sagen, daß sich seit dem Massaker von Acteal die Zahl der paramilitärischen Gruppen in Chiapas noch erhöht hat und daß diese sich auch in anderen Staaten wie Veracruz, Guerrero und Oaxaca formieren. Außerdem hat die Militarisierung im ganzen Land zugenommen, besonders in Chiapas, wo die harte Linie der Regierung den passenden Moment abwartet, um die Führungskräfte der EZLN zu ermorden.

Sie haben es bisher nicht getan, weil der politische Preis enorm wäre und eine Situation der Gewalt entfesseln würde, die nicht einfach zu kontrollieren wäre. Dieses würde eine massive Kapitalflucht mit sich bringen, was sie am meisten schmerzen würde.

Die Soldaten, die in Chiapas stationiert sind, kennen das Gebiet inzwischen sehr gut, habe gute Landkarten und bauen Wege für ihre Panzer. Sie führen einen schmutzigen Krieg, einen geräuschlosen Krieg, der jeden Tag eine Anzahl von Toten hinterläßt, von denen niemand erfährt, die nicht in den Zeitungen erscheinen, aber die sterben an Übergriffen, an heilbaren Krankheiten, an Mangelernährung, an Infektionen, die sie in Stunden dahinraffen und an hunderten von Ursachen, die vermieden werden könnten. (...)

Nach Acteal gibt es immer noch mehr als zwölftausend Kriegsflüchtlinge, denen die Paramilitärs der PRI ihre Häuser niederbrannten und die immer noch nicht in ihre Dörfer zurückkehren konnten: Seit mehr als einem Jahr befinden sich diese armen Menschen in den Flüchtlingslagern unter menschenunwürdigen Bedingungen.

Die Taktik, ganze Bevölkerungsgruppen aus strategisch wichtigen Dörfern zu vertreiben - wie schon in Vietnam und Guatemala vorexerziert - wird bis heute in Chiapas praktiziert.

Die Regierung will verhindern, daß die widerspenstigen Indios Investoren davon abhalten könnten, die natürlichen Ressourcen Chiapas auszubeuten: Wasser, Öl, Uran, Holz, Metalle und landwirtschaftliche Produkte für den Export.

Die Indios sind im Weg, deshalb sollen sie eliminiert werden - dies ist die Logik.

Nach Acteal bleibt für uns die große Aufgabe, einen Krieg zu vermeiden und ein Land wiederaufzubauen, in dem alle einen Platz haben, in Frieden, Gerechtigkeit und Würde.

(aus dem Nachwort von Marta Durán, April 1999)

Hrsg. von Chiapas-Gruppe Bremen

Marta Durán (Texte) / Massimo Boldrini (Fotos):

Acteal - Weihnachten in der Hölle

Atlantik Verlag, ISBN 3-926529-21-0

19,80 DM

21. Die Grenze im Landesinneren. Interview mit Sasha Khokha, Oakland, zur US- Einwanderungspolitik

Autor: Werner Lamottke · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:06

Im Büro des Nationalen Netzwerks für die Rechte von ImmigrantInnen und Flüchtlingen (NNIRR) im kalifornischen Oakland ist Sasha Khokha für Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

In den letzten Jahren hat sich die US-Einwanderungspolitik massiv verändert. Was waren die wichtigsten Stationen?

1986 wurde der Immigration Control and Reform Act verabschiedet. Damit wurden einerseits mehrere Millionen Menschen ohne Papiere, vor allem mexikanische und zentralamerikanische EinwanderInnen, legalisiert und später eingebürgert. Andererseits führte das Gesetz Sanktionen gegen Unternehmer ein. Erstmals konnten Arbeitgeber bestraft werden, die Leute ohne Arbeitserlaubnis beschäftigten, ebenso wie die ArbeiterInnen selbst. Wir sahen darin eine sehr gefährliche Strategie, was sich mit der Zeit leider bewahrheitet hat. Das Netzwerk entstand im Laufe des Widerstandes gegen diesen Teil des Gesetzes. Seitdem ist es eine unserer vordringlichsten Aufgaben zu zeigen, wie die Immigrationsgesetze als Werkzeug dienen, um Arbeitsrechte zu beschneiden und die Lebensbedingungen von EinwandererInnen zu diktieren.

Seit 1986 wurden die Einwanderungsgesetze immer restriktiver und die Grenze zu Mexiko militarisiert. Welchen Einfluß hatte dabei das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA?

Die neoliberale Wirtschaftspolitik im Zuge der NAFTA hat in Mexiko den Auswanderungsdruck massiv verstärkt. Und ich glaube nicht, daß wir bereits den vollen Effekt absehen können, da viele NAFTA-Bestimmungen noch nicht umgesetzt wurden. Ein Beispiel sind aber die Veränderungen in der mexikanischen Landwirtschaft. Viele KleinbäuerInnen sind jetzt der Konkurrenz des multinationalen Agrobusiness ausgesetzt und wurden so von ihrem Land vertrieben. Menschen werden in die Städte und in die Grenzregion gedrängt, wo die Maquiladoras - die Weltmarktfabriken - angesiedelt sind. Und von dort aus treibt es die Leute weiter in die USA.

Der nächste Einschnitt kam 1996.

Ja. Damals wurde das bislang grausamste Immigrationsgesetz verabschiedet, der Illegal Immigration Reform and Immigrant Responsibility Act. Eine Bestimmung darin sieht vor, daß die Einwanderungspolizei Immigration and Naturalization Service (INS) massiv verstärkt wird, an der Grenze und im Landesinneren. Seitdem sind auch solche Gebiete einer massiven Präsenz des INS ausgesetzt, in denen es vorher keine Anti-Immigrations-Beamten gab. Lange Zeit war der Großteil des INS-Personals an der Grenze zwischen den USA und Mexiko stationiert. Jetzt gibt es Beamte in Bundesstaaten wie Nebraska, Tennessee oder North Carolina.

Seit 1996 bekommen wir unzählige Anrufe, in denen Leute berichten: "Sie waren gerade hier und haben die ganze Gemeinde durchsucht. Sie trieben die Leute um zwei Uhr morgens aus ihren Häusern, stießen sie herum. Die Männer waren in Unterwäsche und durften sich nicht anziehen." Die Grenze wurde ins Landesinnere verschoben.

Kampagne gegen Razzien

Ihr habt daraufhin eine INS Raids Task Force gegründet, eine Arbeitsgruppe, die sich mit den INS-Razzien beschäftigt.

Genau. Wir wollten uns auf die Erfahrung derer stützen, die bereits seit Jahren die Übergriffe an der Grenze dokumentieren. Wir wollten, daß diese ihr Wissen mit Leuten aus dem Landesinneren teilen. Wichtig war uns vor allem, EinwanderInnen über ihre verfassungsmäßigen Rechte gegenüber dem INS aufzuklären. Zudem wollten wir in der Lage sein, eine möglichst große Zahl dieser neuen Fälle zu dokumentieren. Denn oft werden Leute abgeschoben, ohne daß wir davon erfahren, weil die ZeugInnen total verängstigt sind.

Unser Ziel war es, die INS-Strategie anzuprangern, nach der Menschen in ihren Wohnungen, an ihren Arbeitsplätzen und in ihren Gemeinden verfolgt und ihre Grundrechte verletzt werden. Zugleich wollten wir

zeigen, daß der INS sein erklärtes Ziel - den Stopp der Einwanderung - mit diesem Konzept sowieso nicht erreichen kann. Denn diejenigen, die abgeschoben werden, sind sowieso schnell wieder zurück. Es gibt schlicht die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Familienbeziehungen.

Zu Anfang organisierten wir mehrere Konferenzen, auf denen Leute aus Oregon, New York und Florida sich austauschten. "Was für Fälle gibt es bei euch?" "Wie klärt ihr die Leute über ihre Rechte auf?" Allein dabei konnten wir schon viele Informationen zusammentragen. Am Schluß hatten wir dann ein Treffen in Los Angeles zum Thema der Grenzüberwachung, auf dem über 400 Leute aus den ganzen USA teilnahmen. Dort entschieden wir, eine nationale Aktionswoche gegen die Razzien zu organisieren. Daraufhin gab es im vergangenen Oktober in 27 Städten Demonstrationen und verschiedene Aktionen. Zudem veröffentlichten wir einen nationalen Bericht, auf den wir viel Presseresonanz bekamen. Sogar die "New York Times" berichtete. Wir schafften es, das Thema auf die politische Tagesordnung zu bringen. Vor einem Monat verkündete der INS schließlich, daß die Razzien wegen ihrer Ineffektivität eingestellt werden.

Das hört sich nach einem großen Erfolg an.

Das Problem ist, daß sie neue Strategien entwickeln. Der INS arbeitet jetzt wesentlich enger mit der normalen Polizei zusammen und macht mit Unternehmen Hinterzimmergeschäfte: "Wenn ihr uns Einsicht in eure Personalakten gewährt, sagen wir euch, wessen Papiere nicht in Ordnung sind, und dann feuert ihr diejenigen einfach." Denn viele Unternehmen hatten sich darüber beschwert, daß die INS-Razzien die Produktion unterbrechen, ArbeiterInnen belästigt und Beschäftigte herausgepickt werden, die US-BürgerInnen sind oder eine Arbeitserlaubnis haben.

Wir haben also nicht gewonnen. Die Verantwortung wurde schlicht auf die Arbeitgeber verschoben, die - entgegen dem Gesetz - aber auch nicht bestraft werden, wenn sie ArbeiterInnen ohne Papiere anheuern. Wir meinen allerdings auch nicht, daß darauf der Schwerpunkt liegen sollte. Die Kriminalisierung von arbeitenden Menschen ist nicht die Lösung. Unternehmen sollten bestraft werden, wenn sie Arbeitsrechte verletzen oder in den Betrieben Sweat-shop-Bedingungen haben. Aber wir kennen Firmen, in denen der Arbeitgeber damit drohte, den INS in den Betrieb zu rufen, wenn ArbeiterInnen sich über die Arbeitsbedingungen beschwerten und eine Gewerkschaft gründen wollten.

Eine Bestrafung für die Anstellung von ArbeiterInnen ohne Papiere geht an der Frage von Migration vorbei. Es treibt die Leute nur noch weiter die Illegalität. Daher fordern wir, daß die Milliarden Dollar, die in die Grenzüberwachung gesteckt werden, lieber für die Überwachung der Arbeitsgesetze verwendet werden.

Es gibt noch einen weiteren Grund dafür, daß wir nicht gewonnen haben. Wir konnten nicht deutlich machen, warum ArbeiterInnen, die letztlich auf ihre Art an der NAFTA teilnehmen, das Recht auf Mobilität haben - daß Wirtschafts-Migration legitim ist. Für die US-Öffentlichkeit ist dies schwer nachzuvollziehen. Zumal die Anti-Immigrations-Kampagne sehr stark ist und die Suche nach Sündenböcken für soziale und wirtschaftliche Probleme in vollem Gange ist. Außerdem spielt da die ganze Diskussion um race (1) rein. In dieser Frage verändert sich hier derzeit sehr viel, was eng mit der Debatte um Immigration verwoben ist. Denn EinwanderInnen verändern die Zusammensetzung der Bevölkerung, und Leute fühlen sich davon bedroht.

Konkurrenz ganz unten

Es heißt immer wieder, daß es Probleme zwischen EinwanderInnen und eingesessenen Minderheiten - vor allem mit Schwarzen - gibt. Als Grund wird angegeben, daß sie um die selben Arbeitsplätze oder die selben Wohnungen konkurrieren.

Gerade die Diskussion um Verdrängung von Schwarzen auf dem Arbeitsmarkt ist ziemlich aufgeheizt. Mit der Botschaft, daß Immigration nicht im Interesse von Schwarzen sei, ist es der Rechten gelungen, in farbige Gemeinden einzudringen. Es gibt zum Beispiel eine ultra-konservative Gruppe, die eine Zeitung mit dem Namen "Immigration Impact" herausbrachte. Dort "dokumentierten" konservative schwarze Intellektuelle die negativen Folgen von Einwanderung für African Americans. Einige von uns taten das als typisch rechte Propaganda ab. Aber diese Argumente überzeugen manche Leute. Daher müssen wir uns damit beschäftigen.

Beide Seiten stellen diese Problematik meist nur vereinfacht dar. Das muß ich auch als Selbstkritik sagen. Viele von uns haben bisher dogmatisch verneint, daß so etwas wie Verdrängung überhaupt stattfinden kann. Mittlerweile legen aber verschiedene zuverlässige Studien nahe, daß es ein gewisses Maß an Verdrängung

von African Americans durch Immigration gibt. Das müssen wir anerkennen. Aber meine Frage ist: Reden wir dabei über Zahlen und Dollars? Oder reden wir über Menschenrechte, Würde und die Möglichkeit zu arbeiten? Und, wie wir alle zusammenkommen können, um das Wirtschaftssystem zu zwingen, daß die Menschen ihre Bedürfnisse erfüllen können.

Was heißt das konkret?

Es ist wichtig, zweierlei zu berücksichtigen: Das eine ist die Wahrnehmung und wie sie das Verständnis der Leute beeinflußt. Beispielsweise war es bislang normal, in Hotels schwarze Putzfrauen zu sehen. Jetzt sieht man Mexikanerinnen die Zimmer sauber machen. So etwas sagt den Leuten, was in der Wirtschaft passiert - egal wie repräsentativ die Eindrücke sind. Solche Wahrnehmungen prägen die Einstellungen viel mehr als harte Daten. Und diese Wahrnehmungen sind sehr real. Daher müssen wir darüber reden.

Die andere Frage ist, wie die neuen Immigrantengruppen in das etablierte Schwarz-Weiß-Schema der race-Beziehungen in den USA passen. Dieses Paradigma hat zwar nie der Realität entsprochen, denn schon immer gab es Native Americans, und Chicanos/as lebten hier bereits, bevor der Südwesten Teil der USA wurde. Und AsiatInnen haben hier auch eine lange Geschichte.

Aber die Frage ist: Wie passen ImmigrantInnen in dieses Paradigma? Wie schnell lernen ImmigrantInnen dieses Schema? Denn wenn die Leute in die USA kommen, ist ihnen schnell klar, daß African Americans auf der untersten Stufe der sozialen Leiter stehen. Und diesen Platz wollen sie natürlich nicht selbst einnehmen. Komplizierter wird die Frage noch dadurch, daß EinwanderInnen selber noch eine gute Portion Rassismus mitbringen. Es gibt ja leider nicht nur in den USA eine Farbhierarchie. Auch in Lateinamerika und in Asien diktiert die Hautfarbe, wer Rechte hat.

Habt ihr Kontakte mit schwarzen Gruppen?

Ja, und wir wollen diese Kontakte noch intensivieren. Anfangs war das etwas problematisch. Gerade zu der Frage der Arbeitgebersanktionen gab es zwischen uns und eingesessenen Bürgerrechts-Organisationen wie der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) durchaus Unterschiede. Schließlich sprach sich die NAACP aber gegen Arbeitgebersanktionen aus.

Zudem gab es zu verschiedenen Themen, zum Beispiel hier in Kalifornien zur Proposition 187 (ein Referendum gegen "illegale" Einwanderung), bereits tragfähige Koalitionen mit schwarzen Prominenten wie Jesse Jackson. Gerade die Proposition 187 hat viele Diskussionen ausgelöst. Denn beide Seiten wollten schwarze Stimmen gewinnen. Aber leider sind wir noch nicht über den Kreis derer hinausgekommen, die sowieso schon am Aufbau von multi-ethnischen Beziehungen arbeiten.

Ihr beginnt jetzt ein neues Projekt: "Building a Race and Immigration Dialogue in the Global Era" (BRIDGE). Was verbirgt sich dahinter?

Wie gesagt gibt es in den USA viele Diskussionen und Projekte zu den race-Beziehungen. Die meisten sind aber unzulänglich. Erstens berücksichtigen sie nicht ausdrücklich Immigration. Sie fragen nicht, wie Einwanderung die race-Beziehungen verändert hat. Zweitens laufen die meisten nur auf der zwischenmenschlichen Ebene ab. Nach dem Motto: "Ich will mich gut fühlen, du sollst dich gut fühlen." Es wird nicht auf die strukturellen, die ökonomischen Komponenten geschaut.

Uns geht es vor allem um die Dimension der Globalisierung. Daher starten wir BRIDGE im Juni in sieben Städten in einer Pilotphase. Als erstes wollen wir eine Diskussion zwischen AktivistInnen aus Gewerkschaften, religiösen Gruppen, Einwanderungs- und Bürgerrechtsorganisationen initiieren. Damit wollen wir eine Art lokaler Bestandsaufnahme machen, welchen Einfluß Globalisierung und Einwanderung in der jeweiligen Stadt haben und wie sie die race-Beziehungen verändern. Im Anschluß planen wir ein achtteiliges Trainingsprogramm für die TeilnehmerInnen. Auf diese Weise wollen wir einige grundlegenden Fragen tiefgehender behandeln.

Neben den race-Beziehungen behandeln wird auch andere Fragen, beispielsweise Einwanderung und Ökologie. Auch darüber wird hier groß diskutiert. ImmigrantInnen werden für Überbevölkerung und Umweltprobleme verantwortlich gemacht. Mit was für Argumenten kannst du so etwas begegnen?

Und Globalisierung ist ein Schlüsselthema. Denn die Leute wissen nicht wirklich, was das heißt. In Lateinamerika sind Neoliberalismus und Globalisierung in aller Munde. In Ländern, die offensichtlich negativ von diesem Phänomen betroffen sind, wissen die Menschen darüber Bescheid. Aber wir in der Bewegung für Einwandererrechte haben es bislang noch nicht allzu gut begriffen, diese Verbindung zu ziehen.

Werner Lamottke,

Informationsstelle Lateinamerika, Bonn

Das Gespräch wurde am 29. April 1999 in Oakland geführt.

Anmerkung:

1) Das Wort race ("Rasse") wird in den USA quer durch alle politischen Spektren und Bevölkerungsgruppen benutzt, um Menschen nach Hautfarben und sozio-kulturellen Hintergründen zu unterscheiden. Da das Wort "Rasse" im Deutschen andere Konnotationen hat, bleibt race hier unübersetzt.

Netzwerk für ImmigrantInnen

Das National Network on Immigrant and Refugee Rights (NNIRR) wurde 1986 gegründet. NNIRR ist eine Allianz von etwa 150 ImmigrantInnengruppen, religiösen, gewerkschaftlichen und Bürgerrechtsorganisationen sowie lokalen Initiativen.

Schwerpunktmäßig ist das Netzwerk im Südwesten der USA entlang der mexikanischen Grenze, in New York und in New Jersey vertreten, hat aber in den letzten Jahren auch Zulauf aus den US-Südstaaten. Das NNIRR arbeitet auch grenzüberschreitend und kooperiert unter anderem mit der mexikanischen Schwesterorganisation Sin Fronteras.

Das NNIRR tritt vor allem für die Rechte von "papierlosen" EinwanderInnen ein. Dabei arbeitet die Organisation auf einer multi-ethnischen, multi-nationalen Basis, vor allem mit asiatischen und lateinamerikanischen ImmigrantInnen. In letzter Zeit wird zudem verstärkt versucht, auch afrikanische und karibische EinwanderInnen zu erreichen. Im Unterschied zu vielen anderen US-Organisationen steht beim NNIRR die Lobbyarbeit für bessere Gesetze im Hintergrund. Deshalb hat die Organisation ihren Sitz nicht in Washington D.C., sondern in Oakland/Kalifornien, einer Großstadt, die selbst stark von Immigration geprägt ist.

NNIRR, 310 Eighth Street, Oakland, CA 94607, USA. Internet: http://www.nnirr.org

22. Regierung der Versöhnung auf Bougainville

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:09

Nach fast zehnjährigem Krieg auf Bougainville zwischen der Zentralregierung Papua-Neuguineas und der sezessionistischen Guerilla der Bougainville Revolutionary Army (BRA) macht der im letzten Jahr eingeleitete Friedensprozeß weitere Fortschritte. Im Mai konnten endlich Wahlen auf der Insel durchgeführt werden, und es konnte eine demokratisch legitimierte Vertretung nahezu aller Strömungen und Fraktionen gebildet werden, die nunmehr die schwere Aufgabe hat, in Verhandlungen mit der Zentralregierung eine politische Lösung für den Konflikt zu erreichen und damit die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu legen. Bougainville bildet einen der heutzutage leider äußerst seltenen Fälle, in denen in der Dritten Welt nach einem blutigen und opferreichen Krieg tatsächlich durch eine Verhandlungslösung emanzipatorische Zielsetzungen im Interesse der betroffenen Bevölkerung durchgesetzt werden können, "Bougainville" kann ein Lehrstück sein.

Im für den gegenwärtigen Friedensprozeß grundlegendem Dokument, dem Übereinkommen von Lincoln vom Januar 1998, hatten sich die Konfliktparteien unter anderem darauf geeinigt, daß bis zum Jahresende eine "Regierung der Versöhnung" auf Bougainville gebildet werden sollte, die dann mit der Zentralregierung Papua-Neuguineas (PNG) Verhandlungen insbesondere über den künftigen politischen Status der Insel hätte führen sollen. Dazu kam es jedoch nicht. Die Vorbereitungen für die Konstituierung einer Regierung der Versöhnung (Bougainville Reconciliation Government) schleppten sich nur langsam dahin. Vor allem Kräfte, die dem unter den Bedingungen des Waffenstillstands offensichtlich beständig wachsenden Einfluß der "Rebellen" , also der BRA und ihres politischen Arms, des Bougainville Interim Governments (BIG), mit Argwohn begegneten, versuchten den Prozeß zu verzögern. Und so bildete sich Ende Dezember 1998 zunächst einmal "nur" eine sog. Bougainville Constituent Assembly (BCA), die reguläre Wahlen für 1999 vorbereiten sollte. Die Mitgliedschaft der BCA wurde von den Vertretern der verschiedenen Fraktionen und Strömungen auf Bougainville nach Proporz-Gesichtspunkten ausgehandelt, so daß sowohl ehemalige "Rebellen" als auch ihre ehemaligen Widersacher aus dem Bougainville Transitional Government (BTG) und den Resistance Forces, die mit der Zentralregierung PNGs kollaboriert hatten, sowie schließlich auch "zivilgesellschaftliche" Kräfte wie Kirchen- und Frauengruppen in der BCA vertreten waren.

Wahlvorbereitungen

Das BCA sah seine vordringliche Aufgabe darin, echte demokratische Wahlen auf Bougainville vorzubereiten, um die Spaltungen zwischen den verschiedenen Kräften auf der Insel endgültig zu überwinden und eine demokratisch legitimierte Instanz zu schaffen, die - mit einer Stimme sprechend - tatsächlich die gesamte Bevölkerung der Insel in Verhandlungen mit der Zentralregierung würde repräsentieren können. Mit Eifer machte man sich an die politische, organisatorische und technische Vorbereitung solcher Wahlen. Das war ein äußerst schwieriges und aufwendiges Unterfangen. Bougainville als eine gebirgige, von dichtem Regenwald bedeckte Insel ist ohnehin für Verkehr und Kommunikation ein schwieriges Terrain, und unter gegenwärtigen Bedingungen kommt hinzu, daß durch den jahrelangen Krieg die Infrastruktur erheblich zerstört ist. Gleichwohl bemühte man sich, die Nachricht von den bevorstehenden Wahlen in jedes auch noch so abgelegene Dorf zu tragen, Kandidatenlisten aufzustellen und die technischen Voraussetzungen für faire Wahlen zu schaffen. Als Wahltermin wurde die letzte Aprilwoche angesetzt.

Doch noch einmal verzögerten Störmanöver von Kräften, die sich als zu kurz gekommen empfanden und die ihre Felle davonschwimmen sahen, die Durchführung der Wahlen. Unzufrieden mit dem Verlauf des Friedensprozesses im allgemeinen sowie der Konstituierung der BCA und der Wahlvorbereitungen im besonderen waren vor allem einige Führer der Resistance Forces (jener Bougainvilleans, die auf seiten der Regierungstruppen gegen die BRA gekämpft hatten), die Chiefs von der Insel Buka (1) und der einflußreiche Abgeordnete für Bougainville im nationalen Parlament PNGs, John Momis. Diese Kräfte denunzierten die Bildung des BCA ebenso als "illegal" wie die geplanten Wahlen (wobei sie die Verfassung PNG's zum Maßstab nahmen) und vertraten den Standpunkt, daß faire Wahlen ohnehin nicht möglich seien, solange nicht alle Kräfte auf Bougainville entwaffnet worden seien. Sie drohten, die Wahlen zu boykottieren. Das wiederum konnte nicht im Interesse von BIG, BRA und den anderen in der BCA zusammenarbeitenden Gruppierungen sein, war doch zu befürchten, daß bei einem Wahlboykott relevanter Strömungen wiederum das Ziel nicht würde erreicht werden können, ein tatsächlich repräsentatives und legitimiertes politisches Organ zu schaffen.

Und so ließ man sich auf den Versuch ein, Momis, die Buka Chiefs und die Resistance-Führer doch noch einzubinden.

Neue Vereinbarungen

Mitte April begaben sich Vertreter aller Fraktionen auf eine "Studienreise" nach Neuseeland. Eingeladen hatte die neuseeländische Regierung, die bereits zu Anfang des Friedensprozesses 1997 gute Dienste geleistet hatte, um die Konfliktparteien auf neutralem Gebiet zu ersten Gesprächen zusammenzuführen. Die "Studienreise", die offiziell dazu dienen sollte, den Bougainvilleans vorzuführen, wie weiße Neuseeländer und indigene Maoris ihr Zusammenleben politisch geregelt haben, führte alsbald zu Gesprächen über die verfahrene Situation auf Bougainville. Und nach einer Woche unterzeichneten am 22. April Vertreter der Zentralregierung PNG's, der BCA, der Resistance Forces, der Buka Chiefs und die vier Abgeordneten aus Bougainville im Nationalparlament PNG's - also auch John Momis - eine neue Vereinbarung, in der man sich auf das weitere Vorgehen verständigte. Dieses "Matakana and Okataina Understanding" bekräftigte die Grundsätze der früheren Friedensdokumente, sah politische Verhandlungen über den künftigen Status von Bougainville noch vor dem 30. Juni vor und legte fest, daß die Entwaffnung aller Seiten auf Bougainville "sofort" zu beginnen habe.

Der Wert dieser Vereinbarung bestand vor allem darin, daß man Momis, die Buka Chiefs und die Resistance-Führer wieder "mit ins Boot" geholt hatte. Unklar war aber, was nun aus den geplanten Wahlen werden sollte. Während Momis und Co. mit der Vereinbarung vom 22. April die Wahlen offensichtlich als erledigt und überflüssig betrachteten (bzw. auf einen Zeitpunkt nach Entwaffnung und politischen Verhandlungen mit der Zentralregierung verschoben), bestanden die BCA-Kräfte an der Basis auf Bougainville auf der Durchführung der Wahlen. Sie hatten den Eindruck, daß ihre Vertreter in Neuseeland zu weitgehende Zugeständnisse gemacht hatten. In der Tat hieß es zunächst, die Wahlen seien "auf unbestimmte Zeit" verschoben. Doch setzten sich schließlich die Befürworter der Wahlen doch noch durch, allerdings mußten sie Kompromisse eingehen. Denn es kam nicht zu flächendeckenden allgemeinen, geheimen und demokratischen Wahlen, sondern zu einer Mischung aus "richtigen" Wahlen und "Ernennung" bzw. "Auswahl" von Repräsentanten durch Dorfälteste bzw. gesellschaftliche Gruppen. Die Wahlen fanden vom 3. bis 10. Mai statt. Dabei wurde vor allem in den Gebieten, in denen die BRA traditionell stark ist, also im Zentrum und Süden der Insel, "richtig" gewählt, während in den eher der Resistance und den Buka Chiefs zuneigenden Gebieten, also im Norden und auf der Insel Buka, Abgeordnete "ausgewählt" wurden. Das entsprach den Interessen der jeweiligen Akteure: Während BRA/BIG die Wahlen möglichst aufwerten wollten und daher an einem echten Wahlvorgang interessiert waren, wollten die Resistance-Führer und die Buka Chiefs die Bedeutung der Wahlen möglichst herunterspielen, sie arbeiteten daher mit "Auswahl" und "Ernennung".

Erfolg für die BRA

Schließlich setzte sich also der Bougainville People's Congress (BPC), wie das neue Gremium nun genannt wurde, zusammen aus gewählten Abgeordneten (elected), von Dorfältesten ausgewählten Vertretern (selected) und von den verschiedenen Strömungen und gesellschaftlichen Gruppierungen ernannten (appointed) Persönlichkeiten. Am 28. Mai trat der BPC zu seiner konstituierenden Versammlung zusammen. Er wählte aus seiner Mitte einen Präsidenten, der mit großen Vollmachten versehen ist. Diese Wahl wurde zu einem großen Erfolg für BRA/BIG. Denn gewählt wurde mit 77 von 87 Stimmen der frühere Vize-Präsident des BIG, Joseph Kabui. Sein Konkurrent, der ehemalige Präsident des BTG, Gerard Sinato, erhielt lediglich zehn Stimmen. Wenn man dies als Ausdruck der Kräfteverhältnisse auf Bougainville nimmt, so ist das ein deutliches Zeichen dafür, daß BRA/BIG das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung Bougainvilles haben gewinnen können. Kabui nahm diesen Erfolg allerdings nicht zum Anlaß für einen "Durchmarsch" seiner Fraktion, sondern zeigte sich auch weiterhin um Einbindung aller Kräfte bemüht. Unter den von ihm ernannten 29 Mitgliedern des Congressional Executive Council (CEC), der "Regierung" des BPC, sind Vertreter aller Regionen, Strömungen und gesellschaftlichen Gruppen (darunter auch vier Frauen (2)). Gleichwohl stehen Momis und die Buka Chiefs sowie einige Resistance-Führer schmollend abseits, ihnen paßt die ganze Richtung nicht. Sie haben sich noch nicht entschieden, ob und wie intensiv sie im Rahmen von BPC und CEC mitarbeiten werden. Störmanöver von dieser Seite sind auch künftig nicht auszuschließen.

Ebenfalls abseits steht nach wie vor die von Francis Ona, dem ehemaligen Präsidenten des BIG , geführte BRA-Fraktion. Ona und seine Leute, die das Gebiet um die gigantische Panguna-Kupfermine (den eigentlichen

Kriegsgrund) kontrollieren, haben sich bisher am gesamten Friedensprozeß nicht beteiligt - ihn aber auch nicht sabotiert. Eine Versammlung der Ona-Fraktion beschloß am 9. Juni, die für sie im BPC reservierten fünf Sitze nicht einzunehmen. Onas Position ist klar: Für Bougainville kommt nichts anderes in Frage als die politische Unabhängigkeit, darüber gebe es nichts mit der Zentralregierung zu verhandeln, also brauche man auch keinen BPC.

Demgegenüber beschloß eben dieser BPC auf seiner Sitzung vom 10. bis 13. Juni, in Verhandlungen mit der Zentralregierung einzutreten. Ziel dabei sei die politische Unabhängigkeit. Allerdings sei man sich bewußt, daß diese nicht von heute auf morgen zu haben sei, sondern daß man sich auf einen "Prozeß" einstellen müsse. Daß sich der BPC auf das Ziel Unabhängigkeit verständigt hat, ist ebenfalls als ein großer Erfolg von BIG/BRA zu werten. Denn bisher hatten andere im BPC vertretene Strömungen, so etwa die ehemaligen Mitglieder des BTG, stets lediglich für Autonomie im Rahmen des Staatsverbands von PNG plädiert. Nun wird die Verhandlungsdelegation des BPC, geführt von Joseph Kabui, mit dem Ziel Unabhängigkeit und mit der Rückendeckung einer demokratisch legitimierten Vertretung der Bevölkerung Bougainvilles in die Verhandlungen mit der Zentralregierung gehen. Diese Verhandlungen sollen im Juli beginnen.

Vo

Anmerkungen:

1) Buka ist nur durch eine schmale Meerenge von Bougainville getrennt und wird seit jeher zusammen mit Bougainville als eine politische Einheit behandelt ; während des Krieges stand Buka die meiste Zeit unter Kontrolle der Regierungstruppen und offensichtlich sind hier die pro-BRA Kräfte sehr viel schwächer als auf Bougainville; die Mehrheit der Bevölkerung auf Buka scheint der BRA-Forderung nach voller politischer Unabhängigkeit skeptisch gegenüber zu stehen, weil man fürchtet, dann womöglich von den Bougainvilleans "untergebuttert" zu werden. Statt dessen scheint man einen Verbleib bei PNG vorzuziehen.

2) Die Frauen haben in den matrilinear verfaßten traditionalen Gemeinschaften auf Bougainville eine starke Stellung. Allerdings hat diese während des Krieges, der "Männersache" war, gelitten. Bei der Initiierung des Friedensprozesses haben die Frauen aller Seiten informell eine bedeutende Rolle gespielt. Gegenwärtig klagen sie darüber, daß sie bei den politischen Entwicklungen an den Rand gedrängt werden und fordern stärkeres politisches Gewicht. Bei den Wahlen hat es keine Frau geschafft, gewählt zu werden. Die im BPC vertretenen Frauen sind also allesamt "ernannt". Umso wichtiger ist es, daß Kabui dennoch vier Frauen in seine Regierungs"mann"schaft aufgenommen hat.

23. Ferien - Ferien - Ferien. Die ak-Redaktion empfiehlt Unterhaltsames für Zugfahrt, Strandkorb und Kinosaal

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:22

Literarische Spaziergänge durch Europa

Sie sind leicht, handlich und passen problemlos in die Hand- oder Jackentasche. "Europa erlesen" heißt die Reihe schön gebundener Bücher mit Auszügen aus Romanen und Essays, mit Erinnerungen, Gedichten und Feuilletons über eine Region oder Stadt. Die kleinen Bände möchten Wegweiser sein auf Erkundungen der Kulturen Europas von Island bis Griechenland, von Portugal bis zu den Karpaten. Dabei interessieren sich die Herausgeber besonders auch für heute fast vergessene Regionen und ihre Kulturen, für "Abschieblinge", wie Peter Handke einmal die slowenische Literatur genannt hat. Die Reise, auf die "Europa erlesen" führt, beginnt im Mittelteil Europas. Zuerst sind Bände über Mähren, Galizien und Istrien erschienen, über Venedig und Triest, das Salzkammergut und den Karst. Auch Literatur über Wien und Prag, Paris und Berlin kann man in dieser Reihe finden, außerdem Wanderungen durch die Kulturen beispielweise von Dalmatien oder Graubünden. Zu den neuesten Editionen gehören die Bände über Moskau, Ljubljana und Bukarest.

Immer werden Texte von Autoren mit großen und unbekannten Namen vorgestellt, junge und alte. In dem Band über Wien z.B. ist ein Text des Kaffeehausdichters Anton Kuh (1890-1941) abgedruckt, der, wie er selbst bekannte, zahlreiche seiner Werke nie geschrieben hat. Daneben findet sich Franz Grillparzers Gedicht "Abschied von Wien" (1843), in dem der Dramatiker schildert, warum das Leben in der Donaumetropole für Künstler so unproduktiv ist: "Man spricht nicht, denkt wohl etwa kaum / Und fühlt das Halb-Gedachte."

Haßliebe prägt das Verhältnis der meisten Autoren zu Wien, und wer noch nicht wußte, daß sich die Wiener durch "verstockte, verluderte, sich selbst bejahende, absolute Lumpenhaftigkeit" auszeichnen (Kürnberger), der erfährt es durch die Lektüre des von Helmuth A. Niederle herausgegebenen Bändchens.

Ganz anders ist das Buch über den Karst, jene Region, die im westlichen Teil Sloweniens liegt und im Süden an Istrien, im Westen und Nordwesten an Friaul grenzt. Lojze Wieser, der Verleger und Herausgeber der Gesamtreihe, hat den Band über diese "Landschaft aus Kalk und Wacholder" zusammengestellt, wie Scipio Slapater sie nennt. Hier hat Giuseppe Ungaretti seine frühen, von der Hölle des Ersten Weltkriegs gezeichneten Gedichte verfaßt. Selbst Dante hat die rauhe, öde Gegend beschrieben, in der vor allem Disteln wachsen. Der Karst ist bitter arm, seine Kultur durch den Kampf gegen Wind und Kälte geprägt. Für Peter Handke freilich ist es gerade der Wind, der ihn immer wieder in diese Landschaft zieht: Im Sommer ist es eine Brise, die von der Adria aufsteigt, immer das Meer ahnen läßt und nicht nur, weil sie von unten kommt, ein Aufwind ist. Im Winter bläst die berüchtigte Bora aus dem Norden, ein "frostiges Sausen", das die Bauweise der Höfe mit ihren hohen Mauern und den oft sanft gebogenen Nordfassaden prägt. Nach der Lektüre der Anthologie möchte man am liebsten sofort den Rucksack packen für eine Wanderung durch den Karst. Aber auch die Lektüre von anderen Bänden der Reihe ist nicht ungefährlich: "Europa erlesen" kann sogar in extrem seßhaften Lesern eine große Lust auf Reisen erzeugen.

Sibylle Hinter

Europa erlesen, Wieser Verlag, Klagenfurt, jeweils etwa 250 Seiten, je Band 19,80 DM.

Tee und Oliven. Rußland und Erez Israel

Nicht überall, wo "ein russischer Roman" draufsteht, steckt ein Buch über Rußland drin. Dies gilt insbesondere für das Buch von Meir Shalev. Die Heldinnen und Helden dieses ausgesprochen farbenfrohen, witzigen und ironischen Epos sind EmigrantInnen. Sie stammen aus Rußland und der Ukraine, sind ArbeiterInnen und HandwerkerInnen mit der sozialistischen Idee im Herzen und wollen einen neuen Nationalstaat aufbauen: Es sind Jüdinnen und Juden, für die Sozialismus und Zionismus kein Widerspruch ist und die aus dem Elend des Zarismus aufbrechen in ihre neue Welt, nach Palästina.

"Ein russischer Roman" beschreibt aus der Rückschau eines Enkels das Leben und Sterben der vorwiegend proletarischen EinwandererInnen, die als sogenannte Zweite Alija (Einwanderungswelle) zwischen 1904 und

1914 nach Palästina kamen, um dort als BäuerInnen und Siedler die Sümpfe der Jesreel-Ebene trockenzulegen und den Sozialismus aufzubauen.

Baruch Mirkin ist der Bestattungsunternehmer in Shalevs Roman. Mittlerweile selber alt geworden, erinnert er sich an die Pioniere aus der Generation seines Großvaters, an die Geschichten, die ihm dieser und sein Genosse, der alte Lehrer Jakob Pines, erzählt haben. Es sind Geschichten von Liebe, Tod und Eifersucht, von Trauer, Wut und Haß, von Obstbäumen, französischen Prachtrindern, Spinnern und Verstoßenen. Es sind Geschichten von Menschen, die auszogen, eine Kommune zu gründen, in der die Gemeinschaftsangelegenheiten basisdemokratisch geregelt werden sollten und in der Lohnarbeit verboten war.

Meir Shalev entwirft ein bewegendes und mitreißendes Panorama der Gründerzeit der jüdischen ArbeiterInnenbewegung in Israel, einer Zeit, als es einen Staat Israel noch nicht gab. In den großen und kleinen Dramen und Verwicklungen des Alltags spielt eine Staatsgründung ebensowenig eine Rolle wie Auseinandersetzungen mit den palästinensischen Nachbarn. Auseinandersetzungen mit arroganten Gewerkschafts- und Parteifunktionären, den "Verrätern", die in den USA zum Kapitalismus konvertiert sind, oder orthodoxen Nachbardörfern sind da schon wichtiger. Nichtsdestotrotz steht die Idee von der angestammten Heimat Israel bei allen ProtagonistInnen in diesem Buch völlig außer Frage. Und die Nichtbeachtung der PalästinenserInnen fällt ein ums andere Mal auch mit einer überheblichen Distanz zusammen.

Gerade für Linke, die sich nicht intensiver mit der israelischen Geschichte und Gesellschaft beschäftigt haben und die bei dem Wort "Israel" reflexartig in erster Linie an Palästina und den israelisch-palästinensischen Konflikt denken, ist dieses Buch absolut empfehlenswert. Und vor allem ist "Ein russischer Roman" von der ersten bis zur letzten seiner 510 Seiten ein fesselndes und uneingeschränktes Lesevergnügen.

dk

Meir Shalev: "Ein russischer Roman", Zürich 1993 (Diogenes Taschenbuch), 510 Seiten, 22,90 DM

Wasser, älter als Licht

Quolye, der die Gemeinplätze des Lebens als Zeitungsschlagzeilen vor sich sieht, würde jetzt denken: Frau am Schreibtisch. Bewölkt. Kind überquert Straße. Quolye, talentloser Reporter, je nach Auflagenhöhe beschäftigt oder freigestellt von einem kleinen amerikanischen Käseblatt, fehlt nicht nur die glückliche Hand zum Schreiben. Das Leben gelingt ihm nicht, und auch er selbst scheint sich und seine Umgebung mehr zu stören, als ihr Anlaß für Aufmerksamkeit oder gar Liebe zu geben. Nachdem seine Eltern gestorben sind und die Frau, wegen der er sich einen Monat lang freute und sechs Jahre lang litt, endgültig verschwunden ist, zieht Quolye mit seinen beiden Kindern nach Neufundland, um dort die "Schiffsmeldungen" für das Lokalblatt zu schreiben; notiert, welches Schiff letzte Woche um wieviel Uhr von wo kommend in den Hafen einlief, und wird zusätzlich ganz gegen seinen Willen zum Exklusivberichterstatter über die örtlichen Verkehrsunfälle befördert. Nebenbei lernen er und seine beiden Töchter, von denen die eine von einem weißen Hund verfolgt wird, den die anderen nicht sehen können, in einer Gegend zu leben, in der man unter der Hitze stöhnt, wenn das Thermometer auf 20 Grad klettert, bekommen ein eigenes Boot, und auch so etwas wie eigene Freunde. In dieser Geschichte passiert nichts wirklich Spektakuläres, nur, daß man sich beim Lesen mehr und mehr in ihr verfängt. Und dieser Quolye wird im Laufe der Erzählung so dicht und kommt mitsamt seinem arktischen Dasein so nahe, daß man es ihm und der Autorin nur zu gerne verzeiht, daß die Geschichte auf ein vorhersehbares Finale zusteuert und schließlich genau das kommt, was kommen muß: die Liebe - und zwar eine, die nicht nach Schmerz und Elend schmeckt. Und wie das geht, daß einer, für den das Leben keine Schlagzeile übrig hatte, seine Zukunft doch noch wie einen neu geschriebenen Text vor sich sieht, das kommt ganz am Schluß. Wer faul ist oder keine Zeit hat, sollte einfach die letzten siebzehn Zeilen des Romans lesen wie ein Geschenk.

Für den Sommer sei dieses Buch der Kanadierin E. Annie Proulx empfohlen, obwohl seit seiner Veröffentlichung weitere Romane von ihr auf deutsch erschienen sind - zum Beispiel "Postkarten" und "Das grüne Akkordeon" - aber die machen eineN beim Lesen nicht schwindelig wie dieser. "Schiffsmeldungen" ist eines von diesen Büchern, die man gerne mehrmals liest, weil man auch beim zweiten Mal immer weiterlesen muß, und das, obwohl die Geschichte doch in jeder Hinsicht scheinbar entlegen und trivial zugleich ist, und

weil man auch beim dritten Mal immer noch Sätze wie Wunder entdeckt. Vielleicht hat das etwas damit zu tun, daß die knappe Weise, in der E. Annie Proulx die Wörter zu Sätzen bündelt, einen Nerv trifft, der uns und Quolye und den Rest der Welt verbindet.

efa

E. Annie Proulx: Schiffsmeldungen. Fischer Taschenbuchverlag, 392 Seiten, DM 18,90.

Hollywood meets Adorno

Der erste Eindruck trügt, und nichts ist so, wie es scheint. Wer diese Weisheiten noch einmal hautnah und sinnlich erfahren möchte, der setze sich in einen Kinosaal mit großer Leinwand, erstklassigem Soundsystem, viel Beinfreiheit und genieße das Licht-, Ton- und Trickfeuerwerk von "Die Matrix", dem neuen Film der Wachowski-Brüder.

In der düsteren Zukunft, nach einem apokalyptischen Krieg gegen ihre eigenen Konstrukte, werden die Menschen von Robotern und Maschinen beherrscht. In gigantischen Gewächshäusern industriell gezüchtet, dienen sie nur noch der bioenergetischen Stromversorgung. Lediglich eine Handvoll Rebellen konnte der Unterjochung entgehen und nimmt den Guerillakampf zur Befreiung der Menschheit auf. Verzweifelt suchen sie nach dem "Auserwählten", der dazu bestimmt ist, die Maschinenherrschaft endgültig zu brechen.

Was sich wie ein Remake von "Terminator" anhört, ist auch eines, allerdings auf der Höhe der Zeit. Während Arnold Schwarzenegger auf der Suche nach dem "Erlöser" Anfang der 80er Jahre noch als tumber Android aus der Zukunft in eine reale Vergangenheit switchen mußte, jetten Keanu Reeves, Lawrence Fishburne und Carrie-Ann Moss als super-coole "Men/Women in Black" (ohne schwarze Klamotten und Ray-Ban-Brillen geht heute nichts mehr) per Mausklick zwischen Realität und Scheinwelt hin und her, um "die Matrix" zu zerstören: ein perfides Computerprogramm, das über implantierte Chips im Bewußtsein der versklavten Bio-Batterien das New York des Jahres 1999 als virtuelle Realität generiert.

In seinen besten Momenten ist "Die Matrix" die Hollywood-Version einer total entfremdeten Welt von adornitischen Ausmaßen. Die Idee authentischer Lebensäußerung wird gnadenlos auseinandergenommen, buchstäblich jede menschliche Denk- und Verhaltensweise ist nichts als der manipulier-, speicher- und beliebig reproduzierbare Ablauf eines Software-Programms. Dabei kommt diese Spielwiese im wesentlichen ohne direkten Zwang aus, die ebenfalls computergenerierten "Wächter" und "Agenten" können sich ganz auf die "Terrorismusbekämpfung" konzentrieren. Befreiung heißt hier Zerstörung einer entfremdeten und knechtenden, aber jede Regung erfassenden Scheinrealität.

Doch die Frage nach der Realität beschäftigt "Die Matrix" nicht wirklich. Sie ist für den Zuschauer und auch für die ProtagonistInnen schnell und eindeutig ge- und vor allem erklärt. Der Film kennt keine Uneindeutigkeit und Vagheit, wie andere, thematisch verwandte Streifen, etwa Terry Gilliams genialer "Twelve Monkees" oder die "Truman Show".

Damit widmet sich der Film auch nicht der Frage, wie eine Welt der totalen Entfremdung und Manipulation als solche erkannt werden kann. Woher die Matrix-Guerrilleros und -as ihren Durchblick haben, wie sie selbst der Matrix entkommen sind, das wird noch nicht einmal angedeutet. Der lahme Bezug auf ein mysteriöses Voodoo-Orakel ist enttäuschend, da hätte der Verweis auf einen Computerfehler sogar mehr Pepp. Mit einem erheblichen Aufwand an - zugegebenermaßen beeindruckender - Tricktechnik wird damit ein Thema verschenkt. Übrig bleibt nur die Entlarvung von Manipulationstechniken. In seinen schlechtesten Momenten ist "Die Matrix" schlicht reaktionär, nämlich immer dort, wo geradezu mythische Erlöserfiguren beschworen werden, die uns den Weg weisen sollen. Bei aller Rasanz, die dieser Film zweifellos hat, sollte das nicht zu schnell als Zugeständnis an Hollywood akzeptiert werden. Was letztlich nach 136 atemberaubenden Kinominuten bleibt, ist ein sehenswerter Action-Film, nicht mehr.

dk

24. Unheilige Allianz. Black Metal zwischen Heidentum und Neonazismus

Autor: Christian Dornbusch · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:31

Eine neue Variante rechter Jugendkultur gerät ins Blickfeld der Öffentlichkeit: neonazistischer Black Metal. Aus dem eher provokanten Black Metal der 80er Jahre entwickelte sich diese extreme Musikform mit Texten zwischen Satanismus, Heidentum und der Verherrlichung des Nationalsozialismus. Die Protagonisten der Szene stellen ihre propagierte Militanz mit Anschlägen auf Kirchen und Menschen unter Beweis. Längst schon vollzieht sich der Schulterschluß mit ihren "Brüdern im Geiste", den neonazistischen Skinheads. Der Szene-Mainstream des Heavy Metal schweigt sich über diese Entwicklung aus. Einzelne Versuche einer kritischen Distanzierung scheitern an der Unfähigkeit, unmißverständlich Position zu beziehen.

Black Metal, der nicht unbedingt als menschenfreundlich und anti-autoritär bezeichnet werden kann, bietet in seiner Ablehnung der christlichen Heilslehre verschiedene Anknüpfungspunkte für nationalsozialistische bzw. faschistische Ideen. Die sich selbst als NS-Black Metal bezeichnende Szene radikalisiert die gängige Kritik des Genres am Christentum. Nächstenliebe und Mitleid bedeutet für sie Schwäche und wird als Widerspruch zum vermeintlichen Naturgesetz des "Überleben des Stärkeren" interpretiert. Angeknüpft wird dabei an sozialdarwinistische Positionen. Mit Anleihen bei den Weltuntergangsphilosophen der Jahrhundertwende wird der Niedergang der Menschheit konstatiert. Dabei hebt die NS-Black Metal-Szene die nationalsozialistische Rassenpolitik samt Eugenik und Euthanasie als ein adäquates Mittel hervor, um die "Naturgesetze" wieder in Kraft zu setzen. Das Christentum selbst charakterisiert die Szene als judeo-christlich und deutet es als Plan einer (imaginären) jüdischen Weltverschwörung, deren Ziel die Erlangung der absoluten Kontrolle über die Menschheit sei. Die christliche Heilslehre ist in der Interpretation des NS-Black Metal lediglich eine besonders perfide Waffe, um die Menschen "unter das Joch der Nächstenliebe" zu zwingen und sie damit ihres Widerstandspotential zu berauben. Um der "Naturgesetzlichkeit" wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, philosophieren einige Bands über den "totalen Krieg". Er sei das geeignete Mittel, das "Mittelmaß" zu vernichten und das Überleben der "Starken" zu sichern.

Pragmatischer scheint die Hinwendung der überwiegenden NS-Black Metal-Bands zu heidnischen bzw. germanischen Mythen und Glaubenslehren, die mit nationalsozialistischen Ideologieelementen angereichert werden. Häufig greifen die Bands auf die Rasselehre des Nationalsozialismus zurück und beziehen sich auf deren antisemitische Propaganda und völkisches Denken. Aber auch die nationalsozialistische Massenvernichtung, die Ermordung der europäischen Juden, die Ermordung von Behinderten und vermeintlich rassefremden Elementen wird honoriert. Im NS-Black Metal wird der Nationalsozialismus als begonnene Renaissance von germanischen Werten und Riten und als Fanal für den Abwehrkampf gegen die "christlich-jüdische Unterdrük- kung" verklärt.

Christian (Varg) Vikernes, Sänger und Initiator des Ein-Mann-Projektes Burzum, ist die Gallionsfigur des NS-Black Metal. Sein Erfolg setzte ein, nachdem er 1993 wegen Mordes an Oystein Aarseth verhaftet wurde. Über die möglichen Motive für den Mord an dem Sänger und Kopf der Kult-Black Metal-Band Mayhem kursieren verschiedene Versionen: Einige berichten, daß zwischen den beiden ein Streit um die Führungsposition in dem von ihnen initiierten satanischen The Black Circle entbrannt war. Andere vermuten, daß die Veröffentlichung einer neuen Burzum- Platte auf Aarseth's Label Death like Silence Records der Ausgangspunkt des Konfliktes war. Vikernes selbst erklärte, er hätte Aarseth wegen dessen angeblich kommunistischer Gesinnung ermordet. Zudem sei Aarseth homosexuell gewesen und damit im Selbstverständnis der NS-Black Metal-Szene als "widernatürlich" zu betrachten.

Nach der Verhaftung fand die Polizei in Vikernes Wohnung über 100 kg Sprengstoff, die für die Sprengung der Nidarosdomen-Kirche gedacht waren. Außerdem entdeckten die Ermittler Hinweise auf seine Beteiligung an Brandstiftungen an mehreren Kirchen und Grabschändungen. Das norwegische Gericht verurteilte ihn zur Höchststrafe für Mord - 21 Jahre.

Vikernes avancierte daraufhin zum Kult-Star des Black Metal - die Szene-Magazine rissen sich um Interviews mit ihm. Die Frage, wie man es mit Burzum hält, wurde auch zur Scheidelinie innerhalb der Black Metal-Szene.

Für viele Bands war Vikernes zu weit gegangen, er wurde als Nazi oder Spinner abgestempelt. Aber vor allem bei seinen jugendlichen Fans wurde er zum Helden, denn Vikernes hatte bewiesen, daß er bereit war, seine Worte in Taten umzusetzen.

Wer sich zu Burzum bekannte, bekannte sich meistens auch zu seinen Aussagen. Varg Vikernes hatte immer deutlich gemacht, daß gerade sein ideologischer Hintergrund ihn zu dieser Musik inspirierte. Allerdings weist Vikernes den Vorwurf weit von sich, Nationalsozialist zu sein - er sieht sich als Opfer. Das Sounds of Death Magazin befragte ihn zu seinen Ansichten: "Die Anschuldigungen wegen deines nationalsozialistischen Glaubens sind reichlich. Was ist die Wahrheit dahinter, Varg?" Varg Vikernes: "Vorurteile. Die Juden verleiten die Welt dazu, an die Holocaust-Lüge zu glauben, und immer dann, wenn ein blonder, großer, stolzer Nordmann mit himmel-blauen Augen, wie ich, irgendetwas Negatives sagt über die Seuche namens Judeo-Christentum und dessen Wurzeln, den Juden, wird er automatisch als ‚Nazi` abgestempelt. Ich bin nicht unbedingt ein Nationalsozialist, nur weil ich erkannt habe, daß die Holocaustgeschichte nichts anderes als eine große Lüge ist, und weil ich das Wissen besitze, daß die Juden die Wurzeln des judeo-christlichen Dornenbusches sind. Greif den Busch an, und du wirst verletzt, greif die Wurzeln an, und der Busch wird sterben. Das ist kein Rassismus, das ist rassische Überlebenskunst. Es geht um das Überleben der einzig wahren Rasse. Der Grund, warum ich als ein ‚Nazi` beschimpft werde, ist daher in den vielen Lügen der Juden und den sich daraus ergebenden Vorurteilen der Welt zu finden. ERWACHE!!!" (1)

Seine politische Heimat hat Christian Varg Vikernes in der von ihm begründeten Norsk Hedensk Front gefunden, die die norwegische Sektion des ebenfalls von ihm initiierten internationalen Netzwerkes der Allgermanischen Heidnischen Front (ADF) bildet. Im politischen Selbstverständnis der "Heiden" offenbart sich deren neonazistischer Charakter:

"Die Allgermanische Heidnische Front ist eine neuheidnische und völkische Bewegung mit dem Hauptziel der Existenzsicherung für alle germanischen Völker. Wir betrachten das Christentum als einen ‚Schwächeanfall` der germanischen Völker, weil die christlichen Grundlagen so beschaffen sind, daß Schwäche glorifiziert und Stärke negiert wird. Daraus resultiert ein selbstzerstörerischer Blickwinkel auf die Welt, welche somit auf vielfältige Art und Weise ruiniert wird, denn jede Nation, die sich an der christlichen Krankheit angesteckt hat, trägt zur allgemeinen spirituellen Zersetzung unter diesen Völkern bei. Die germanischen Völker leiden seit Jahrhunderten an dieser Krankheit, und die einzig verfügbare Medizin dagegen ist die Religion und Philosophie des Asatru/Wotanismus; denn nur in unserem uralten, nordeuropäischen Glauben schlummert die wahre Stärke für unsere Völker und wartet darauf, neu erweckt zu werden. Diese Stärke ist es, die Stärke, welche wir zum Überleben brauchen, welche durch die Allgermanische Heidnische Front wiederbelebt werden soll." (2) Auch in Deutschland ist eine Gruppe der Allgermanischen Heidnischen Front aktiv. Sie ist unter der Adresse des Musikversandes Darker Than Black in Erfurt zu erreichen. Auf ihrer Homepage befindet sich der Text von Adolf Hitlers "Mein Kampf". Von dort läßt sich das Werk - bezeichnet als "geistige Quelle der Bewegung" - auch auf den heimischen PC herunterladen.

Furores Teutonici

Wegweiser für die NS-Black Metal-Szene in Deutschland ist der 1998 erstellte Szene Almanach (3), der zeitweilig als online-Version im Internet zur Verfügung stand und als gedruckte Broschüre noch heute in der Szene kursiert. Die Intention des Herausgebers Pascal Schubert war es, einen umfassenden Überblick über die Szene zu geben. Neueinsteigern wird vermittelt, welche Bedeutung Black Metal in Deutschland seiner Ansicht nach hat, für Szenekenner soll es ein interessanter Überblick sein. Black Metal-Bands werden anhand eines Fragenkataloges vorgestellt, der nach der Entstehungsgeschichte, musikalischen Bezügen, sowie der Verbundenheit zur Szene, zur Heimat ("Vaterland") und Natur fragt. Die Musiker antworten ungeniert und übertreffen sich gegenseitig mit antisemitischer und neonazistischer Propaganda. So stellt sich die Band Barad Dûr aus Erfurt ein ideales Leben wie folgt vor: "Es würde keine andere Rasse als die weiße geben. Teile anderer Rassen wären (Fehler im Original) in Zoos als Schauobjekte gehalten und bei Verlust nachgezüchtet. Zur Erinnerung, was für ekelige Sachen sich mal frei bewegen durften."

Fanzines wie Germanenmacht (Bergisch Gladbach), Darkness (Düsseldorf), Leichenkuß (Duisburg) oder Asgardsrei (Erfurt), das in Aufmachung und Inhalt dem mittlerweile eingestellten Szene-Kultmagazin Filosofem nachempfunden ist, sind Kommunikationsmittel der NS-Black Metal-Szene. Die Magazine bieten eine Mischung aus Szene-Informationen und Berichten, die das "Dritte Reich" glorifizieren und den Holocaust

leugnen. Wesentliche Bestandteile sind außerdem Einführungen in die heidnische Ideenwelt und in ihre Riten sowie die Vorstellung von neonazistischen Gruppen aus diesem Spektrum (z.B. Allgermanische Heidnische Front oder World Church of the Creator (USA)). Aufgrund ihrer offensichtlichen nationalsozialistischen Bezüge und der Verwendung von NS-Symbolen werden sie teilweise verdeckt vertrieben.

Kern des NS-Black Metal sind wie überall ambitionierte Personen, Cliquen oder auch Gruppen, die versuchen, die Szene voranzutreiben - so etwa Sarah Helmich, Herausgeberin des oben genannten Fanzines Darkness. Sie ist außerdem Mitbegründerin des Arischen Black Metal Forum (ABMF), das sich an jene Black Metaller richtet, "die sich ihrer arischen Identität bewußt sind". Mit dem ABMF soll via Newsletter ein Diskussionsforum über Themen initiiert werden, die für "intelligente Rechte innerhalb der Szene" von Interesse sein könnten: "Black Metal und Heidentum, der Ruhm des 3. Reichs ..." (4).

Thüringer Untergrund

Thüringen ist das geistige Zentrum der am Nationalsozialismus orientierten Black Metal-Szene in Deutschland. Protegiert wird die Szene durch die Arbeit von Hendrik (Wolf) Möbius, dem Sänger der NS-Black Metal-Band Absurd, die Anfang 1992 gegründet wurde. Berühmtberüchtigt wurde die Band wegen des Mordes an ihrem Schulkameraden Sandro Beyer. Das Verbrechen kommentierte Möbius im Szene Almanach 1998: "Nun, am 29.4.93 entschlossen wir uns, dem Leben eines lebensunwerten Geschöpfes ein Ende zu setzen. So ist es geschehen ..." (5). Möbius und der Rest der Gruppe wurden zu acht bzw. sechs Jahren Jugendstrafe verurteilt. (6). Nachdem Möbius Anfang 1998 aus dem Gefängnis entlassen wurde, setzte er seine "Arbeit" umgehend fort: Die Band wurde wiederbelebt und der Musikversand und das Plattenlabel Darker than Black (DTB) gegründet. (7) Nach wie vor ist Black Metal für ihn unlösbar mit der nationalsozialistischen Ideologie verbunden, wie ein Interview mit dem Fanzine Stormblast zeigt.

Stormblast: "Black Metal kann als ein weit entferntes Widerhallen der Klagelieder der gefallenen Engel aus den Tiefen von Satans düsterem Gefängnis gesehen werden. Jedoch vermischt eine zunehmende Anzahl von Bands die authentische Black Metal Sache mit ihren politischen Vorlieben/Rasse/Reinheit und Nazi Ideologie. Denkst Du, daß diese Sachen wirklich etwas mit Black Metal zu tun haben?" Absurd: "Aber natürlich! Black Metal ist keine normale Musik oder eine andere Form des Heavy Metal, es ist hörbare Ideologie verbunden mit Philosophie! Black Metal bedeutet als erstes Extremismus, nichts kann zu extrem sein, wenn man mit Black Metal verbunden sein will. Für mich persönlich ist der deutsche Nationalsozialismus die vollkommendste (und einzig realistische!) Synthese aus satanischem/luziferischen Willen zur Macht, dem elitären Sozialdarwinismus verbunden mit arisch-germanischem Heidentum. Ich heiße jede Black Metal Band willkommen, die sich dem NS-Flügel in unserer Black Metal Bewegung anschließen will. Für jene, die meinen Standpunkt nicht verstehen wollen/können, kann ich nur erklären: WIR SIND DIE MACHT! Sie werden das sicherlich verstehen, früher oder später ..." (8).

Möbius war es auch, der die deutsche Sektion der Allgermanischen Heidnischen Front gründete, für die er nicht nur in Black Metal-Kreisen wirbt, sondern auch in der NS-Skinhead-Szene. Eine erste Vorstellung der AHF erfolgte in dem Skinhead Magazin Blood & Honour Deutschland (9) im vergangenen Jahr, die ihre Wirkung gezeigt haben muß - seine Kontakte in die NS-Skinhead Szene sind bisher gut gediehen: In der aktuellen Ausgabe des Skinhead-Fanzine Freya aus Neubrandenburg berichtet er von einer Fahrt mit Kameraden zu den Extersteinen am 31.10.1998: "Erst einmal wurde eine zünftige Fotosession mit wunderschönen Fahnen etc. am Fuß der Extersteine abgehalten, die jedem Staatsschützer die Freudentränen in die Augen getrieben hätte. Dann erklommen wir einen Felsen und nahmen auf der Plattform unsere gemeinsame rituelle Feierstunde vor." (10) Zur Zeit sitzt Möbius erneut auf der Anklagebank. Auf einem Konzert in Behringen am 26.09.1998 zeigte er "Kennzeichen verbotener Organisationen" (§86a StGB). Sein Rechtsanwalt ist Peter Stöckicht aus Rostock, der unter anderem auch als Anwalt für die NPD fungiert. Möbius und seine Band Absurd können als deutsches Gegenstück zu Vikernes und seiner Gruppe Burzum gesehen werden. Ihr Ruf in der Szene basiert auf den begangenen Morden, die ihre Anhänger als Zeugnis besonderer Glaubwürdigkeit begreifen.

Im Angebot von Darker Than Black Records befinden sich nur Tonträger oder Fanzines des NS-Black Metal. Die vertretenen Bands scheinen laut Werbetexten ihren Idolen kaum nachzustehen: Winterschlacht: "Extrem schwer erhältliches Teil, besonders nachdem der Macher dieser Band (Mord Vollstrecker) auf der Flucht vor den Z.O.G.lingen (11) untertauchen mußte.", Mjölnir (Köln): "Dieses Album macht Dich rasend ... TÖTEN FÜR

WOTAN!!!", Aryan Blood (Stockstadt): "Eine weitere musikalische Zyklon-B-Dusche ...!" und Galgenberg (Polen): "Ein verdammt geniales B.M. Demo aus den ostdeutschen Gauen!". Der Sampler The Night & the Fog - A Tribute to the NS Black Metal Underground, auf dem alle namhaften Bands der Szene vertreten sind, markiert die internationale Dimension. Diese Zusammenstellung ist Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen DTB, Dungeons of Darkness (USA) und den Moribund Records (USA). Als namhafte Band aus Deutschland ist Absurd auf der CD vertreten. Der Vertrieb in Deutschland erfolgt im übrigen über DTB. (12)

Eine besondere Rolle für die NS-Black Metal-Szene kommt dem Plattenlabel No Colours aus Borna (Sachsen) zu. No Colours verfügt in der Metal-Szene über eine breite Akzeptanz, die einerseits aus deren reichhaltigem Angebot an extremen Black Metal-CDs und ihrem Engagement als Label resultiert, aber wohl auch auf ihre Zurückhaltung hinsichtlich politischer Aussagen in der Öffentlichkeit zurückzuführen ist. Daß No Colours ebenso zur NS-Black Metal-Szene gehören wie DTB, mit denen sie gemeinsam eine Domain im Internet betreiben, dokumentieren die Bands, die bei ihnen unter Vertrag sind. Die Vorzeigeband des Labels ist die antisemitische polnische Band Graveland - neben Absurd und Burzum die wichtigste Band des NS-Black Metal. Aber auch die NS-Black Metal-Bands Nagaroth, Absurd und Falkenbach veröffentlichen bei No Colours.

No Colours ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil es den Bands eine Verbreitung über den Rand der eigenen Szene hinaus ermöglicht. Werbeanzeigen und Tonträgerrezensionen des Labels sind breit gestreut und auch in Publikationen vertreten, die aufgrund der Auflagenhöhe bereits den Sprung in die Bahnhofskioske geschafft haben - so zum Beispiel die Zeitschriften Ablaze und Legacy (Deftone-Nachfolgeprojekt, Startauflage 15.000). Beide Zeitungen verstehen sich eher als unpolitisch und fühlen sich lediglich der Musik verpflichtet. Was das in einem solchen Fall heißt, bleibt fragwürdig.

"Szeneübergreifende Einheitsfront"

Varg Vikerness, Burzum und seine ideologischen Phrasen sind der Auslöser für das Interesse von neonazistischen Skinheads für den Black Metal. In der sechsten Ausgabe des deutschen Blood & Honour Magazin aus Berlin wurde ein zweiseitiges Interview mit Vikernes abgedruckt und für Sympathie und Unterstützung bei den Skinheads geworben. Auch Rock Nord aus Langenfeld wartete bereits mit einem Artikel zu Burzum auf. Das Interesse der Nazi-Skinheads bewegt sich zur Zeit überwiegend noch auf der Ebene von Werbung für die Musik und die Szene der anderen. Konkrete Zusammenarbeit ist aber im Entstehen.

Eine erste relevante Kooperation entstand zwischen Möbius (DTB) und Mirco Hesse (Hate Records). Hesse ist Skinhead, führendes Mitglied der Hammerskins Sachsen und Herausgeber des Nazi-Skinhead-Fanzine Hass Attacke. Seit mittlerweile zwei Jahren betreibt er das Plattenlabel Hate Records in Neustadt (Sachsen), auf dem er Bands verlegt, die nicht dem klassischen RechtsRock entsprechen. Mit der 1998 veröffentlichten Single Eine Nacht auf der Wewelsburg der Band Voice of Blood war er in Deutschland einer der ersten, die im Bereich des RechtsRock das Repertoire auch für andere Musikrichtungen öffneten - in diesem Fall für eine Dark Metal Band. Es folgten weitere Veröffentlichungen vor allem ausländischer Bands, die musikalisch eher dem Hardcore-Genre zuzurechnen sind. Verbindendes Element ist die gemeinsame politische Gesinnung.

Aus der ersten Zusammenarbeit zwischen DTB und Hate Records ging die Veröffentlichung der CD Hinweg über die Tore der Zeit der Kölner NS-Black Metal-Band Mjölnir hervor. Die Zusammenarbeit funktioniert scheinbar prächtig. Seit neustem fungiert DTB als offizielles Sublabel von Hate Records: "Dadurch kann man unsere Produkte zwar noch immer nicht im MÜLLER-Markt kaufen, aber dieses Bündnis ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Szeneübergreifenden (Fehler im Original) Einheitsfront gegen Trend und Kommerz" (13), so das Statement dazu.

Die politische Gesinnung, der Bezug auf Heidentum bzw. Germanentum und Nationalsozialismus sind die verbindenden Elemente, die die beiden im Grunde sehr unterschiedlichen Jugendszenen zueinander bringen. Das Fanzine Der Kreuzritter der neonazistischen Skinheadszene Franken hat mit der dritten Ausgabe seinen Mitarbeiterstamm um zwei Black Metaller vergrößert, die ein Heft im Heft unter dem Namen Blutaar gestalten. Zielsetzung ist, so das Vorwort, "den Zusammenhalt zwischen BM und NS zu fördern."

NS-Black Metal ist "in" bei rechten Skinheads. Im neuen Moin, Moin aus Leer wird ein Interview mit Burzum geführt, die aktuelle Rock Nord wartet mit einem Interview mit Barad Dûr auf, beim Plattenversand Ohrwurm Records ist Graveland der neue Tip, und durchgängig werden in der Rubrik "Plattenrezensionen" der rechten Skinhead Fanzines die Tonträger des NS-Black Metal-Underground lobend besprochen.

Aber scheinbar kündet auch aus dem Darkwave-Genre erstes Interesse. In einem Interview gibt Möbius an, daß das Lied Sonnenritter auf der im Erscheinen begriffenen Mini-CD Asgardsrei von zwei Musikern aus der Darkwave Szene stammt. Sie haben es komponiert und miteingespielt. "Einer dieser Musiker wurde recht bekannt durch die Affäre seines Rauswurfs aus einer Band, welche bei SONY MUSIC unter Vertrag steht. Wir kennen ihn schon seit längerer Zeit und finden an seinem Schaffen immer wieder Gefallen." (14) Die Rede ist von Josef Klumb und der Band Weissglut. Klumb ist in der Öffentlichkeit kein Unbekannter, gilt er doch als Vertreter der rechten Darkwave-Szene mit guten Kontakten zu dem als rechtsextrem einzustufenden Werner Symanek und dessen Verlag und Plattenlabel Verlag und Agentur Werner Symanek (VAWS). (15)

Black Metal Musik ist ein etablierter Bestandteil des Heavy Metal, die Bands des Genres verfügen teilweise über Verkaufszahlen, die weit über 10.000 Exemplaren liegen. Die Bands des NS-Black Metal gehören wohl eher nicht zu diesen Verkaufsschlagern - mit Ausnahme von Burzum und Graveland. Eine Reflexion über den NS-Kult innerhalb der Black Metal-Szene findet allerdings kaum oder gar nicht statt. Dabei kann der NS-Black Metal als ein weiteres Segment einer sich verbreiternden rechten Jugendkultur gesehen werden, die schon lange die Stupidität der sich ständig wiederholenden Skinhead Rock-Platten hinter sich gelassen hat. Der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen beiden Szenen schreitet voran. Der NS-Black Metal ist dabei eine zahlenmäßig vielleicht eher kleine Stilrichtung. Seine Szene ist aber aufgrund ihres extremen Auftretens und der verübten und verherrlichten Morde und Brandstiftungen besonders gefährlich.

Fehlende Reflexion

Die großen Metal-Magazine wie Metal Hammer oder Rock Hard schweigen diese Thematik meistens tot. Andere Zeitungen wie Ablaze oder Legacy verbergen sich hinter einer unpolitischen bzw. pseudokritischen Attitüde und protegieren die Bands gleichzeitig. In der jüngsten Ausgabe des Legacy wird ein zweiseitiges Interview mit der antisemitischen polnischen Black Metal-Band Graveland unter der Überschrift "Polnischer Stolz" geführt. Eingeleitet wird es mit den Worten: "Die Meinungen zu dieser Band reichen von absoluter Ablehnung bis hin zu uneingeschränkter Sympathie. Ich persönlich mochte ihre Musik schon immer. [...] Vorab die Erklärung, daß ich einige seiner Ansichten ablehne, jedoch offen bin für die Diskussion kontroverser Ansichten. [...] Bildet Euch also Eure eigene Meinung!" (16) Es folgt ein Konglomerat von rassistischen Ideen und angedeuteten NS-Ideologie-Fragmenten, denen der Interviewer versucht, "kritisch" zu begegnen. Zum Ende führt er sich selbst allerdings ad absurdum, wenn er schreibt, daß er Ideologie und Musik trennen könne. Denn gerade auf diesen Zusammenhang baut der NS-Black Metal auf: Ideologie ist originärer Bestandteil der Texte, die nun mal Teil der Musik sind.

Neonazistische Musik erhält somit ihren ersten Einzug in etablierte Szene-Zeitungen, die über jeden Verdacht erhaben schienen. Die musikbegeisterten Leser dieser Zeitungen werden sich beim bevorstehenden Graveland Konzert am 30.10. in Ostdeutschland wohl wundern, wer da alles neben ihnen steht. Organisiert wird es von DTB und Hate Records. Die Veranstalter sind wohl Garant dafür, daß es eine Veranstaltung für die deutsche Neonazi-Szene wird - egal ob Skinhead oder Metaller!

Christian Dornbusch

Anmerkungen:

1) Sounds of Death Magazine, No. 5, Winter 1995.

2) Homepage der AHF, 14.06.1999.

3) Siehe dazu: Thilo Thielke: Geister der Vergangenheit, in: Der Spiegel, Nr. 50 (1998), S. 50f.

4) Aufruf, in: Leichenkuß 1, Duisburg.

5) Szene Almanach 1998, S. 4.

6) Siehe ausführlicher: Liane von Billerbeck; Frank Nordhausen: Satanskinder. Der Mordfall Sandro B., 1997.

7) Siehe auch: Jean Cremet: Deutsche Waldgemeinschaft, in: Jungle World, Nr. 21, 19.05.1999.

8) Stormblast, Nr. 2-3, 1999.

9) Blood & Honour sowie die Hammerskin Nation sind neonazistische Skinhead-Netzwerke, die versuchen, mittels Kultur - vor allem über Musik, Konzerte, gemeinsame Reisen usw. - NS-Ideologie zu verbreiten.

10) Freya, Nr. 7, 1999.

11) ZOG = "Zionist occupied government", Bezeichnung für eine antisemitische Weltverschwörungstheorie.

12) Searchlight, Nr. 288, Juni 1999.

13) D.T.B.-Katalog II/99.

14) Moin, Moin, Nr. 3, 1999.

15) Siehe dazu: Der Spiegel, Nr. 44 (1998), S. 304, sowie die zahlreichen Aufsätze von Alfred Schobert am DISS.

16) Legacy, Nr. 1, 1999, S. 52.

Black Metal

Black Metal ist eine Stilrichtung des Heavy Metal und Anfang der 80er Jahre entstanden - maßgeblich kreiert von der britischen Band Venom, deren zweiter Album-Titel Black Metal (1982) als Namensgeber anzusehen ist. Black Metal-Musik ist als Steigerung des Heavy Metal zu verstehen und läßt sich als eine extreme Musik beschreiben, die sich im Bereich brutaler Knüppelorgien, überwiegend monoton krachiger Gitarren-Riffs und dem infernalischen Kreischen des Sängers in Abwechslung mit teilweise orchestralem bzw. elektronischem Death Ambient bewegt. Inhaltlich wird im Black Metal in erster Linie die Ablehnung des Christentums zum Ausdruck gebracht - bildlich etwa in Form umgedrehter christlicher Kreuze -; demgegenüber steht die Glorifizierung des Teufels.

Hintergrund, so die immer gleichlautende Aussage in Interviews mit Black Metal-Musikern, ist der Widerspruch zwischen Anspruch und Realität der christlichen Heilslehre, insbesondere im Hinblick auf das Gebot der Liebe und dem realen Machtstreben der Kirche gestern und heute. Statt Sozialkritik beziehen sie sich positiv auf ein imaginäres Böses in enger Anlehnung an christliche Vorstellungen von dem "Gehörnten", der ihnen authentischer erscheint. Angereichert wird dieser "Satanismus" mit Anleihen aus dem Horror- und Phantasie-Genre. Schmerz und Leid, Krankheit und Tod, Krieg und Apokalypse sind Bezüge in den Texten jener Bands.

Insbesondere bei den frühen Black Metal-Bands ist der Inhalt Ausdruck einer klassischen Anti-Haltung, die sich häufig in einer hedonistischen "Tu-was-dir-gefällt"-Mentalität äußerte. Das Etablissement soll mit möglichst krassen Mitteln provoziert werden, oftmals verbunden mit einem deftigen schwarzen Humor. Satanismus bedeutet dabei nicht ein festes Bezugssystem, sondern unterliegt der Interpretation jeder einzelnen Band. Diese anfängliche Anti-Haltung, die bis heute bei den Bands des sogenannten Mainstream dominiert (etwa bei Dimmu Borgir oder Cradle of Filth), wandelte sich bei einem nicht unbedeutenden Teil der Szene in zwei nahe beieinander liegende Richtungen: Einige Bands wandten sich okkulten Gruppen zu und folgten den Ideen bekannter Okkultisten wie Aleister Crowley und Anton LaVey und dessen Church of Satan.

Seit dem Ende der 80er Jahre beziehen sich mehr und mehr Black Metal-Bands auf heidnische Vorstellungen, allen voran auf die mystischen Ideen der Edda und deren nordeuropäischer Götterwelt. Die Natur wird von ihnen mystisch verklärt und ein Leben im Einklang mit den "Gesetzen" der Natur propagiert, die zu einem nicht unwesentlichen Teil sozialdarwinistisch konnotiert sind. Insbesondere Gruppen aus Skandinavien orientieren sich an den Mythen und Geschichten aus der Zeit vor der Christianisierung ihrer Länder: Der Wikinger oder Nordmann gilt ihnen als menschliches Ebenbild jener Zeit und wird als starker, tapferer Krieger und Eroberer assoziiert. Dessen göttliches Pendant stellt der Kriegsgott Thor dar, der durch seine Waffe, den Hammer Mjölnir, symbolisiert ist. In der Black Metal-Szene ist dieser Hammer allgegenwärtig und taucht vor allem als Schmuckstück auf.

Anfang der 90er Jahre radikalisierten sich die antichristlichen Positionen in der Black Metal-Szene in Skandinavien. Besonders Norwegen avancierte in dieser Zeit zum Mekka der Szene. Der verbalen Radikalität folgten direkte Aktionen - bevorzugte Ziele waren Kirchen: Im Zeitraum von 1992 und 1998 wurden 47 Kirchen bis auf ihre Grundmauern niedergebrannt. Bildlicher Ausdruck der Radikalität ist etwa das Plattencover der

zweiten LP der norwegischen Band Burzum, auf dem die brennende Fantoft Kirche zu sehen ist. Die Platte trägt den sinnreichen Namen "Åske" (Asche), die ersten 100 Exemplare wurden mit einem Feuerzeug mit gleichem Schriftzug vertrieben. Aber auch Menschen wurden schon zum Ziel von Attentaten. Vor allem Homosexuelle, die dem Black Metal-Konzept von Natürlichkeit und Männlichkeit widersprachen, zählten zu den Opfern. Mit diesen "direkten Aktionen" legitimierte sich der "wahre Black Metal-Underground" in Abgrenzung zu jenen, die derartige Mittel als Idiotie ablehnten.

25. "Dann kam die deutsche Macht." Ein Buch über Konzentrationslager für Kinder

Autor: ch. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:30

Nach einem Besuch der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" haben einige KölnerInnen die Projektgruppe Belarus gegründet. Ihre Begegnungen mit ehemaligen KZ-Häftlingen aus Weißrußland führte sie zu einer umfassenden historischen Spurensuche nach den Lebensbedingungen von Kindern in Konzentrationslagern. Die Ergebnisse dieser Suche und Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte hat die Gruppe in einem Band festgehalten, der sich mit einem bislang wenig untersuchten Thema beschäftigt: Konzentrationslager für Kinder.

Im Rahmen ihrer Jugendpolitik begannen die Nazis 1939 mit der Errichtung von Lagern eigens für Kinder. Das erste sogenannte Jugendschutzlager wurde 1940 in Moringen (in der Nähe von Göttingen) eingerichtet. Zwei Jahre später entstand das Jugend-KZ Uckermark für Mädchen. Es lag in unmittelbarer Nähe zum Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. In den ersten Jahren wurden dort vor allem Jugendliche eingewiesen, die als "verwahrlost" oder "asozial" galten. Erst ab 1943 kamen Jugendliche hinzu, die politisch aktiv waren bzw. als "unangepaßt" bezeichnet wurden. Anfang 1943 wurden Überlegungen der SS zur Errichtung von "Kinder- und Halbwüchsigen-Sammellagern" in Osteuropa konkretisiert. Die Lager sollten in erster Linie zur Verwahrung von Bandenkindern dienen - so wurden alle Kinder und Jugendliche genannt, deren Eltern als Partisanen kämpften.

Im besetzten Polen wurden 1943 bzw. 1942 in Lodz-Konstantynow und Potulice Jugendkonzentrationslager eingerichtet. In das Lager Lodz-Konstantynow wurden vor allem Kinder und Jugendliche aus Weißrußland, Ukraine und Rußland verschleppt, insgesamt rund 1.300 Kinder. Sie kamen meist über Majdanek, Auschwitz und Potulice. Potulice diente erst ab dem Winter 1943/44 als "Ostjugendbewahrlager" für Kinder und Jugendliche aus der Sowjetunion und Polen. Beide Lager bestanden bis zum Januar 1945, als sie von der Rote Armee befreit wurden. Diese Lager sollten der Abschreckung der polnischen Jugend dienen; ihre Existenz wurde daher nicht geheimgehalten. Die Angst der Jugendlichen, in einem solchen Lager zu enden und die Angst der Eltern, ihr Kind zu verlieren und es an einem solchen Ort zu wissen, sollte die Kontrollierbarkeit der polnischen Bevölkerung gewährleisten.

Wie die Kinder in diesen Konzentrationslagern lebten, dokumentieren die Interviews, die die Projektgruppe Belarus mit ehemaligen Gefangenen geführt hat. Es wird deutlich, daß Kinder und Jugendliche in den Lagern den gleichen Bedingungen ausgesetzt waren wie Erwachsene. Für sie galten die gleichen Anordnungen, Vorschriften und Tagesabläufe. Sie lebten in ständiger Todesangst und wurden zu Zwangsarbeit herangezogen; ihre Ernährung war katastrophal. Bestrafungen wurden von den KZ-Wächtern willkürlich durchgezogen. Auch an Kindern und Jugendlichen wurden medizinische Versuche vorgenommen, um neue Medikamente zu testen. Einige der Interviewten berichten auch, daß sie Blut spenden mußten, damit verwundete deutsche Soldaten medizinisch behandelt werden konnten. Die Kinder standen in der Lagerhierarchie ganz unten. Sie waren der Willkür und Ausbeutung durch SS und Kapos meist schutzlos ausgeliefert.

Neben den Interviews wird in weiteren Beträgen u.a. auf die Geschichte der deutschen Ostplanungen, die jüdische Bevölkerung in Belarus und die Sozialisation und Traumatisierung von Kindern und Jugendlichen in Konzentrationslagern eingegangen. Diese Beiträge runden den Band ab und geben die Möglichkeit, sich über viele Einzelheiten zu informieren. Das Buch zeigt, daß es auch über 50 Jahre nach dem Ende der Naziherrschaft noch einige weiße Flecken gibt in der Geschichtsschreibung über diese Zeit.

ch.

Projektgruppe Belarus (Hrsg.) "Dann kam die deutsche Macht" - Weißrussische Kinderhäftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1941-1945, Köln 1999, 205 Seiten, 18,- DM, ISBN 3-932248-06-6.

26. Deutsche Einzeltäter - ausländische Banden

Autor: ch. · Rubrik: Medien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:17

Wer kennt sie nicht, die Berichte und Nachrichten über afrikanischen Dealer, die russische Mafia und türkische Bankräuber. Nicht nur die Regenbogenpresse bedient diese rassistischen Muster. Auch sogenannte seriöse Zeitungen sind davon nicht frei. MitarbeiterInnen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) haben in einer von der Landesregierung NRW in Auftrag gegebenen Studie die Medienberichterstattung über Straftäter ausländischer und deutscher Herkunft analysiert. Ziel der Analyse war es "Anregungen für eine nicht-diskriminierende mediale Behandlung dieses diffizilen Teilbereichs des Einwanderungsdiskurses zu erarbeiten." (S. 10)

Sechs Printmedien - Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine, Bild, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Rheinische Post und Der Spiegel - wurden im Zeitraum vom 1. August bis 31. Oktober 1997 untersucht. Insgesamt wurden 2.400 Artikel ausgewertet und nach diskursanalytischen Gesichtspunkten bewertet. Überprüft wurde dabei die These, ob "die rassistische Aufladung des Einwanderungsdiskurses durch die Medien nach dem Asylkompromiß verstärkt durch Berichte über kriminelle Ausländer vorgenommen wird." (S. 13) Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob und inwiefern es einen Unterschied in der Berichterstattung über Straftäter ausländischer und deutscher Herkunft gibt. Wichtig ist den AutorInnen die Einbindung der Berichterstattung in den rassistischen Diskurszusammenhang.

An den Beginn ihrer Untersuchung stellen die AutorInnen deshalb diskurstheoretische Überlegungen. Bildet der Mediendiskurs die gesellschaftliche Realität ab - reproduziert er sie -, oder nimmt er auf sie Einfluß? Die AutorInnen gehen davon aus, daß der Mediendiskurs "nicht nur und nicht einmal in erster Linie Realitäten abbildet, sondern daß er vielmehr diese Realität ist und als Applikationsvorgabe für gesellschaftliches und individuelles Handeln funktioniert, (Massen) Bewußtsein nicht nur informiert, sondern formiert." (S. 19, Herv. im Original). Diese Feststellung ist insofern wichtig, weil dadurch deutlich wird, daß die in den Medien vermittelten Bilder mit Machtwirkungen verbunden sind und neue Wirklichkeiten schaffen. Für die AutorInnen ist bei ihrer Analyse die Frage entscheidend, wie "möglicherweise unbeabsichtigte Effekte zukünftig vermieden werden können." (S. 19)

Im Hauptteil des Buches erfolgt anschließend die Analyse der erhobenen Artikel und Berichte. Neben einer statistischen Auswertung, werden exemplarisch an Artikeln jeder Zeitung Diskursanalysen vorgenommen. Deren Ergebnisse werden anschließend zusammenfassend verglichen. Die Resultate des Vergleichs sind nicht sonderlich überraschend. Während über die Berichterstattung über deutsche Straftäter festgestellt wird, daß "im allgemeinen der Personenschutz dieser Menschen gewahrt bleibt" (S. 161) - Ausnahme sind Personen, die der Öffentlichkeit bereits bekannt sind -, erfolgt "bei ausländischen Straftätern meist der Hinweis auf ihren Status dadurch, daß ihre Nationalität und/oder Herkunft direkt angesprochen wird. Weitere Markierungen erfolgen durch Beschreibungen ihres Aussehens und/oder der Bemängelung ihrer Sprachkenntnisse." (S. 162) Jede Zeitung hat ihre eigenen Charakteristika. So werden z.B. in der Berichterstattung der FR häufig ausländische Straftäter mit Drogen-, Schmuggel- und Bandenkriminalität in Verbindung gebracht. In der Berichterstattung des Spiegel fällt auf, daß Ausländer in der Regel im Zusammenhang mit Organisierter Kriminalität auftauchen.

Gemeinsam haben alle untersuchten Zeitungen "die auffallende Tendenz, ausländischen Tätern mehrere Delikte zuzuordnen." Diese Straftaten werden dann auch - im Gegensatz zu deutschen Straftätern - durch lange Aneinanderreihungen besonders hervorgehoben. "In allen Artikeln wird bei der Veranschaulichung dieser Situation auf das System kollektiver Symbolik rekurriert, in dem Innenwelt (= Deutschland) als geordneter Zusammenhang und die Außenwelt als bedrohliches Chaos, das Unordnung und Krankheit in sich birgt und nach Deutschland hineinzutragen begonnen hat, imaginiert wird." (S. 163)

Diese Berichterstattung, so schließen die AutorInnen, verstärkt das Bild der Gefährdung der deutschen Gesellschaft durch Ausländer. Denn die Berichterstattung vermittelt den Eindruck Nicht-Deutsche gingen organisiert vor und besonders bedrohlich sei, daß sie sich auf deutschem Boden aufhielten. "Vor dem Hintergrund der Debatte um die Innere Sicherheit und die sogenannte Ausländerkriminalität ruft eine solche Darstellung auch die Forderung nach schärferen Ausweisebestimmungen hervor." (S. 164)

Die AutorInnen sind sich bewußt, daß die Analyse nur ein Ausschnitt des Diskurses der bürgerlichen Öffentlichkeit darstellen. Um ein umfassendes Bild zu bekommen müßten neben weiteren Medien "der Mitte", auch Medien der Rechten und Linken mit einbezogen werden. Für den abschließenden Entwurf eines Leitfadens für JournalistInnen zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung ist das Ergebnis der Analyse allerdings ausreichend. Hier machen die AutorInnen konkrete Vorschläge, wie über ein und das selbe Ereignis weniger diskriminierend berichtet werden kann, ohne die journalistische Pflicht zur objektiven und wahrheitsgemäßen Berichterstattung zu verletzen.

Hervorzuheben ist, daß es den AutorInnen nicht darum geht JournalistInnen wegen rassistische Berichterstattung vorzuführen, sondern in erster Linie darum, wie aus Fehlern gelernt werden kann. Deshalb ist das Buch allen empfohlen, die ihren eigenen Sprachgebrauch kritisch überprüfen wollen.

ch.

M. Jäger u.a.: Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden, Medien und Straftaten, Duisburg 1998, 242 Seiten, DM 28,-.

27. Der absehbare Tod des Sudanesen Aamir Ageeb

Autor: Gabi Ohler · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:35

Am 28. Mai 1999 starb der Sudanese Aamir Ageeb an Bord einer Lufthansa-Maschine. Er sollte über Ägypten in den Sudan abgeschoben werden - ein Land mit einer äußerst prekären Menschenrechtssituation. Es verwundert deshalb nicht, wenn eine zwangsweise Abschiebung "bei den Abzuschiebenden zwangsläufig zu Verzweiflungsreaktionen führt, ist doch ihr Leben durch die Auslieferung in den Verfolgerstaat unmittelbar bedroht". (1)

Aamir Ageeb hatte mehrfach und eindeutig erklärt, er würde sich lieber umbringen, als in den Sudan zurückzukehren. Einem Bericht des Bundesinnenministeriums (BMI) an den Innenausschuß des Deutschen Bundestages vom 17.6.1999 ist zu entnehmen, daß er bereits acht Tage vor dem anberaumten Abschiebungstermin versuchte, sich in der Zelle "mit einer in Streifen zerrissenen Decke zu strangulieren".

Nach der Darstellung des BMI handelt es sich bei der Gegenwehr von Ageeb um Renitenz eines notorischen Gewalttäters. Bereits "1995 und 1998 wurde Herr Ageeb durch Strafbefehl wegen versuchter Nötigung rechtskräftig zu Geldstrafen verurteilt. 1999 wurde gegen ihn ein Strafbefehl wegen versuchter Störung öffentlicher Betriebe erlassen". (2) Außerdem wurden bei der Staatsanwaltschaft Itzehoe Anklage wegen sexueller Beleidigung einer Schülerin und ein Ermittlungsverfahren aufgrund einer Anzeige seiner geschiedenen Ehefrau wegen Vergewaltigung in der Ehe eingeleitet. Weiter heißt es im BMI-Bericht: "Aufgrund der geschilderten Vorfälle wurde Herr Ageeb anläßlich der Vorbereitung seiner Rückführung vom Regierungspräsidenten Karlsruhe - Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge - gegenüber dem Bundesgrenzschutzamt Flughafen Frankfurt am Main als gewalttätig und renitent eingestuft."

Vielleicht war es doch Verzweiflung? Auch an seinem Todestag äußerte Ageeb Suizidabsichten und wollte sich nicht mit dem von staatlicher Seite verhängten Urteil abfinden. Schon während seines Transports zum Flughafen, der von fünf Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS) begleitet wurde, schlug Ageeb "seinen Kopf gegen die Fensterscheibe des Fahrzeuges. (...) Im Anschluß daran mußte Herr Ageeb in das Flugzeug getragen werden, da er sich weigerte, es freiwillig zu betreten. Er wurde sodann auf dem Mittelsitz der letzten Dreier-Sitzreihe des Flugzeugs angeschnallt, wobei aus Sicherheitsgründen weder die Fesselung noch der Integralhelm abgenommen wurde."

Auch während des Startes der Maschine zeigte Aamir Ageeb immer noch keine Einsicht in die Ausweglosigkeit seines Widerstandes und versuchte "sich - trotz Fesselung und angelegtem Sitzgurt - aus dem Sitz zu stemmen, und er begann laut zu schreien". Offensichtlich wußten die begleitenden BGS-Beamten keine andere Möglichkeit, als Ageeb zur Sicherung der Abschiebung ruhigzustellen. Dies bedeutete: Zwei BGS-Beamte drückten ihn in den Sitz, sein Oberkörper dabei nach vorne in Richtung Oberschenkel gedrückt. Der dritte Beamte "drückte zusätzlich dessen Kopf nach unten. In dieser Haltung wurde der Rückzuführende während des gesamten Startvorgangs festgehalten." Als die drei Aamir Ageeb danach wieder in eine aufrechte Körperhaltung brachten, war er tot.

Positional-Asphyxia- Phänomen

Noch ist die genaue Todesursache Ageebs nicht geklärt. Informationen darüber sind zur Zeit auch nicht öffentlich, da die Staatsanwaltschaft Frankfurt am 2. Juni ein Ermittlungsverfahren gegen die drei BGS-Beamten wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet hat. Dennoch gibt es Vermutungen, Ageeb könnte aufgrund körperlicher Anstrengung und mangelnder Sauerstoffversorgung schlicht erstickt sein.

Laut einer vom IPPNW vorgestellten US-amerikanischen Studie kann bei Festnahmen mit hoher Gewaltanwendung der Tod eintreten, wenn Betroffene aufgrund heftigster körperlicher Anstrengung, die durch Gegenwehr und Panik verursacht sein kann, einen erhöhten Sauerstoffbedarf haben, gleichzeitig aber die Atmung durch körperliche Behinderung eingeschränkt ist. Dies ist der Fall, wenn die Person in eine atemwegbehindernde Sitzposition gebracht wird, z.B. indem der Oberkörper nach vorne gedrückt wird. Bei maximalem Streß kann "eine Drosselung der Luftzufuhr schon in weniger als einer Minute mit einem Sauerstoffdefizit von 100 l zum Tode führen". Auch ein Marathonläufer würde es nicht überleben, würde er nach einem Lauf genötigen werden, seinen Sauerstoffbedarf durch einen Strohhalm abzudecken.

Es ist verwunderlich, daß es in Deutschland nicht schon häufiger zu Todesfällen bei Abschiebungen gekommen ist. Dem BMI-Bericht zufolge kam es "im Zeitraum vom 01. Januar 1998 bis zum 30. April 1999 zu 33 Fällen von Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte in Verbindung mit einer Körperverletzung der Beamten". Allerdings wurden hier nicht die Fälle aufgeführt, in denen ausschließlich die Abzuschiebenden verletzt wurden oder es zu keiner Verletzung kam, obwohl sich die Abzuschiebenden gewehrt haben.

Daß die in dem Bericht genannte Zahl aber wesentlich höher liegt, lassen die Angaben von Klaus Ludwig, BGS-Sprecher am Frankfurter Flughafen, vermuten. Ihm sind alleine für den Frankfurter Flughafen seit Januar 1998 113 Fälle bekannt, in denen sich Abzuschiebende "zum Teil erheblich zur Wehr gesetzt hätten". (4)

Weitere Opfer

In über hundert Fällen mußten sich also BGS-Beamte etwas einfallen lassen, um die Abzuschiebenden ruhigzustellen. Laut IPPNW-Aussage vom März 1998 ist es "im öffentlichen Linienflug - ohne schalldämmende bauliche Maßnahmen - schlichtweg unmöglich, lautes Weinen und Schreien Abzuschiebender ohne Erstickungsgefahr zu unterdrücken". Nur eine beschränkte Sauerstoffzufuhr gewährleistet die Ruhigstellung der Betroffenen und die Aufgabe des Widerstandes.

Die Toten von Österreich und Belgien - Marcus Omofuma und Sémira Adamu - sind in den vergangenen Wochen wieder in den Blick der Medien geraten. Aber auch in Deutschland gibt es neben Kola Bankole und Aamir Ageeb weitere Opfer der unmenschlichen Abschiebepraxis. Nach heftigem Kampf erstickte am 15. Mai 1998 der 32jährige Nigerianer Agbai-John. Ein halbes Jahr später mußte der 27jährige Sudanese Abdellah F. wegen lebensbedrohlicher Atemnot ins Krankenhaus eingeliefert werden. Und am 11. Mai 1999 - 10 Tage nach Omofumas und 17 Tage vor Ageebs Tod - wurde ein Kurde aus Gaggenau "von vier BGS-Beamten mit Knien und Gesäß am Brustkorb belastet, geschlagen und getreten, so daß er ‚kaum noch Luft bekommen` habe". (5) Ganz gewiß handelt es sich hierbei um die Spitze des berühmten Eisberges. Eines schwarzen Eisberges - es mag Zufall nennen, wer will, die tödlichen Opfer der Abschiebepolitik - Bankole, Adamu, Omofuma, Ageeb - hatten alle schwarze Hautfarbe.

Die prompte Reaktion Otto Schilys sollte der Öffentlichkeit zeigen, daß es immer noch Politiker gibt, die sich nicht in zynischer Gleichgültigkeit ergehen, wenn in ihrem Verantwortungsbereich Menschen zu Tode kommen. Der Bundesinnenminister ordnete umgehend die vorübergehende Aussetzung von Abschiebungen an, bei denen mit Gewalt gerechnet werden muß und die von BGS-Beamten begleitet werden sollten. Baden-Württembergs Innenminister Thomas Schäuble, Hessens Ministerpräsident Roland Koch und Parlamentsvizepräsident Rudolf Seiters protestierten vehement gegen die Anordnung: Diese Entscheidung würde Abschiebehäftlinge geradezu zu gewalttätigem Widerstand ermuntern, weil dies der sicherste Weg sei, um in Deutschland bleiben zu können.

Ob es nun der Druck der Opposition oder Schilys Fürsorge für die Aufrechterhaltung der sogenannten Inneren Sicherheit und eines möglichst reibungslosen Abschiebesystems war, sei dahingestellt - bereits am 10. Juni verkündete er, daß in Kürze wieder abgeschoben werden könne. Im nur wenige Tage später veröffentlichten Bericht des BMI an den Innenausschuß hieß es zwar noch, um zukünftig eine tödliche Abschiebung zu vermeiden, "ist auch die Klärung der Todesursache von Herrn Ageeb durch die Staatsanwaltschaft von erheblicher Bedeutung". Vier Wochen nach Ageebs Tod war zwar nichts geklärt, das störte nun jedoch nicht mehr.

Am 25.6.1999 erklärte das BMI: "Aufgrund der inzwischen gewonnenen Erkenntnisse hat Minister Schily den Aussetzungserlaß mit sofortiger Wirkung aufgehoben." (6) Den Abschiebehörden wurden noch gute Ratschläge gegeben: "Bei Rückführungen ist unbedingt darauf zu achten, daß die freie Atmung des Rückzuführenden gewährleistet ist. Als Konsequenz wird ab sofort auf die Verwendung von Integralhelmen bei Rückführmaßnahmen verzichtet. Auch ist bei der Anwendung von körperlicher Gewalt - als Mittel des unmittelbaren Zwanges - dafür Sorge zu tragen, daß der Rückzuführende in einer Position verbleibt, die eine unbeeinträchtigte Atmung gewährleistet." Auch sollen mit ärztlicher Hilfe weitere tödliche Vorfälle vermieden werden: "Sofern bei den Landesbehörden tatsächliche Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft, Suizidgefährdung oder ähnliches bestehen, werden diese gebeten, vor der Überstellung an den BGS eine ärztliche Untersuchung des Rückzuführenden zu veranlassen und das Ergebnis dem BGS zu bescheinigen." Dazu ist lediglich anzumerken, daß der Deutsche Ärztetag in Cottbus Anfang Juni als Reaktion auf den Tod von Ageeb

folgendem Antrag zugestimmt hat: "Abschiebehilfen durch Ärzte in Form von Flugbegleitung, zwangsweiser Verabreichung von Psychopharmaka oder Ausstellung einer ‚Reisefähigkeitsbescheinigung` unter Mißachtung fachärztlich festgestellter Abschiebehindernisse, wie z.B. in Behandlung stehende Traumatisierungen, sind mit den in der ärztlichen Berufsordnung verankerten ethischen Grundsätzen nicht vereinbar." (7)

Ungelöste Probleme

Im Grunde ist nichts wirklich geklärt. Nicht, wie mit rassistischen Einstellungen von BGS- und Polizeibeamten umgegangen wird, nicht, wie verhindert werden soll, daß die Passagiere von einer Abschiebung nichts mitbekommen und die Flugsicherheit nicht beeinträchtigt wird. Auch ist nichts davon zu lesen, unter welchen Umständen Abschiebungen schlicht abgebrochen werden müssen. Und gänzlich unberührt bleibt in den Untersuchungen die Frage, warum sich Menschen so stark zu Wehr setzen, daß sie (tödliche) Verletzungen riskieren, um nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben zu werden. Es könnte ja sein, daß Politiker wie Bundesinnenminister Otto Schily und Länderinnenminister wie Thomas Schäuble und Günther Beckstein, die Gefolterte und Verfolgte in ihre Herkunftsländer abschieben, die unmenschliche Abschiebepraxis infragestellen müßten. In Sachen Innere Sicherheit und Abschottung sind sich die Großen Koalitionäre jedoch einig: Deutschland ist kein Zufluchtsland für Menschen, denen Gefahr für Leib und Leben droht.

Gabi Ohler

Anmerkungen:

1) Pressemitteilung der deutschen Sektion der Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW), vom 1.6.1999

2) alle folgende Zitate sind, wenn sie nicht anders gekennzeichnet sind, aus dem Bericht des BMI an den Innenausschuß

3) IPPNW, März 1998

4) Frankfurter Rundschau (FR) vom 1.6.99

5) IPPNW, Pressemitteilung 1.6.1999

6) Pressemitteilung des BMI vom 25.6.1999

7) Deutscher Ärztetag, Drucksache IV-30

28. Schnell, effizient, gnadenlos. Rot-grüne Abschiebepolitik auf hanseatisch

Autor: Claudia Leitsch · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:34

Am 19. Mai 1999 veröffentlichte die "Sozialpolitische Opposition Hamburg" ein vertrauliches Papier der Hamburger Innenbehörde vom 28. April 1999. Unter dem Titel "Rückführung vollziehbar ausreisepflichtiger Staatsbürger - Politische Ziele - Aktuelle Probleme" wird darin ein Horrorkatalog an Maßnahmen präsentiert, die nur ein Ziel haben: schneller, effektiver und häufiger abzuschieben. Denn: "Insgesamt ist festzustellen, daß die Zahl der durchgeführten Abschiebungen rückläufig ist, obwohl sich die Zahl der vollziehbar Ausreisepflichtigen erhöht hat." Und das, wo doch SPD und Grüne im Koalitionsvertrag die "konsequente" und "zügige" Abschiebung von "ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern" beschlossen hatten.

Ziel der Behörde ist die Beseitigung der "tatsächlichen Abschiebehindernisse", die dadurch entstehen, daß Flüchtlinge versuchen, die ihnen noch zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Erreicht werden soll dies vor allem durch die "ärztliche Begleitung von Rückführungen, insbesondere bei attestierter Suizidgefährdung" und durch das Vorhaben, Familien auseinander zu reißen, wenn ein Familienmitglied Abschiebungshindernisse geltend machen kann. Des weiteren sollen Petitionen, "die kurz vor der Abschiebung eingereicht werden und somit offensichtlich nur den Sinn haben, die bevorstehende Abschiebung zu vereiteln, keine aufschiebende Wirkung" haben. Um zu gewährleisten, daß die Flüchtlinge bei der Abschiebung anzutreffen sind, sollen Betroffene direkt in der Ausländerbehörde oder im Morgengrauen von Rollkommandos festgenommen werden. Ebenso ist eine Ausweitung der Abschiebehaft geplant.

Rollkommandos im Morgengrauen

Am 1. Juni 1999, nur wenige Tage nach Bekanntwerden der neuen Behördenpläne, wurde Murat E., ein 15jähriger kurdischer Jugendlicher völlig unerwartet bei der Duldungsverlängerung in der Ausländerbehörde festgenommen und in die Türkei abgeschoben, obwohl er minderjährig ist und ihm verschiedene ärztliche Atteste eine hohe Selbstmordgefährdung und Aggressivität in Konfliktsituationen bescheinigen. Murat E. wurde in Begleitung eines Arztes und dreier Mitarbeiter der Ausländerbehörde abgeschoben. Ein vom Rechtsanwaltsbüro eingelegter Eilantrag konnte die Abschiebung nicht mehr stoppen. Weder das Anwaltsbüro des Betroffenen noch der Vormund waren rechtzeitig von der bevorstehenden Abschiebung informiert worden.

Am 10. Juni 1999 kam es zu einer weiteren äußerst brutalen Abschiebung, die sich auf die Maßgaben des internen Papiers zurückführen läßt. Gegen 6.00 Uhr morgens überfielen mehrere PolizistInnen und MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde die ahnungslose Kurdin Nigar S., die mit ihren drei Töchtern bei ihrem Bruder wohnte. Sie fesselten sie mit Handschellen an Händen und Füßen und schleppten sie barfuß im Pyjama ins Auto. Ein Polizist schlug sie. Die Kinder wurden aus dem Schlaf gerissen. Frau S. mußte sich im Auto notdürftig anziehen, die Schuhe bekam sie erst nachmittags am Flughafen. Frau S. leidet an schweren Depressionen, nachdem ihr Ehemann Anfang 1998 an einer schweren Krankheit gestorben war. Drei Tage vor der Abschiebung hatte Frau S. noch auf der Grundlage einer persönlichen Vereinbarung des Leiters der Ausländerbehörde und einem grünen Abgeordneten im Petitionsausschuß eine sechswöchige Duldung erhalten. Diese sah vor, daß Frau. S. geduldet wird, solange sie eine Therapie erhält und wenn sie auf jegliche Hilfe zum Lebensunterhalt verzichtet.

Tatsächliche oder rechtliche Abschiebungshindernisse, die bisher den Flüchtlingen einen Schutz vor der Abschiebung boten, werden völlig ignoriert oder mit einem Federstrich aus der Welt geschaffen. Der Ausländerbehörde und ihrem Leiter Ralf Bornhöft (SPD) sind dabei vor allem ärztliche Atteste ein Dorn im Auge, die Flüchtlingen eine Reiseunfähigkeit bescheinigen. In der Vergangenheit ist es der Behörde auch deswegen nicht gelungen, diese Abschiebungshindernisse für unglaubwürdig zu erklären, weil bei den meisten Attesten auch die amtsärztliche Überprüfung eine Reiseunfähigkeit anerkennt: "Insofern trägt die regelmäßige Vorführung der abzuschiebenden Personen beim Amtsarzt zu keinerlei Entspannung der Situation bei." Nach den so genannten "Lösungsansätzen" des Behördenpapiers will sich die Ausländerbehörde nun über solche Hindernisse einfach hinwegsetzen: "Die Maßnahme einer ärztlichen Begleitung bzw. der Begleitung durch Pflegepersonen bei Abschiebungen wäre geeignet, die Anzahl der erfolgreich abgeschlossenen

Rückführungen deutlich zu erhöhen und würde überdies eine Signalwirkung entfalten, daß Abschiebungen durch die kurzfristige Vorlage von nur bedingt aussagefähigen Attesten nicht zu verhindern sind."

Ärztliche Beihilfe zur Abschiebung

In ihrer Willkür und Anmaßung setzt sich die Behördenleitung dabei sogar über einen Beschluß des Deutschen Ärztetages hinweg, der bindend für alle Ärzte ist. Vom 1. bis 5. Juni 1999 hatten die Delegierten in Cottbus getagt und dabei folgenden Entschließungsantrag verabschiedet: "Abschiebehilfe durch Ärzte in Form von Flugbegleitung, zwangsweiser Verabreichung von Psychopharmaka oder Ausstellung einer ‚Reisefähigkeitsbescheinigung' unter Mißachtung fachärztlich festgestellter Abschiebehindernisse wie z.B. in Behandlung stehende Traumatisierung sind mit den in der ärztlichen Berufsordnung verankerten ethischen Grundsätzen nicht vereinbar." Noch am Tag der Abschiebung von Frau S. hatte die Hamburger Ärztekammer der Ausländerbehörde diesen Beschluß zugefaxt, um die Abschiebung zu stoppen. Die Behördenleitung unterließ es jedoch, die beteiligten ÄrztInnen zu benachrichtigen.

In Fällen wie dem von Frau S. machen sich ÄrztInnen zu Bütteln der Ausländerbehörde. Über das Arbeitsamt auf Honorarbasis und nur für den Zweck der Abschiebebegleitung angeworben fragte der Arzt, der mit nach Istanbul fliegen sollte, Frau S. ständig, ob sie irgendwelche Beruhigungsmittel, sprich Psychopharmaka, haben wolle. Die am Flughafen eingeschaltete Amtsärztin, stellvertretende Leiterin des Gesundheitsamtes Altona, sah sich mit an, wie Frau S. in ihrer Verzweiflung zweimal versuchte, einem Polizisten die Pistole zu entreißen und sich zu erschießen. Mit den Worten "den Flug wird sie überleben" (taz vom 11.6.99) kommentierte sie ihre amtsärztliche Bescheinigung der Reisefähigkeit. Der Beauftragte für die gesundheitlichen Belange der MigrantInnen in der Hamburger Ärztekammer hat inzwischen angekündigt, gegen diese Amtsärztin Anzeige wegen Verstoß gegen das Berufsrecht zu erstatten.

Sowohl im Fall Murat E. wie auch im Fall von Frau S. rechtfertigte die Ausländerbehörde die Abschiebungen damit, daß im Vorwege das deutsche Konsulat in Istanbul informiert worden wäre, um zu organisieren, daß ÄrztInnen die Abgeschobenen in Istanbul in Empfang nehmen. In beiden Fällen warteten jedoch nicht ÄrztInnen am Flughafen, sondern die türkische Polizei, denen die Flüchtlinge von den deutschen Behörden übergeben wurden. Frau S. wurde mit ihren Kindern mehrere Stunden verhört; das deutsche Konsulat in Istanbul hat dementiert, von Hamburger Stellen um eine ärztliche Versorgung von Frau S. gebeten worden zu sein. (Hamburger Morgenpost, 12.6.99)

In beiden Fällen hat sich Hamburg als erstes Bundesland auch über den sog. Schily-Erlaß hinweggesetzt. Nach der Ermordung des Sudanesen Aamir Ageeb während einer Abschiebung von Frankfurt aus hatte Schily am 28. Mai den Bundesgrenzschutz angewiesen, Abschiebungen nicht mehr zu begleiten, wenn mit Widerstand gerechnet werden müsse. Hamburg hat dieses politische Signal von Anfang an ignoriert. Owohl Murat E. laut ärztlichem Attest in Streßsituationen zu gewaltsamen Verhalten neigt und obwohl der BGS darauf nicht bereit war, diese Abschiebung durchzuführen, wurde der Junge aus Hamburg abgeschoben: in Begleitung Hamburger Beamter.

Die neue Qualität und Verschärfung der Hamburger Abschiebepolitik haben in Teilen der Öffentlichkeit für erhebliches Aufsehen gesorgt. Am 17.6. gab es eine kurzfristig vom Flüchtlingsrat Hamburg organisierte Protestaktion vor der Ausländerbehörde mit 150 DemonstrantInnen. Auch von Seiten der Regierungsfraktionen SPD und GAL gab es Kritik an SPD-Innensenator Wrocklage. Über diese Kritik hinaus sind die Grünen jedoch nicht bereit, endlich mal ein "So nicht" auszusprechen und die Koalitionsfrage zu stellen. Nach Bekanntgabe der neuen Behördenpläne lehnte die GAL das Papier kategorisch ab; dieser Text könne keine Gesprächsgrundlage sein. Um so größer war dann die Überraschung, als anhand der beschriebenen Fälle drastisch deutlich wurde, daß sich die Innenbehörde einen Dreck um den Koalitionspartner schert und die Zielvorgaben zügig umsetzt. Erst drei Wochen nach der Abschiebung von Frau S. kam ein Gespräch zwischen SPD und GAL auf unterer Ebene zustande.

Mittlerweile fordern die Grünen - ebenso wie die neue linke Abspaltung REGENBOGEN und die Flüchtlingsberatungsstellen - die vollständige Dezentralisierung der Ausländerbehörde und ein ganzheitliches Sachbearbeitungsprinzip, d.h. Begleitung des gesamten Verfahrens durch eine/n SachbearbeiterIn. Diese Forderungen sind als erste Schritte durchaus richtig, können jedoch nur umgesetzt werden, wenn die GAL endlich einmal Rückgrat zeigt und die systematische Abschiebungs- und Vertreibungspolitik nicht mehr

mitträgt. Dies ist allerdings mehr als zweifelhaft. Dies gilt erst recht für weitergehende Forderungen wie die Absetzung des Behördenleiters und die Auflösung der Abschiebeabteilung im Zuge der Dezentralisierung der Ausländerbehörde. Allerdings: Die Teilung zwischen Menschen mit deutschem Paß und Nichtdeutschen wird es selbst dann noch geben, wenn die Ausländerbehörde komplett dezentralisiert ist. Solange es Sondergesetze für Flüchtlinge und MigrantInnen gibt, solange es ein Ausländerrecht und ein Asylverfahrensgesetz gibt, wird es Abschiebungen geben, die immer auf Gewalt beruhen und daher immer unmenschlich sind.

Claudia Leitsch

Die Autorin ist Mitarbeiterin des Flüchtlingsrates Hamburg

29. Bilanz eines kurzen Prozesses. Neues Staatsbürgerschaftsrecht für das 21. Jahrhundert

Autor: G.Ohler/H.Schröder/Ch.Schmitt · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:05

Am 21. Mai war es soweit, die von der Ad-hoc-Ampelkoalition durchgeführte Reform des Staatsbürgerschaftsrechts wurde vom Bundesrat abgesegnet. Ab dem 1. Januar 2000 wird sie in Kraft treten. Innenminister Schily klopfte sich selbst auf die Schulter: "Wir haben erreicht, was seit vielen Jahren gefordert, aber nicht umgesetzt werden konnte: Die Modernisierung des völlig veralteten deutschen Staatsangehörigkeitsrechts." (1)

In nur vier Monaten wurde das Gesetz auf den Weg gebracht, attackiert, verschärft, kritisiert, etwas abgemildert, wurden von Konservativen und Rechtsaußen Unterschriften gesammelt, Naziproteste auf die Straße gebracht, die SPD zähmte den kleinen Koalitionspartner und fand eine neue Bündnispartnerin. Eine über zwanzig Jahre andauernde Diskussion soll nun beendet und für die nächsten Jahre ad acta gelegt sein.

Schon zu Oppositionszeiten hatten sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen für eine Neuregelung des Staatsbürgerschaftsrechts eingesetzt. Dabei profilierten sie sich als Parteien, die das Zusammenleben der Menschen in diesem Land in einer "multikulturellen Gesellschaft" fördern wollen und dafür "gleiche BürgerInnenrechte" anstreben. Die Erwartungen von MigrantInnenverbänden an die rot-grüne Regierung hinsichtlich der Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts und erleichterten Einbürgerungsmöglichkeiten haben die Parteien in den vergangenen Jahren selbst geweckt.

Im Wahlprogramm 1994 der Grünen hieß es noch: "Wir fordern die schnelle und konsequente Gleichstellung dauerhaft hier lebender ethnischer und nationaler Minderheiten durch die Gewährung voller BürgerInnenrechte. Hierzu gehört das allgemeine und gleiche Wahlrecht ebenso wie ein neues Staatsbürgerschaftsrecht. Alle in der Bundesrepublik geborenen Menschen müssen einen Rechtsanspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Wir fordern das Rechtsinstitut der doppelten Staatsbürgerschaft." (2)

1995 brachten die Grünen einen Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts in den Bundestag. Ausgehend davon, daß Deutschland längst ein Einwanderungsland ist, beklagten sie die hohen gesetzliche Hürden, die eine Einbürgerung der im Bundesgebiet lebenden Einwanderer behinderten. "Selbst die hier geborenen Kinder der zweiten, dritten und vierten Generation gelten rechtlich nicht als Deutsche", wurde seinerzeit festgestellt. Ziel war eine unbürokratische Einbürgerung ohne Prüfung von Sprachkenntnissen und Gesinnung.

Wenn auch mit repressivem Grundton, so hatte sich die SPD in den Jahren der Opposition auch für eine Novellierung des Staatsbürgerschaftsrecht eingesetzt. In einem Antrag zur Erleichterung der Einbürgerung vom 19.1.1995 forderte die SPD: "Das Abstammungsprinzip ist um das Territorialprinzip (ius soli) zu ergänzen. Kinder ausländischer Eltern sollen künftig mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, wenn zumindest ein Elternteil im Geltungsbereich dieses Gesetzes geboren wurde und hier lebt. Der Fortbestand der anderen Staatsangehörigkeit stellt keinen Hinderungsgrund dar." (3) Und weiter: "Für dauerhaft in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer sind Rechtsansprüche auf Einbürgerung zu schaffen, bei denen Mehrstaatigkeit kein Hindernis ist."

Im Koalitionsvertrag vom Oktober 1998 hielten die beiden Parteien dann fest, daß sie das Staatsbürgerschaftsrecht reformieren und die Einbürgerung erleichtern wollen. Mit dem ersten Entwurf zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsrechts (RuStaG) vom 13.1.1999 sollte die Reform auf den Weg gebracht werden. Nach der rassistischen Hetzkampagne von CDU/CSU, die von den Rechtsextremen unterstützt wurde, ist von den ursprünglichen Vorstellungen von SPD und Grünen in neuen Gesetz wenig übrig geblieben. Die von SPD, Grünen und FDP gefeierte Reform hat ihren Namen nicht verdient.

Trugschlüsse

In Zukunft wird nur ein Teil der Kinder, die in Deutschland geboren sind und nicht-deutsche Eltern haben, die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. In den Genuß der Änderungen kommen nämlich nur jene Kinder, die einen Elternteil mit einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung haben. Für Kinder von Flüchtlingen und

Illegalisierten wird es keine Veränderung geben. Auch haben Menschen, die lange hier leben, nicht unbedingt einen festen Aufenthaltsstatus. Gerade die Verschärfungen des Ausländerrechts in den letzten Jahren hat dazu geführt, daß es schwieriger wurde einen festen Aufenthaltsstatus zu erhalten. Nicht wenige lange Zeit hier lebende MigrantInnen sind von Abschiebung bedroht.

Die neue gesetzliche Regelung ist nicht nur wegen des Ausschlusses einer nicht kleinen Gruppe von Kindern nicht-deutschen Eltern halbherzig, sondern auch in Bezug auf die Optionsvorschrift. Diese besagt, daß Kinder, die auch die Staatsbürgerschaft ihrer nicht-deutschen Eltern erhalten, sich mit ihrer Volljährigkeit für einen der beiden Pässe entscheiden müssen. Was diese Regelung, die von vielen als entscheidender Schritt von Kaisers Krone hin ins 21. Jahrhundert gefeiert wurde, bewirken wird, wird sich erst im Jahr 2008 zeigen. (4) Erst dann werden die ersten Kinder von MigrantInnen vor der Entscheidung stehen, welchen Paß sie haben wollen.

Weitere Änderungen, die mit der Reform verbunden sind:

- Kinder können eingebürgert werden, wenn ein Elternteil seit acht Jahren seinen gewöhnlichen, rechtmäßigen Aufenthalt in der BRD hat und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt.

- Einbürgerungsanspruch nach 8 Jahren rechtmäßigem Aufenthalt unter den Voraussetzungen: Vorliegen einer unbefristeten Aufenthaltsberechtigung, ausreichende Kenntnisse deutscher Sprache, keine Straffälligkeit, kein selbstverschuldeter Bezug von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, Bekenntnis zur Freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) in Vergangenheit und Zukunft.

- bei der Miteinbürgerung von EhegattInnen und Kindern gelten kürzere Fristen.

- Mehrstaatigkeit wird nur in Ausnahmefällen akzeptiert: bei Nichtentlassung des anderen Staates; der regelmäßigen Verweigerung der Entlassung durch den anderen Staat; schwerwiegende wirtschaftliche und vermögensrechtliche Nachteile; bei politisch anerkannten Flüchtlinge; bei MigrantInnen aus EU-Mitgliedsstaaten, wenn zwischen den Staaten Gegenseitigkeit besteht.

Alle Änderungen bis auf die verkürzten Fristen zur Einbürgerung sind Verschärfungen der jetzigen Bestimmungen im Ausländerrecht. Weder Sprachkenntnisse noch Bekenntnis zur FDGO wurden bislang durch das Gesetz erwartet.

Wie es schon im allgemeinen Teil der Begründung zum Entwurf hieß, haben sich die "bisherigen Möglichkeiten für die auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Personen ausländischer Herkunft, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, (...) angesichts von weniger als 90.000 Ausländereinbürgerungen im Jahr, als unzureichend erwiesen." (5) Mehr als 38 Prozent aller in Deutschland lebenden AusländerInnen leben seit über 15 Jahren hier und haben damit längst die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt. Als wesentlicher Grund für das geringe Bedürfnis nach Einbürgerung wird die Tatsache angesehen, daß zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft die alte aufgegeben werden muß. Deshalb sollte ja im 1. Entwurf der Reform vom Grundsatz der Vermeidung der Mehrstaatigkeit abgegangen werden: Wir "erkennen an, daß ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozeß in der Vergangenheit stattgefunden hat und setzen auf die Integration der auf Dauer bei uns lebenden Zuwanderer, die sich zu unseren Verfassungswerten bekennen. (...) der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (ist) nicht von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit abhängig." Ein halbes Jahr später hieß es jedoch dann: "Dabei wird der Gesichtspunkt der Vermeidung von Mehrstaatigkeit angemessen berücksichtigt. Insbesondere unter Ordnungsgesichtspunkten besteht ein staatliches Interesse, die Fälle mehrfacher Staatsangehörigkeit einzuschränken." (6)

Kaum beachtet in der Diskussion um das neue Gesetz wurde die Verschärfung des Artikel 116 GG. Auf dem Wege der Entbürokratisierung des Einbürgerungsverfahrens für SpätaussiedlerInnen setzte die rot-grüne Bundesregierung alte großdeutsche Vorstellungen um.

Exkurs: Artikel 116 GG

In §7 des neuen Staatsangehörigkeitsrechts (StAG) wird der Erwerb "der deutschen Staatsangehörigkeit durch Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG, die nicht deutsche Staatsangehörige" sind, geregelt. Dabei handelt es "um Spätaussiedler sowie ihre Ehegatten und Abkömmlinge", denen "die hier geforderte

Bescheinigung gemäß § 15 Abs. 1 oder 2 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) noch nicht ausgestellt worden ist". (7)

Bei den SpätaussiedlerInnen, also den Angehörigen der deutschen Minderheiten in osteuropäischen Ländern, weicht die Bundesregierung vom Prinzip der Einzeleinbürgerung ab. In der Begründung des Gesetzes heißt es dazu: Alle "Deutschen ohne Staatsangehörigkeit erwerben nach § 40a die deutsche Staatsangehörigkeit mit Inkrafttreten der Reform." Denn, so weiter in der Begründung: Das bisherige "Verfahren (Erwerb der Statusdeutscheneigenschaft kraft Gesetzes, dann Einzeleinbürgerung) hat sich als unnötig aufwendig erwiesen, so daß der jetzt anstelle der Einzeleinbürgerungen vorgesehene gesetzliche Erwerbstatbestand die Einbürgerungsbehörden erheblich entlastet. Allein 1997 erfolgten 195.749 Anspruchseinbürgerungen außerhalb der Ansprüche nach dem Ausländergesetz, die fast ausschließlich Einbürgerungen nach § 6 StAngRegG betrafen." (8)

Gemäß diesen "verwaltungstechnischen" Erwägungen führt die Bundesregierung per staatlicher Anordnung eine Sammeleinbürgerung von Menschen anderer Staaten ein. Den Angehörigen der deutschen Minderheiten, die nach Artikel 116 Abs. 1 GG auf dem Gebiet des deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 leben, gibt die Bundesregierung damit eine exorbitante Sonderstellung. Diese Sammeleinbürgerung soll automatisch erfolgen, ohne daß diese Menschen jemals den Wunsch nach der deutschen Staatsbürgerschaft geäußert haben.

Historisch betrachtet, verfolgte der Artikel 116 GG immer eine revanchistische Politik gegenüber den Staaten Osteuropas. Angesichts dessen ist die Formulierung dieser Gesetzesänderung ein Affront gegen die osteuropäischen Nachbarstaaten. Besonders auch vor dem Hintergrund, wie vom deutschen Reich in der Zeit zwischen 1938-1943 entweder durch "Verträge" mit anderen Staaten oder durch Verordnungen Sammeleinbürgerungen durchgesetzt und betrieben worden sind, zeigen die Formulierungen in der Gesetzesnovelle einen relativ unbekümmerten Umgang mit diesem Thema.

Die automatische Einbürgerung von Angehörigen der deutschen Minderheit durch das Inkrafttreten des Gesetzes weist auf einen fragwürdigen Umgang mit der Souveränität der östlichen Nachbarstaaten hin. Die neue gesetzliche Regelung, wie auch der Artikel 116 GG, auf dem sie basiert, steht im Widerspruch zum "2 plus 4 Vertrag", zum KSZE-Vertrag als auch zu dem deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag (Artikel 20 und 21). Das deutsche Recht erstreckt sich eben nicht - beispielsweise - auf polnische BürgerInnen. Diese neue gesetzliche Regelung der Bundesregierung widerspricht auch den Bemühungen der polnischen Regierung, durch Minderheitengesetze die deutsche Minderheit in die polnischen Gesellschaft und den polnischen Staat zu integrieren. Dieser Prozeß wird natürlich dadurch gestört, daß sich die Bundesregierung mit ihrer Gesetzgebung quasi als die eigentliche Schutzinstanz der Interessen der deutschen Minderheit in Polen ausgibt und damit deren Sonderrolle auch im polnischen Staat verfestigt.

Diese Sonderstellung spiegelt sich dann auch noch einmal im Detail bei der Gesetzgebung wieder. Die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft war und ist hier natürlich kein Problem. Und auch auf eine bislang in § 6 Abs. 1 StAngRegG enthaltene Sicherheitsklausel, nach der es "keinen Einbürgerungsanspruch gibt, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Antragsteller die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines deutschen Landes gefährdet", hat sich "auch im Hinblick auf die Ausschlußgründe für den Erwerb der Spätaussiedlereigenschaft in § 5 BVFG - in der Praxis als bedeutungslos erwiesen, so daß hierauf verzichtet werden kann."

Von einer Gleichbehandlung von Deutschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sowie deren "Abkömmlingen" einerseits und MigrantInnen anderseits kann also keine Rede sein. Hier wird bewußt und mit Bedacht vom rot-grünen Gesetzgeber der Statusunterschied massiv vertieft.

Bedenken

Im Artikel 16 Grundgesetz heißt es: "Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird." Insofern ist die neu eingeführte Optionsvorschrift verfassungsrechtlich bedenklich. Denn in den beiden oben zitierten Sätzen ist ein Konflikt angelegt. Zum einen heißt es, die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der zweite Satz hingegen verweist auf Gründe, die den Verlust der Staatsangehörigkeit legitimieren. Dazu zählte bislang z.B.

die Auswanderung in ein anderes Land, dessen Staatsangehörigkeit man angenommen hatte. Der Geist des Gesetzes legt sicher nahe, daß gegen den Willen der Betroffenen die Staatsangehörigkeit nicht entzogen werden darf.

Nun wird nach dem neuen Gesetz die Option, im Alter zwischen 18 und 23 Jahren zwischen zwei Staatsangehörigkeiten wählen zu müssen, als freiwillige Möglichkeit definiert. Es ist somit kein Entzug, sondern lediglich ein selbst zu verantwortender, durch Freiwilligkeit herbeigeführter Verlust der Staatsbürgerschaft. Was aber, wenn jemand den Paß nicht freiwillig abgibt und darauf besteht, Deutscher zu sein und zu bleiben, obwohl er noch einen zweiten Paß besitzt? Die Frage, ob es sich dann um den Verlust oder den grundgesetzlich verbotenen Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit handelt, harrt der verfassungsrechtlichen Klärung.

Dort könnte dann auch geklärt werden, wie mit Mandatsträgern - z.B. Parlamentsabgeordneten - verfahren wird, die ihren zweiten Paß nicht abgeben wollen. Das Optionsmodell widerspricht außerdem dem Gleichheitsgebot im Grundgesetz. Es wird kaum zu vertreten sein, daß Kinder aus binationalen Ehen ihren Doppelpaß behalten können, in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sich aber entscheiden müssen.

Neben den verfassungsrechtlichen Problemen sind im neuen Gesetz Verschlechterungen mit repressivem Charakter vorgesehen. So müssen Einwanderungswillige über "ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache" verfügen. Dabei kann bislang niemand sagen, was mit "ausreichend" gemeint ist. In der schon zitierten Begründung des Gesetzentwurfes heißt es dazu: "Entsprechend der bisherigen Regelung in den §§85 ff wird das Vorhandensein entsprechender Sprachkenntnisse grundsätzlich vermutet und nicht formell geprüft. Ist allerdings - etwa nach einem Gespräch mit dem Einbürgerungsbewerber - erkennbar, daß die zur gegenseitigen Verständigung unerläßlichen Sprachkenntnisse nicht vorliegen, wird die Einbürgerung versagt." (8)

Diese Ausführungen hören sich beruhigender an als sie gemeint sind. Würde es tatsächlich beim Alten bleiben und die bisherige Praxis "wie unterstellt" beibehalten, gäbe es keine Notwendigkeit, die bislang existierende Bestimmung zu verschärfen. Dort, wo bislang im Ausländergesetz von Sprachfähigkeiten die Rede war, steht z.B. nun im §24, daß die "unbefristete Aufenthaltserlaubnis" davon abhängt, daß sich der Ausländer "auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen kann". Es ist nicht anzunehmen, daß ausreichende Sprachkenntnisse identisch sein sollen mit einer mündlichen Verständigung in einfachem Deutsch. Viel naheliegender ist, daß die Beurteilung, ob die Kenntnisse ausreichend sind, entweder von der Einschätzung und somit der Willkür einzelner BeamtInnen abhängen oder daß doch ein Sprachtest eingeführt wird. Und bei dem in Deutschland üblichen Umgang mit Menschen nicht-deutscher Abstammung wäre es naiv anzunehmen, daß ein solcher Test keine Hürde darstellen soll.

Abwehr und Ausgrenzung

Die Restriktionen hinsichtlich Sozial- und Arbeitslosenhilfebezug haben sich nicht wesentlich geändert. Auch in den bisherigen Bestimmungen hieß es, daß der Lebensunterhalt selbständig gesichert werden, der Bezug von staatlicher Unterstützung jedoch selbst verschuldet sein müsse, um als Einbürgerungshindernis zu gelten. Eine solche Einschätzung kam bisher offensichtlich nicht allzu oft vor. Das heißt aber nicht, daß sich das nicht ändern kann. Das Signal ist aber klar: Arme und auf Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe angewiesene Menschen sind nicht sonderlich erwünscht.

Die ausdrückliche Notwendigkeit, sich zur FDGO bekennen zu müssen und sich weder in Vergangenheit, Gegenwart noch Zukunft verfassungsfeindlich betätigt zu haben, ist offensichtlich auf PKK-AnhängerInnen gemünzt. Durch die neue Schutzklausel soll "die Einbürgerung etwa von PKK-Aktivisten oder radikalen Islamisten auch dann verhindert werden, wenn entsprechende Bestrebungen nicht sicher nachgewiesen werden können." (9) Der Verdacht reicht aus, jemand könnte in der Vergangenheit irgendwann mal die PKK unterstützt haben. Es liegt also geradezu auf der Hand, daß sich dieser Paragraph als Einfallstor für Gesinnungsschnüffelei in größerem Umfang eignet.

Ausblick

Der Geist des neuen Gesetzes stammt noch aus der Kaiserzeit. Das zeigt sich nicht nur darin, daß im StAG nicht einmal der Versuch gemacht wurde, die ursprüngliche Fassung des Gesetzes von 1913 sprachlich zu überarbeiten: Noch immer wird Bezug genommen auf den Reichskanzler und die Grenzen von 1937. Die Einführung des ius soli im neuen Gesetz ist die kleinst mögliche Veränderung - nur einem Teil der geborenen Kinder wird die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen. Das völkische Abstammungsrecht wurde dadurch keineswegs aufgehoben, es wurde lediglich leicht aufgelockert. Die großartigen Errungenschaften werden allerdings erst 2008 ihre Wirkung zeigen, wenn die ersten Kinder von MigrantInnen vor der Entscheidung für eine Staatsbürgerschaft stehen.

Wenn mensch bedenkt, daß die Debatte über die Reform seit zwanzig Jahren geführt wird, d.h. die Problemlage seit Jahren bekannt ist, so ist das neue Gesetz ein weiteres Zeichen für die reaktionäre Grundhaltung gegen über einem modernen Staatsbürgerschaftsrecht in der bundesdeutschen Gesellschaft. Zwar wird nun von SPD, Grünen und FDP formell die Realität der Einwanderungsgesellschaft anerkannt. Daß dieser Prozeß nicht abgeschlossen ist und auch nicht werden kann, wird in diesem Gesetz aber nicht berücksichtigt. Weder für Menschen, die als Flüchtlinge - mit Dokumenten oder ohne - noch für MigrantInnen ohne festen Aufenthaltsstatus wird eine Möglichkeit eröffnet, sich einen Zutritt zur deutschen Gesellschaft zu verschaffen. Diese Gruppen werden im neuen Gesetz nicht berücksichtigt. Wie bisher müssen sich MigrantInnen die gleichberechtigte Aufnahme in die Gesellschaft erst durch jahrelanges Buckeln verdienen. Erst wenn diese Hürden genommen sind, haben sie den deutschen Paß verdient.

Verbitterung und Enttäuschung macht sich aber auch bei den MigrantInnen-Verbänden breit, die Menschen vertreten, die sich schon seit Jahren und Jahrzehnten in Deutschland aufhalten. Prof. Dr. Hakki Keskin, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland und Mitglied der SPD seit 25 Jahren, resümiert in einer Pressemitteilung vom 21.5.99: "In der Migrationspolitik bleibt Deutschland eines der rückständigsten Länder. (...) Als Hauptbetroffene und Befürworter dieser Reform in ihrer ursprünglichen Fassung sind wir nun mit unserem Vertrauen in und unseren Erwartungen an diese Regierung bitter enttäuscht. Das wird bleibende Spuren hinterlassen."

G. Ohler /H. Schröder/Ch. Schmitt

Anmerkungen:

1) Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums vom 21. Mai 1999

2) Wahlprogramm 1994 Bündnis90/Die Grünen

3) Antrag zur Erleichterung der Einbürgerung unter Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft, BT-Drs. 13/259 vom 19.1.1995

4) Für Kinder bis zum Alter von 10 Jahren gilt eine Übergangsregelung. Ihre Eltern können innerhalb eines Jahres nach in Kraft treten des Gesetzes einen Antrag auf den deutschen Paß für sie stellen.

5) Gesetzentwurf vom 16.3.99, BT-Drs. 14/533

6) ebd. S.13

7) ebd. S.14

8) ebd. S.26

9) ebd. S.18

30. Burgfrieden in Europa. EU-Wahl schafft zufriedene Kriegsherren

Autor: Js. · Rubrik: Wahlen; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:11

Die Analyse der EU-Wahlen hätte so einfach sein können: Die Sozialdemokraten und die mit ihnen verbündeten Grünen werden für ihre neoliberale Politik abgestraft; Nutznießer sind die Konservativen, während Linke allenfalls Achtungserfolge erringen. Wenn da nicht Frankreich wäre - wo die regierenden Sozialdemokraten gut zulegen, die mitregierenden Grünen einen großen Sprung machen, Trotzkisten ins Parlament einziehen, während die mehrfach gespaltene bürgerliche und extreme Rechte empfindliche Rückschläge erleidet.

Fünf Tage nachdem Blair und Schröder mit Getöse ihr neoliberales Manifest ("Der Weg nach vorn für Europas Sozialdemokraten") vorgestellt hatten, landeten ihre Parteien eher hinten - die SPD weit hinter der CDU/CSU, New Labour fast ebenso deutlich hinter den Konservativen. Der "Startschuß für einen programmatischen und organisatorischen Modernisierungsprozeß" der europäischen Sozialdemokratie, den SPD-Geschäftsführer Ottmar Schreiner verkündet hatte, verschreckte die eigene Klientel mehr als sie zu mobilisieren. Die beiden Superstars des "dritten Weges" und der "Neuen Mitte" erlitten empfindliche Verluste, während die französischen Sozialisten, die das Papier kritisiert hatten, deutlich zulegen konnten.

Natürlich stand am 13. Juni nicht das Schröder-Blair-Papier zur Abstimmung, natürlich gibt es für Gewinne und Verluste regierender sozialdemokratischer Parteien mehrere Ursachen. Da ist zum einen die geringe Wahlbeteiligung. Viele unzufriedene sozialdemokratische StammwählerInnen, die den Urnen fern blieben, werden auf nationaler Ebene bei nächster Gelegenheit wieder brav ihr Kreuz machen.

Schwerer wiegt die Abwanderung eines Teils des Mittelstandes, der sich von den Parolen des "dritten Weges" und der "neuen Mitte" angesprochen fühlte und nun zu den Konservativen zurückgekehrt ist. Zu erwarten ist, daß sowohl Labour als auch die SPD diesen sensiblen "Leistungsträgern" und "Besserverdienenden" noch weiter hinterher schleimen werden.

Das kleinere

und das größere Übel

Bemerkenswert ist die Mobilisierungsfähigkeit der in den vergangenen Jahren mehr oder weniger arg gebeutelten konservativen Parteien, vor allem in Italien (Forza Italia) und der BRD: Sie konnten ihre Wählerschaft von der Wichtigkeit überzeugen, den regierenden "Linken" eine Rüge zu erteilen. Zur "Denkzettelwahl" kommt allerdings ein handfestes Motiv hinzu: Obwohl es sich bei der EU-Wahl um einen weitgehend symbolischen Wettbewerb handelt, kann die konservative Opposition aufgrund ihres Erfolges die regierenden "Linken" nun noch mehr unter Druck setzen - insbesondere solche, die auf der Suche nach breitem Konsens ohnehin stets nach rechts schielen. Was das angeht, können die Herren Schröder und D'Alema als besondere Meister ihres Faches gelten.

Die Schadenfreude über das Debakel von Blair und Schröder muß sich daher in Grenzen halten. Zur Zeit von Schmidt und Strauß wurde der Spruch geprägt, die SPD sei das "kleinere Übel, das zu immer größeren Übeln führt". In Deutschland könnte das kommende größere Übel Stoiber heißen, in Italien Berlusconi und in Frankreich Pasqua. Blair und Schröder arbeiten diesen Leuten nicht nur realpolitisch, sondern auch programmatisch-ideologisch in die Hände.

Nun soll europaweit für das neoliberale Manifest geworben werden, zunächst in Frankreich, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Italien, wie der Mitautor und scheidende Kanzleramtsminister Bodo Hombach ankündigte. Vorgesehen sind "Ministerbegegnungen" und ein "Netzwerk von Fachleuten, Vor-Denkern, politischen Foren und Diskussionsrunden". Ernsthafter Widerstand ist nicht zu erwarten, auch nicht von Jospin, dessen Staatsminister für Europa-Angelegenheiten, Pierre Moscovici, an der Formulierung des Papiers beteiligt war. Jospins Abgrenzung war vor allem taktisch motiviert - und geprägt von nationalistischen Tönen. Frei übersetzt: Frankreich und seine Linksregierung lasse sich von britischen und deutschen Wichtigtuern nichts diktieren.

Umgekehrt ging und geht es auch Blair und Schröder zu allererst um ihre eigene Rolle. Blair soll die vorzeitige Verkündung des Manifests durchgesetzt haben, um im EU-Wahlkampf Punkte zu machen. Sein Ziel sei es gewesen, sich als europäische Führungspersönlichkeit zu präsentieren, deren geniale Ideen nun auch vom deutschen Kanzler übernommen wurden. Schröder seinerseits gab - ebenso wie Blair - im Wahlkampf den eisenharten Staatsmann und Kriegsherrn. Beide wandeln damit unverkennbar auf den Spuren von Margaret Thatcher, die 1983 den militärischen Sieg im Malwinenkrieg in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne stellte - und damit erheblich erfolgreicher war als ihre Epigonen.

Schröders vermeintlich selbstkritischer Satz zum Wahlergebnis - "Wir haben verstanden" - enthielt eine neue Drohung. Des Wählers Botschaft sei gewesen: "So gut wie in der Außenpolitik" - soll heißen: im Kriegführen! - "habt ihr gefälligst auch in der Innenpolitik zu werden." Entscheidender Mann im rot-grünen Kriegstrio aber war Joschka Fischer. Dessen gestiegene Popularität bewahrte die Grünen vor einem noch tieferen Fall; ihr Ergebnis (6,4%) ist das drittschwächste aller nicht in Wahlbündnissen angetretenen grünen Parteien (1994 lagen sie noch mit 10,1% knapp hinter den Luxemburgern auf Platz zwei).

Daß sie nun ihre dominierende Stellung gegenüber den europäischen Bruderparteien zum Teil verloren haben, ist einerseits zu begrüßen. Andererseits wurde ausgerechnet Fischers Kumpel Cohn-Bendit zum starken Mann der Grünen im EU-Parlament; er holte mit den französischen Grünen 9,7% (gegenüber 2,9% 1994). Die ebenfalls gestärkten Ökoparteien in Belgien (8,2%), Finnland (13,4%), den Niederlanden (11,9%) und Österreich (9,2%) werden der französisch-deutschen Vorherrschaft in der grünen Fraktion wenig entgegensetzen können.

Statt eines Fazits

- "Europa" in Gestalt seines weitgehend einflußlosen Parlaments ist den meisten Bürgerinnen und Bürgern der EU egal. Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 70,8% in Italien und 23% in Großbritannien (1994 lag sie zwischen 74,6% in Italien und 35,6% in den Niederlanden). Mit politischer Opposition gegen das deutsch-französische "Europa des Kapitals" hat diese Abstinenz kaum zu tun; Linke sollten ihre Schadenfreude also besser zügeln.

- Der 1996 begonnene sozialdemokratische Aufschwung ist weitgehend dahin. Die "Linksregierungen" in Großbritannien, Deutschland und Italien verlieren völlig zu Recht - leider profitieren davon die Konservativen. Anders in Frankreich, wo Jospin sich bleibender Beliebtheit erfreut.

- Grüne an der Regierung (die Ausnahme ist wiederum Frankreich) verlieren, weil sie ihre Anhängerschaft allzu sehr enttäuschen. Das müßte auf Dauer auch den härtesten Realos zu denken geben.

- Der Vormarsch der Rechtsextremen hat sich bei dieser Wahl nicht fortgesetzt. Der gespaltene Front National verlor ebenso wie Alleanza Nazionale, die Reps kümmern dahin. Derzeit ist der belgische Vlaams Blok die erfolgreichste rechtsextreme Gruppierung in der EU. Jörg Haiders rechtspopulistische FPÖ liegt trotz Verlusten von 5 Prozentpunkten immer noch bei 22,5%; die anti-europäische UK Independence Party schaffte auf Anhieb 7%. Die Zerstrittenheit des rechtsextremen und rechtspopulistischen Lagers macht gemeinsame Aktionen im europäischen Parlament unwahrscheinlich; an eine gemeinsame Fraktion ist ohnehin nicht zu denken.

- Schließlich - und das ist der deprimierendste Aspekt dieser Wahl: Der Kosovo-Krieg hat sich auf die Stimmenverteilung kaum ausgewirkt. Gestärkt wurden die Kriegsgegner in Griechenland, minimal in der BRD. Der linke Hoffnungsträger von 1994, die spanische Izquierda Unida, ist eingebrochen. Grund zur Freude bietet das Abschneiden der französischen Trotzkisten. Mehr läßt sich auf die Frage, wo denn "das Positive" bleibt, kaum sagen.

Auch die fünfte Wahl zum EU-Parlament war eine riesengroße Meinungsumfrage. Als solche wäre sie nicht sonderlich bemerkenswert - hätte sie nicht wenige Tage nach dem Ende des NATO-Krieges gegen Jugoslawien stattgefunden. Die zum Teil erhebliche Ablehnung dieses Krieges spiegelt sich in den Ergebnissen nicht wider. Die Kriegsherren, auch die weniger erfolgreichen, können sich in ihrer Politik bestätigt und zu weiteren militärischen Abenteuern ermuntert fühlen. Einstweilen herrscht Frieden in Europa: Burgfrieden.

Js.

31. Rot-Grün im Stimmungstief

Zwischen Bremen und Europa: schwarze Karten an den Urnen

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Wahlen; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:25

Feist grinsend beteuerte Bundeskanzler Schröder am Europa-Wahlabend angesichts der deutlichen Niederlage der SPD immer wieder: "Wir haben verstanden." Aus seinem Munde konnte das nur als Drohung verstanden werden: Künftig bestimme ich ganz allein, wo es lang geht. Die diversen Wahlen der vergangenen Wochen - Landtagswahl in Bremen, Europawahl, diverse Kommunalwahlen in Ost und West - endeten aber nicht nur mit einer Abmahnung für die Regierungsparteien. Sie zeigten auch, daß für viele, die Rot-Grün von links kritisieren, eine Wahlalternative derzeit nicht besteht.

Die nach den letzten Wahlgängen ermittelten Stimmungswerte für Rot-Grün sind desaströs. In Umfragen gibt es heute eine deutliche Mehrheit für eine Wiederauflage der CDU/CSU-FDP-Koalition im Bund. Ende Juni hätten die WählerInnen etwa so abgestimmt: 38% SPD, 44% CDU/CSU, 5% Grüne, 5% FDP und 4% PDS.

Zu beachten ist dabei zweierlei: 1. Wie im "richtigen Leben" wollen viele WählerInnen zu den Siegern zählen. Insofern neigen viele nach Wahlen den dortigen Gewinnern zu. 2. Daß die Regierungsparteien nach ihrem Erfolg in den nächsten Jahren deutlich verlieren, ist durch die Wahlforschung hinreichend belegt. Überraschend ist, daß der Absturz von SPD und Bündnisgrünen so schnell erfolgte. Acht Monate Rot-Grün in Bonn wirkten desillusionierend und hinterließen eine gehöriges Maß an Unzufriedenheit. "Die Schonfrist für die Bonner Regierungsparteien ist endgültig abgelaufen", so faßte die Forschungsgruppe Wahlen ihre Analyse der Europawahlen in Deutschland zusammen.

Blaues Auge in Bremen

Eine Woche vor dem europäischen Wahlgang fanden in Bremen die Wahlen zur Bürgerschaft statt. Richtige Spannung kam da nicht auf. Seit vier Jahren wird der Stadtstaat von einer großen Koalition regiert. SPD und CDU ließen keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie das Bündnis auch nach der Wahl fortsetzen wollten.

Interessanter war die Frage, wie Bündnis 90/Die Grünen und die PDS abschneiden würden. War es doch der erste Urnengang nach Beginn der NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien. Der Praxistest, ob maßgebliche Teile der bündnisgrünen Wählerschaft sich abwenden und zur PDS übergehen würden, verlief jedoch enttäuschend. Genau 245 WählerInnen gewann die PDS gegenüber ihrer ersten Landeskandidatur 1995 hinzu. Dabei verloren die Grünen über ein Drittel ihrer damaligen WählerInnen (18.890) und erreichten 9% der Stimmen (1995: 13,1%). Die Tatsache, daß die Bremer PDS dort am stärksten ist, wo die Grünen die meisten Verluste hinnehmen mußten, ist in diesem Zusammenhang nur auf den ersten Blick ein positives Signal.

Bei genauerer Betrachtung muß man konstatieren, daß es der PDS nicht gelingt, in nennenswertem Umfang von der Rechtsentwicklung der Grünen zu profitieren. Zumal wenn man bedenkt, daß die PDS in Bremen bei der Bundestagswahl im September vergangenen Jahres 1.396 Stimmen mehr bekam als bei dieser Bürgerschaftswahl. Da ist der Einzug der PDS in sieben kommunale Beiräte und die Zunahme der Mandate von fünf auf acht nur ein schwacher Trost. Das Ergebnis der PDS in Bremen macht aufs Neue deutlich, wie schwer es für die Partei ist, im Westen Fuß zu fassen.

Im Gegensatz zu den Grünen kam die SPD in Bremen noch einmal mit einem blauen Auge davon. Sie konnte um 9,2% auf 42,6% zulegen. Das Ergebnis relativiert sich allerdings, wenn man das Abschneiden der SPD-Rechtsabspaltung "Arbeit für Bremen" betrachtet, die bei der letzten Wahl 1995 auf 10,7 Prozent der abgegebenen Stimmen kam. Sie verpaßte dieses Mal mit 2,4% den Einzug in die Bürgerschaft. Die meisten ihrer WählerInnen sind in den Schoß der Mutterpartei zurückgekehrt. Auch die CDU konnte zulegen. Sie erreichte 37,1%. Damit fand die Fortsetzung der großen Koalition eine überwältigende Bestätigung. Und so spielte ein rechnerisch mögliches rot-grünes Bündnis auch nach der Wahl keine Rolle.

Im Unterschied zur Bremer Bürgerschaftswahl ist das Ergebnis der Europawahl eindeutig. Nach knapp neun Monaten haben Schröder, Fischer & Co. ihren Kredit bei den WählerInnen fast verspielt.

Verwarnung mit schwarzer Karte

Wer aber erwartet hatte, daß die rot-grüne Bundesregierung wegen des Kriegseinsatzes in Jugoslawien einen gehörigen Schuß vor den Bug gesetzt bekommen würde, sah sich enttäuscht. Der Krieg in Jugoslawien spielte kaum ein Rolle im Wahlkampf - außer bei der PDS. Am Wahltag war weder ein massenhaftes Nein zum Krieg noch eine konsequente Verweigerung im früher "alternatives Milieu" genannten Teil der Gesellschaft zu verzeichnen.

Die Wahlniederlage von Rot-Grün hatte vor allem innenpolitische Gründe. Die Europawahl war eine Abstimmung über die Arbeit der rot-grünen Koalition in Bonn. Profitieren davon konnte die Union, die beinahe zehn Prozentpunkte zulegte und damit 48,7% erreichte.

Im Zentrum des Wahlkampfes von CDU und CSU standen dann auch nicht europapolitische Themen, sondern 630-Mark-Jobs, Renten, Gesundheitsreform etc.. Das Erscheinungsbild der Bonner Koalition, ihre inhaltliche Beliebigkeit und ihr handwerklicher Dilettantismus, machte der CDU/CSU das Spiel nicht schwer. Zwar nahm sie nach der Amtsübernahme die einschneidendsten Maßnahmen der Kohl-Regierung wie versprochen zurück. Was seitdem aus Bonn zu hören ist, wirkt auf viele ihrer damaligen Wählerinnen aber wie die Abkehr von den Wahlprogrammen der SPD und der Grünen.

Man solle sie an drei Reformprojekten messen, tönten die Grünen vor der Bundestagswahl: Atomausstieg, Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und Ökosteuern. Innerhalb kürzester Zeit sind sie in allen drei Themenfeldern eingeknickt - von dem fast reibungslosen Ja zum Krieg ganz abgesehen. Die Grünen können mit dem Wahlergebnis sehr zufrieden sein; schließlich hielten sie ein Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde für durchaus möglich. Nun wurden es 6,4%, und die Parteirechte geht sogar noch gestärkt aus den Wahlen hervor. Immerhin 7,4% im Westen zeigen, daß ein Großteil der grünen Wählerschaft bereit ist, den Weg der Öko-FDP mitzugehen.

Bei der SPD wird spätestens nach dem Abgang Lafontaines und mit dem kurz vor der Wahl präsentierten Schröder-Blair-Papier deutlich, daß das mit dem sozialen Ausgleich doch nicht so ernst gemeint war und man sich lieber an neoliberalen Konzepten orientiert. Viele StammwählerInnen sind deswegen einfach zu Hause geblieben. Berücksichtigt werden muß allerdings, daß die SPD bei Europawahlen - anders als die Union - traditionell Schwierigkeiten hat, ihre WählerInnen zu mobilisieren. Reichte es dennoch 1994 noch zu 32,2%, so rutschte die SPD bei dieser Wahl auf 30,7% ab.

Das Ergebnis der FDP, die nach 1994 auch bei dieser Wahl an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, zeigt zweierlei: 1. Spielt sie als potentieller Mehrheitsbeschaffer keine Rolle (wie bei dieser Wahl), dann kann sie derzeit nicht die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. 2. Noch stärker als die Union machte die FDP den Wahlgang zur "Denkzettelwahl" gegen Rot-Grün. Das hat sich für sie nicht ausgezahlt. Indirekt zeigt sich daran, daß die Opposition keine überzeugende Politikalternative anbieten kann. Ihre Stärke beruht hauptsächlich auf der Schwäche der Bonner Koalition.

Der Osten ist rot

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge muß man das Ergebnis der PDS zur Kenntnis nehmen. So erfreulich es ist, daß sie den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde sicher schaffte, so enttäuschend ist ihr 5,8%-Ergebnis aber auch. Waren doch die politischen Rahmenbedingungen für sie angesichts ihres klaren Nein zum Krieg und ihrer Position als einzige linke Oppositionspartei so günstig wie noch nie.

Im Westen konnte die Partei in absoluten Stimmen deutlich zulegen und verdoppelte in der Regel ihre prozentualen Ergebnisse. In Hamburg schnitt sie mit 3,3% am besten ab. In Westberlin, wo sie 1994 nur im Bezirk Kreuzberg die Fünf-Prozent-Hürde übersprang, reichte es diesmal in Kreuzberg zu 9,7%, Wedding 5,5%, Schöneberg 5,0% und Tiergarten immerhin noch zu 4,9%. Allein in Bremen war kein Zugewinn zu erreichen. Selbst das Resultat der Bürgerschaftswahl eine Woche zuvor war nicht zu halten. Beinahe 3.000 WählerInnen verlor die PDS und holte damit 2,6% der abgegebenen Stimmen.

In den neuen Bundesländern hat die PDS - wie alle großen Parteien angesichts der geringen Wahlbeteiligung - absolut Stimmen verloren, prozentual aber noch zugelegt und ihre Stellung als dritte Kraft ausgebaut. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern lag sie sogar noch vor der SPD auf Platz 2. Allerdings verlor sie prozentual auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo sie mit der SPD koaliert. Nicht sehr überzeugend sind Spekulationen, diese Tatsache sei ein deutliches Indiz dafür, daß die PDS da, "wo sie eine Anpassung nach

rechts durchgeführt habe, ... herbe Verluste einstecken (mußte)", wie sie in der SoZ vom 24.6. angestellt wurden. In Sachsen-Anhalt, wo die PDS die SPD-Regierung toleriert, konnte sie 2 Prozentpunkte zulegen.

Schaut man sich die absoluten Stimmen an, so verlor die PDS in Mecklenburg-Vorpommern rund 65.000 WählerInnen, in Berlin ca. 50.000 und in Sachsen-Anhalt 45.000. Mit deutlichen Abstand folgen Brandenburg (minus 20.000) und Sachsen (minus 7.000). In Thüringen betrug die Differenz zur EU-Wahl 1994 nur einige hundert Stimmen. Zwar stehen die Verluste in Mecklenburg-Vorpommern sicherlich im Zusammenhang mit der PDS-Regierungsbeteiligung, macht sich doch dort Ernüchterung breit, wie klein die Spielräume für eine andere Politik sind. Deutliches Indiz für diesen Zusammenhang ist, daß die PDS auch bei den Kommunalwahlen im Land Verluste hinnehmen mußte. Zu bedenken dabei ist aber auch, daß die PDS in Mecklenburg-Vorpommern in der Vergangenheit immer besonders stark war, so daß sich die Verluste auch wieder relativieren.

"Die Orientierung des Parteivorstandes, daß man sich gegenüber der SPD regierungsfähig zeigen muß, um einen stabilen Platz auch im Westen zu erobern, hat mit dieser Wahl eine schallende Ohrfeige (sic!) erhalten" - so das Resümee der SoZ. Wenn das Problem nur so einfach wäre! Aber diese Analyse geht knapp an der Realität vorbei. Daß die PDS nicht einmal bei Europawahlen und angesichts der für sie günstigen politischen Rahmenbedingungen mehr WählerInnen erreichen konnte, hat weniger mit den taktischen und strategischen Überlegungen der Parteiführung zu tun. Zumal die PDS sich in den vergangenen Wochen auch nicht mit ihrer Kritik an SPD und Grünen zurückgehalten hat.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland zeigen, daß es für die PDS bislang - wenn überhaupt - nur für Achtungserfolge reicht. Auch bei den übrigen Kommunalwahlen (in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen), die zeitgleich mir der Europawahl stattfanden, wurden SPD und Grüne für ihre Bonner Politik abgestraft. Nutznießer war auch hier die Union. In allen Bundesländern konnte sie deutlich zulegen. Im Osten wurde die Union wieder zur stärksten Partei, in fast allen ostdeutschen Großstädten liegt die PDS zum Teil mit deutlichem Abstand vor der SPD.

Die Schwäche von Rot-Grün ist bei all diesen Wahlen offenkundig geworden. Die Unzufriedenheit über die Bonner Regierungspolitik steigt. Allerdings macht sich diese nicht in Proteststimmen, geschweige denn in Protest, bemerkbar. Die enttäuschten WählerInnen blieben einfach zu Hause. Bei den Europawahlen fiel die Wahlbeteiligung auf ein historisches Tief von 45,2%. Wie das Wahlergebnis der PDS vermuten läßt, sind auch viele Linke der Wahl fern geblieben. 1 Mio. Stimmen weniger als bei der Bundestagswahl bekam die Partei. Man muß mit der Politik der PDS nicht hundertprozentig übereinstimmen, aber bei dieser Wahl war eine Stimmabgabe für die PDS die einzige Möglichkeit, das Nein zum Krieg - auch nachträglich noch - sichtbar zu machen. Gleiches gilt für die Kritik an der unsozialen Politik der Bundesregierung. Angesichts der eigenen Schwäche eine solche Möglichkeit leichtfertig vertan zu haben, sollte allen Linken zu denken geben.

mb., Berlin

Bürgerschaftswahl in Bremen 1999, +, +, +, +, +

(Angaben in Prozent/absolute Stimmen), +, +, +, +, +

, 1999, +, 1995, +, Sitze

SPD, 42,6, (123.926), 33,4, (115.001), 47

CDU, 37,1, (108.035), 32,6, (112.301), 42

Grüne, 9,0, (26.087), 13,1, (44.977), 10

DVU, 3,0, (8.806), 2,5, (8.503), 1

PDS, 2,9, (8.419), 2,4, (8.174), -

FDP, 2,5, (7.345), 3,4, (11.607), -

AfB, 10,7, (7.111), 2,4, (36.735), -

AfB: Arbeit für Bremen

, +, +, +, +, +

Europawahl 1999, +, +, +, +

(Angaben in Prozent/absolute Stimmen), +, +, +, +

, 1999, +, 1994, +

Wahlbeteiligung, 45,2, (27.472.760), 60,0, (36.295.529)

SPD, 30,7, (8.306.142), 32,2, (11.389.697)

CDU, 39,3, (10.627.337), 32,0, (11.346.073)

CSU, 9,4, (2.538.719), 6,8, (2.393.374)

Grüne, 6,4, (1.740.906), 10,1, (3.563.268)

PDS, 5,8, (1.567.376), 4,7, (1.670.316)

FDP, 3,0, (820.106), 4,1, (1.442.857)

Republikaner, 1,7, (461.088), 3,9, (1.387.070)

NPD, 0,4, (107.545), 0,2, (77.227)

32. Eine Wahl mit vielen Siegern. In Frankreich haben selbst Linksradikale Grund zum Jubeln

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:49

In Frankreich scheint die politische Linke - im weitesten Sinne - bei den Wahlen zum Europaparlament (EP) besser abgeschnitten zu haben als das rechte Lager. Zwar sind die konservative und die neofaschistische Rechte, zählt man ihre Stimmenanteile zusammen, nach wie vor arithmetisch in der Mehrheit; eine politische Mehrheit ergibt das allerdings nicht: Infolge wachsender Zersplitterung ist die politische Rechte derzeit nicht handlungsfähig. Hinzu kommt, daß die als zentrale Kraft der parlamentarischen Opposition geltende Liste Sarkozy/Madelin, hinter der der neogaullistische RPR und die Berlusconi-Nachahmer der Partei Démocratie Libérale (DL) stehen, mit 12,82% nur auf den dritten Platz kam. Vor ihr rangieren nicht nur die stärkste Kraft im Mitte-Links-Bereich, die Liste Hollande (21,95%), sondern auch eine konkurrierende Liste auf der Rechten. In diesem Sinne ist die Linke bzw. der Mitte-Links-Block tatsächlich als Sieger der Wahlen zu betrachten.

Die Liste Hollande wurde von drei der fünf Regierungsparteien gemeinsam gebildet: den Sozialdemokraten (PS, Parti socialiste), den Linksliberalen (PRG, Parti radical de gauche) und den Linksnationalisten (MDC, Mouvement des citoyens). Der mit dem Charme eines Versicherungsangestellten ausgestattete Spitzenkandidat François Hollande, erster Sekretär des PS, war vor allem als braver Vertreter der Regierungspolitik aufgetreten. Der Erfolg der von ihm geführten Liste zeigt, daß die seit zwei Jahren amtierende Regierung nach wie vor über einigen Rückhalt verfügt.

Daß die französische Sozialdemokratie weit erfolgreicher aus den EP-Wahlen hervorging als die Labour Party oder die SPD, deutet daraufhin, daß es ihr gelungen ist, soziale Integrationskraft zu entfalten und gewerkschaftliche und andere Akteure einzubinden. Trotz eines - im Vergleich zu Blair und Schröder - sozialeren und linkeren Diskurses konnte die Regierung Jospin die angeblich notwendigen marktwirtschaftlichen "Reformen" weitgehend ungehindert umzusetzen.

Cohn-Bendit triumphiert, Hue hält durch

Der zweite Wahlsieger auf der Linken heißt Daniel Cohn-Bendit. Mit 9,72% für die von ihm geführte Liste ist die grüne Partei aus ihrem Tief herausgekommen (bei den EP-Wahlen 1994 erhielt sie nur 2,9%). Der Schein kann jedoch auch trügen: Bereits bei den EP-Wahlen im Juni 1989 hatten die französischen Grünen 10,59% der Stimmen erhalten, waren dann jedoch in den Folgejahren eingebrochen. Der jüngste Skandal um die belgischen Dioxin-Hühner hat der grünen Partei kurz vor der Wahl neue WählerInnen zugetrieben.

Die Wahl der Liste Cohn-Bendit war ein effektives Mittel, eine gewisse Opposition gegen die herrschende Politik vor allem in sogenannten "postmateriellen" Fragen (Antirassismus, Ökologie, Legalisierung weicher Drogen) zu artikulieren. Vor allem junge und sehr junge WählerInnen und das großstädtische Publikum scheinen hiervon angesprochen worden zu sein; 20% der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren stimmte für die Liste Cohn-Bendit, die es in Paris auf 17% der Stimmen brachte. Cohn-Bendit befürwortete zwar im Verlaufe der letzten Monate die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ebenso wie den NATO-Krieg gegen Jugoslawien und erklärte, in ökonomischen Fragen "keinerlei Tabus" zu kennen. Bei jungen WählerInnen wurde es allerdings viel mehr beachtet, wenn er sich mit konservativen PolitikerInnen über die Legalisierung von Haschisch stritt oder sich für die Rechte von Homosexuellen aussprach.

Am Donnerstag nach der Wahl zeichnete Cohn-Bendit in einem langen Interview der linksliberalen Tageszeitung Libération vor, wie die "neue Linke" oder "dritte Linke" aussehen soll, deren Schaffung er anstrebt. Zwar nicht sozial-liberal nach Art des Schröder-Blair-Papiers; "aber", schränkte er ein, "das Problem liegt darin, eine Antwort darauf zu geben, die nicht einem (sozialen) Traditionalismus angehört, der heute nicht mehr funktioniert." Cohn-Bendit weiter: "Aber in Frankreich gibt es etwas, das alles verkompliziert: Das ist das Erbe der Streiks von 1995. Es ist Zeit, das zu überwinden."

Wenig erfolgreich war die Liste der französischen KP, die auf den Namen "Bouge L'Europe !" getauft worden war. Der allzu "offenen" Liste mangelte es an inhaltlicher Kohärenz - KriegsbefürworterInnen mischten sich mit KriegsgegnerInnen, RegierungskritikerInnen mit FunktionsträgerInnen sozialdemokratischer Politik; mit 6,78% erzielte sie ein Ergebnis, das noch unterhalb des KP-Resultats bei der EP-Wahl von 1994 (6,88%) liegt.

Damals aber, 1994, aber befand sich die Partei inmitten ihres Niedergangsprozesses, der Mitte der 80er Jahre eingesetzt und sich seit 1989 beschleunigt hatte. In den vergangenen drei bis vier Jahren jedoch schien der Abwärtstrend durch die "Öffnungs"politik unter Robert Hue vorläufig gestoppt; bei der Parlamentswahl 1997 hatte die KP immerhin 9,9% erzielen können.

Die Irritation vieler KP-AktivistInnen und -AnhängerInnen über die "Liste der Öffnung" scheint mit zu deren schwachem Abschneiden beigetragen zu haben. Bisher war geplant, den "Öffnungskurs" anläßlich des nächsten KP-Kongresses im Februar 2000 zu einem neuen Höhepunkt zu führen. Dort oder kurz danach sollte - so die politische Gerüchteküche - eine Namensänderung erfolgen, um aus dem "Parti Communiste" eine "Force Communiste" (Kommunistische Kraft) werden zu lassen, die offenere Konturen haben und deren Zusammensetzung in etwa dem Sammelsurium der "offenen Liste" zu den Europaparlamentswahlen entsprechen soll. Anläßlich der Tagung des "nationalen Komitees" am 24./25. Juni bekräftigte Hue diese Orientierung.

Antikapitalismus kommt an: Erfolg für LO/LCR

Natürlich hat die KP-Liste auch unter der Konkurrenz durch die linksradikale Liste von LO (Lutte Ouvrière, "Arbeiterkampf") und LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire) gelitten. Auf der Liste LO/LCR wurden zum ersten Mal bei einer landesweiten Wahl linksradikale Abgeordnete in ein Parlament gewählt. Die von Arlette Laguiller und Alain Krivine angeführte Liste erhielt 914.000 Stimmen (5,18%); sie wird fünf Abgeordnete ins Europaparlament entsenden. Zum zweiten Mal nach der Präsidentschaftswahl vom April/Mai 1995 übersprang die radikale Linke damit die Fünf-Prozent-Grenze; damals hatte Arlette Laguiller im ersten Wahlgang 1,6 Millionen Stimmen (5,3%) bekommen. Bei der Wahl der Regionalparlamente im März 1998 hatten LO und LCR zusammen rund 25 Sitze errungen.

Aus dem vor der Wahl von LO und (vor allem) der LCR angekündigten Projekt einer gemeinsamen Organisation wird nicht sofort etwas werden. Im Falle eines guten Wahlergebnisses sollte die Initiative für die Gründung einer neuen politischen Kraft ergriffen werden, einer "breiten antikapitalistischen Kraft" (Alain Krivine) bzw. einer "echten revolutionär-kommunistischen Partei" (Arlette Laguiller). Beide Formationen haben aber angekündigt, genauso wie vor den Wahlen weiterzuarbeiten, um die sozialen Widerstandskräfte zu mobilisieren und zu bündeln. Auf einer ersten Großveranstaltung nach der Wahl, die am 18. Juni in den Pariser Messehallen stattfand und an der rund 3.000 Personen teilnahmen, gaben Krivine und Laguiller als ihr Ziel für die nähere Zukunft an, die "Teilbereichskämpfe" wie die der Erwerbslosen oder AntirassistInnen oder auch Arbeitskämpfe zusammenfließen zu lassen. Mittelfristig soll eine neue politische Organisation geschaffen werden, für die Voraussetzung sei, daß die Zahl ihrer aktiven Kräfte deutlich über jene der LCR und von LO (je rund 2.000 Mitglieder) hinausginge. Das Wahlresultat allein liefere dafür noch keine hinreichende Dynamik, da die radikale Linke sich seit 1995 zwar stabilisiert, aber keine Zuwächse erzielt habe.

Den Rechten nützt

ihre Mehrheit nichts

Hat am 13. Juni 1999 die politische Linke - im weitesten Sinne - scheinbar die Oberhand gewonnen, so muß man zugleich auch feststellen, daß die Rechte in ihren sehr unterschiedlichen Ausprägungen nach wie vor rechnerisch die Mehrheit darstellt. Die bürgerliche Rechte kam insgesamt auf 34,41%, die neofaschistische Rechte auf 8,97%. Zählt man hierzu noch die ländlich-konservative und eher unpolitisch wirkende, hauptsächlich anti-grüne Liste "Jäger, Angler, Natur und Tradition" (CPNT) mit 6,77% und die weit rechts stehende, populistische Liste "Weniger Steuern - jetzt!" mit 1,77% hinzu, dann kommt das diffuse rechte Lager im weiteren Sinne auf deutlich über 50%. Dazu gehört auch noch der MEI (Bewegung Unabhängiger Ökologen) unter Antoine Waechter mit 1,52%. Der MEI stellt den dunkelgrünen Part der politischen Ökologie dar; in ihm sind hochrangige Kader der "Neuen Rechten" wie Laurent Ozone aktiv und mitunter tonangebend.

Die Neofaschisten ihrerseits sind von einem Stimmenanteil von 15%, den sie seit 1995 auf nationaler Ebene hielten, auf nunmehr knapp unter 9 Prozentpunkte gesunken. 5,69% davon entfallen auf den Front National (FN) des Jean-Marie Le Pen und 3,28% auf den Mouvement National (MN) unter Bruno Mégret. Zwischen 1995 und 1998 hat die neofaschistische Rechte bei allen landesweiten Wahlgängen jeweils genau 15% der Stimmen erhalten. Bei der letzten Europawahl 1994 hingegen kam der Front National auf 10,52%. Nimmt man

dieses Ergebnis als Vergleichsmaßstab, dann haben die Neofaschisten (beide Parteien zusammengenommen) nur rund anderthalb Prozent verloren.

Die Rechtsextremen mußten jetzt für ihre Spaltung bezahlen. Dennoch bleibt ihr Sockel bemerkenswert hoch - und das in Zeiten, da die Dynamik der neofaschistischen "Bewegung" vorerst gebrochen ist. Darüber darf ihre derzeitige Schwächephase keineswegs hinwegtäuschen. Zumal das relativ schwache Wahlergebnis für die extreme Rechte durch eine überdurchschnittlich starke Wahlenthaltung zustandegekommen zu sein scheint. Nach einer SOFRES-Studie (vgl. Le Monde, 15.6.1999) enthielten sich 58% der früheren FN-Wähler der Stimme, gegenüber 43 bis 48% der bürgerlich-konservativen Wählerschaft, 49% sozialdemokratischer und nur 23% der KP-WählerInnen.

Pasqua holt wieder den Knüppel raus

Darüberhinaus hat die Liste der national-konservativen EU-KritikerInnen, angeführt vom gaullistischen Ex-Innenminister Charles Pasqua und dem stockreaktionären Rechtskatholiken Graf Philippe de Villiers, auf dem Terrain der Rechtsextremen gewildert. Diese sich neu formierende national-konservative Strömung hat es vor allem in der bisherigen FN-Hochburg Südostfrankreich geschafft, einen Teil des rechtsextremen WählerInnenpotentials zu absorbieren. So liegt die Liste in der früheren FN-Hochburg Toulon mit über 20% auf dem ersten Platz. Pasquas dortiger Vertreter ist der Ex-Präfekt Jean-Charles Marchiani, der zwischen 1995 und 1997 - als Vertreter des Zentralstaats im Département - dem seinerzeitigen FN-Bürgermeister Jean-Marie Le Chevallier (dieser hat Le Pens niedergehende Partei im März 1999 verlassen) in seinem Kampf etwa gegen das Kulturzentrum Chateauvallon den Rücken gestärkt. Marchiani hat bereits angekündigt, er wolle bei den Kommunalwahlen im Jahre 2001 das ehemalige FN-Rathaus mit Hilfe früherer rechtsextremer WählerInnen erobern.

Das bürgerliche Lager seinerseits geht aus dieser Wahl mit drei annähernd gleich starken und fürs erste unversöhnlichen Blöcken hervor: pro-europäischen Liberalen und ChristdemokratInnen (die UDF mit 9,28%), sowohl pro-europäischen als auch nationalen Gaullisten und Ultraliberalen (RPR/DL mit 12,82%) sowie anti-europäischen Gaullisten und Rechtskatholiken (die Liste Pasqua/de Villiers mit 13,05%). Letztere sind damit eindeutig zur stärksten Kraft auf der Rechten avanciert. Der "gaullistische Dissident" und Populist Charles Pasqua bekräftigte am Tag nach der Wahl seinen Willen, eine neue Parteiorganisation zu bilden. Für diese neue Formation, die den Namen RPF (als Abkürzung für "Sammlung für Frankreich und die Unabhängigkeit Europas") trägt, wurde am 24. Juni im Park von Saint-Cloud bei Paris der symbolische Startschuß abgegeben.

Der neogaullistische RPR, zu dessen Gründungsmitgliedern im Jahr 1976, an der Seite Jacques Chiracs, auch Pasqua zählte, scheint dafür kurz vor dem Abgrund zu stehen. Nachdem am 16. April '99 der damalige RPR-Chef Philippe Séguin - der einige der Ideen Pasquas teilt und mit der pro-europäischen und neoliberalen Politik der RPR/DL-Liste erhebliche Probleme hat - zurückgetreten war, nahm unmittelbar nach der Wahlniederlage auch der neue Interims-Präsident Nicolas Sarkozy seinen Hut. Staatspräsident Chirac setzte zunächst auf Alain Juppé als Nachfolger, der als Premierminister von 1995 bis 1997 fürchterlich gescheitert war.

Nach einer Veröffentlichung des Vorhabens durch Le Monde wollte Juppé freilich nichts mehr davon wissen und trat auch gleich noch aus dem RPR-Vorstand zurück. Der nächste RPR-Präsident wird erst am 19. Dezember 1999 gewählt werden. Bis dahin will die neo-gaullistische "Bewegung" sich neue Ideen zu eigen machen. Gar nicht so einfach, wenn man selber an der Regierung grandios gescheitert ist und zusehen muß, wie das Jospin-Kabinett - dank ungleich größerer Erfolge bei der Befriedung und Einbindung sozialer Widerstände - eine, zumindest im Wirtschafts- und Sozialbereich, überwiegend bürgerliche Politik mit wesentlich größerem Erfolg umsetzt.

Bernhard Schmid (Paris)

Europawahlergebnis in Frankreich

Partei, 1999, Sitze, 1994, Sitze

PS, 22%, 22, 14,5%, 15

RPR-DL, 12,8%, 12, 25,6%, 28

UDF, 9,3%, 9, -, -

RPFIE, 13%, 13, 12,3%, 13

FN, 5,7%, 5, 10,5%, 11

PCF, 6,8%, 6, 6,9%, 7

LO-LCR, 5,2, 5, -, -

Verts, 9,7, 9, 2,9, -

CPNT, 6,8%, 6, -, -

Wahlbeteiligung: 46,76 (1999)

PS: Parti Socialiste

RPR-DL: Rassemblement pour la République-Démocratie Libérale

UDF: Union pour la Démocratie Française

RPFIE: Rassemblement pour la France et l'Indépendance de l'Europe

FN: Front National

PCF: Parti Communiste Français

LO-LCR: Lutte ouvrière - Ligue Communiste Révolutionnaire

CPNT: Chasse, Pêche, Nature, Traditions

33. Silvio liebt Emma. Rechtes Traumpaar und linke Alpträume - Italien nach der EU-Wahl

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:27

Die EU-Wahl in Italien hat zwei strahlende Sieger: den Oppositionsführer Silvio Berlusconi (Forza Italia) und die EU-Kommissarin Emma Bonino, die einst Marco Pannellas Partito Radicale angehörte. Zu den Verlierern gehören vor allem die rechten Demagogen Gianfranco Fini (Alleanza Nazionale) und Umberto Bossi (Lega Nord); beide boten, wie auch die Parteichefs der Grünen und der Volkspartei (PPI), ihren Rücktritt an, durften wurden aber mangels Alternative in ihren Ämtern bleiben.

Vor den Wahlen grassierte das Gründungsfieber. Zwei populäre Politiker der "Mitte", Romano Prodi und Antonio Di Pietro, gründeten die Partei der Democratici, die mit einem niedlichen Eselchen als Wappentier die Herzen gewinnen soll; zwei starke Männer der Rechten, Gianfranco Fini und Mario Segni, schlossen ein Bündnis im Zeichen des Elefanten, um das vermeintlich infantile Gemüt des Wahlvolks in ähnlicher Weise anzurühren. (vgl. ak 426,14.5.1999)

Der Plan war gut - allein, er ging nicht auf: Während der Esel nur mühsam vorankam, erlitt der allzu schwer bepackte Elefant einen kompletten Zusammenbruch: Auf seinem breiten Rücken wollten die politischen Schwergewichte Fini (Alleanza Nazionale) und Segni (Referendumsbewegung) gemütlich zum Sieg reiten. Weniger, um im Europaparlament Furore zu machen, denn aus innenpolitischem Machtkalkül: Das Bündnis der Neofaschisten mit einem Teil der rechten Christdemokraten sollte innerhalb des rechten Lagers Polo per le libertà die Gewichte verschieben. Verkürzt gesagt ging es darum, den ungeliebten Oppositionsführer Berlusconi loszuwerden und durch Fini zu ersetzen.

Dieses Vorhaben ist auf ganzer Linie gescheitert. Berlusconis rechtspopulistische Firmenpartei Forza Italia (25,2 Prozent) wurde mit deutlichem Vorsprung vor den Linksdemokraten (DS), die 17,3 Prozent erreichten, stärkste politische Kraft; das elefantöse Bündnis Fini/Segni dagegen kam auf ganze 10,3 Prozent und verlor damit gegenüber 1994 (AN 12,5 Prozent, Patto Segni 3,3 Prozent) 5,5 Prozentpunkte. Auch verglichen mit der Parlamentswahl vom 21. April 1996, als Alleanza Nazionale allein auf 15 Prozent kam, ist das jetzt erzielte Ergebnis eine empfindliche Niederlage. Die innerparteiliche Krisendebatte war kurz und heftig. Alessandra Mussolini und viele andere machten Finis moderaten Kurs für die Pleite verantwortlich; nun müsse die Partei, fand die Duce-Enkelin, Berlusconi um Verzeihung bitten und auf eigenständige bündnispolitische Manöver verzichten.

Berlusconi reibt sich ob der Niederlage seiner rechten Herausforderer die Hände; er ist und bleibt der Anführer des heterogenen Rechtsblocks, dessen schwelende Krise insoweit behoben ist, als nun klare Verhältnisse herrschen. Für das regierende Mitte-Links-Bündnis gilt das nur bedingt. Die Linksdemokraten (DS) von Regierungschef D'Alema (DS) fielen von 21,1 Prozent (1996) auf 17,3 Prozent. Allerdings kamen auch die mit vielen Vorschußlorbeeren bedachten Democratici über 7,7 Prozent nicht hinaus, während die bislang stärkste Nachfolgepartei der zusammengebrochenen Christdemokratie, die Volkspartei (PPI), einbrach: Sie erreichte nur noch 4,2 Prozent. Auch die anderen kleineren Parteien der Regierungsmehrheit kümmern dahin.

D'Alema sieht sich aber nicht nur als Sieger innerhalb des Mitte-Links-Bündnisses. Seine Rechnung, die zwar nicht ganz falsch ist, aber nur einen Teil der Wahrheit erfaßt: Die Kräfte hinter seiner Regierung erreichten zusammen 41,2 Prozent gegenüber 38,1 Prozent der rechten Opposition. Gleichzeitig wurden die unabhängigen Kräfte auf der Linken wie auf der Rechten geschwächt: Fausto Bertinottis Rifondazione Comunista (RC) fiel auf 4,3 Prozent (1996: 8,6 Prozent), während Armando Cossuttas abgespaltene Regierungskommunisten, die Comunisti Italiani (PdCI), 2 Prozent erreichten (Da es bei dieser wahl keine Sperrklausel gab, sind sie im EU-Parlament mit vier bzw. zwei Abgeordneten vertreten). Rechts fiel die Lega Nord auf 4,5 Prozent (1996: 10,1 Prozent). Da Bossi die Drohung mit der Sezession des Nordens ("Padanien") wiederholt Male zurückgenommen hat, ist seine Gruppierung nach allen Seiten bündnisfähig. Bei den Kommunalwahlen (s.u.) verhalf sie etlichen rechten Bürgermeisterkandidaten zum Sieg. Wenn der Preis stimmt, wäre Bossi allerdings im Prinzip auch bereit, mit der Mitte-Links-Koalition Geschäfte zu machen.

Emma Superstar - "der bewaffnete Arm der NATO"

Ebenso unberechenbar ist bis auf weiteres die Liste der populären EU-Kommissarin Emma Bonino, die 8,5 Prozent erreichte. Bonino kommt aus der aufgelösten Radikalen Partei Marco Pannellas, der jetzt Platz zwei ihrer Liste besetzt. Pannella hatte 1994 zum Sieg des Rechtsbündnisses der Herren Berlusconi, Fini und Bossi 3,5 Prozentpunkte beigetragen. Die strahlende Siegerin Bonino lebt vor allem von ihrem Image als starke Frau, die vor 25 Jahren die Kampagne gegen das Abtreibungsverbot anführte und heute in Sachen Menschenrechte um den Globus reist. Während sie sich in den vergangenen Jahren u.a. in Bosnien, Ruanda und Kuba engagierte, redete sie aktuell dem "Menschenrechtskrieg" gegen Jugoslawien das Wort. In den Medien verdiente sie sich damit den Titel "bewaffneter Arm der NATO".

Ob die "Mitte-Links"-Koalition mit ihren 41,2 Prozent auch die nächsten nationalen Wahlen gewinnen kann, ist derzeit Spekulation - zumal zum Regierungsbündnis so unsichere Partner wie die ehemaligen Christdemokraten der Volkspartei (PPI) und die UDR des Rechtspopulisten Francesco Cossiga gehören. (vgl. ak 420, 19..11.1998) Handfeste Daten liefert das Europawahlergebnis allein, was das innere Gefüge des Rechtsblocks angeht. Dessen baldiger Sieg aber ist keineswegs gewiß. Anders als 1994, beim Sieg der Rechten, von vielen deutschen Linken prognostiziert, nimmt die Geschichte einen gewundenen Verlauf. Bis auf weiteres widerlegt ist die These, auf Berlusconi folge unweigerlich Fini und damit ein neuer Faschismus, der dann auch auf das restliche Europa ausstrahlen werde. Der schon mehrfach für erledigt erklärte Berlusconi grinst wie einst im März, sein Juniorpartner Fini dagegen macht ein langes Gesicht.

Dabei darf Berlusconi nicht etwa als kleiners Übel mißverstanden werden. Zwar fehlt ihm die ideologische Prägung, die der im Geiste Mussolinis politisch erzogene Fini erfahren hat. Realpolitisch aber hat er den demokratisch gewendeten Neofaschisten immer wieder rechts überholt, u.a. mit seinen hysterischen Anklagen gegen Italiens "kommunistische" Regierung. Hinzu kommt seine ungebrochene Medienmacht. In den letzten vier Wochen des EU-Wahlkampfs strahlten die drei Sender seines Mediaset-Konzern insgesamt 274 Wahlspots von Forza Italia aus, während die politische Konkurrenz nicht vorkam. Mit zwei Ausnahmen: Elf Spots warben für Cossigas Gruppierung UDEUR - und 87 für Bonino. Gemunkelt wird, daß letztere größtenteils zu ermäßigtem Tarif, wenn nicht gratis, über die Sender gingen - was für kommende (politische) Geschäfte zwischen Berlusconi und Bonino/Pannella Schlimmes befürchten läßt. Nach der Wahl erinnerte Berlusconi eifrig daran, schließlich sei er es gewesen, der Emma "Superwoman" 1994 nach Brüssel geschickt habe...

D'Alema konterte diesen Vereinnahmungsversuch mit dem Hinweis, er habe Bonino schon im November letzten Jahres in sein Kabinett holen wollen - das Geplänkel um Personen ersetzt den Streit um politische Inhalte. Denn da ist man sich weitgehend einig. Nach wie vor gilt das Diktum von FIAT-Seniorchef Agnelli, in Italien sei nur eine linke Regierung in der Lage, eine rechte Politik durchzusetzen. Es wurde durch Italiens Beitrag zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien auch in der Außenpolitik bestätigt. Nun, da Italien innerhalb der EU wegen seines Haushaltsdefizits erneut unter Druck gerät, ist wieder rechte Innenpolitik gefragt: Sparpolitik nämlich.

Auf Wahlebene begünstigt diese Politik derzeit die Rechten. Das bestätigen auch die zeitgleich mit den EU-Wahlen abgehaltenen Abstimmungen in 66 von 102 Provinzen und 4.650 Gemeinden (20 Mio. Wahlberechtigte, zweiter Wahlgang am 27. Juni). Besonders bitter ist der Sieg der Rechten im "roten Bologna". Die Hauptstadt der Emilia-Romagna war vor allem in den 70er Jahren Reiseziel von Linken aus ganz Europa, die mit eigenen Augen eine "kommunistisch regierte" Stadt im kapitalistischen Westen sehen wollten. Wenn der Verlust dieses Symbols vor allem auf gesamt-italienische Ursachen - die enttäuschende Politik der Regierung D'Alema - zurückzuführen ist, dann wirkt er umgekehrt auf die nationale Ebene zurück: als Zeichen von Schwäche und Enttäuschung einer "Linken", die erst vor drei Jahren einen "historischen" Sieg feiern konnte.

Js.

EU-Wahl in Italien, +, +, +

Ergebnisse in Prozent,, in Klammern: Zahl der Mandate, +, +, +

, 1999, (Sitze), 1994

Regierungsmehrheit:, , ,

DS (D'Alema), 17,3, (15), 19,1

Democratici (Prodi), 7,7, (7),

PPI (Marini), 4,2, (4), 10,0

SDI (Boselli), 2,2, (2), 2,5

CDU (Buttiglione), 2,1, (2),

PdCI (Cossutta), 2,0, (2),

Grüne (Manconi), 1,8, (2), 3,2

UDEUR (Cossiga), 1,6, (1),

RI (Dini), 1,1, (1),

, , ,

Polo per le libertà:, , ,

Forza Italia (Berlusconi), 25,2, (22), 30,6

AN/Segni (Fini), 10,3, (9), 12,5/3,3

CCD (Casini), 2,6, (2),

, , ,

"Block-Unabhängige":, , ,

Bonino/Pannella, 8,5, (7),

RC (Bertinotti), 4,3, (4), 6,1

Lega Nord (Bossi), 4,5, (4), 6,6

Movimento Sociale (Rauti), 1,6, (1),

Wahlbeteiligung 70,8% (1994: 74,6%)

, +, +, +

34. Vorwärts im Geiste des Blairismus! Sozialdemokratische Modernisierer gehen ans Eingemachte

Autor: mb. · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:18

Begeisterter Beifall der FDP, wohlwollende Aufnahme bei Teilen der Grünen, zynische Kommentare der SPD-Linken und besorgte Stimmen aus den Gewerkschaften: Die Reaktionen auf das Papier von Gerhard Schröder und Tony Blair zur Zukunft der europäischen Sozialdemokratie lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Schröder gebärdet sich wieder als neoliberaler Einpeitscher.

"Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair" - so der ziemlich verunglückte Titel des Papiers, das der deutsche Bundeskanzler und der britische Premierminister wenige Tage vor der Europawahl der Öffentlichkeit vorstellten. (1) Aus Bonner Regierungskreisen war zu vernehmen, Blair habe die Veröffentlichung zu diesem Zeitpunkt verlangt, denn eigentlich sollte das Papier erst kurz vor der Sommerpause veröffentlicht werden. Als Wahlkampf-Knüller hat sich das Papier nicht gerade erwiesen. Die Labour Party und die SPD mußten deutliche Verluste hinnehmen. Honoriert haben ganz im Gegenteil die WählerInnen in Europa jene sozialdemokratischen Parteien, die das Papier nicht unterschrieben haben.

Aber man sollte keine künstlichen Widersprüche aufbauen. Das Papier von Schröder und Blair spielte bei der Wahl im europäischen Rahmen natürlich so gut wie keine Rolle. Nur wenigen außerhalb Großbritanniens und Deutschlands war die Existenz des Papiers überhaupt bekannt. So erfuhr z.B. eine niederländische Gewerkschafterin, die im Deutschlandfunk zu den Thesen Stellung nehmen sollte, erst durch die Anfrage des Senders von dem Papier.

In der Substanz enthält es allerdings nicht viel Neues. Wer die Veröffentlichungen von Bodo Hombach in den letzten Jahren verfolgt hat, erkennt dessen Handschrift deutlich wieder. Und vieles, was Blair und Schröder hier zusammengetragen haben, gehört schon seit einigen Jahren zum programmatischen Repertoire der SPD, von dem der Labour Party ganz zu schweigen. Neu an dem Papier ist zweierlei: die Deutlichkeit, mit der alte sozialdemokratische Essentials kritisiert werden, und das Umfeld, in das hinein der Vorstoß vor allem in der BRD wirkt.

Praktisch akzeptieren Schröder und Blair alle Kernpunkte neoliberaler und zum Teil auch konservativer Kritik an bisheriger sozialdemokratischer Politik: "In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt" und es sei die "Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert" worden. Das sei eine "nachträgliche Delegitimierung der sozialdemokratischen Geschichte", kritisierte der Parteilinke Manfred Müller. In der Tat hauen die beiden großen Staatsmänner auch auf den Lieblingsbegriff der Sozialdemokratie ein, wenn sie schreiben, die Sozialdemokratie habe in der Vergangenheit "die soziale Demokratie mit Konformität und Mittelmäßigkeit statt mit Kreativität, Diversität und herausragender Leistung" verbunden. Zukünftig müsse - so Schröder und Blair - sozialdemokratische Politik deshalb "in einem neuen, auf den heutigen Stand gebrachten wissenschaftlichen Rahmen betrieben (werden), innerhalb dessen der Staat die Wirtschaft nach Kräften fördert, sich aber nie als Ersatz für die Wirtschaft betrachtet".

"Bereitschaft zum Wandel der alten Mittel und traditionellen Instrumente" fordern die Smartboys. Und legen gleich noch eins drauf: Das Verständnis dessen, was "links" sei, dürfe "nicht ideologisch eingeengt" werden. Frank und frei erklären sie, wie ihrer Ansicht nach "links" zukünftig zu definieren sei: gute Bedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, durch "notwendige Kürzungen der staatlichen Ausgaben" den öffentlichen Sektor "radikal zu modernisieren", dabei aber "soziale Mindestnormen aufrechtzuerhalten".

Das Papier gipfelt in der Aufforderung, die "Linke" müsse "eine neue angebotsorientierte Agenda formulieren und umsetzen". In der Vergangenheit sei die europäische Sozialdemokratie mit hohen Steuern, insbesondere Unternehmenssteuern, identifiziert worden. Heute gilt: "Moderne Sozialdemokraten erkennen an, daß Steuerreformen und Steuersenkungen unter den richtigen Umständen wesentlich dazu beitragen können, ihre

übergeordneten gesellschaftlichen Ziele zu verwirklichen." Deshalb müßte die Steuerbelastung von "harter Arbeit und Unternehmertum" reduziert, die Steuerbelastung insgesamt "neu ausbalanciert" werden.

Was natürlich auch nicht fehlen darf, ist die Kritik an den bestehenden sozialen Sicherungssystemen: "Ein Sozialversicherungssystem, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden, behindert, muß reformiert werden." Aus einem "Sicherheitsnetz aus Ansprüchen" soll ein "Sprungbrett in die Eigenverantwortung" werden. Also fordert man als erstes die Überprüfung aller Leistungsempfänger "auf ihre Fähigkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen".

"Welfare to work" ist das Schlagwort. Selbstverständlich plädieren Schröder und Blair für einen Niedriglohnsektor, "um gering Qualifizierten Arbeitsplätze verfügbar zu machen". Denn: "Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit." Drohend heißt es: "Wir erwarten ... auch, daß jeder die ihm gebotenen Chancen annimmt."

Der "Dritte Weg" zwischen Neoliberalismus und Wohlfahrtsstaat, dem Blair und Schröder hier das Wort reden, erschöpft sich in der verbalen Abgrenzung von einem "neoliberalen Laisser-faire". Statt dessen schwebt ihnen eine neue Art von Korporatismus vor, der die "Bereitschaft und Fähigkeit der Gesellschaft zum Dialog und zum Konsens" gewinnt und stärkt. Entscheidender Unterschied zur Politik der vergangenen Jahrzehnte ist dabei, daß den Gewerkschaften nur noch eine Rolle am Katzentisch zugedacht ist. Sie sollen nach Meinung von Schröder und Blair jeglichen gesamtgesellschaftlichen und allgemeinpolitischen Anspruch fallen lassen. "Wir wollen, daß (die Gewerkschaften) den einzelnen gegen Willkür schützen und in Kooperation mit den Arbeitgebern den Wandel gestalten und dauerhaften Wohlstand schaffen helfen." Der neue Juso-Vorsitzende Benjamin Mikfeld kennzeichnet das dahinterstehende Ansinnen so: "Es geht Schröder und Hombach nicht um politische Reformprojekte, sondern vor allem darum, eine neuen gesellschaftlichen Kompromiß zwischen der Kapitalseite und einer dubiosen ‚Neuen Mitte` zu schmieden. Für den Rest bleibt der schöne neue Billiglohnsektor." (Freitag, 25.6.99)

Das Schröder-Blair-Papier läßt eine klare Richtung erkennen: Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, Steuersenkungen, Niedriglohnsektor, Zurücknahme der materiellen Staatsfunktionen, Privatisierung von Bildung und sozialer Sicherheit. Es liest sich in vielen Punkten wie eine allgemein gefaßte Vorwegnahme des Sparprogramms der Bundesregierung, das am 23. Juni vorgestellt wurde. Wie begründete Bodo Hombach den Text? Es gehe darum, eine "Spaltung" zwischen dem pragmatischen Vorgehen sozialdemokratisch geführter Regierungen und den sozialdemokratischen Parteien zu verhindern. Es gelte, ein "Theorie-Praxis-Loch" zu schließen. (Frankfurter Rundschau, 11.6.99)

Folgerichtig bedauerten die Kapitalistenverbände am heftigsten, daß Hombach aus dem Bundeskanzleramt weggelobt wurde. Hätten die deutschen Unternehmen dadurch doch eine "verläßliche Stütze" und den "Minister mit der höchsten Wirtschaftskompetenz" verloren. (Berliner Zeitung, 25.6.99)

Daß Hombachs Weggang mit einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der SPD zu tun hätte, ist nicht anzunehmen. Nach der Veröffentlichung des Papiers sahen führende Sozialdemokraten die Gefahr, daß es angesichts der Spar- und Steuerpläne der rotgrünen Bundesregierung als neue programmatische Grundlage der Bonner Tagespolitik verstanden werden kann. Dadurch sehen sie ihr Ansinnen konterkariert, die drastischen Einschnitte als notwendigen "Kraftakt" wegen der Schulden-Erblast der Kohl-Regierung hinzustellen. Indem Schröder den Buhmann der Parteilinken aus dem Regierungszentrum nimmt, schafft er sich mehr Spielraum, seine Vorstellungen auch gegen Teile der eigenen Partei durchzusetzen. Die kritischen Stimmen aus der SPD und den Gewerkschaften sind jedenfalls erst einmal verstummt, ihrer Kritik die Spitze genommen.

War der Rücktritt Lafontaines der erste Akt in diesem Stück, so ist das Schröder-Blair-Papier der zweite. Es geht darum, die SPD auf die "Neue Mitte" einzuschwören, die Traditionalisten (also die "Verteidiger" des klassischen Sozialstaats) zu marginalisieren, um so eine Modernisierungspolitik im Sinne Blairs durchzusetzen. Deren Hauptunterschied zum Neoliberalismus besteht darin, daß sie auf eine größere Massenbasis zurückgreifen kann und ehemalige KritikerInnen im "roten" und grünen Gewand eingebunden hat. Bislang ist das noch ein umkämpftes Projekt. Von der SPD-Linken ist dabei wenig Widerstand zu erwarten. Man solle das Papier nicht zu ernst nehmen, war die erste Reaktion eines führenden SPD-Linken. Auch beim ersten Praxistest, dem Spar- und Steuerpaket der Bundesregierung, fiel die Kritik aus der SPD verhalten aus.

mb., Berlin

Anmerkung:

1) Das Papier ist dokumentiert auf der Homepage der SPD (www.spd.de)

35. Forcierte FDPisierung von Bündnis 90/Die Grünen

Autor: mb. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:48

Zeigt der Bielefelder Parteitag doch noch Folgen bei den Grünen? Das Schauspiel der vergangenen Tage läßt Hoffnung aufkommen. Sogenannte junge Grüne bekennen ihre Vorliebe für Westerwelles FDP, der rechte Flügel der Realos gefällt sich mit heftigen Angriffen gegen Umweltminister Trittin, und auch die Parteilinke schickt die Jugend vor, die sich ganz toll sozial gibt.

Gerade Daniel Cohn-Bendit hängte sich mal wieder als erster und ganz weit aus dem Fenster. Weil Jürgen Trittin die Weisung des VW-Freundes Gerhard Schröder umgesetzt hat, die EU-Altautoverordnung zu sabotieren, zieh er ihn des Verrats grüner Positionen und legte ihm den Rücktritt nahe. Die engsten Freunde des Kapitals in der grünen Bundestagsfraktion, Christine Scheel und Oswald Metzger, stimmten in den Chor ein. Der haushaltspolitische Sprecher der Bundestagsgrünen und neoliberale Vormann überraschte mit einer ganz einfachen Rechnung, wie die "Krise" der Partei zu überwinden sei: "Ich bin der Auffassung, wir würden einen Befreiungsschlag erleben, wenn Jürgen Trittin selber seinen Hut nähme. Ein bis zwei Prozentpunkte würde uns das sofort bringen, ohne daß die dringend notwendige programmatische Erneuerung angegangen wird." (ND, 30.6.99) Ach, die Welt kann manchmal so einfach sein!

Die Realos blasen zum Kampf. Zeitgleich mit den Attacken auf Trittin veröffentlichten 40 junge Grüne - unter ihnen die beiden MdBs Cem Özdemir und Matthias Berninger - ein "Programmpapier", in dem sie eine Reform hin zu einer modernen, liberalen Regierungspartei verlangen. Ihnen geht es "um eine Neudefinition der sozialen Marktwirtschaft", ein "neues Verhältnis" von individueller Freiheit und sozialer Sicherheit, denn "die Kräfte des Marktes und gesellschaftliche Anforderungen" müßten "in Einklang gebracht" werden.

"Die Zeit des Burgfriedens und der Formelkompromisse ist vorbei", lassen uns die Junggrünen wissen. (1) Matthias Berninger gibt sich dummdreist: "Ich bin nun wirklich der letzte, der ein Freund stalinistischer Säuberungen ist." (taz, 28.6.99) So blöd, wie er glauben machen will, sind er und seine Freunde dann aber doch nicht. Sie wollen ja eine "Neupositionierung" der Partei, die "eine klare Kampfansage an die FDP" ist. Und deshalb fordern sie ganz offen: "Wir treten dabei ein für eine klare, machtbewußte, pragmatische Positionierung, aber auch für eine teilweise Auswechslung der Mitgliedschaft: Wer zur Nichtwahl von Bündnis 90/Die Grünen aufgerufen hat, die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen einstellt, sich in Netzwerken zusammenschließt, ... (der "Antistalinist" Berninger beweist hier doch erstaunliche Kenntnis über das Fraktionierungsverbot, Anm. ak) sollte sich überlegen, ob er nicht in einer linken Folkloregruppe besser aufgehoben ist als in einer Partei."

Angesichts der real existierenden grünen Partei fragt man sich unweigerlich, wen die FDP-Freunde eigentlich meinen, wenn sie schreiben: "Uns als zweite Generation interessiert es nicht, wie ihr euren Frieden mit der sozialen Marktwirtschaft gemacht habt." Da wird mal wieder ein Pappkamerad aufgebaut, auf den es sich trefflich einschlagen läßt. So lassen uns die vierzig Schaumschläger auch wissen, daß sie mit Antikapitalismus nie etwas am Hut hatten. "Das war damals falsch, ist es heute noch, und eigentlich wißt ihr das auch." Stimmt, die Grünen der neunziger Jahre wissen das.

Wen wollen also die "Jungen Wilden" eigentlich ansprechen? Der Babelsberger Kreis, der in den letzten Jahren das Sammelbecken der Parteilinken war, hat längst kapituliert. Jürgen Trittin, Ludger Volmer oder Angelika Beer haben in den letzten Wochen hinlänglich bewiesen, daß sie an erster Stelle Parteisoldaten sind. Sind es doch gerade sie, die die Revision grüner Programmatik gegen innergrünen Unmut "glaubhaft" durchsetzen konnten.

Und so richtet sich der Vorstoß von Özdemir, Berninger & Co. gegen jene sieben Bundestagsabgeordneten um Annelie Buntenbach, Christian Simmert und Christian Ströbele, die sich in der Fraktion gegen den NATO-Krieg gestellt haben. Schon kündigte Christian Simmert an, daß sich der linke Flügel nicht aus der Partei mobben lassen werde. Ströbele äußert sich ähnlich. Eine Gruppe um Simmert konterte dann auch nach wenigen Tagen mit einem eigenen Papier. Anstatt die FDP beerben zu wollen, fordert sie, "die soziale Frage in den Mittelpunkt des Regierungshandelns zu stellen". (2) Wie isoliert die Linke mittlerweile in der Fraktion ist, zeigte sich daran, daß allein Annelie Buntenbach diesen Vorstoß positiv kommentierte.

Die ersten Reaktionen auf das Papier der grünen Jungliberalen von Seiten der Linken waren kämpferisch. Das Wort von der drohenden Spaltung der Partei machte mal wieder die Runde. Schon werden Gerüchte laut, die Parteilinke wolle angesichts des sich abzeichnenden Desasters beim Atomausstieg - eine Restlaufzeit von 35-40 Jahren entspricht nicht gerade den grünen Vorstellungen - einen Sonderparteitag einberufen. Wer dort mit dem großen Showdown rechnet, wird ebenso wie in Bielefeld enttäuscht werden. Jürgen Trittin gibt einmal mehr die Linie vor: "Für die Erfolge, die die Grünen jetzt brauchen, muß eine geschlossene Partei am Bonner Kabinettstisch sitzen." Innerparteiliche Flügelkämpfe helfen da nicht weiter, so der Umweltminister. Stattdessen wirbt Trittin lieber demonstrativ für das Sparpaket von Finanzminister Eichel.

Antje Radcke, grüne Bundesvorstandssprecherin, hofft auf eine Programmdebatte: "Es muß uns mit diesem Grundsatzprogramm gelingen, so etwas wie eine Identität herzustellen - die uns in letzter Zeit etwas flöten gegangen ist." (taz, 1.7.99) Die grünen Jungliberalen haben ihren Vorschlag dazu schon kundgetan und viel Beifall von der Parteirechten erhalten. Auf die Antwort, wo die Zukunft einer grünen Partei liegt, die sich um die Klientel einer Drei-Prozent-Partei kümmert, darf man gespannt sein. Guido Westerwelle ist jedenfalls bereit, sich dem Wettbewerb zu stellen: "Das Original heißt FDP." (taz, 30.6.99) Leider wird sich auch die Parteilinke um Buntenbach an dem Wettbewerb beteiligen. Sie wird uns in den nächsten Wochen ständig beteuern, ihr Verbleib in der Partei sei notwendig, um das Schlimmste zu verhindern.

mb.

Anmerkungen:

1) "Bündnis 90/Die Grünen haben eine zweite Chance verdient"; www.gruene-hessen.de

2) "Raus aus der Mitte! Wege zu einem klaren grünen Profil", www.simmert.de

36. Verstopfungsstrategie. Interview mit Gesine Fischer und Wiebke Herding von "Xtausend mal quer"

Autor: DSe · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:38

Nach nunmehr über einem Jahr Atomtransporte-Stop wird es in den internen Lagerbecken der AKWs langsam eng. Bis Ende des Jahres müssen die Transporte wieder aufgenommen werden, wenn die AKWs nicht wegen fehlender Entsorgung abgeschaltet werden sollen. Genau darin sehen viele Anti-AKW-Gruppen eine Chance. Sie wollen mit Aktionen die Entsorgungswege verstopfen. Bundesweit aktiv ist das gewaltfreie Spektrum mit der Kampagne "X-1000 mal quer". ak sprach mit den zwei Aktivistinnen Gesine Fischer (Wendland) und Wiebke Herding.

ak: Wenn in den Medien in den letzten Monaten über AtomkraftgegnerInnen berichtet wurde, dann war auch oft von "X- tausendmal quer" die Rede. Beschreibt doch mal kurz, was es mit dieser Kampagne auf sich hat.

Gesine: "X-tausendmal quer", das war die große gewaltfreie Sitzblockade am Verladekran in Dannenberg beim letzten Castor-Transport nach Gorleben 1997. Danach gab es in der Bewegung einigen Streit um diese Aktion, aber letztendlich überwogen die positiven Rückmeldungen. Schließlich hat diese Großblockade zusammen mit den anderen Formen des Widerstandes dazu beigetragen, daß seither kein Castor mehr ins Wendland gerollt ist. In Lüchow-Dannenberg hat sich bald nach diesem letzten Tag X eine neue Gruppe zusammengefunden. Wir wollten das Konzept von "X-tausendmal quer" weiterentwickeln und haben für einen neuen Gorleben-Transport konkrete Pläne gemacht. Die Idee ist: Das nächste Mal gehen wir auf die Schiene und blockieren den Atommüll-Zug schon vor seiner Ankunft am Verladekran. Dann bleibt durch den Umladevorgang noch genug Zeit für eine zweite Blockade auf der Straße zwischen Dannenberg und Gorleben.

Wiebke: Die 1997er Aktion war ja nicht nur von wendländischen Leuten vorbereitet worden. Viele AktivistInnen aus der bundesweiten Szene gewaltfreier Aktionsgruppen und aus der Jugendumweltbewegung waren mit dabei. In diesen Gruppen haben wir nach dem Transportestop durch Ministerin Merkel im Frühjahr 1998 wieder verstärkt über Aktionsperspektiven nachgedacht. Herausgekommen ist dabei die Kampagne "X-tausendmal quer - überall".

Wir wollen den ersten Castor nach Aufhebung des Transportestops blockieren, egal von wo nach wo er fährt. Das heißt, wir haben es diesmal nicht nur mit einem Tag X sondern auch mit einem Ort X zu tun. Rollt der erste ins Wendland, dann greift das Schienenkonzept der wendländischen "X-tausendmal quer"-Gruppe; rollt er von einem AKW zur Wiederaufarbeitung ins Ausland, dann blockieren wir das Kraftwerk und vielleicht auch an der Grenze; rollt er von Neckarwestheim zum Zwischenlager Ahaus, versuchen wir auch, beide Orte abzudecken. Wichtig ist dabei, daß wir uns möglichst gut mit den anderen an den jeweiligen Standorten aktiven Gruppen absprechen und zu gemeinsamen Konzepten kommen.

Gesine: Unsere Grundaktion bleibt die gewaltfreie Sitzblockade. In einer Übereinkunft ist genau aufgeschrieben, wie wir uns bei der Aktion verhalten wollen. So weiß jede und jeder vorher, worauf er oder sie sich einläßt. Mit der Unterschrift unter eine Absichtserklärung machen die potentiellen BlockiererInnen öffentlich, daß mit ihnen beim nächsten Transport zu rechnen ist. Durch diese Rückmeldungen haben wir - anders als bei einem unpersönlichen Demo- oder Aktionsaufruf - schon weit vor der eigentlichen Aktion die Möglichkeit, intensiven Kontakt untereinander aufzubauen. Wir informieren regelmäßig in Rundbriefen über die atompolitische Situation und über den Stand der Vorbereitung der Blockade. Wir bieten Trainings in gewaltfreier Aktion an. Und wir können viele Menschen schon in die organisatorischen Arbeiten und die Entscheidungsstrukturen der Kampagne miteinbeziehen.

Wiebke: Innerhalb der Sitzblockade werden diesmal auch verschiedene gut vorbereitete Gruppen versuchen, durch Anketten oder ähnliche technische Aktionen die polizeiliche Räumung zu erschweren. Allerdings wollen wir darauf achten, daß dies nur an Streckenabschnitten stattfindet, wo alle BlockiererInnen mit solchen Aktionen klarkommen. Es wird also auch Abschnitte geben, in denen "nur" sitzen stattfindet.

Wie ist die Resonanz auf eure Kampagne? Immerhin scheint die Anti-Atom-Bewegung zur Zeit wenig mobilisierungsfähig.

Gesine: Ich bin positiv überrascht. Rechnen wir die Rückmeldungen auf den Wendland-Aufruf und auf "X-tausendmal quer - überall" zusammen, dann gibt es bereits 2.400 Menschen, die sich auf die Blockade vorbereiten. Das ist eine Zahl, wie wir sie 1997 erst in der heißen Phase, drei Wochen vor dem Tag X, erreicht haben. Am Ende waren wir damals 9.000.

Inzwischen gibt es bundesweit etwa 45 Regionalkontakte der Kampagne. Das sind zum Teil Einzelpersonen und zum Teil Gruppen, die sich in ihrer Region um die Mobilisierung und die konkrete Aktionsvorbereitung kümmern. Unsere Organisationsstruktur ist sehr dezentral angelegt. Verschiedene Arbeitsbereiche sind über die ganze Bundesrepublik verteilt, das geht von Kiel bis Augsburg und von Leipzig bis Aachen. Insgesamt arbeiten zur Zeit ungefähr 80 Leute in der überregionalen Kampagnenstruktur mit.

Besonderen Wert legen wir auf die gründliche Vorbereitung der Infrastruktur. Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt uns, daß die Leute viel mehr Kraft und Mut bei der Aktion aufbringen, wenn die äußeren Rahmenbedingungen stimmen, wenn es genügend Unterstützung bei der Blockade gibt. Das reicht vom Essen bis zum Fahrdienst, von einer guten Infoversorgung bis zu Wechselklamotten und von SanitäterInnen bis zu basisdemokratisch organisierten Entscheidungsstrukturen vor und während der Aktion.

Einige Leute aus der Kampagne bereisen alle möglichen Aktionsorte, nehmen Kontakt mit örtlichen Gruppen auf und machen erstmal eine Bestandsaufnahme der Gegebenheiten vor Ort. So können wir für die verschiedenen Standorte spezielle Aktionsplanung betreiben.

Wiebke: Daß wir schon relativ weit in unseren Vorbereitungen sind und auf Resonanz sowohl unter den Aktiven als auch in den Medien stoßen, das bringt auch Probleme mit sich. Denn - von einigen Ausnahmen abgesehen - sind andere Spektren der Bewegung noch nicht so gut organisiert. Viele Kräfte wurden durch den Widerstand gegen den Krieg in Jugoslawien gebunden, auch durch die Aktionen in Köln, und manche sind sicher auch ganz froh, wenn es mal eine längere Castor-Pause gibt.

So entsteht aber der Eindruck, als ob "X-tausendmal quer" alles dominiere. In der öffentlichen Wahrnehmung ist das ja teilweise auch der Fall. Doch ich halte diese Entwicklung für gefährlich. Die Bewegung war immer dann am stärksten, wenn sie vielfältig war. Diese Vielfalt ist im Augenblick noch nicht ausgeprägt genug. Wir können da nur hoffen, daß sich auch die anderen Gruppen wieder mehr beteiligen.

Gesine: Es wäre ja völlig unsinnig, wenn wir erstmal Pause machen, bis die anderen so weit sind, oder?

Wann ist nach euren Informationen mit dem nächsten Castor-Transport zu rechnen, und wo wird er rollen?

Gesine: Es ist weiterhin alles offen. Aus La Hague nach Gorleben ist ja schon lange ein Transport geplant. Aber ob der nun schon im Herbst kommt oder im Frühjahr 2000 oder - wie es die niedersächsische Landesregierung will - erst nach der Expo, das ist noch nicht entschieden. Da laufen hinter den Kulissen Machtkämpfe ab, und der zu erwartende Widerstand ist ein gewichtiger Faktor dabei.

Wiebke: Auch bei den Transporten zur WAA ist noch nichts festgeklopft. Noch dauert der Transportestop an. Den größten Druck machen zur Zeit die Betreiber der AKWs in Neckarwestheim, Biblis, Stade und Philippsburg. Deren Abklingbecken sind so voll, die müssen noch in diesem Jahr mit Transporten anfangen, sonst ist in der ersten Hälfte des nächsten Jahres Schluß. Die haben da echt ein Problem, und das ergibt für uns eine schöne Perspektive...

Diese "Verstopfungsstrategie", die ihr da propagiert, die Reaktoren sozusagen vom Netz zu blockieren, macht ihr es euch da nicht zu einfach? Wie wollt ihr "überall" gleichzeitig präsent sein? Da ist es doch für die Polizei ein leichtes, euch auszutricksen. Und schließlich würde es die Kräfte der Bewegung doch auch völlig überfordern, wenn - wie geplant - alle paar Wochen Castor-Züge Richtung Frankreich rollen.

Wiebke: Da liegt ein Mißverständnis vor. Wir wollen und wir brauchen ja gar nicht überall und auch nicht ständig zu blockieren, sondern nur dann, wenn der erste Transport rollen soll. Zu erfahren, wo dieser Castor abfährt, das wird für die Bewegung ein Leichtes sein. Aber entscheidend ist: Gelingt es, zu diesem Tag X genügend Menschen zum Querstellen zu mobilisieren, dann braucht es da so viel Polizei, daß weitere Großeinsätze lange nicht möglich sein werden, und damit fallen weitere Transporte flach. Das haben verschiedene Innenminister in den letzten Monaten mehrmals bestätigt: Mehr als allerhöchstens zwei solche Rekordeinsätze sind pro Jahr nicht machbar.

Ich finde das irre. Zum ersten Mal kann eine Protestbewegung in diesem Land umstrittene Projekte allein dadurch zu Fall bringen, daß genügend Menschen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort sind. Das ist ja das Geniale an dieser Verstopfungsstrategie: Es kommt gar nicht darauf an, ob wir den ersten Castor tatsächlich aufhalten oder nicht. Wichtig ist nur, daß wir die anti-atomare Kettenreaktion auslösen: Viele BlockiererInnen erfordern viel Polizei. Viel Polizei bedeutet viele Überstunden. Viele Überstunden bedeuten langes Warten auf den nächsten Transport. Seltene Transporte bedeuten Entsorgungs-Notstand in den AKWs. Und der Entsorgungs-Notstand führt schließlich zum Abschalten.

Gesine: Der Spiegel hat über "X-tausendmal quer" geschrieben: "Der Plan ist simpel, die Folgen für die Nuklearbranche sind womöglich gravierend." Die Verstopfungsstrategie ist ein weitaus effektiveres und schnelleres Ausstiegskonzept als alles, was in Bonn bei den Konsensgesprächen diskutiert wird. Verhindern wir die Transporte, dann sind bis zum Ende der Legislaturperiode schon elf Reaktoren vom Netz - und zwar entschädigungsfrei.

Als RWE-Chef Kuhnt in einem Interview Regreßforderungen an die Bundesregierung ankündigte, falls nicht bald wieder Transporte genehmigt würden, ist er gefragt worden, ob sowas nicht zum unternehmerischen Risiko gehört, schließlich könnte er doch auch keine Ansprüche stellen, wenn die Transporte "durch höhere Gewalt wie Demonstrationen" verhindert würden. Da hat er geantwortet: "Richtig, gegen höhere Gewalt kann man nichts machen." Na ja, und "X-tausendmal quer" ist sozusagen die höhere Gewaltfreiheit, und ich vermute, die in den Vorstandsetagen sind ziemlich ratlos, was sie machen sollen.

Das glaube ich nicht. Schließlich arbeiten die doch schon längst an ihren Hintertürchen. In Stade sollen z.B. zusätzliche Tragegestelle für Brennelemente eingesetzt werden. Woanders ist von Transportbereitstellungslagerung die Rede. Da sollen die gefüllten Castoren einfach auf dem Kraftwerksgelände abgestellt werden. Und außerdem sind doch an allen AKWs neue Zwischenlagerhallen geplant, die jegliche Transporte unnötig machen.

Wiebke: Das ist alles richtig. Aber das würde für die "Verstopfungsstrategie" nur dann zum Problem, wenn niemand etwas dagegen unternimmt. Denn all diese technischen Ausweichkonzepte müssen genehmigt werden. Und diese Genehmigungsverfahren bieten viele Möglichkeiten der Einflußnahme und Verzögerung. Doch selbst wenn zum Beispiel in Stade dieses Zusatzgestell eingesetzt würde, wäre das Ende nur um ein Jahr verzögert.

Für den Bau und die Genehmigung der dezentralen Zwischenlager an den AKW-Standorten rechnen die Betreiber selbst mit sechs Jahren. Die Beispiele Gorleben und Ahaus haben gezeigt, daß sowas noch viel länger dauern kann.

Aber es muß angegangen werden. Der wissenschaftliche, juristische, genehmigungstechnische und politische Sachverstand der Bewegung muß sich dieser Themen annehmen, muß mithelfen, die Verstopfungsstrategie abzusichern.

Gesine: Selbst wenn es so weit kommen sollte, daß ein wegen "Verstopfung" abgeschaltetes AKW wieder anlaufen soll, weil die Transportbereitstellungslagerung genehmigt wurde oder eine Castor-Halle ihren Betrieb aufnimmt, dann hört unsere Phantasie ja nicht auf. Auch für die Lagerung unter freiem Himmel oder im Zwischenlager braucht es Behälter. Und die müssen angeliefert werden ...

Bundesumweltminister Trittin geht davon aus, daß die Regelung der Entsorgung auf gesellschaftliche Akzeptanz trifft, wenn erstmal Ausstiegsfristen für die einzelnen Reaktoren festgelegt worden sind. Ist es nicht realistischerweise so, daß ihr ganz viel an Unterstützung verlieren werdet, spätestens wenn in Bonn der "Energiekonsens" verkündet wird?

Gesine: Realistisch ist das Gegenteil. So leicht sind die Leute nicht hinters Licht zu führen. Wenn Regierung und Konzerne den langfristigen Weiterbetrieb der AKWs beschließen, dann wird die Anti-Atom-Bewegung nochmal mächtig Zulauf bekommen. Alle, die sich von Rot-Grün deutliche Schritte in Richtung Ausstieg versprochen haben, werde enttäuscht sein. Und da bieten wir doch ganz ermutigende Perspektiven an. Die Grünen hatten im Wahlkampf den Slogan "Atomausstieg - nur mit uns". Das glaubt denen kein Mensch mehr. Unsere Antwort darauf ist "Atomausstieg - nur mit Euch". Je mehr Menschen sich querstellen, um so schneller gehen die Reaktoren vom Netz.

Wiebke: Der Streit um die Atomkraft und die konkrete Auseinandersetzung um die Castor-Transporte hat alle Chancen, zum exemplarischen Konflikt zwischen Rot-Grün und einer neu sich formierenden außerparlamentarischen Opposition zu werden. In allen anderen Politikfeldern ist es weitaus schwieriger, konkrete Ansatzpunkte zur Entwicklung von gesellschaftlichem Druck zu finden. Der Widerstand gegen den Krieg hat darunter gelitten, daß er kein wirklich zündendes Aktionskonzept hatte, das viele durch eigenes Handeln mit umsetzen konnten. Ähnliches gilt für die Aktionen rund um die Kölner Gipfel. Auch in der Flüchtlings- oder Sozialpolitik bleibt es schwierig, als linke Opposition handlungsfähig zu bleiben.

Ganz anders in der Atompolitik. Da werden sich die zwei Konzepte von Regierung und Bewegung direkt gegenüberstehen. Alle Menschen können sich entscheiden, welches sie für erfolgversprechender halten. Die Frage ist simpel: Wollt ihr weitere 20 Jahre Atomkraft-Risiken, genannt Ausstieg, oder wollt ihr aktiv dazu beitragen, daß endlich Schluß ist mit den AKWs. Ich glaube, daß auch und gerade die grüne Basis, die ja bestimmt nicht mit den Ergebnissen aus Bonn zufrieden ist, vor der Frage steht, ob sie das alles so akzeptiert oder - so war das ja früher mal - als zweites Standbein des eigenen politischen Handelns auch die außerparlamentarischen Aktivitäten wieder verstärkt.

Gesine: Ich finde das faszinierend. Wir haben es praktisch selbst in der Hand. Je mehr Leute mitmachen, um so größer sind die Erfolgsaussichten. Ich hoffe nur, daß sich diese einmalige Chance rechtzeitig weit genug herumspricht.

Wiebke: Und ich hoffe, daß viele verstehen, daß die Verstopfungsstrategie nicht nur aus "X-tausendmal quer" besteht, sondern daß möglichst vielfältiger Widerstand nötig ist, um gemeinsam ans Ziel zu kommen.

Die Fragen stellte DSe

Kontakt: "X-tausendmal quer - überall", Herrlichkeit 1, 27283 Verden,

Tel. 0441/592762, Fax: 04231/957565, Email: X1000malquer@oekozentrum.org, Internet:

www.oekozentrum.org/ X1000malquer

37. EU fordert AKWs in der Ukraine. Schröder will Atomkredit für Siemens

Autor: Henrik Paulitz · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Kapitalpolitik, Firmen; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:23

Die Bundesregierung hat sich den Atomausstieg auf die Fahnen geschrieben. Der Bau neuer Atomkraftwerke sollte eigentlich kein Thema sein. Dennoch ringt die rot-grüne Bundesregierung seit Monaten mit der Entscheidung, ob sie einen Atomkredit für den Bau von zwei Atomkraftwerken in der Ukraine unterstützen soll oder nicht. Grund: Der deutsche Siemens-Konzern drängt massiv auf staatliche Unterstützung für seine nuklearen Interessen. Bundeskanzler Schröder will den Atomkredit für Siemens.

"Die nüchterne Erkenntnis ist, daß es nicht in der Hand der westlichen Länder liegt, über die Abschaltung von Reaktoren in Osteuropa zu entscheiden", schrieb Siemens-Chef Heinrich von Pierer noch am 25. Januar diesen Jahres an die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW, Trägerin des Friedensnobelpreises 1985. Jetzt wurde bekannt, daß es im Falle der Ukraine sehr wohl die westlichen Industriestaaten waren, die die arme Ukraine 1995 sogar dazu drängten, als Ersatz für den noch laufenden Atomkraftwerksblock in Tschernobyl zwei marode Atomkraftwerksblöcke fertigzustellen. Die finanzschwache Ukraine wollte sich vom Westen hingegen ein risikoarmes Gaskraftwerk finanzieren lassen.

Das geht u.a. aus einem Schreiben des ukrainischen Präsidenten Kutschma vom 17. Mai 1998 an die westlichen Regierungschefs hervor: "Während der Verhandlungen mit der Gruppe der sieben reichen Staaten (G7) 1995 über die Schließung von Tschernobyl hat die Ukraine den Bau eines Gas- und Dampfkraftwerks vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt zugunsten der dringenden Empfehlung seitens der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), daß wir den Bau der Atomkraftwerke Rowno-4 und Khmelnitzki-2 fertigstellen."

Mit der Unterzeichnung eines "Memorandum of Understanding" im Jahr 1995 legte die G7-Gruppe die Ukraine schließlich auf den Atomkraftwerksbau fest. Dieses Papier kam "auf Initiative der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs" zustande, wie das Bundesfinanzministerium in einem Schreiben vom 30. März 1999 an die IPPNW deutlich machte. Das besondere Engagement Deutschlands und Frankreichs erklärt sich aus dem Interesse der deutschen Siemens AG und des französischen Reaktorbauers Framatome, die beiden Atomkraftwerke (gemeinsam mit dem russischen Atomministerium) fertigstellen zu können. Siemens und Framatome kooperieren bereits seit vielen Jahren bei der Nachrüstung von westlichen und osteuropäischen Atomkraftwerken. Inzwischen heißt es auch aus dem Bundeskanzleramt, daß Deutschland 1995 unbedingt das Memorandum abschließen wollte.

Siemens drängt die Bundesregierung übrigens nicht nur, einen Kredit bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) zu unterstützen. Siemens bemüht sich in Bonn auch um die Vergabe von Hermes-Bürgschaften, um weitere Bankkredite für das Atomgeschäft zu erhalten.

Siemens ist auffallend stark darum bemüht, den Eindruck zu erwecken, als habe die Ukraine die Fertigstellung von Khmelnitzki-2 und Rowno-4 gewollt. Siemens-Atommanager Wulf Bürkle berichtete 1996 in der Zeitschrift atomwirtschaft, daß Siemens im Juni 1995 in der Ukraine ein "konventionell-nukleares Konzept" als Ersatz für Tschernobyl vorgestellt habe, "das den Vorstellungen der ukrainischen Regierung entsprach". Es sah u.a. die Fertigstellung der beiden Atomkraftwerksblöcke vor. Neben der Fertigstellung der beiden Atomkraftwerke beinhaltete das Konzept die Modernisierung vorhandener Kohlekraftwerke.

Daß allerdings weder der Bau der Atomkraftwerke noch die Modernisierung von Kohlekraftwerken den damaligen Vorstellungen der ukrainischen Regierung entsprach, machte sie einen Monat nach Vorstellung des Siemens-Konzepts, deutlich: Im Juli 1995 präsentierte sie offiziell ein vom schwedisch-schweizerischen Konzern ABB vorgeschlagenes Gaskraftwerks-Projekt.

Ukraine will Gas, kein Atom

Das schließlich von Deutschland und Frankreich durchgesetzte Memorandum of Understanding beschränkte sich schließlich auf das wesentliche: Als einziges konkretes Projekt wurde die Fertigstellung der beiden Atomkraftwerke vereinbart.

Für die liberal-konservative Bundesregierung war es selbstverständlich, sich für die nuklearen Interessen des deutschen Siemens-Konzerns stark zu machen. Der neuen Bundesregierung ist dies zumindest nicht fremd. Bundeskanzler Schröder möchte sich als Mann der Wirtschaft profilieren und zeigt sich wegen des Bündnisses für Arbeit erpreßbar. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Karl Diller machte in einem Schreiben vom 24. März 1999 an die IPPNW unmißverständlich deutlich: "Es liegt im Interesse der Bundesregierung, daß sich deutsche Exporteure an der Erhöhung der Sicherheitsstandards bei Kernkraftwerken beteiligen, wenn die betreffenden Staaten ihre Entscheidung zur Modernisierung älterer Kraftwerke getroffen haben."

Bei allem Gerede über Europa und der Kritik an nationalen Egoismen bleibt unverkennbar: Die deutsche Bundesregierung vertritt in Europa zunächst einmal die Interessen des deutschen Atomkonzerns Siemens.

Zwar gibt es inzwischen einen gemeinsamen Bundestagsbeschluß von Bündnis 90/Die Grünen und von der SPD, in dem die Bundesregierung gebeten wird, keine Kredite für die Fertigstellung von Atomkraftwerken in der Ukraine zu unterstützen.

Zwar heißt es mittlerweile sogar aus dem Bundeskanzleramt, daß man das Votum des Bundestages nicht ignorieren könne. Und auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Köln am 19./20. Juni wurde die Kreditentscheidung vertagt. Bundeskanzler Schröder möchte nun am 6./7. Juli bei seiner Reise in die Ukraine mit Präsident Kutschma über Alternativen zum Atomkraftwerksbau sprechen.

Wie und worüber Gerhard Schröder im Juli mit dem ukrainischen Präsidenten tatsächlich sprechen wird, werden wir allerdings wohl nie erfahren. Wir werden daher überhaupt nicht beurteilen können, ob Alternativen zum Atomkraftwerksbau ernsthaft erörtert worden sein werden.

Mit großer Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, daß Schröder nach dem Treffen der Öffentlichkeit erzählen wird, daß die Ukraine nicht bereit sei, auf den Atomkraftwerksbau zu verzichten. Lassen wir an dieser Stelle dahingestellt, von wem und mit welchen Mitteln die Ukraine in dieser Position, die sie inzwischen einnimmt, "bestärkt" worden ist. Weiterhin wird es wohl heißen, daß auch die anderen G7-Staaten auf der atomaren Variante beharren.

Das Votum atomkritischer (EU-)Staaten wie Österreich, die Niederlande und Norwegen wird in der veröffentlichten Wahrnehmung vermutlich keine Rolle spielen. Auch der aufkeimende parlamentarische Widerstand in Italien und in Großbritannien dürfte in der Medienberichterstattung weitgehend ignoriert werden.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich die deutsche Bundesregierung nach dem Besuch Gerhard Schröders in der Ukraine recht schnell auf eine Unterstützung der Atomkredite verständigen wird. Die deutsche Atomschmiede Siemens wäre zufrieden.

Mit der "Beschaffung" dieser Atomkredite würde Siemens nicht nur sich selbst, sondern auch die russische Atomwirtschaft stärken. Denn nach Einschätzung des engagierten russischen Atomkraftgegners Vladimir Sliviak von Ecodefense! wäre die russische Atomwirtschaft längst am Ende, würde Siemens nicht immer wieder Westgelder für die gemeinsamen Atomprojekte organisieren.

Umgekehrt aber heißt das: Wenn es gelingt, den deutschen Atomkonzern mit dem Siemens-Boykott von seiner skrupellosen Unternehmenspolitik abzubringen, ist das auch ein entscheidender Beitrag für ein Ende der russischen Atomindustrie und für den Beginn eines Atomausstiegs in Osteuropa.

Henrik Paulitz

Der Autor organisiert für die IPPNW die Siemens-Boykott-Kampagne.

38. Null Effekt. Rot-grüne Atompolitik in Hamburg

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:12

Noch ist Hamburg mit knapp über 50 Prozent der Anteile Mehrheitsaktionär bei den Hamburgischen Electricitäts Werken (HEW). Bis vor wenigen Jahren verfügte die Stadt sogar noch über 75 Prozent. Ab Ende des Jahres dürfte sich dieser Anteil noch mal auf dann 25,1 Prozent reduziert haben. Die HEW selbst sind in unterschiedlichen Beteiligungen gemeinsam mit PreussenElektra Betreiber der AKWs Brunsbüttel, Brokdorf, Stade und Krümmel. Und seit eindreiviertel Jahren regiert in Hamburg eine rot-grüne Koalition. Und wie geht's dem Ausstieg aus der Atomenergie?

Daß es in Hamburg mit dem Atomausstieg nicht weit her sein kann, wird schon daraus ersichtlich, daß der Vorstandssprecher der HEW, Manfred Timm, bundesweit in der Presse als Atom-Hardliner agieren kann. So avancierte er Anfang des Jahres zum Chefkoordinator der Atomwirtschaft in den Verhandlungen mit der Bundesregierung für einen Atomkonsens. Offenbar waren die Vertreter der Vorstände aus den AKW-betreibenden Unternehmen überwiegend der Auffassung, daß der HEW-Sprecher ihre Interessen für den Weiterbetrieb der AKWs optimal vertreten können wird. Daß Timm von dieser Aufgabe nur kurze Zeit später wieder zurücktrat, lag vor allem an dem Wechsel in der Verhandlungsregie. Die kleine HEW mußte in die zweite Reihe zurück, da zunächst die ganz großen Atomunternehmen und die Spitzen der Bundesregierung in getrennten Runden Vorklärungen auszuhandeln versuchten. Die rot-grüne Regierung in Hamburg hatte mit diesem Rücktritt jedoch nichts zu tun. Die Grünen schimpften zwar in der Presse, daß "ihr" Vorstandssprecher diese Aufgabe übernommen hatte, die SPD fand das aber vollkommen normal und mochte sich nicht daran stören.

Neben dem anstehenden Verkauf von weiteren HEW-Anteilen sind zwei Punkte in den Koalitionsvereinbarungen von herausragender Bedeutung: die angestrebte Stillegung des AKW Brunsbüttel und ein wirtschaftlicher Vergleich zwischen Atomkraftwerken und neu zu errichtenden Gas- und Dampf-Kraftwerken. Letzter verfolgt das Ziel, den Nachweis zu führen, daß die Alternativen zum Atomstrom heute günstiger sind, und daher der in der Satzung festgelegte Auftrag der HEW, so "schnell wie wirtschaftlich vertretbar und rechtlich möglich" aus der Atomenergie auszusteigen, zur Anwendung gebracht werden kann.

Brunsbüttel stillegen

Zweidrittel des AKW Brunsbüttel gehören den HEW, der Rest PreussenElektra. Zum Betrieb des Atommeilers haben beide Unternehmen einen Gesellschaftsvertrag für die "Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH" abgeschlossen. In den Kündigungsregelungen ist festgehalten, daß bei einer Kündigung dieses Vertrages zunächst die HEW das Recht erhalten, die Anlage komplett zu übernehmen. Spätestens dann könnten die HEW allein über die weitere Zukunft von Brunsbüttel entscheiden, PreussenElektra kann nicht mehr mitreden und eine Abschaltung verhindern. Nur mit dieser Vertragskündigung, so die Überlegung, kann auch sichergestellt werden, daß die HEW nicht einfach aus dem Betrieb des AKWs aussteigen und PreussenElektra die Kiste dann allein weiter betreibt. Dieser Fall würde nämlich eintreten, wenn bei den drei anderen AKWs, die HEW und PreussenElektra miteinander betreiben, die HEW eine solche Kündigung aussprechen würden.

Der Brunsbüttel-Vertrag kann alle drei Jahre zum Ende September gekündigt werden. Der nächste Termin dazu ist der 30. September 1999. Wird gekündigt, dann läuft eine weitere dreijährige Frist, nach desren Ablauf die Anlage vollkommen in den Besitz der HEW übergeht. Am 1. Oktober 2002 könnten die HEW dann die endgültige Stillegung veranlassen.

Zwar ist dieses Modell unter dem Aspekt Sofortausstieg sicher kein Renner. Aber unter der Annahme, daß andere Wege keinen Ausstieg erbringen (Ende September regierte noch die CDU in Bonn), war das immerhin eine Möglichkeit, die für den rot-grünen Senat und Mehrheitsaktionär zur Verfügung stand. Der Haken, der schon im Koalitionsvertrag festgelegt war: Dieser Weg sollte im Rahmen einer Verständigung mit den HEW beschritten werden.

Damit vereinbarten GAL und SPD also schon Ende 1997 das, was auf Bonner Ebene im Herbst 1998 mit den Konsensverhandlungen flächendeckend auf die Tagesordnung gestellt wurde. Die Atombetreiber müssen der Abschaltung ihrer Anlagen zustimmen, sonst geht nichts.

Ein konfrontativer Kurs gegenüber dem HEW-Vorstand, diesem die eigene Kündigung anzudrohen, sollte er sich gegen die Aufgabe von Brunsbüttel stemmen, war schon damals bei der GAL nicht mehr denkbar. So hatte die GAL bereits in den Koalitionsverhandlungen einen der wichtigsten Posten in der Auseinandersetzung mit den HEW aufgegeben. Der Vorsitz des Aufsichtsrats ging entgegen allen sonstigen Gepflogenheiten der Hamburger Regierungspraxis von der Umweltbehörde (GAL) an den Ersten Bürgermeister (SPD). Bis dahin hatte im Rahmen des sog. Funktionsmodells immer die Umweltbehörde bzw. deren Senator den Vorsitz im Aufsichtsrat übernommen. Begründet wurde diese Maßnahme mit der "großen Bedeutung, die von beiden Koalitionspartnern der Erreichung der energiepolitischen Ziele beigemessen wird". Damit stellte sich die GAL in den Kommunikationswegen selbst kalt. Denn immerhin ist der Vorstand im Aktienrecht gezwungen, aufs engste mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden zusammenzuarbeiten, ihn zu informieren, Sitzungen vorzubereiten etc. So hätte die GAL von vornherein auf alle Abläufe Einfluß nehmen können. Nicht einmal in den Sitzungen des Konsortialausschusses, der seit der Beteiligung von PreussenElektra und dem schwedischen AKW-Unternehmen Sydkraft eine wichtige steuernde Funktion übernimmt, sind die GALlier beteiligt.

So laufen die entscheidenden Informationen und Absprachen zwischen dem Vorstand und den beteiligten Aktionären an der GAL vorbei. Der Verzicht auf den AR-Vorsitz bedeutete praktisch den Ausschluß aus der Unternehmenskommunikation. Und daß die SPD oder ihr Erster Bürgermeister auch nur einen Funken daran interessiert sein würden, gegen den Willen des HEW-Vorstands auch nur einen Schritt zu unternehmen, hatte von Anfang niemand bei den Grünen geglaubt.

Dennoch wurde diese Vereinbarung im Koalitionsvertrag als einer der großen grünen "Pluspunkte" abgefeiert. Diese Regelung sollte wettmachen, was die Grünen bis dahin schon alles an Kröten geschluckt hatten: - Hafenerweiterung in Altenwerder, gegen die die Grünen jahrelang massiv angegangen waren, Ausbau des Dasa-Geländes zu Lasten eines großen Naturgebietes in der Elbe (Mühlenberger Loch), - Zustimmung zur weiteren Vertiefung der Elbe, um nur drei Punkte zu benennen.

Doch bis heute ist nichts von einem Ausstieg aus Brunsbüttel zu sehen. Die gemeinsamen "Verhandlungen" zwischen Umweltsenator Alexander Porschke (GAL), Ortwin Runde (SPD) und dem HEW-Vorstandssprecher Timm brachten Anfang diesen Jahres keinen Erfolg. Worüber immer die Herren gesprochen hatten: Manfred Timm faßte im Beisein des Grünen Senators unwidersprochen vor der Presse zusammen, daß die Kündigung des Gesellschaftervertrages "vom Tisch" sei. Zwar ruderte die GAL-Fraktion diese Aussage in den Tagen danach zurück, vereinbarte neue Gespräche mit der SPD, - aber die Fronten waren klar. Die SPD ließ sich zwar auf neue Gespräche ein, machte aber an anderer Stelle klar, daß sie die Sache für erledigt ansah. Zusätzlich betonte die Partei, daß es keinen Hamburger Sonderweg geben dürfe und die Verhandlungen über den Ausstieg in Bonn nun zügig zu Lösungen führen müßten.

Alternativen zum Atom

Schon vor den Wahlen hatte die GAL mit der Behauptung für Aufsehen gesorgt, daß neu zu bauende Kraftwerke auf Gasbasis (GuD-Kraftwerke) billiger seien, als in Betrieb befindliche abgeschriebene AKWs. Dazu hatte sie innerhalb weniger Monate zwei Studien vorgelegt, die die (öffentlich genannten) Strompreise der HEW-Atommeiler mit den Stromerzeugungskosten in den Gaskraftwerken verglich. Die HEW regierten angestochen. Vor allem für das AKW Brunsbüttel, das wegen mehrfach längeren Stillständen (Risse, Störfalle) und aufgrund fehlender Stromnachfrage einen katastrophalen Wirkungsgrad (über die gesamte Laufzeit liegt die Arbeitsausnutzung dieses Kraftwerks nur um die 60 Prozent) hat, war diese Argumentation extrem heikel. So deutete selbst Manfred Timm an, daß es mit der Wirtschaftlichkeit von Brunsbüttel nicht weit her sei und das AKW unter Umständen tatsächlich vor dem Aus stand.

Eine vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin im Auftrag der HEW erstellte Studie sorgte schon kurz vorher für Unruhe. Diese Studie kam zwar zu dem Ergebnis, daß sich der Atomausstieg für die HEW nicht lohne und zusätzliche Kosten auf das Unternehmen zukämen. Allerdings basierten viele wirtschaftlichen Eckdaten auf vollkommen überholten Werten, vor allem bei den Daten für GuD-Kraftwerke. Diese Studie bestärkte die Auffassung, daß es den HEW-Anlagen allein aus wirtschaftlichen Gründen an die Gurgel gehen könnte.

Doch nicht Stillegung war die Marschrichtung der HEW. Intensiv wurde in den folgenden Jahren daran gearbeitet, den Atommeiler nachzurüsten und auf Vordermann zu bringen. Heute behauptet der Vorstand denn auch, daß die erfolgten Maßnahmen in Brunsbüttel dazu geführt haben, daß die Anlage wieder voll rentabel ist.

Die rot-grüne Koalition vereinbarte vor diesem Hintergrund eine Studie, in der die HEW-Anlagen mit neuen GuD-Anlagen verglichen werden sollten. Die Grüne Umweltbehörde sollte diese Studie klarmachen. Doch die kam monatelang nicht aus den Startlöchern. Die Absicht des Umweltsenators, die Studie auf Daten der HEW aufzubauen und diese daher zur Mitarbeit zu gewinnen, zogen sich über Monate hin, ohne daß letztlich was dabei herauskam. Das angestrebte Ziel, den Auftrag an die Gutachter innerhalb der ersten 100 Tage zu erteilen, scheiterte. Erst im November 1998 erteilte die Umweltbehörde an die LBD-Beratungsgesellschaft (Berlin) und das Öko-Institut Freiburg einen entsprechenden Auftrag - über ein Jahr nach der Regierungsübernahme des rot-grünen Senats. Nur wenige Tag später war dann der Welt zu entnehmen, daß Bürgermeister Runde dem Auftrag nicht zustimme, da die Beteiligung der HEW nicht vorgesehen sei. Ob diese Kritik schon klarmachen sollte, daß die SPD, egal welches Ergebnis rauskommt, diese Studie als unwichtig oder Gefälligkeitsgutachen (die LBD hatte schon vor der Regierungsübernahme für die GAL eine Kurzstudie zu dem Thema vorgelegt, das Öko-Institut gilt immer noch als einseitig atomfeindlich) abtun wird, wird sich in den nächsten Tagen zeigen. Vermutlich Anfang Juli, wenn diese ak erscheint, will die Umweltbehörde endlich diese Studie veröffentlichen.

Sollte die Studie zu der Aussage kommen, daß mindestens die AKWs Stade und Brunsbüttel nicht wirtschaftlich sind, dann dürfte es spannend sein, wie die GAL gegenüber ihrem Partner SPD damit umgeht, bzw. wie sich die SPD verhalten wird.

Verkauf von Aktien

Aufgrund der Entwicklung der öffentlichen Haushalte hatte sich die SPD vor einigen Jahren entschlossen, den Anteil an den HEW-Aktien von rund 75 Prozent auf 50,1 Prozent zu reduzieren. Satte 1,3 Mrd. DM brachte das in die öffentlichen Kassen. Käufer waren zu gleichen Teilen die PreussenElektra und das schwedische Atomunternehmen Sydkraft. Da sich die Haushaltslage weiter verschlechterte, wurde im Sommer 1997 (noch vor rot-grün) ein weiteres Aktienpaket von 25 Prozent bei der Hamburger Landesbank geparkt. Die Bank ist (noch) zu über 50 Prozent im Besitz der Stadt. Während der Landesbank nun die Dividende aus den Aktien zufließt, sind die Stimmrechte in vollem Umfang bei der Stadt geblieben, die damit immer noch über die Mehrheit verfügt. Die Einnahme von ebenfalls rund 1,3 Mrd. DM sind inzwischen in den endlosen Weiten des Hamburger Haushalts verschwunden. Die Vereinbarungen zwischen der SPD und der Landesbank sehen vor, daß die Stadt bis zum Jahr 2000 die Aktien zurücknehmen muß. Die Beschlußlage, an der die GAL nicht mehr gerüttelt hat, sieht nun vor, daß das Paket bis Ende des Jahres vollends verkauft wird. Auch hier dürften PreussenElektra und die Sydkraft als Käufer in der Tür stehen. Nebenbei: Der PreussenElektra-Chef Haarig ist Vorsitzender des Aufsichtsrats von Sydkraft AB.

Interessant ist auch die Entwicklung der HEW-Dividende. Lag die zu Zeiten einer Senats-Mehrheit bei schlappen 13 Prozent, so hat sie inzwischen rekordverdächtige Höhe erreicht. Mit Zwischenschritten über die vergangenen Jahre wurde in diesem Jahr eine Dividende von satten 27 Prozent ausgezahlt. Das sind Gewinne, die nun nur noch zum geringen Teil den öffentlichen Haushalten zugute kommen. Gewinne, die durch massive Rationalisierungen, Arbeitsplatzabbau und die Neustrukturierung des Konzerns ermöglicht wurden und zu massiven Kosteneinsparungen geführt haben. Hintergrund dieser Entwicklung dürfte nicht nur die Beteiligung von PreussenElektra und Co sein. Auch die einsetzende Liberalisierung der Energiemärkte und der damit verbundene Kostendruck auf die Unternehmen machen sich hier bemerkbar.

Über den Versuchen, aus dem AKW Brunsbüttel auszusteigen, schwebt dieses Verkaufsverfahren. Vor allem in der SPD ist es verbreitete Sorge, daß ein Ausstieg aus Brunsbüttel den Verkaufswert der Aktien schmälern könnte und in der Folge der Hamburger Haushalt für diese Verluste aufkommen müßte. Nicht nur in der Bundespolitik spielt also so etwas wie "entschädigungsfreier Atomausstieg" eine Rolle.

Gespannt sein darf man darauf, wie sich die GAL in diesem Geflecht weiter verhalten wird. Einrichten sollte man sich aber darauf, daß man zwar nichts an der Fortsetzung der Atompolitik ändern wird, aber es in jedem Fall sinnvoll und dringend notwendig ist, daß Grüne auch in Hamburg mitregieren. Da verdient man einfach besser!

DSe

39. Statt Gipfelsturm ein laues Lüftchen

Autor: gw. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:33

Knapp 10.000 Menschen demonstrierten am 19.6. gegen Armut, Rassismus und Krieg. Anlaß war die Versammlung der Regierungschefs der G8-Staaten in Köln. Angesichts der fast eineinhalbjährigen Vorarbeit von Bündnis Köln 99 ist die Beteiligung enttäuschend. Zumal wenn man sich in Erinnerung ruft, daß die Veranstalter davon ausgingen, daß sowohl der EU- als auch der G8-Gipfel Kristallisationspunkte einer wie auch immer gearteten Protestbewegung darstellten. Noch drastischer muß die Bilanz ausfallen, wenn berücksichtigt wird, daß rund die Hälfte der DemoteilnehmerInnen kurdische Menschen waren; deren Einbeziehung in die Demonstration war thematisch vollkommen in Ordnung, allerdings bezog sich ihr Anliegen nur bedingt auf die Inhalte des Aufrufes. Der Demonstration vorausgegangen war ein dreitägiger Gegengipfel, der eher als mediales Ereignis geplant war und wenig Raum zur Diskussion ließ.

Der Alternativgipfel

Große Hoffnungen auf den Alternativgipfel und die Einflußmöglichkeiten auf die Regierenden hatte die federführende Organisation WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) gehegt. Noch im Februar dieses Jahres konstatierte Peter Wahl von WEED eine "Hegemoniekrise" des Neoliberalismus; angesichts der hauptsächlich sozialdemokratisch regierten kapitalistischen Kernländer meinte er Möglichkeiten für eine andere Politik zu entdecken. Von dieser Prämisse ausgehend wurde der Gegengipfel konzipiert. Der Schwerpunkt der Konferenz wurde auf eine kritische Auseinandersetzung mit neokeynesianischen Modellen ausgerichtet, da diese, so die Vermutung, die zukünftige Regierungspolitik maßgeblich prägen würden. Zwei Ziele sollten mit dem Gegengipfel verfolgt werden: eine Diskussion über Alternativen "im emanzipatorischen Bereich der Zivilgesellschaft" und eine medien- und öffentlichkeitswirksame Darstellung dieser Alternativen.

Auf den damals in der Diskussion befindlichen Vorschlag der rot-grünen Bundesregierung zur Entschuldung wurde von WEED durchaus positiv Bezug genommen. Auf der Bilanzpressekonferenz des Gegengipfels mußte Peter Wahl nun einräumen, daß die Hoffnungen auf eine neue Politik der sozialdemokratisch regierten Länder beispielsweise in der Schuldenfrage vollständig enttäuscht wurden. Das zeigen die Ergebnisse des G8-Gipfels. Alle Fragen einer neuen internationalen Finanzarchitektur im neokeynesianischen Sinne (Tobin-Steuer, Beschränkungen des freien Kapitalverkehrs, Kontrolle transnationaler Konzerne) sind ad acta gelegt. Die Sozialdemokratie hat sich für die Weiterführung der orthodox-neoliberalen Linie entschieden. In Deutschland bedeuten rot-grüne Reformen nichts anderes als die Fortsetzung Westerwellescher Modernisierungspolitik. Dagegen soll nun Druck aus der Gesellschaft organisiert werden, so die Schlußfolgerung von WEED.

Der Kongreß hatte aufgrund der ursprünglichen Konzeption einen erheblichen Mangel: Es gab kaum Raum für inhaltliche und ernsthafte Diskussionen, weder über die Podiumsbeiträge noch über weitergehende Alternativen. Letzteres ist nur bedingt den Veranstaltern anzulasten, sondern zeigt vielmehr die konzeptionellen und inhaltlich-strategischen Schwächen einer radikalen Linken jenseits der NGOs auf. Auch wurde nicht versucht, die drei Schwerpunktthemen - Weltwirtschaft, Zukunft der Arbeit und Migration - miteinander zu verknüpfen. So fand eher ein Nebeneinanderher denn ein konstruktiver Austausch statt. Hauptinteresse der Veranstalter war es, in den Medien wahrgenommen zu werden - eine fatale Hoffnung, denn die Medien verkaufen nunmal lieber smiling Chelsea Clinton oder die Kölschabneigung von Chirac als fundierte Analysen der Weltwirtschaft.

Weniger wäre mehr gewesen, bleibt als Fazit dieser Konferenz festzuhalten. Die Beiträge gingen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über allgemeine Zustandsbeschreibungen nicht hinaus.

In einer kritischen Bilanz des Alternativgipfels schreibt Andreas Missbach (WoZ vom 24. Juni): "Nur zwei Handlungsalternativen scheinen übriggeblieben zu sein, nämlich entweder wirkungsloses Lobbying bei den MitstreiterInnen von einst, die jetzt in den Ämtern sitzen, oder aber Verbalradikalismus (oder Brachialradikalismus) ohne Echo und Einfluß." Das mag sich auf dem Alternativgipfel so dargestellt haben. Positionen, die weder in die eine noch in die andere Schublade passen, traten im Rahmen der Konferenz in Köln zwar nicht lautstark in Erscheinung, waren aber durchaus vorhanden.

Mitunter fehlte den Veranstaltern politisches Fingerspitzengefühl, wenn man nicht gar von politischer Dummheit sprechen will. Bei einer Abendveranstaltung den ausgewiesenen Kriegsbefürworter Ralf Fücks als Vertreter der Böll-Stiftung aufs Podium gesetzt zu bekommen, wurde von vielen KongreßteilnehmerInnen - zu Recht - als Provokation empfunden. Zumal er gleichzeitig noch prominenter Vertreter der Partei ist, die wenige Tage zuvor ihr von hungerstreikenden MigrantInnen besetztes Kölner Büro von der Polizei räumen ließ. So kam es zur vorübergehenden Besetzung des Podiums; die Veranstaltung stand vor dem Abbruch.

Daß WEED die Problematik mit Fücks zumindest bekannt war, läßt sich schon daraus ersehen, daß den anderen Mitveranstaltern der Name des Vertreters der Böll-Stiftung bis wenige Tage vor Veranstaltungsbeginn nicht mitgeteilt wurde. Das Dilemma von WEED war greifbar: Um eine Konferenz in dieser Größenordnung durchzuführen, benötigt man erhebliche Gelder; Gelder, die von der Böll-Stiftung noch vor Regierungseintritt der Grünen zugesagt wurden. Angesichts der Entwicklung der Grünen zur Kriegspartei und ihrer Beteiligung an Abschiebungen und Räumungen kann man von den TeilnehmerInnen eines Gegengipfels allerdings nicht erwarten, daß sie stillschweigend einen an dieser Weichenstellung maßgeblich Beteiligten zu Wort kommen lassen.

Einen Tag später stand die Konferenz wiederum kurz vor dem Abbruch, diesmal wegen grün gekleideter Einsatzkräfte. Um den First Ladies ein protestfreies Abendessen in der gegenüberliegenden Kunsthalle zu gewährleisten, wurden TeilnehmerInnen der Tagung mit Knüppelgewalt in die Volkshochschule zurückgedrängt. Da bei diesem Gerangel angeblich eine Pistole und ein Funkgerät verlorengingen, wurde das Gebäude von der Polizei umstellt. Die TeilnehmerInnen durften nur nach der Feststellung ihrer Personalien das Gebäude verlassen. Für die VeranstalterInnen war das eine diffizile Situation, da sich auf der Konferenz zahlreiche Illegalisierte aufhielten. Nachdem sich die "verlorenen" Gegenstände doch wieder in Polizeihand befanden, zogen die Grünen ab. Ein vernünftiges Veranstaltungsende war allerdings nicht mehr möglich.

Schon im Laufe des Tages hatten sich die Polizeihorden aufgeregt gebärdet. 250 Menschen der Internationalen Karawane wurden auf ihrem Weg zur Laugh-Parade in einer Straßenbahn festgesetzt und erhielten Platzverweise. Die Menschen, die es bis zum Veranstaltungsplatz geschafft hatten, wurden eingekesselt und zum Abbruch des Lach-Vergnügens gezwungen - schlechte Voraussetzungen also für die tags darauf folgende Demonstration.

Wie drei Wochen zuvor bei der Euromarschdemo war das Wetter hervorragend; erfreulicherweise hielten sich auch die Polizeikräfte zurück und provozierten nicht. Daß bei den Veranstaltern doch nicht rechte Freude aufkam, lag an der enttäuschenden Beteiligung. Trotz einer - auf dem Papier - erreichten großen Bündnisbreite und einer Mobilisierungszeit von über einem Jahr demonstrierten nur knapp 10.000 Menschen.

Die Demo gegen den G8-Gipfel

Zur Zusammensetzung des Demozuges schreibt der Infoladen Köln: "Die Demonstration wurde angeführt von dem Block der Kampagne ‚Kein Mensch ist illegal`, es liefen auch illegalisierte Flüchtlinge aus dem Kirchenasyl mit. Daran schloß sich die Karawane für die Flüchtlinge an, u.a. mit den Hungerstreikenden, die Montag die Grünen aus ihrem Büro polizeilich räumen ließen. Der Block umfaßte insgesamt mehr als 2.000 Leute. Daran schloß sich die Intercontinental Caravan samt den UnterstützerInnen aus dem Camp an, der Block war etwa 500 Personen stark. Darauf folgte ein Block von ca. 50-100 TamilInnen, die gegen ihre Unterdrückung und Verfolgung in Sri Lanka demonstrierten. Die größte Gruppe stellten die 4.500 KurdInnen, die die Situation in der Türkei thematisierten und die Freilassung von Öcalan forderten. Es folgten verschiedene türkische kommunistische Gruppen (ca. 400). Der Block von Linksruck brachte es auf 200 Personen, der anschließende von SAV, DKP und der Deutsch-Kubanischen Freundschaftsgesellschaft auf ca. 100 Leute. Der linksradikale und antifaschistische Block kam auf ca. 600 Personen, zusätzlich vertreten war auch ein Block von 200 Personen aus Gruppen, die sich für die Freilassung aller politischen Gefangener einsetzen. Der nicht nach politischen Kriterien zusammengesetzte Städteblock bestand aus ca. 600-700 Leuten, hier schlossen sich auch viele Leute an, die sich zuvor an der christlich und humanitär orientierten Erlaßjahr-Kampagne zu einer Menschenkette um die Kölner Innenstadt beteiligt hatten. Zum Schluß gingen etwa 30 Jusos. 200 TeilnehmerInnen (vorwiegend aus Indien) der Intercontinental Caravan, die gestern von der Polizei in einer Straßenbahn gekesselt und festgesetzt wurden und mit einem Platz- und Betätigungsverbot für die gesamte Innenstadt belegt worden sind, blieben aus Furcht vor Repressalien der Demonstration fern."

(aus der Presseerklärung des Infoladens Köln, der für die Demoleitung die Zählung der DemoteilnehmerInnen übernommen hatte).

Vor Beginn der Demonstration hatte sich die Menschenkette der Erlaßjahrkampagne aufgebaut; diese hatte immerhin rund 25.000 Menschen nach Köln mobilisiert, blieb damit aber deutlich unter den angestrebten 50.000.

Ist die Linke nicht mehr mobilisierungsfähig?

Am 29.5. gelang es Euromarsch, rund 30.000 Menschen nach Köln zu mobilisieren. Unübersehbar war allerdings, daß die bundesdeutsche Beteiligung doch zu wünschen übrigließ. Am 3. Juni demonstrierten dann nur rund 2.500 Menschen aus dem linksradikalen, autonomen und antifaschistischen Spektrum. Der Sinn dieser eigenständigen Aktion erschließt sich im nachhinein noch weniger als vorher. Deutlich gesagt, handelte es sich um eine kleinkarierte Sektiererei, die lediglich wortradikal daherkam. Mit der Demogröße vom 19.6. ist, angesichts des aufrufenden Spektrums, ein (vorläufiger?) Tiefpunkt erreicht. Die Frage nach der Mobilisierungsfähigkeit der Linken stellt sich insbesondere, wenn man die Demonstrationen gegen den Krieg betrachtet.

In Köln wirkte die Vielzahl von angebotenen Aktionen und Demonstrationen mit Sicherheit demobilisierend. Auch wurden im Rahmen des Bündnis Köln 99 zu viele Einzelinteressen verfolgt; waren die einen mehr an der Euromarschdemo interessiert, wollten andere "ihren" Kongreß, andere die Demo am 19.6. Nur wenige waren bereit, sich für das Gesamtpaket einzusetzen. Kräfte aus dem sozialdemokratischen oder dem grünen Spektrum verabschiedeten sich, von wenigen Einzelpersonen abgesehen, nachdem sie ihre Unterschrift geleistet hatten, vollständig aus dem Bündnis.

Eine linke Position mit "visionärem" Charakter ist zur Zeit nicht erkennbar. Die in Köln versammelte Linke schwankt zwischen Anlehnung an das NGO-Spektrum und Wortradikalismus. In dieser Phase wird es für die Kräfte, zu denen wir uns zählen, darum gehen, ernsthafter eigenständige Positionen zu erarbeiten. Diese Aufgabe kann relativ unaufgeregt angegangen werden. Immerhin haben, gewiß auf sehr niedrigem Niveau, einige Kräfte im Rahmen der Mobilisierung für Köln neue Formen der Zusammenarbeit geübt. Zumindest das könnte ein Vorteil von "Kölngehen" gewesen sein.

gw.

40. Völkische Staaten und Sprachsäuberung. Sprachpolitik im ehemaligen Jugoslawien

Autor: Angela Martin · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:21

Der Zerfall Jugoslawiens und die Kämpfe um einheitliche nationale Gebiete haben nicht nur ethnische Säuberungen nach sich gezogen, sondern sind auch mit großangelegten Sprachsäuberungen verbunden. So wird in Kroatien seit 1990 in Politik und Medien massiv die Kroatisierung der Schriftsprache forciert. Distanz zum Serbischen und ein starker Sprachpurismus kennzeichnen die Sprachpolitik des neuen Staates, der sich dabei zum Teil auf Traditionen des Ustascha-Regimes be-zieht. Um die kroatische Sprache vor fremden Einflüssen zu schützen, fordern kroatische Sprachwissenschaftler wie Ivi-ca Kramaric drakonische Strafen für Au-toren, die pro Druckbogen mehr als fünf serbische Wörter verwenden; sie wollen, daß jegliche Verwandtschaft der kroatischen mit der serbischen Sprache geleugnet und die Verbreitung serbischer Bücher und Zeitungen in Kroatien verhindert wird.

Eine derart radikale Sprachpolitik stößt allerdings auch auf Widerstand. Denn sie negiert eine 150 Jahre währende gemeinsame Sprachentwicklung, die der Slawist Milos Okuka in seinem Buch Eine Spra-che viele Erben. Sprachpolitik als Nationalisierungsinstrument in Ex-Jugoslawien beschreibt. Im Vielvölkerstaat Jugoslawien war das Sprachenproblem eine ständig präsente Streitfrage. Die Herausbildung einer gemeinsamen serbokroatischen (oder kroatoserbischen) Schriftsprache im 19. Jahrhundert hatte ebenso politische Ursachen wie die heutigen Bemühungen, die sprachlichen Unterschiede zu vertiefen, die bisher als Varianten einer Standardsprache galten.

Okuka untersucht die Sprachpolitik im früheren Jugoslawien, beginnend mit dem Sprachabkommen von Wien im Jahre 1850. Damals beschlossen führende serbische und kroatische Intellektuelle und Schriftsteller, eine gemeinsame Sprache und Literatur gemeinsam zu pflegen. Diese Sprache blieb zunächst ohne Na-men, es wurde nur von "unserer Sprache" gesprochen. Erst 100 Jahre später, im Sprachabkommen von Novi Sad (1954) wurde sie als Serbokroatisch bzw. Kroatoserbisch getauft und als eine einheitliche Sprache mit zwei Aussprachen, ijekawisch und ekawisch bezeichnet. Beide Schriften, Latiniza und Kyrilliza, wurden als gleichberechtigt anerkannt.

Gegenbewegungen gegen diese Standardsprache gab es schon früh. Okuka, der selbst aus Bosnien-Herzegowina kommt (er war früher Professor der serbokroatischen Sprache in Sarajewo und lehrt heute an der Universität München), zeigt anhand von Grammatiken und Wörterbüchern, linguistischen Debatten und politischen Erlassen den Wechsel von Sprachunitarismus und trennenden Tendenzen. Um die historischen, politischen und philologischen Verflechtungen zu verstehen, braucht man weder serbokroatische Sprachkenntnisse noch besonderes Vorwissen, als Laie aber vielleicht ein wenig Geduld, um den sorgfältigen sprachwissenschaftlichen Untersuchungen zu folgen.

Im titoistischen Jugoslawien wurde die Vereinheitlichung der Sprache zunächst unterstützt. Doch bereits 1965 konnten sich serbische und kroatische Linguisten nicht mehr auf ein gemeinsames Wörterbuch einigen. Der "Kroatische Frühling" war mit einer Loslösung des Kroatischen von der Standardsprache verbunden. Doch obwohl der neue kroatische Nationalismus massiv unterdrückt und die bereits gedruckte Kroatische Rechtschreibung eingestampft wurde, blieben die sprachlichen Abgrenzungen wirksam. Mit der zunehmenden Föderalisierung des Landes in den siebziger Jahren ging auch die Föderalisierung der Sprache einher: 1975 wurde im Parlament Jugoslawiens eine Kommission gebildet, die aus sieben Sektionen für sieben Sprachen bestand, von Serbokroatisch über Kroatisch bis zu Albanisch und Ungarisch.

Nach dem Zerfall Jugoslawiens waren es zuerst die Kroaten, die die sprachlichen Differenzen vergrößerten, um sich in nationaler Hinsicht zu konsolidieren und abzugrenzen. Schon bald wurde eine neue Rechtschreibregelung eingeführt, und es erschienen Unterscheidungswörterbücher und Sprachratgeber, die die Reinigung der Sprache vor allem von Serbizismen voranbringen sollten. Kurz darauf negierten auch die Serben offiziell die gemeinsame Sprache. Gleichzeitig erklärten sich die bosnischen Muslime zu Bosniern, nannten ihre Sprache Bosnisch und riefen sie als dritte südslawische Sprache und Nachfolgerin des

Serbokroatischen aus. Die Montenegriner sind zwar offiziell im serbischen Sprachverband geblieben, ein Teil ihrer Intellektuellen kämpft aber für eine getrennte vierte Sprache.

Mit dem Auseinanderdriften der Völker wurde die Sprache des Feindes zu einem Gegenstand des Hasses und die eigene zu einem Mittel von Aggressionen. Das zeigt sich besonders in der Politik mit Namen. So wurden z.B. in fast allen Städten Bosniens und Kroatiens Stadtviertel, Plätze und Straßen umbenannt; auf serbischem Territorium wurde das Adjektiv "bosnisch" aus allen Städtenamen entfernt; auf den kroatischen Einwohnermeldeämtern mehrten sich diejenigen, die ihren Namen ändern lassen wollten. Solcherart sprachliche Gewalt dient bis heute der ethnischen Homogenisierung und zerstört kulturelle und sprachliche Traditionen.

Okuka kritisiert die neuere Sprachpolitik und bedauert, daß es für das Serbokroatische als Standardsprache keine soziolinguistische Unterstützung mehr gibt. Trotzdem zeigt er ein gewisses Verständnis für das Verschwinden der einen Schrift- bzw. Standardsprache. "Die Völker sind frei in der Benennung der von ihnen gebrauchten Sprache oder sollten es doch wenigstens sein", zitiert er den Slawisten Werner Lehfeldt.

Die Unterschiede zwischen den drei neuen Standardsprachen sind allerdings minimal. Sie werden vorwiegend in der Schrift (Kyrilliza und Latiniza) und im neugeschaffenen, politisch forcierten Wortschatz sichtbar und sind keineswegs durch die innere Sprachgeschichte bedingt. "Es handelt sich dabei um einen rein politischen Akt und um den Willen der jeweiligen Völker, ihre Sprache mit dem Namen zu benennen, für den sie sich in einem Plebiszit ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Unterschiede zu den anderen Sprachen entschieden haben."

Angela Martin

Milos Okuka: Eine Sprache viele Erben. Sprachpolitik als Nationalisierungsinstrument in Ex-Jugoslawien, Wieser Verlag, Klagenfurt, 1999, 163 Seiten, DM 38,-.

41. Zwischen den Stelen. Das Berliner Holocaust-Mahnmal: Gedenken auf deutsche Art

Autor: Js. · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak428/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:10

Die Blamage blieb aus. In Berlin wird ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas gebaut. So hat es am 25. Juni der Bundestag mit 314 gegen 206 Stimmen und 14 Enthaltungen entschieden. Bei insgesamt 669 Parlamentsmitgliedern wurde so die absolute Mehrheit zwar verfehlt, das Votum reicht aber aus, um der seit elf Jahren geführten Debatte nun Taten folgen zu lassen. 115 Abgeordnete hatten gegen ein zentrales Mahnmal gestimmt, 188 für ein "einfaches" Mahnmal mit dem biblischen Gebot "Du sollst nicht morden", wie es der ostdeutsche Theologe und Sozialdemokrat Richard Schröder vorgeschlagen hatte.

Nach der Grundsatzentscheidung des Parlaments ist nun eine öffentlich-rechtliche Stiftung am Zuge. Bestehen soll sie aus Vertretern des Bundestages, der Bundesregierung, des Landes Berlin und des nicht-staatlichen Förderkreises zur Errichtung des Denkmals. Ihre Aufgabe wird es sein, über die genaue Gestaltung des Mahnmals und die Konzeption der ebenfalls beschlossenen Informationsstätte zu befinden. Gebaut werden soll nach dem Entwurf "Eisenman II": ein Labyrinth von 2.700 Betonpfeilern (Stelen) von maximal 4,50 Metern Höhe. Dieser geht auf einen Einspruch Helmut Kohls zurück; der ursprüngliche Entwurf des Architekten Peter Eisenman und seines Partners, des Bildhauers Richard Serra, hatte 4.000 bis zu 7,50 Meter hohe Stelen vorgesehen. "Eisenman II" ist nicht nur eine verkleinerte Variante, sondern steht auch auf abgesenktem Gelände - und ist damit weniger sichtbar. Serra hatte nach dem Veto des damaligen Kanzlers die weitere Mitarbeit eingestellt.

Nach dem Regierungswechsel hatte der neue Kulturminister Naumann mit Eisenman einen weiteren "Kompromiß" ausgehandelt ("Eisenman III"): Ein noch einmal verkleinertes Stelenfeld als Mahnmal, dem ein Museum, eine Bibliothek und eine Genozid-Forschungsstätte zur Seite gestellt werden sollten. Dieser Plan stieß auf breite Ablehnung. Zu durchsichtig schien die Absicht, die verstörende Wirkung des Mahnmals durch didaktische Begleitung zu mildern.

Nun bleibt es also bei "Eisenman II", verbunden mit einer Informationsstätte. Die Entscheidung des Bundestages läßt sich von links auf zweierlei Weise kritisieren. Zum einen kann man das Vorhaben einer nationalen Gedenkstätte grundsätzlich ablehnen - als Stein gewordene Heuchelei der Berliner Republik, die Geschichtsbewußtsein und kollektive Scham über die deutschen Verbrechen nur vor sich herträgt, um von neuer verbrecherischer Großmachtpolitik abzulenken; siehe die "Nie wieder Auschwitz"-Rhetorik, mit der Fischer, Scharping und andere den Krieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen suchten. Als Hilfsargument wird von linker Seite häufig die prekäre Situation der bestehenden Gedenkstätten an den Orten der Massenvernichtung genannt; sie werden es zukünftig noch schwerer haben, wahrgenommen zu werden und die dringend benötigte politische und finanzielle Unterstützung für ihre Arbeit einzuklagen.

So plausibel beide Vorbehalte sind - überzeugend finde ich sie nicht. Denn ein zentrales Mahnmal geht - zumindest potentiell - über das hinaus, was die bestehenden Gedenkstätten leisten: Micha Brumlik nannte das ein "Zeichen öffentlichen Respekts gegenüber den Opfern der Massenvernichtung", erbracht von der "gegenwärtigen deutschen Nation", aus der Einsicht heraus, mit der Täter-Gesellschaft "in einem politisch-moralischen Kontext zu stehen, den man nicht beliebig verlassen kann." (Frankfurter Rundschau, 29.12.1998, ausführlich zitiert in ak 423, 18.2.1999) Darüberhinaus könnte ein zentrales Holocaust-Mahnmal mitten in Berlin sehr wohl als "Stachel im Fleische" des deutschen Gemeinwesens wirken - am ehesten dann, wenn seine Wirkung durch keinerlei begleitende Architektur abgeschwächt würde. Diesem Ziel wäre der ursprüngliche Entwurf von Eisenman und Serra am ehesten gerecht geworden.

Verglichen damit, erscheint der nun zu verwirklichende Entwurf halbherzig. Hinzu kommt der gewichtige Einwand, daß das beschlossene Mahnmal ausschließlich den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus gewidmet ist. Auch wenn der Vernichtungswille der Nazis die Juden in besonderer Weise betraf, sie so systematisch wie keine zweite Opfergruppe gedemütigt, verfolgt und ermordet wurden, ihre Verfolgung mit gewaltigem propagandistischem Aufwand als gerechtfertigt wurde - so sollten Solidarität und Respekt der

Nachgeborenen alle "Opfer der nationalsozialistischen Massenvernichtung" (so die u.a. von Brumlik vorgeschlagene Widmung) einschließen.

Auch wenn diese Forderung jetzt verworfen wurde und das beschlossene Projekt Eisenman/Naumann einen Kompromiß darstellt, mit dem der deutsche Staat und seine Würdenträger hochzufrieden sein können - als vergangenheitspolitisches Streitthema bleibt das Holocaust-Mahnmal erhalten. Weniger, weil von Diepgen und der Berliner CDU, denen die ganze Richtung nicht paßt, immer noch Querschüsse erwartet werden müssen. Vor allem ist zu befürchten, daß nach der Debatte und der sie abschließenden Entscheidung des Parlaments die mit noch späterer Geburt als Kohl begnadete Politikergeneration die deutsche Verbrechensgeschichte endgültig als erledigten Fall betrachtet.

Namentlich Schröder fiel in der ganzen Debatte allein durch den Kohl-würdigen Satz auf, das Mahnmal müsse ein Ort sein, "wo man gerne hingeht". Während der Bundestagsdebatte, in der er nicht sprach, signalisierte er durch demonstratives Händeschütteln, daß er die deutsche Vergangenheit bei der jungen Generation in besten Händen sieht. Seine Gratulation galt dem 28jährigen SPD-Abgeordneten Michael Roth, dessen Rede auch in der Presse viel Lob fand. Unberechtigtes Lob, wie ich finde. Roth begründete seine Zustimmung zu Eisenman/Naumann mit Floskeln, die eines doppelt so alten Routiniers würdig gewesen wären: "Zweifelsohne ist das von mir unterstützte Stelenfeld Peter Eisenmans nicht ohne Ausdruckskraft. Es provoziert Widerspruch und stellt Fragen." Unter anderem diese, rhetorische: "Wollen wir die Fragen zwischen den Stelen verhallen lassen?"

Was aufhorchen ließ - und für die Zukunft Schlimmes befürchten läßt - waren Roths Anmaßung, für die "junge Generation, die in politischer Verantwortung steht", zu sprechen, und der nicht weiter konkretisierte "Anspruch, unsere eigene Form des Erinnerns zu entwickeln". Das klingt ein bißchen nach Walsers Rückzug ins Private, meint aber das Gegenteil. Roth will öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung: "Wenn das viele Jahre währende Ringen um die Form des Gedenkens ... deutlich gemacht haben sollte, daß ... auch junge Menschen in Deutschland am Wachhalten, Erinnern und Gedenken verantwortungsbewußt beteiligen und neue Wege suchen, wäre dies ein großer Erfolg."

Nach Schröder gratulierte Naumann dem engagierten jungen Mann - und insgeheim wohl auch sich selbst: Er hat einen schwierigen Fall gelöst. Auch das Ausland applaudiert.

Js.

42. Leserbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak428/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:13

Betr.: Kein Frieden mit der Nato, ak 427

Geschichte als Farce

Die Geschichte wiederholt sich als Farce. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde wenigstens noch versucht, Machtpolitik in den Rahmen eines Völkerrechts zu zwängen. Heute kennt die Dreistigkeit keine Grenzen mehr, werden Volkswirtschaften, die der internationalen Wertschöpfung im wege stehen, an UNO, OSZE und Internationalem Gerichtshof vorbei kurzerhand ins Mittelalter gebombt. Die Zerstörungen an Tabakfabriken, Autofabriken, Raffinerien, Straßen, Brücken usw. legen die Vermutung nahe, daß die Bomberpiloten eine Wunschliste internationaler Konzerne im Gepäck hatten.

Es würde mich nicht wundern, wenn die düsteren Konjunkturprognosen für die BRD und andere Staaten sich in den kommenden Monaten etwas aufhellten. Es gibt eine ganze Menge zu tun auf dem Balkan, und willige, billige Arbeitskräfte stehen jetzt, da die Arbeitsplätze der Menschen dort gründlich zerstört worden sind, in Hülle und Fülle zur Verfügung.

Die sogenannte Wiederaufbauhilfe, welche in Aussicht gestellt wird, weist eine weitere Parallele zum Marshallplan auf. Nach dem Weltkrieg wurde Geld zum Wiederaufbau bereits als Druckmittel eingesetzt, um unliebsamen Konkurrenten, aufmüpfigen Regierungen und widerständigen Volksbewegungen die Luft abzudrehen. Aber damals wurde das ganze zumindest noch mit einem humanitären Schein bemäntelt. Heute jedoch, im Zeitalter der neuen Offenheit, wird die erpresserische Absicht unverhohlen in die Welt hinaus posaunt: Geld gibt es nur, wenn ihr die Regierung stürzt, die uns nicht ins Konzept paßt.

Mit Wehmut denke ich an die Zeit zurück, als der Warschauer Pakt dafür einstand, weltpolitischen Amokläufern Einhalt zu gebieten.

Friedhelm R., Bremen

Betr.: aufgeblättert, ak 427

Spanienkrieg

Dank an die Redaktion, daß sie in "aufgeblättert", AK 427, das Heft des Studienkreises "60 Jahre Ende des Spanienkrieges" kritisch vorstellt. Aus dem umfangreichen Besprechungsteil wird zurecht eine Besprechung von Ursula Krause-Schmitt als schludrig bezeichnet, aus der Unkenntnis des KPD-Widerstands spricht, wenn sie behauptet, aus der KPD-Führung habe nur Paul Merker im Westen gelebt. An dem Beitrag von Karl Heinz Jahnke über junge Antifaschisten kann man in der Tat den etwas "moralisierenden" Stil kritisieren, man sollte aber nicht übersehen, daß er interessante Informationen auch über die entsprechenden Forschungen in der ehemaligen DDR enthält. Die Bibliographie über Spanien-Bücher von Gaby Rehnelt ist sicher nicht vollständig und jeder Hinweis auf fehlende Titel erwünscht. Das Buch von Enzensberger, Der kurze Sommer der Anarchie, das ihr vermißt, ist aber enthalten - wie überhaupt viele Bücher zum anarchistischen Widerstand aufgeführt sind. Also bitte nicht nur Schludrigkeit kritisieren, sondern auch selbst genau hinschauen.

In freundschaftlicher Verbundenheit,

Dietrich Marquardt,

Vorsitzender des Studienkreises

Deutscher Widerstand

Lob

Die neue Nummer enthält - wie ich finde - einige gute Hintergrund-Beiträge zu Jugoslawien. Eure Internet-Seite kann ich in mehrfacher Hinsicht gut nutzen.

d.m., Frankfurt

43. Quelldatei 29.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak428/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:29

Zahlen ... Zahlen ... Zahlen ... Zahlen ... Zahlen

Berücksichtigt wurden nur Parteien, die den Sprung ins EU-Parlament geschafft haben. Hinter dem Landesnamen folgt die Wahlbeteiligung, in Klammern die Zahlen von 1994. Nach dem jeweiligen Parteinamen steht das Ergebnis von 1999 - das Ergebnis von 1994 ist in Klammern gesetzt. Hinter dem Komma folgt die Anzahl der Mandate und das Kürzel der Europapartei, in die die jeweilige Landespartei Abgeordnete entsendet - in Klammern die Mandate der Wahl von 1994. Bei den nach 1994 in die EU aufgenommenen Staaten werden die Zahlen von den Europawahlen 1995 (Schweden) bzw. 1996 (Österreich, Finnland) genannt.

Belgien 90,0% (90,7%)

Christelijke Volkspartij (CVP): 13,9% (17,0%), 3 EVP (4); Socialistische Partij (SP): 9,0% (10,9%), 2 SPE (3); Vlaamse Liberalen en Demokraten (VLD): 13,5% (11,4%), 3 LIBE (3); Volksunie (VU): 7,2% (4,4%), 2 REA (1); Parti Réformateur Libéral-Front Démocratique des Francophones- Mouvement des Citoyens pour le Changement (PRL-FDF-MCC): 10,0% (9,1%), 3 (2 LIBE, 1 EVP) (3); Agalev: 7,4% (6,6%), 2 Grüne (1); Vlaams Blok: 9,2% (7,8%), 2 fraktionslos (2); Christliche Soziale Partei- Europäische Volkspartei (CSP-EVP): 0,2% (0,2%), 1 EVP (1); Parti Socialiste (PS): 9,7% (11,4%), 3 SPE (3); Ecolo: 8,4% (4,9%), 3 Grüne (1); Parti Social Chrétien (PSC): 5,1% (7,0%), 1 EVP (2).

25 Sitze: 5 SPE, 6 EVP, 5 LIBE, 5 Grüne, 2 REA, 2 fraktionslos.

Dänemark 50,4% (52,9%)

Socialdemokratiet (A): 16,5% (15,8%), 3 SPE (3); Venstre (V): 23,3% (19,0%), 5 LIBE (4); Det Konservative Folkeparti (C): 8,6% (17,7%), 1 EVP (3); Socialistik Folkeparti (SF): 7,1% (8,6%), 1 KVEL/NGL (1); Dansk Folkeparti (DF): 5,8% (5,8%), 1 ? (-); JuniBevægelsen (J): 16,1% (15,2%), 3 UEdN (2); FolkeBevægelsen Mod EU (N): 7,3% (10,3%), 1 UEdN (2); Det Radikale Venstre (B): 9,1% (8,5%), 1 LIBE (1).

16 Sitze: 3 SPE, 1 EVP, 6 LIBE, 1 KVEL/NGL, 4 UEdN, 1 ?.

Finnland 30,1% (60,3%)

Suomen Keskusta (KESK): 21,3%, (24,4%), 4 LIBE (4); Kansallinen Kokoomus (KOK): 25,3% (20,2%), 4 EVP (4); Suomen Sosialidemokraattinen Puolue (SDP): 17,8% (21,5%), 3 SPE (4); Vasemmistolitto (VAS): 9,1% (10,5%), 1 KVEL/NGL (2); Vihreät (VIHR): 13,4% (7,6%), 2 Grüne (1); Svenska Folkspartiet (SFP): 6,8% (5,8%), 1 LIBE (1); Suomen Kristillinen Lütto (SKL): 2,4% (-), 1 EVP (-).

16 Sitze: 3 SPE, 5 EVP, 5 LIBE, 1 KVEL/NGL, 2 Grüne.

Griechenland 70,2% (71,2%)

Nea Dimokratia (ND): 36,0% (32,7%), 9 EVP (9); Panellino Socialistiko Kinima (PASOK): 32,9% (37,6%), 9 SPE (10); Kommounistiko Komma Elladas (KKE): 8,7% (6,3%), 3 KVEL/NGL (2); Synaspismos tis aristeras kai tis prodou (SYN): 5,2% (6,2%), 2 KVEL/NGL (2); Dimokratiko Kinoniko Kinima (DIKKI): 6,8% (-), 2 ? (-).

25 Sitze: 9 SPE, 9 EVP, 5 KVEL/NGL, 2 ?.

Großbritannien 24,0% (36,4%)

Labour Party: 28,0% (42,7%), 29 SPE (62); Conservative Party: 35,8% (26,8%), 36 EVP (18); Liberal Democrats (LD): 12,7% (16,1%), 10 LIBE (2); Scottish National Party (SNP): 2,7% (3,1%), 2 REA (2); Democratic Unionist Party (DUP): 28,4% (Nordirland), 1 fraktionslos (1); Ulster Unionist Party (UUP) 17,6% (Nordirland), 1 UEdN (1); Social Democratic and Labour Party (SDLP): 28,1% (Nordirland), 1 SPE (1); Plaid Cymru - Party of Wales: 1,8% (-), 2 ? (-); Green Party: 6,2% (3,2%), 2 Grüne (-); UK Independence Party: 7,0% (-), 3 ? (-).

87 Sitze: 30 SPE, 36 EVP, 10 LIBE, 2 Grüne, 2 REA, 1 UEdN, 1 fraktionslos, 5 ?.

Irland 50,5% (44,0%)

Fianna Fail (FF): 38,6% (35,0%), 6 UFE (7); Fine Gael (FG): 24,6% (24,3%), 4 EVP (4); Green Party (GP): 6,7% (7,9%), 2 Grüne (2); Labour Party: 8,7% (11,0%), 1 SPE (1); Independent: 4,6%, 1 LIBE (1); Independent: 3,7% (-), 1 ? (-).

15 Sitze: 1 SPE, 4 EVP, 1 LIBE, 6 UFE, 2 Grüne, 1 ?.

Luxemburg 85,8% (88,5%)

Chrëschtlech Sozial Vollekspartei (CSV): 31,9% (31,5%), 2 EVP (2); Lëtzeburger Sozialistesch Aarbechterpartei (LASP): 23,2% (24,8%), 2 SPE (2); Demokratesch Partei (DP): 20,8% (18,8%), 1 LIBE (1); Déi Gréng: 10,7% (10,9%), 1 Grüne (1).

6 Sitze: 2 SPE, 2 EVP, 1 LIBE, 1 Grüne.

Niederlande 29,9% (35,7%)

Christen Demokratisch Appel (CDA): 26,9% (30,8%), 9 EVP (10); Partij van de Arbeid (PvdA): 20,1% (22,9%), 6 SPE (8); Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD): 19,7% (18,0%), 6 LIBE (6); Democraten 66 (D66): 5,8% (11,7), 2 LIBE (4); Groen links: 11,9% (3,8%), 4 Grüne (1); Socialistische Partij (SP): 5,0% (-), 1 KVEL/NGL (-); Reformatorische Politieke Federatie/Staatkundig Gereformeerde Partij/Gereformeerde Politiek Verbond (RPF/SGP/GVP): 8,7% (7,6%), 3 UEdN (1).

31 Sitze: 6 SPE, 9 EVP, 8 LIBE, 1 KVEL/NGL, 4 Grüne, 3 UEdN.

Österreich 49,0% (67,7%)

Österreichische Volkspartei (ÖVP): 30,6% (29,6%), 7 EVP (7); Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ): 31,7% (29,1%), 7 SPE (6); Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ): 22,5% (27,5%), 5 fraktionslos (6); Die Grünen: 9,2% (6,8%), 2 Grüne (1).

21 Sitze: 7 SPE, 7 EVP, 2 Grüne, 5 fraktionslos.

Portugal 40,4% (35,5%)

Partido Social Democrata (PSD): 31,3% (34,4%), 9 EVP (9); Partido Socialista (PS): 43,1% (34,9%), 12 SPE (10); Coligaçâo Democrática Unitaria (CDU) - Partido Communista Portugues (PCP)/Partido Ecologista Os Verdes (PEV): 10,3% (in anderer Koalition), 2 KVEL/NGL; Partido Popular (CDS-PP): 8,2% (12,5%), 2 UFE (3).

25 Sitze: 12 SPE, 9 EVP, 2 UFE, 2 KVEL/NGL.

Schweden 38,3% (41,6%)

Socialdemokratiska arbetarepartiet (S): 26,1% (28,1), 6 SPE (7); Moderata samlingspartiet (M): 20,6% (23,2%), 5 EVP (5); Miljöpartiet de Gröna (MP): 9,4% (17,2%), 2 Grüne (4); Vänsterpartiet (V): 15,8% (12,9%), 3 KVEL/NGL (3); Centerpartiet (C): 6,0% (7,2%), 1 LIBE (2); Folkpartiet Liberalerna (FP): 13,8% (4,8%), 3 LIBE (1); Kristdemokraterna (KD): 7,7% (-), 2 EVP (-).

22 Sitze: 6 SPE, 7 EVP, 4 LIBE, 3 KVEL/NGL, 2 Grüne.

Spanien 64,4% (59,1%)

Partido Popular (PP): 39,7% (40,2%), 27 EVP (28); Partido Socialista Obrero Español (PSOE): 35,3% (30,7%), 24 SPE (22); Izquierda Unida (IU): 5,8% (13,5%), 4 KVE/NGL (9); Convergència i Unió (CiU): 4,5% (4,7%), 3 (3); Coalición Nacionalista/Europa de los Pueblos (CNEP): 2,9% (2,8%), 2 REA (2); Coalición Europea (CE): 3,2% (-), 2 LIBE (-); Euskal Herritarrok (EH): 1,5% (-), 1 (-); Bloque Nacionalista Gallego (BNG): 1,6% (0,7%), 1 (-).

64 Sitze: 24 SPE, 29 EVP, 2 LIBE, 4 KVEL/NGL, 2 REA, 3 ?.

Europäisches Parlament

49,4% (56,8%)

SPE (180 Sitze), EVP (224 Sitze), LIBE (43 Sitze), UFE (17 Sitze), KVEL/NGL (35 Sitze), Die Grünen (38 Sitze), REA (13 Sitze), UEdN (21 Sitze), fraktionslos (18 Sitze), ? (37 Sitze).

Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), Europäische Volkspartei (EVP), Liberale und Demokratische Fraktion (LIBE), Union für Europa (UFE), Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (KVEL/NGL), Radikale Europäische Allianz (REA), Unabhängige für das Europa der Nationen (UEdN)

44. Quelldatei 46.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak428/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:46

Kalender

Keinmenschistillegalnooneisillegal Grenzcamp 99

Ein bunter Abend mit einer Ausstellung "blinde passagiere", einem Video über das letzte Grenzcamp, Berichterstattung, Talk und Geselligkeit als Vorbereitung für das antirassistische Grenzcamp vom 7.-15.8. in Lückendorf bei Zittau. Infos zum Grenzcamp bei Grenzcamp c/o FFM, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel: 030-693 56 70 (mittwochs 17-20 h), Fax: 030-693 83 18, eMail: FFM@IPN-B.comlink.apc.org.

Hamburg, 14.7., 19.00 h, Rote Flora, Schulterblatt 71. Weitere Mobilisierungsveranstaltungen: Leipzig, 13.7., 19.00 h, Gießerstraße, Halle; 14.7., Tscherny-Haus; Nürnberg, 22.7., 19.30 h, Desi, Brückenstr. 23.

"Nachhaltiger Tourismus" in der Dritten Welt

Im Rahmen der Diskussionsreihe von BLUE 21 (Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung) referiert Martina Backes (iz3w/Freiburg) über die kritische Tourismusdebatte.

Berlin, 13.7., 19.30 h, Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung, Zeughofstr. 20.

Branntwein, Bibeln und Bananen

Ein Rundgang an der Hafenkante geht den Spuren von Hamburgs Hafenentwicklung und seiner kolonialen Vergangenheit nach.

Hamburg, 24.7., 15.00 h, Treffpunkt: Hamburger Rathaus, Teilnahmegebühr: 12,-/8,- DM.

Das Antlitz des Militärs im Wandel

Zu diesem Thema veranstaltet War Resisters International in Kooperation mit Patchwork ein internationales Seminar. Kontakt: Patchwork, Kaiserstr. 24, 26122 Oldenburg, Tel.: 0441-17111, Fax: 0441-24 89 661, eMail: patchwork@oln.comlink.apc.org, Internet: http://www.comlink.apc.org/Patchwork

Steinkimmen/Bremen, 8.-10.8.

NGOs und transnationale Konzerne

"Nichtregierungsorganisationen und transnationale Konzerne. Von der Konfrontation zur Kooperation?" ist das Thema eines Vortrages von Volker Heins (Uni Frankfurt/M.) in einer Diskussionsreihe von BLUE 21.

Berlin, 10.8., 19.30 h, Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung, Zeughofstr. 20.

Neugestaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens

Im ersten Teil des 20. Sommerseminars des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie sollen verschiedene Diskussionsstränge zusammengeführt werden, die auf die Massenarbeitslosigkeit reagieren: Vorschläge der Gewerkschaften zur Umverteilung der Erwerbsarbeit, Konzepte aus dem alternativökonomischen Sektor, Debatten über die Zukunft des Sozialstaates.

Oberursel, 20.-22.8. Das Programm kann angefordert werden bei: Marlis Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, 60389 Frankfurt, oder bei: Bertold Happel, Haus der Gewerkschaftsjugend, Königsteiner Str. 29, 61440 Oberursel.

Kollektives Management

Ideen und aktuelle Entwicklungen alternativer Ökonomie werden im zweiten Teil des 20. Sommerseminars des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie diskutiert. Bisher sind folgende Themen vorgesehen: 1. Elemente einer moralischen Ökonomie, 2. Einkaufsgenossenschaften zur Absicherung von Grundbedürfnissen (Versicherungen, Strom, Telefon), 3. Professionalisierung im alternativen Sektor. Weitere Ideen sind willkommen.

Oberursel, 23.-30.8. Das Programm kann angefordert werden bei: Marlis Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, 60389 Frankfurt, oder bei: Bertold Happel, Haus der Gewerkschaftsjugend, Königsteiner Str. 29, 61440 Oberursel.

Aktionstag beim AKW Lingen

Lingen ist derzeit Vorreiter beim Versuch der Atomlobby, den langfristigen Weiterbetrieb ihrer Anlagen zu sichern. Dort läuft das bisher einzige Genehmigungsverfahren für ein standorteigenes Castorlager; es bietet sich für den ersten Castortransport nach dem Transportstopp an. Zudem ist aufgrund der Erweiterung der Urananreicherungsanlage Gronau mit der Erweiterung von Deutschlands einziger Brennelementefabrik, ANF Lingen, zu rechnen. Vernetzungstreffen: Johannes Fangmeyer, Helenenstr. 1, 48480 Spelle, Tel./Fax: 05977-8845, eMail: jfangmeyer@aol.com.

Lingen, 18.9.

45. Quelldatei 47.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak428/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:47

Hochschulpolitik und Krise

Die immer wieder diagnostizierte Krise des Bildungssystems und die StudentInnenstreiks des Wintersemesters '97/'98 sind Anlaß für einen vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler herausgegebenen Sammelband, der die Zukunftsfähigkeit bundesdeutscher Hochschulen fürs 21. Jahrhundert diskutiert. VertreterInnen aller Statusgruppen kommen zu Wort und analysieren gegenwärtige und zukünftige Bedingungen von Wissenschaft. Die auch für hochschulpolitische Neulinge verständlich gehaltene Übersicht informiert über studentische Mitbestimmung, Entwicklung des BAföG, die Geschichte des Hochschulrahmengesetzes, neue Hochschulsteuerungsmodelle und die bislang noch recht dürftigen Erfolge der Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Sinn, Zweck und "Objektivität" der in Mode gekommenen Hochschul-Evaluationen werden kritisch hinterfragt und Argumente gegen Studiengebühren begründet. Tenor: Auch mehr als 30 Jahre nach '68 und trotz oder gerade wegen neoliberaler Reformierungmodelle mieft der Muff unter den Talaren als Erbschaft der Ordinarienuniversität noch ganz schön. Sehr dienlich als Orientierungshilfe im Uni-Abkürzungschaos auch für Nicht-Neulinge das 14seitige Glossar am Ende.

Marek Neumann-Schönwetter, Alexander Renner, Ralph C. Wildner (Hg.): Anpassen und untergehen. Beiträge zur Hochschulpolitik, BdWi-Verlag, 234 Seiten, 19,80 DM.

So oder so: Solidarität mit politischen Gefangenen

Die neueste Ausgabe von So oder so. Zeitung der Kampagne Libertad! für internationale Zusammenarbeit und Solidarität für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit dokumentiert Beiträge der Internationalen Arbeitskonferenz Befriedung oder Befreiung, die über Ostern in Berlin stattfand. Die Frage, ob es sich bei der Konferenz um eine Versammlung von Verlierern oder um einen Aufbruch zu neuer internationaler Solidarität handelt, bleibt unbeantwortet. Deutlich tritt hervor, wie unterschiedlich die Ausgangsbedingungen für die Organisierung von Solidarität mit den politischen Gefangenen in den einzelnen Ländern sind. Im Hauptteil der Zeitung werden Beiträge aus Kurdistan, Deutschland, Nigeria, Südafrika, Kolumbien, Peru und Argentinien dokumentiert. Das beigelegte 48seitige Magazin (keine Bange: kein Hochglanz, sondern solide Schwarz-Weiß-Qualität) enthält zusammenfassende Berichte und Einzelpositionen aus den Arbeitsgruppen (z.B. Selbstverständnis von Solidaritätskomitees; Frauen und Knast; politische Justiz und Verteidigung). Das Dilemma, in dem die Konferenz steckte, wird in einem analysierenden Rückblick deutlich: "... daß international die Bedingungen für Verständigung und Solidarität nicht mehr auf selbstverständliche Dinge aufbauen können. Es ist nicht klar, was heißt internationale Solidarität, internationale Strategie oder revolutionäre Intervention?" Wer sich mit der Frage auseinandersetzen will, kann Annäherungen in So oder So finden.

Bestellungen bei: Libertad! - Redaktion so oder so, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt, eMail: so-oder-so@libertad.de / zeitung @libertad.de; die Zeitung kostet 4 DM inclusive Porto.

City Lights

Stadtsoziologie hat Konjunktur. "Global Cities", "Zitadellenökonomie", "Kontrolle des (öffentlichen) Raums" sind Themen, die auch unter Linken angesagt sind, und die gute alte "Umstrukturierung" kommt als aufgepeppte "Gentrification" zu neuem Glanz in der linken Debatte. Jüngstes Beispiel für den neuen Stadtboom in der linken Publizistik ist die Ausgabe Mai/Juni 1999 der blätter des iz3w. In dem Schwerpunkt "StadtStaaten" wird der Transformation der Metropolen im Norden wie im Süden, der Ambivalenz von Chance und Elend der Urbanität und dem politischen Spannungsverhältnis zwischen globaler Metropole und nationalstaatlicher Regulation nachgegangen. Unerreichtes Highlight ist dabei der Beitrag von Mike Davis zur Dynamik und zu den Veränderungen innerhalb der Latino-Communities in den US-amerikanischen Großstädten. Wieder einmal besticht Davis durch seine Fähigkeit, soziologische Analyse mit Oral history und investigativem Journalismus zu brillanten Texten zu verschmelzen. Saskia Sassen, als zweites "Zugpferd" des iz3w-Schwerpunktes, beschäftigt sich mit der informellen Ökonomie als integralem Teilbereich der modernen Metropolenökonomie. Allerdings variiert sie im wesentlichen ein Thema, das man von ihr seit über 10 Jahren kennt: Informelle Strukturen von MigrantInnen sind kein Zeichen von "Rückständigkeit", sondern die hochmoderne Kehrseite der postfordistischen Umstrukturierung von Produktion und Reproduktion. Christine

Parsdorfer, Thomas Cernay und Michael Mönniger beschäftigen sich vornehmlich mit der Frage, ob die Herausbildung einer neuen ökonomischen Macht in den "Global Cities" gleichzeitig mit einem Zugewinn an politischer Macht gegenüber den Nationalstaaten verbunden ist. Vor allem Mönninger versteigt sich dabei zu der gewagten Behauptung, daß der Aufstieg dieser städtischen Metropolenregionen "direkt" mit der Schwächung der Nationalstaaten verbunden sei - was realiter schwer zu belegen sein dürfte. Abschließend eine Bemerkung außer der Reihe: Auch diese Ausgabe der iz3w glänzt wieder einmal nicht (nur) durch die Texte, sondern auch die hervorragende Qualität der Bilder. Nicht nur für Zeitungen wie ak sind die blätter des iz3w damit leuchtendes Vorbild.

blätter des iz3w, Nr. 237, Mai/Juni 1999, 8 DM

Neonazis und Wehrmachtsausstellung

Am 10. Juli findet wohl vorerst der letzte Neonaziaufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung statt, denn am nächsten Tag schließt die Ausstellung ihre Tore und verläßt die BRD. Anlaß für einige autonome Antifas, eine Broschüre mit dem Titel Im Nebel deutscher Verdrängung marschieren die Neonazis herauszugeben. Der Schwerpunkt des Heftes beschreibt die Organisierung militanter Neonazis gegen die Ausstellung. Die AutorInnen geben eine kurze Einführung in ihre Strukturen und zeigen die Entwicklung der für die Mobilisierung gegen die Wehrmachtsausstellung so wichtigen "Freien Nationalisten" auf. Den deutschen Neonazis nützte die polemische Diskussion konservativer und reaktionärer Kräfte um die Ausstellung vor allem deshalb, weil die Breite des Bündnisses von CDU/CSU bis zu Neofaschisten letzteren zu einer bis dahin nicht gekannten Akzeptanz verholfen hat. Sie ermöglichte es ihnen, sich nun noch offener positiv auf die Verbrechen der Wehrmacht zu beziehen. Die auf den letzten Aufmärschen gerufenen oder gezeigten Parolen "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" oder "Wehrmachtssoldaten - Heldentaten" machen diese Entwicklung deutlich. Die Broschüre beginnt mit einer Würdigung der Ausstellung und hebt hervor, wie notwendig es gewesen sei, die Lüge der angeblich "sauberen Wehrmacht" zu entlarven und die längst fällige Auseinandersetzung mit diesem Thema anzuzetteln. Diejenigen, die sich gegen die präsentierten Fakten wehren, versuchen die Tatsache zu verdrängen, daß ihre (Groß-)Väter oder sie selbst Mörder waren, und sehen in den Neonazis die Möglichkeit, die eigene persönliche Verdrängung in einen politischen Rahmen zu stellen.

Im Nebel deutscher Verdrängung marschieren die Neonazis. Geschichtskonstitution - Lebenslügen - Neonaziaufmärsche; Reaktionen auf die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44", hrsg. von autonomen Antifas im Juni 1999, 16 Seiten. Zu beziehen über: reihe antifaschistischer texte (rat), c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, 5 Exemplare = 5 DM in Briefmarken.

46. Europa wählt rechts

CD-Datei: daten/aksuche/ak428/euro.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:euro

Die Europa-Wahlen am 13. Juni waren nicht viel mehr als eine gigantische Meinungsumfrage. Das zu wählende Parlament hat wenig Einfluß auf die reale EU-Politik, auch die in Strasbourg veranstalteten Debatten stoßen selten auf größeres Interesse. Die Wahlergebnisse sind vor allem auf nationaler Ebene von Bedeutung. Die Mißerfolge der sozialdemokratisch geführten Regierungen in Großbritannien, Italien und der BRD werden deren Rechtskurs beschleunigen. Drei Jahre nach dem Beginn der sozialdemokratischen Siegesserie ist von Aufbruchstimmung nichts mehr zu spüren.

In Frankreich konnten die regierenden Sozialdemokraten unter Lionel Jospin von der Zerstrittenheit der rechten Opposition profitieren. Jospins Abgrenzung vom neoliberalen Schröder-Blair-Papier darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die französische Regierung unter "Reformpolitik" weitgehend das gleiche versteht wie die britische und die deutsche. Solche klaren Verhältnisse eröffnen auch linker Opposition Spielräume. Während die "offene" Liste der KP stagnierte, schafften die Linksradikalen (LCR/LO) erstmals den Sprung ins Parlament - ebenso wie die deutsche PDS. Insgesamt hat sich die teilweise breite Stimmung gegen den Krieg kaum auf die Wahlergebnisse ausgewirkt. Die europäischen Kriegsherren können zufrieden sein.

Seiten 25-28

47. NS-Black Metal

CD-Datei: daten/aksuche/ak428/metal.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:metal

Vor allem im Osten Deutschlands gewinnen rechte sub-kulturelle Strömungen mehr und mehr an Boden. Rechtes Styling und rechte Musik sind "in" bei vielen Jugendlichen. Den ersten Kontakt zu nationalistischen und rassistischen Positionen vermitteln häufig Liedtexte - bei Konzerten oder Fußballspielen werden Fanzines und CDs mit entsprechenden Inhalten verkauft. Auch die örtlichen Kameradschaften suchen ihren Nachwuchs in der rechten Subkulturszene. Eine neue Variante rechtsextremer Musik ist der NS-Black Metal. Seine Ursprünge liegen in Norwegen, aber auch in Deutschland gibt es namhafte Bands. Die Textinhalte bewegen sich zwischen Satanismus, Heidentum und der Verherrlichung des Nationalsozialismus.

Gewalt gegen die "judeo-christliche Verschwörung" und "widernatürliche Elemente" wird allerdings nicht nur besungen, sondern auch - bis hin zu Morden - in die Tat umgesetzt. Seite 20

48. Die NATO als Weltpolizei

CD-Datei: daten/aksuche/ak428/nat1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:428:nat1

Die NATO hat ihre Angriffe auf Jugoslawien eingestellt. Die Flüchtlinge kehren in das Kosovo zurück. Scheinbar ein voller Erfolg für die NATO.

Der Krieg gegen Jugoslawien war von der NATO als Präzedenzfall gedacht. Demonstriert werden sollten der Wille und die Durchsetzungsfähigkeit des Militärbündnisses zur "Selbstmandatierung" für militärische Interventionen im "euro-atlantischen Raum", im Konkreten legitimiert als "humanitäre Intervention".

In der politisch-militärischen Auseinandersetzung hat die NATO ihre Ziele nur zum Teil erreicht, an der Legitimationsfront war der Krieg jedoch ein voller Erfolg. Daß es der NATO nicht ernsthaft um die "Menschenrechte" ging, zeigte die Art der Kriegsführung und der Verlauf des Konfliktes.

1998 wurden weltweit 32 Kriege gezählt, hinzu kamen 17 bewaffnete Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle. Von diesen Kriegen fand einer in Europa statt, alle anderen in Afrika, Asien und Lateinamerika. In der Regel waren diese Auseinandersetzungen durch lange Dauer, hohe Intensität und entsprechend große Opferzahlen geprägt - "humanitäre Katastrophen" allüberall - ohne daß irgendjemand sich darum kümmert.

Vom "moralischem Aufschrei" der NATO-Oberen ist jedenfalls nichts bekannt. Wo und wie in einen Konflikt interveniert wird - das ist eine bewußt getroffene Entscheidung auf Grundlage strategischer und taktischer Interessen der kapitalistischen Hauptmächte.

Zum Hintergrund der "Weltmilitärordnung" und der Rolle der NATO Seite 7

Zum Ende des NATO-Kriegs in Jugoslawien, der Rolle des Westens und der Bedrohung Rußlands Seiten 8-12